



Nr. 105, März 2016

Kapitalismus und Migration

Kapitalismus und Migration

Redaktion - „**Flüchtlingskrise**“ und überschätzte deutsche Hegemonie in Europa/Altwater - **Offene Märkte, geschlossene Grenzen**/Hardy - **Migration, Arbeitsmarkt und Kapitalismus**/Kronauer - „**Ordnungszерfall**“ und Migration/Wahl - **Subsahara Afrika - Brennpunkt von Flucht und Migration**/Mabanza - **Fluchtursachen bekämpfen**/Butterwegge - **Fluchtzuwanderung - Globalisierung - Sozialstaat**/Khan - **Von der Willkommenskultur zur Einwanderungsgewerkschaft**/Hohlfeld - **Chronik einer fortgesetzten Asylrechtsverschärfung**

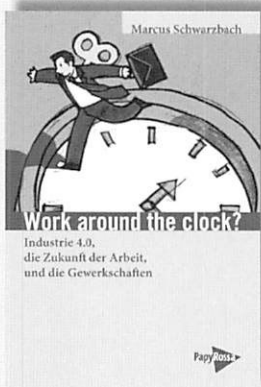
Marx-Engels-Forschung

Fülberth - **Neues von der MEGA**/Pechmann - **Die drei Kreisläufe des Kapitals**

Weitere Beiträge

Garnreiter - **Pariser Klimakonferenz**/Fischer & Weissenbacher - **Ungleicher Tausch?**/Werner - **Zur Kritik Axel Honneths**

Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen



Marcus Schwarzbach

WORK AROUND THE CLOCK? | Industrie 4.0, die Zukunft der Arbeit und die Gewerkschaften

Industrie 4.0 ist keine Science-Fiction, längst hält sie Einzug in die Betriebe. Neue Arbeitsweisen und Zwänge münden in die Frage: Entscheidet der Roboter oder der Mensch? Welche Anforderungen sich daraus für Gewerkschaften und Betriebsräte ergeben, zeigt dieser Band.

138 Seiten | € 12,90



Gerd Schumann

KOLONIALISMUS, NEOKOLONIALISMUS, REKOLONISIERUNG – Basiswissen

Von den antiken Sklavenhaltergesellschaften über die europäischen Plünderer aus Feudalismus und Kapitalismus sowie die neokolonialen Konquistadoren nach 1945 bis zur gegenwärtigen Rekolonisierung, die sich der überkommenen Methoden der Unterwerfung bedient.

128 Seiten | € 9,90



Alfred J. Noll

DER RECHTE WERKMEISTER

Martin Heidegger nach den »Schwarzen Heften«

Heideggers »Schwarze Hefte« zeigen: Schon vor 1933 stimmte Heidegger einer faschistischen Herrschaft vorbehaltlos zu; er verteidigte Führerstaat und Diktatur, Barbarei und Krieg; nach 1945 rechtfertigte er das NS-Regime, relativierte dessen Verbrechen und hielt entschieden am »geistigen Nationalsozialismus« fest.

Hardcover | 238 Seiten | € 18,-

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
27. Jahrgang
Heft 105 (März 2016)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris,
Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt,
Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler,
Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach,
Harald Werner

Redaktion:

Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch,
David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel

5 **Editorial**

Kapitalismus und Migration

Z-Redaktion

- 8 **Migration, „Flüchtlingskrise“ und die überschätzte deutsche Hegemonie in Europa**

Elmar Altvater

- 14 **Offene Märkte, geschlossene Grenzen**
Ohne Migration endet die europäische Integration als monströser Markt

Jane Hardy

- 29 **Migration, Arbeitsmarkt und Kapitalismus**

Jörg Kronauer

- 45 **„Ordnungszersfall“ und Migration**

Peter Wahl

- 54 **Subsahara Afrika – Brennpunkt von Flucht und Migration**

Boniface Mabanza Bambu

- 67 **Fluchtursachen bekämpfen: Was ist damit gemeint?**

Christoph Butterwegge

- 76 **Dritte-Welt-Armut in Deutschland?**
Fluchtzwanderung als Folge der Globalisierung und als Herausforderung des Sozialstaates

Romin Khan

- 87 **Von der Willkommenskultur zur Einwanderungsgewerkschaft:
Das Beispiel ver.di**

Thomas Hohlfeld

- 95 **Chronik einer fortgesetzten Asylrechtsverschärfung**
-

Marx-Engels-Forschung

Georg Fülberth

- 106 **Neues von der MEGA**

Alexander von Pechmann

- 110 **Die drei Kreisläufe des Kapitals und ihre realen Unterschiede**
Überlegungen zum II. Band des „Kapitals“ von Karl Marx

Weitere Beiträge

Franz Garnreiter

- 130 **Die Pariser Klimakonferenz: Anlass zu Euphorie oder zu Skepsis und Sorge?**

Karin Fischer, Rudy Weissenbacher

- 140 **Ungleicher Tausch – Grundannahmen, Widersprüche und aktuelle Bedeutung eines umstrittenen Theorems**

Harald Werner

- 158 **Sozialismus ohne Gegenstand und Subjekt**
Zur Kritik Axel Honneths
-

Diskussion, Kritik, Zuschriften

Olaf Gerlach

- 167 **Anmerkungen zu Carl/Oehlke, Innovationsökonomie, in Z 104 (Dezember 2015)**
-

Berichte

Rolf Hecker

- 171 **Marxismus-Kongress in Peking**
Beijing, 10. bis 11. Oktober 2015

Mark Hadyniak

- 174 **Mehr als nur die zweite Geige**
Wuppertal, 28. November 2015

André Leisewitz

- 176 **25 Jahre isw**
München, 28. November 2015

Uwe Fuhrmann

- 178 **Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus**
Wuppertal, 4. bis 5. Dezember 2015

Patrick Ölkrug

- 180 **Ökonomie des Sozialismus**
Berlin, 12. Dezember 2015

Werner Goldschmidt/Paul Oehlke

- 182 **Streeck – Wagenknecht: Kapitalismus am Ende?**
Köln, 27. Januar 2016

186 Buchbesprechungen

- Kapitalismus oder Marktwirtschaft? (Jörg Goldberg zu Kocka, Wood und Fülberth)
 Akkumulationsstärke und -schwäche (Karl Hermann Tjaden zu Karl Georg Zinn)
 Migrationsgeschichte als Menschheitsgeschichte (Patrick Ölkrog zu Jochen Oltmer)
 Marx und seine postmarxistische Relevanz (Bernhard H. F. Taureck zu Klimenta/Fisahn u.a., Brie und Bischoff/Müller)
 „Wettbewerbsbündnisse“ und Betriebsräte (Thomas E.Goes zu Daniel Behruzi)
 Kapitalismus oder Demokratie (David Salomon zu Conrad Schuhler)
 Noch einmal zu Richard Müller (André Leisewitz zu Ralf Hoffrogge)
 Ein Kriegsverbrecher, getarnt in der DDR (Werner Röhr zu Siegfried Grundmann)
 Staatsmänner Ost und West (Siegfried Prokop zu Günter Benser)
 Kulturbund 1945-1948 (Alexander Amberger zu Siegfried Prokop/Dieter Zänker)
 Unvernunft im Überbau (Kai Köhler zu Detlef Kannapin)
 Was tun gegen den Treibhauseffekt? (Franz Garnreiter zu Hans-Joachim Schellnhuber)

224 Autorinnen und Autoren, Übersetzer**4 Impressum**

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt, Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch, David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 31.01.2016.

Beilagenhinweis: Dem Heft liegt ein Prospekt des Verlages Westfälisches Dampfboot bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Editorial

Nach der Griechenlandkrise wird die politische Debatte in der Bundesrepublik von der Auseinandersetzung um Migration und Flüchtlinge geprägt. Die Frage nach den eigentlichen Fluchtursachen, nach den auslösenden Faktoren für die großen Migrationsströme und nach entsprechenden nachhaltigen Lösungsstrategien wird dabei zumeist umgangen. Unweigerlich käme sonst der Zusammenhang von Kapitalismus und Migration zur Sprache. Dem ist der Schwerpunkt dieses Heftes gewidmet.

Elmar Altvater analysiert die gegenwärtigen Flucht- und Migrationsbewegungen im Kontext des Prozesses der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte, ein Vorgang, den er als „negative Integration“ bezeichnet. Dabei zeigt sich eine strikte Hierarchie: An der Spitze stehen die Finanzmärkte, am Ende die Arbeitsmärkte. Bewegungen von Kapital und Waren sind (fast) frei, die Bewegung der Arbeitskräfte aber bleibt starken Beschränkungen unterworfen. In dem Maße, wie die negative Integration die ökonomischen Ungleichgewichte und Gegensätze vergrößert, wird die Bewegung von Menschen wieder stärker reguliert. Die Marktfreiheiten führen im Ergebnis zur Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zum Wiederaufleben nationalistischer Ideenwelten und zu xenophober Abschottung. Die Bedeutung der Migration für den kapitalistischen Arbeitsmarkt untersucht *Jane Hardy* vor allem am Beispiel der USA und Großbritanniens in den letzten zwei Jahrhunderten. Der Kapitalismus hat Migration immer nach dem Prinzip von Teilen und Herrschen gesteuert oder zu steuern versucht. In konjunkturellen Aufschwungsphasen kommt migrantischen Beschäftigten die Rolle zu, Lohnarbeit zu verbilligen. In Krisenzeiten gehören sie zu den ersten, die ihre Arbeit verlieren. Der durch neoliberale Strategien geschaffene prekäre Beschäftigungssektor mit seiner stark migrantisch geprägten Struktur wird genutzt, um große Gruppen der Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Hardy zeigt aber auch, dass es gelingen kann, migrantische und einheimische Beschäftigte zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenzubringen.

Anhand von Materialien der Münchener „Sicherheitskonferenz“, des Auswärtigen Amtes und halboffizieller internationaler Publikationsorgane untersucht *Jörg Kronauer* den Zusammenhang zwischen der Zunahme kriegerischer Konflikte in der Welt, dem amtlicherseits konstatierten „Zerfall der internationalen Ordnung“ und dem Anschwellen von Migration. Fast die Hälfte aller Staaten der Erde ist gegenwärtig in bewaffnete Konflikte involviert. Die großen Flüchtlingsströme wurden ausgelöst durch die militärischen Interventionen des Westens vor allem im Nahen und Mittleren Osten; auch die Auseinandersetzungen um die Nato-Osterweiterung und die Ukraine haben große Flüchtlingswellen ausgelöst. Gleiches gilt im Übrigen für die Eurokrise, wie Kronauer am Beispiel der Krisenmigration u.a. aus Griechenland und Irland zeigt. Dem subsaharischen Afrika wendet sich *Peter Wahl* zu. Anhand von empirischem Material zeichnet er nach, wie sich diese Region zu einem „Brennpunkt von Flucht und Migration“ entwickelte. Ein besonderes Augenmerk fällt in diesem Kontext auf die Binnenmigration. Wahl analysiert in seinem Beitrag sowohl historische wie zeitgenössische Gründe dafür, dass Sub-

sahara Afrika bis heute eine der ökonomisch am wenigsten entwickelten Regionen überhaupt ist. Die Zuspitzung der Migrations- und Fluchtproblematik, mit der sich Europa seit dem letzten Jahr konfrontiert sieht, ist, so *Boniface Mabanza*, „nichts Neues und Überraschendes“: Andere Regionen der Welt waren und sind davon seit langem betroffen. Länder wie Libanon, Jordanien oder die Türkei haben Flüchtlinge in einer ganz anderen Größenordnung aufgenommen als die EU-Staaten bzw. die BRD. Flucht und Migration verlaufen zunächst regional – die Hauptlast tragen die Anrainerstaaten der Konfliktregionen. Die sog. „Bekämpfung der Fluchtursachen“ seitens der EU-Staaten (und besonders der BRD) besteht de facto darin, die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern in Drittstaaten festzuhalten. Strukturelle Fluchtursachen werden nicht bekämpft, denn dann müsste z.B. die Handelspolitik der BRD grundsätzlich revidiert werden.

Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind heute ein globales Problem, das, so *Christoph Butterwegge*, in engem Zusammenhang steht mit der neoliberalen Globalisierung („jüngstes Stadium des Kapitalismus“), mit Umweltkatastrophen und Bürger- und Interventionskriegen. Er konstatiert eine Differenzierung zwischen Elends- und Eliten/Expertenmigration, die von den reichen Aufnahmeländern durch ein „duales und selektives Migrationsregime“ gefördert bzw. gebremst werden sollen. Im Inneren der Bundesrepublik sieht Butterwegge vor dem Hintergrund wachsender sozialer Spaltung zunehmende Versuche, „arme Deutsche gegen noch ärmere Flüchtlinge“ auszuspielen; dem müsse durch Arbeitsmarktintegration und eine inklusive Sozial-, Bildungs- und Wohnungsbau politik begegnet werden; nennenswerte Mehrbelastungen betreffen dabei nicht die Sozialversicherungen, wohl aber das steuerfinanzierte Fürsorgesystem. Hier sei die Heranziehung von Kapitaleigentümern, Vermögenden und Spitzenverdienern gefordert. Am Beispiel des Umgangs der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit dem Flüchtlings- und Migrationsproblem zeigt *Romin Khan*, dass ver.di sich zwar schon als eine Organisation solidarischer Willkommenskultur versteht, dass aber noch weitere Schritte in Richtung auf eine wirkliche „Einwanderungsgewerkschaft“ zu gehen sind.

Thomas Hohlfeld rekapituliert in seiner Chronik der Asylrechtsänderungen in den vergangenen drei Jahren eine zunehmende Verschärfung des Asylrechts. Stärker noch als vorherige Gesetzesänderungen, die zumeist von einer Mischung aus Erleichterungen für „ausgewählte Flüchtlingsgruppen“ und „Verschärfungen gegenüber unerwünschten Migranten“ geprägt waren, sind die im Kontext der sog. Flüchtlingskrise beschlossenen Asylpakete eine Bedrohung von Grundrechten. Die jüngsten Verschärfungen machen erst kürzlich beschlossene Erleichterungen wieder rückgängig und opfern menschenrechtliche Standards wachsender Fremdenfeindlichkeit.

Marx-Engels-Forschung: Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) wird nach Mitteilung der offiziellen „Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“ vom Oktober 2015 weitergeführt, jedoch, wie *Georg Fülberth* im Einzelnen mitteilt, in modifizierter Form. Die noch fehlenden Schriften der ersten Abteilung werden

wie auch bisher geplant in gedruckter Form erscheinen (10 Bände); die bisher noch nicht im Rahmen der MEGA erschienenen Briefe und Manuskripte/Exzerpte werden nicht mehr gedruckt, sondern in digitaler Form ediert. Fülberth sieht als Vorteil die leichtere Zugänglichkeit über das Internet.

Karl Marx' *Kapital* besteht bekanntlich aus drei Bänden. Der zweite Band behandelt die Zirkulation des Kapitals. Dabei untersucht Marx zunächst getrennt drei Formen der Zirkulation: des Geldkapitals, des produktiven Kapitals und des Warenkapitals. Er schließt die Untersuchungen aber mit der Feststellung ab, dass die Unterschiede letzten Endes nur formelle seien, dass sie eine Einheit bildeten. *Alexander von Pechmann* schließt daraus – unter Bezug auf in der MEGA veröffentlichte Arbeiten –, dass Marx unterschiedliche Aspekte der kapitalistischen Produktionsweise hervorheben wollte: den ökonomischen Aspekt (Geld), den produktiven und sozialen Aspekt (Produktivkapital) und den Aspekt der Bedürfnisbefriedigung (Waren).

Weitere Beiträge: *Franz Garnreiter* bilanziert die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels, die nicht ausreichen werden, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. In diesem Zusammenhang geht er insbesondere mit der Emissionspolitik der Bundesrepublik hart ins Gericht. Garnreiter kritisiert zugleich Positionen, die hoffen, den Klimawandel mit Geengineering aufhalten zu können.

Ungleicher Tausch auf den Weltmärkten gilt bei kritischen und an Marx orientierten Wirtschaftswissenschaftlern als eine der Ursachen ungleicher Entwicklung im kapitalistischen Weltsystem. In ihrem Beitrag geben *Karin Fischer* und *Rudy Weissenbacher* einen theoriegeschichtlichen Überblick, kritisieren die Ansätze im Lichte der Marxschen Arbeitswertlehre und verbinden sie mit der Theorie der Wertschöpfungsketten. Ihrer Ansicht nach wird der Großteil der Wertschöpfung von den Leitunternehmen der Zentren angeeignet, während die Produktionsstandorte im engeren Sinne nur wenig profitieren.

Harald Werner diskutiert Axel Honneths Versuch zur „Idee des Sozialismus“. Dabei arbeitet er heraus, dass Honneths Fixierung auf ideengeschichtliche Fragen die Komplexität einer zeitgemäßen Sozialismuskonzeption verfehlt. Werner kritisiert insbesondere Honneths simplifizierende Rekonstruktion des Marxismus und die hiermit zusammenhängende Vernachlässigung politischer Ökonomie. Zudem arbeitet er heraus, dass Honneths Sozialismus letztlich ohne Subjekt auskommen zu können glaubt.

Zu verweisen ist auf die Diskussionsrubrik (Olaf Gerlach zu Carl und Oehlke in Z 104 betreffs Innovationsökonomie); die *Berichte* (Marxismus-Kongress in Peking sowie kleinere Tagungen zu Aspekten der marxistischen Theorie und aktuellen Debatten in der Bundesrepublik) und die *Buchbesprechungen*.

Z 106 (Juni 2016) wird als Schwerpunktthema Krisenreaktionen der Linken in Europa behandeln.

Migration, „Flüchtlingskrise“ und die überschätzte deutsche Hegemonie in Europa

Wer als Bundesbürger im Frühjahr 2015 eine längere Auslandsreise antrat und ein Jahr später, im Frühjahr 2016, zurückkehrte, der muss sich die Augen reiben: Hatte er doch 2015 eine „Insel der Seligen“ verlassen, die, milde gemaagt von der „mächtigsten Frau der Welt“ (Ranking des Forbes-Magazins), in der Lage war, die Krisen der Welt von den deutschen Grenzen fern und Europa zusammen zu halten. Die Welt, oder doch zumindest Europa, sehnte sich nach deutscher „Führungsverantwortung“ (Koalitionsvertrag von 2013); falls einzelne verblendete Länder doch darauf bestanden, eigene Wege zu gehen, so verfügte die deutsche Kanzlerin bei aller Milde über die Mittel, diese auf den Pfad der „Alternativlosigkeit“ zurückzuleiten.

Bei Rückkehr unseres Reisenden im Frühjahr 2016 aber drohen die Wogen der Weltkrisen dieses glückliche Eiland zu verschlingen, samt ihrer nun nicht mehr so alternativlos scheinenden Führung. Schuld daran ist die Welle, die Flut, der Strom, man möchte meinen: der Tsunami von Flüchtlingen, Migranten, Fremden, Muslimen, welche Wohlstand, politischen Konsens, deutsche Leitkultur, abendländische Werte, ja: die schwarze Null, hinweg zu reißen drohen. Konnte man vor einem Jahr tagtäglich auf allen Kanälen und in allen Gazetten befriedigt verfolgen, wie Deutschland – unter dem Beifall der Finanzmärkte – das unverschämte Griechenland zur Ordnung rief und erfolgreich dazu verdonnerte, seine „Hausaufgaben“ zu machen, so muss unser ahnungsloser Rückkehrer nun schockiert zur Kenntnis nehmen, dass die Alternativlose gescholten und beschimpft, ja: als Verursacherin der Misere an den Pranger gestellt wird. Sie, die noch vor einem Jahr kurz vor der Heiligsprechung zu stehen schien, ist heute eine einsame, eine tragische, eine schuldbeladene Sünderin. Dem „Hosianna“ folgt das „Kreuziget sie“ auf dem Fuße.

Ist das wirklich so? War Deutschland vor einem Jahr wirklich so krisenfest und führungsstark wie in Festreden beschrieben? Und versinkt es heute (und mit ihm „Europa“) wirklich so tief in die Ausweglosigkeit, wie behauptet? Vieles spricht dafür, dass die so genannte „Flüchtlingskrise“ lediglich tiefsitzende europäische und deutsche Widersprüche und Instabilitäten hat manifest werden lassen, Instabilitäten im Übrigen, die Deutschland durch seine unnachgiebige Haltung in der Schuldenkrise, seine Exportpolitik und seinen Hegemonieanspruch selbst befördert hat. Die Spaltungstendenzen in Europa vertiefen sich.

Die Labilität der internationalen und europäischen Ordnung

Da sind zunächst die Fluchtursachen, deren Bekämpfung, so das Mantra der Regierenden, alle Probleme lösen soll. Was ist damit gemeint? Dass es den Herrschenden um wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität in den armen Ländern des Südens geht, glaubt kaum jemand: Jede und jeder weiß oder ahnt zumindest, dass die europäische Handelspolitik allein den eigenen Interessen ver-

pflichtet ist und nicht den Wohlstand der südlichen Handelspartner im Auge hat. Und in den herrschenden Klassen und politischen Eliten Europas oder Nordamerikas denkt niemand auch nur im Traum daran, z.B. die westliche Agrarpolitik im Interesse der Bauern des Südens zu ändern. Außerdem weiß man, dass wirtschaftliche Entwicklung kurz- oder mittelfristig nicht zur Abschwächung von Flucht- und Migrationsbewegungen führt – nur wer über ein Mindestmaß an Bildung und finanziellen Mitteln verfügt, kann auswandern.

Die gegenwärtig zu beobachtenden massenhaften Fluchtbewegungen im und aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus Afrika und vom Balkan sind vor allem das Ergebnis von internationalen Krisen, deren Auslöser Jahre, teilweise Jahrzehnte, zurückliegen. Im Vordergrund stehen kriegerische Interventionen des Westens im Zeichen eines neuen Imperialismus, die zu Destabilisierung und „Ordnungszersplitterung“ ganzer Regionen geführt haben und bei denen zugleich, immer nach dem Motto „Der Feind unseres Feindes ist unser Freund“, der nun beklagte „Terrorismus“ hochgezüchtet wurde. Die Ahnungs- und Rücksichtslosigkeit, die politische Kurzsichtigkeit der militärischen Interventionen, die von Deutschland aktiv mitgetragen, heimlich unterstützt oder doch zumindest beklatscht worden sind, rächt sich heute. Aber es geht hier keineswegs nur um „Ahnungslosigkeit“ und „Kurzsichtigkeit“. Die Bundesrepublik, die nicht nur im Rahmen der EU, sondern auch international eine „führende Rolle“ spielen möchte und „Führungsverantwortung“ tragen will, muss sich auch militärisch engagieren und dabei helfen, die „Kollateralschäden“ zu beseitigen, wenn sie politisch-diplomatisch mitspielen will.¹ Insofern war zu erwarten: Wenn Deutschland am Hindukusch verteidigt wird, dann sollte man sich nicht wundern, wenn die Bewohner des Hindukusch auf die Idee kommen, den Kämpfen nach Deutschland zu entfliehen. Es ist kein Zufall, dass zwei Drittel aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aus den drei Kriegsländern Syrien, Afghanistan und Irak stammen. Aber wenn man glaubt, die katastrophalen Folgen der westlichen bzw. westlich unterstützten militärischen Aktivitäten in Afghanistan, Irak, Jemen, Libyen, Mali, Somalia, Syrien usw. würden die US-amerikanischen, europäischen, deutschen „Verantwortungsträger“ zum Nach-

¹ US-Außenminister John Kerry bedankte sich im UN-Sicherheitsrat im Dezember letzten Jahres für das Zustandekommen der Syrien-Resolution 2254 nicht nur bei den vier anderen ständigen Mitgliedern, sondern auch bei „unserem nichtständigen Mitglied“ Deutschland. „Deutschland zählt, so kann man Kerrys Worte verstehen, unabhängig davon, ob es gerade dem Sicherheitsrat angehört oder nicht, inzwischen dazu“, kommentierte die FAZ. Sie zitiert Bundesaußenminister Steinmeier, der die BRD den „chief facilitating officer“, den Chef-Diplomaten Europas, und Europa „Amerikas engsten und wichtigsten Partner“ nennt. Diese Rolle spielte die BRD bei der Regulierung der Ukraine-Krise, im Fall Libyens, in der Iran-Diplomatie und jetzt auch im Fall Syriens. „Generell wird Berlin inzwischen seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch außenpolitisch gerecht“, konstatiert die FAZ: „Es hat damit formell erreicht, worauf es formal auf absehbare Zeit vergeblich warten muss: Es gehört zum inneren Führungszirkel der Weltdiplomatie.“ Das schließt freilich auch das militärische burden-sharing ein: „Wer Verantwortung anstrebt, muss auch Verantwortung übernehmen.“ Dies zeige sich auch bei der Bewältigung der Kollateralschäden in der Flüchtlingspolitik, denn „nicht zuletzt ... aufgrund der Merkelschen Flüchtlingspolitik wird Berlin eine Mittlerrolle in Syrien zuerkannt“. Majid Sattar, „Unser nichtständiges Mitglied“, FAZ v. 22.12.2015.

denken veranlassen: Das Gegenteil ist der Fall. Wie Wolfgang Schäuble in einem programmatischen Beitrag formuliert, „muss Europa sehr viel mehr tun, um effiziente Verteidigungskapazitäten aufzubauen.“² Das betrifft seiner Ansicht nach nicht nur den Nahen und Mittleren Osten: „Und wir werden vermutlich auch nicht umhinkommen, uns in einem Gutteil Afrikas stärker zu engagieren.“ Die Wortwahl ist verräterisch: „Verteidigt“ werden soll Europa natürlich nicht in Europa, sondern außerhalb. Damit die Verteidigten nun nicht – wie derzeit – denken „wenn die Sicherheit nicht zu uns kommt, dann gehen wir zur Sicherheit“, schlägt Schäuble vor, „die Vereinten Nationen bei der Bewältigung der Migrationsströme sehr viel effizienter zu unterstützen“. Mit „Bewältigung“ ist natürlich die Fernhaltung von Europa gemeint – dies ist die Linie, die die Kanzlerin bislang unbeirrt verfolgt: Die Kriegsflüchtlinge sollen in der Türkei, am besten aber in ihren Heimatländern, bleiben. Ersatzweise könnte man auch die Schengen-Insel Griechenland in ein Flüchtlingslager verwandeln, wie es unlängst Belgien und die osteuropäischen Visegrad-Länder vorgeschlagen haben. Schäuble: „... die (Genfer Flüchtlings)Konvention ist keine Grundlage für weltweite Migrationsfreiheit.“ So gesehen gewinnt Schäubles und von der Leyens Rhetorik von der zunehmenden militärischen „Verantwortung“ auch ihren flüchtlingspolitischen Sinn: Der ungesteuerte Flüchtlings- und Migrationsdruck soll – mit militärischer Unterstützung – von Europa fern- und in den Regionen des Südens festgehalten werden. Dazu braucht man aber die militärische und politische Unterstützung der USA. So ist die Tatsache zu erklären, dass die USA, die die Fluchtursachen in den drei Hauptfluchtländern doch an allererster Stelle (im Falle Syriens auch durch die bedingungslose Unterstützung der Kriegspartei Saudi-Arabien) zu verantworten haben, sich vor der Aufnahme von Flüchtlingen drücken können, ohne dass das in Europa auch nur mit einem Wort kritisiert wird.

Von der Flüchtlingsfrage „gedanklich“ zu trennen, so Schäuble weiter, sei „die Einwanderungspolitik in Europa und damit in Deutschland“. Hier wohl liegt ursächlich das Problem, vor das sich Merkels Politik aktuell gestellt sieht. Das Interesse der EU-Mitgliedsländer an Einwanderung ist sehr unterschiedlich gelagert, und zwar nicht nur, weil – wie Schäuble gemünzt auf Osteuropa herablassend formuliert – „nicht alle Gesellschaften in gleicher Entwicklung die Vorzüge von Offenheit gegenüber Abschottung kennenlernen konnten.“ Das zeigt ein derzeit weniger diskutiertes europäisches Krisenfeld, der Brexit: Knackpunkt der Briten sind nicht die syrischen Flüchtlinge, sondern Arbeitsmigranten aus dem EU-Osten, deren Zuwanderung man gerne stoppen würde, was allerdings – wie die aktuelle Flüchtlingsfrage – ebenfalls die Frage der Freizügigkeit innerhalb Europas aufwirft. Dass dieses Problem – wie Schäuble vorschlägt und die britische Regierung mit Zustimmung der EU plant – allein durch drastische Absenkung der Sozialstandards für Migranten und deren Ungleichbehandlung gelöst werden kann, ist unwahrscheinlich. Dies ist das grundlegende Problem für Deutschland, das wohl auch hinter der Haltung Merkels in der Flüchtlingsfrage steckt: Deutschland ist das einzige große Land in Europa, das Interesse an Einwanderung in grö-

² Dr. Wolfgang Schäuble, Europa zwischen Wunsch und Wirklichkeit, FAZ v. 25.1.2016.

ßerem Umfang hat. Die deutschen Unternehmerverbände lassen derzeit keinen Zweifel daran, dass sie Zuwanderung von Arbeitskräften (nicht nur von hochqualifizierten) wünschen. Die meisten anderen europäischen Länder leiden aktuell eher unter der Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, was sich für sie mittelfristig als Belastung entwickeln könnte. Ihr Interesse an Reise- und vor allem an Niederlassungsfreiheit ist völlig anders gelagert als das deutsche. Dieses Ungleichgewicht ist auch ein Ergebnis der deutschen Wirtschaftspolitik, die sich beharrlich weigert, der Existenz eines extrem hohen und chronischen Leistungsbilanzdefizits wirtschaftspolitisch Rechnung zu tragen. Stattdessen nutzt sie die Schuldenkrise, um ihre Austeritätspolitik zu exportieren. Diese intransigente Haltung rächt sich nun in der Migrations- und Flüchtlingspolitik: Die besondere Beliebtheit Deutschlands als europäisches Fluchtland hängt weniger mit den Äußerungen Merkels als mit den von der deutschen Wirtschaftspolitik vergrößerten ökonomischen Ungleichgewichten zusammen.

Steht nun mit der „Flüchtlingskrise“ und mit den gegensätzlichen Interessen der Mitgliedsländer an Migration das europäische Projekt eines einheitlichen kapitalistischen Raums zur Disposition, scheitert „Europa“, weil Schengen, d.h. die Reisefreiheit in der EU, scheitert? Das ist wenig wahrscheinlich, auch wenn die politisch bedrängte Kanzlerin das gerne so darstellt, unterstützt von den Unternehmerverbänden und auch vom DGB, die behaupten, dass mit der Reisefreiheit auch die Bewegungsfreiheit der Waren bedroht sei. Denn natürlich ist eine abgestufte und an die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer angepasste Einwanderungspolitik nicht nur möglich, sondern aus Sicht des Kapitals notwendig. Da die Interessen der europäischen Mitgliedsstaaten und ihrer Kapitalfraktionen an Migration aus ökonomischen und politischen Gründen ganz unterschiedlich gelagert sind, kann es keine einheitliche europäische Einwanderungspolitik geben. In dem Maße, wie die diesbezüglichen Interessen auseinanderdriften, wird die EU nicht darum herumkommen, die nationale Steuerungsfähigkeit in dieser Frage zu vergrößern.

Das bedeutet nicht das Ende der kapitalistischen Europa-Konzeption. Es spricht viel dafür, dass es hier mittelfristig zu einer Lösung im Sinne eines „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ kommen wird. Es ist kein Zufall, dass Schäuble – manchmal gehandelt als kommender Mann – heute erneut sein 20 Jahre altes Projekt eines Europa „unterschiedlicher Integrationstiefe oder verschiedener Geschwindigkeiten“ in Erinnerung ruft, wobei er sich explizit auf die „britischen Wünsche“ bezieht. Deutschland, dessen dominierende, exportabhängige Kapitalfraktionen ein massives Interesse an Zuwanderung haben, ist nicht in der Lage – und deshalb ist es keine wirklich hegemoniale Macht in Europa – den übrigen Mitgliedern seine migrationsfreundliche Position aufzuzwingen. Das scheint die Lehre zu sein, die die Kanzlerin und die sie stützenden Gruppen aus der „Flüchtlingskrise“ zu ziehen haben, wo sie möglicherweise einer Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse unterlegen sind. Das bedeutet aber nicht das Ende ihrer Europapläne, woran Schäuble mit dem Hinweis auf das alte Projekt des Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten erinnern möchte.³ Das könnte auch den

³ Schäuble rechtfertigt in diesem Kontext nochmals die Forderung eines „Grexit“. Zur Rolle des

Schengen-Raum betreffen, der, wie Schäuble betont, nicht mit der EU identisch ist. Neben einigen südosteuropäischen Ländern gehören vor allem Großbritannien und Irland nicht zu Schengen; man hat bislang nicht gehört, dass dies den freien Warenverkehr behindert. Verschärfte Personenkontrollen müssen nicht notwendig zu verschärften Kontrollen des Warenverkehrs führen. Schon im November 2015 hatte der Chef der berichtigten Eurogruppe und niederländische Finanzminister Dijsselbloem die Idee eine „Mini-Schengen“ aus Deutschland, Schweden, Österreich, Finnland und den Beneluxstaaten in die Debatte geworfen, interessanterweise ohne Frankreich.

Veränderungen der deutschen politischen Architektur und der Rechtstrend

Ähnlich wie in der Europafrage hat die „Flüchtlingskrise“ auch innenpolitisch nichts Anderes getan, als alte Konfliktlinien offenzulegen. Die Kanzlerin hatte es lange meisterhaft verstanden, diese (zugegebenermaßen auf weniger brisanten Feldern wie Familienpolitik und Homoehe) immer wieder zuzukleistern. Dies galt in der Vergangenheit auch für das Migrationsproblem. Dieses war immer – siehe z.B. die Debatte über das Sarrazinbuch – höchst konflikträchtig und brach regelmäßig wieder auf. Schäuble selbst erinnert an die Debatte von 1991, als sich die „ostdeutschen Länder gegen eine proportionale Zuteilung von Asylbewerbern gewehrt“ und die Bundesregierung dem nachgegeben hatte. Allerdings konnte das, anders als Schäuble meint, die Probleme keinesfalls dauerhaft lösen: PEGIDA lässt aus Sachsen grüßen.

Der schon lange schwelende Konflikt zwischen dem nationalkonservativ-völkischen und dem neoliberalen Flügel des herrschenden Blocks (diese Konfliktlinie gibt es nicht nur bei den Konservativen) wurde durch die Flüchtlingskrise offengelegt. Dass dieser – sollten die Flüchtlingszahlen 2016 merklich zurückgehen – erneut gekittet werden könnte, ist wenig wahrscheinlich. Der Altraum von Franz Josef Strauß, dass es rechts von CDU/CSU eine relevante politische Kraft gibt, scheint heute Wirklichkeit zu werden. Das Nebeneinander von reaktionären Bewegungen wie PEGIDA einerseits und einer politischen Partei wie der AfD andererseits spricht dafür, dass letztere nicht – wie frühere rechte Gruppierungen – Eintagsfliegen bleiben und von CDU/CSU resorbiert werden können. Auch hier reflektiert Merckels „Willkommenskultur“ vom Sommer 2015 möglicherweise, neben der Fehleinschätzung der Durchsetzungskraft Deutschlands in der EU, auch eine Fehleinschätzung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse, genährt durch ein übergroßes Vertrauen in die Sonderrolle Deutschlands: Die Tatsache, dass in fast allen anderen europäischen Ländern im Zuge der Globalisierung fremdenfeindliche Parteien stark geworden sind, nicht aber in Deutschland, hatte möglicherweise die Illusion genährt, dass auch in Zukunft das CSU/CDU-Spiel „bad cop – good cop“ ausreichende Integrationskraft auf den nationalkonservativ-völkischen Flü-

heute von Schäuble explizit bemühten Schäuble/Lamers-Papier von 1994: Griechenland: Aus Niederlagen lernen, in: Z 103 (September 2015), S. 11.

gel ausüben würde. Möglicherweise hatte auch der anfängliche Fehlschlag der AfD als völkisch-wirtschaftsliberale Missgeburt diese Illusion gestützt.

Aktuell scheint die Flüchtlingskrise sowohl in Kerneuropa als auch in Deutschland den Rechtstrend zu festigen: In Europa wird es zu einer weiteren Aushöhlung sozialer Standards kommen, unter dem Vorwand, die Attraktivität für arme Migranten beseitigen zu müssen. Ähnlich verhält es sich mit demokratischen Rechten: Zwecks „Gefahrenabwehr“ wird das Asylrecht eingeschränkt, der Polizeistaat ausgebaut, werden demokratische Rechte beschnitten, wird der Datenschutz ausgehöhlt. Die Etablierung einer politischen Kraft rechts von CDU/CSU wird deren Suprematie ironischerweise zunächst eher stabilisieren – das Modell der GroKo mit der Sozialdemokratie als Juniorpartner wird für lange Zeit „alternativlos“ werden, jedenfalls solange die neue rechte Gruppierung nicht als koalitionsfähig gilt. Auch in den Ländern scheint heute die Ablösung „rot-grüner“ Regierungen durch die Konservativen möglich. Und das dürfte so bleiben, da die dominierenden Kapitalfraktionen in Deutschland weiter auf Einwanderung setzen.

Trotzdem ist diese Konstellation nicht stabil. Sie funktioniert sicherlich, solange die Flüchtlings- und Migrationsfrage die tagespolitische Agenda bestimmt, weil auch sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaften den Konflikt zwischen den negativen sozialen Folgen von Migration einerseits und dem Interesse der exportorientierten Wirtschaft an Einwanderung von „Fachkräften“ andererseits reproduzieren. Die eindeutige Positionnahme des DGB an der Seite der Unternehmerverbände für offene Grenzen belegt dies.

Das kann sich aber ändern. Dabei sind mehrere Optionen möglich. Gelingt der Rechten die Interpretation der sozialen Frage als Migrationsfrage, dann wäre eine weitere Rechtsentwicklung, bis hin zur Regierungseinbindung, nicht mehr ausgeschlossen. Sollten soziale Fragen aber als Klassenfragen wieder in den Vordergrund rücken, dann würde die in ihrer Juniorpartnerschaft eingerichtete Sozialdemokratie (und mit ihr Teile der Gewerkschaften) in dem Maße unter Druck geraten, wie ihre Integrationskraft nach links nachlässt: Es ist nicht sicher, dass jene ökonomischen Spielräume Bestand haben, die es in der Vergangenheit erlaubten, die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kräfte auf dem Weg von Kompromissen (Mindestlohn, „Rente mit 63“, Reallohnerhöhungen) vergleichsweise billig und konfliktarm zufrieden zu stellen. Ohne solche Zugeständnisse aber würde der Druck auf die Sozialdemokratie und die entsprechend orientierten Gewerkschaften zunehmen, würde deren Rolle als Juniorpartner intern und durch Druck von links in Frage gestellt werden. Sähe die Sozialdemokratie sich gezwungen, ihre Rolle als Juniorpartner aufzukündigen, könnte dies das politische System in eine Krise stürzen, deren Ausgang alles andere als absehbar wäre. Die Aufgaben der Linkskräfte in diesem Szenario sind jedenfalls eindeutig: Unbedingte Verteidigung der elementaren Menschenrechte (Asylrecht) und Solidarität mit den Flüchtlingen – die erst seit Köln verunsicherte „Willkommenskultur“ zeigt, dass solche Ansätze eine breite Basis haben können – und Kampf um die soziale Frage gegen den Versuch, sie von rechts zu besetzen und gegen die Migranten zu instrumentalisieren.

Elmar Altvater

Offene Märkte, geschlossene Grenzen

Ohne Migration endet die europäische Integration als monströser Markt

Migration von Menschen ist normal. Würden Menschen nicht migrieren, gäbe es sie wahrscheinlich nur in Ostafrika, nicht aber überall auf Erden, angepasst an Wüsten, Regenwälder, Grasland, Eisfelder und an die von Menschen gemachten urbanen und industriellen Landschaften. Menschen sind ubiquitäre und daher migrierende Wesen. Also hört Migration nicht auf, und ihr Grenzen zu setzen ist ein hoffnungsloses Unterfangen. „Jede Woche wandern weltweit drei Millionen Menschen in die Städte“, resümiert die Internationale Organisation für Migration (IOM 2015: 15; <http://www.iom.int/world-migration>) einen Bericht des UN-Human Settlements Programme (UNHabitat).

Nicht normal freilich ist die Massenflucht aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus Ost- und Westafrika und Zentralasien nach Westeuropa in jüngster Zeit. Allein an Griechenlands mediterranen Küsten landeten 2015 847.084 Flüchtlinge, nachdem es 2014 „nur“ 34.442 Menschen waren. Die Zahl der Menschen, die bei den Fluchtversuchen im Mittelmeer ihr Leben verloren, stieg von 3.279 im Jahr 2014 auf 3.771 im Jahr 2015. Die von den USA mit ihren „willigen“ Partnern in ihren Wirtschafts- und Militärbündnissen nach dem 11. September 2001 praktizierte „Weltordnungspolitik“ hat Hunderttausende zur Flucht gezwungen. Allein in Griechenland sind 2015 205.858 Menschen aus Afghanistan, 86.989 aus dem Irak und 475.903 aus Syrien gestrandet. Hinzu kommen Umweltschäden und -konflikte sowie die neoliberale Austerität, durch die unzählige Menschen in Not gestürzt worden sind. Dies schreibt warnend auch die IOM. Die derzeitige Fluchtbewegung macht deutlich, in welchem verheerenden Zustand der Planet Erde durch politische Gewalt, ökonomische Krisen, finanzielle Spekulation und Umweltzerstörung geraten ist. Die jeden Tag im Fernsehen in Echtzeit zu beobachtende Folge: Viele Menschen verlieren die Heimat und befinden sich auf der Flucht. Die in der gesamten Menschheitsgeschichte normale Migration verwandelt sich in eine panische Flucht.

1 Flucht oder Migration

Flucht und Migration sind zwar zu unterscheiden. Das UNHCR erklärt (<http://www.unhcr.de/mandat/fluechtlinge.html>): „Flüchtlinge werden zur Flucht gezwungen; Migranten suchen zumeist aus eigenem Antrieb Möglichkeiten, ihren wirtschaftlichen Status zu verbessern... Während Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen beschließen auszuwandern, noch durch ihren Heimatstaat geschützt sind, müssen Flüchtlinge ihre Heimat verlassen, weil ihr Heimatland sie nicht mehr schützen kann oder will...“ Da setzt auch die

Genfer Flüchtlingskonvention an. Ein Flüchtling ist eine Person, die „...aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will...“ (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951).

Das ist eine historisch geladene Definition aus der Zeit nach dem Sieg über den Nationalsozialismus und dessen Schreckensherrschaft systematischer Menschenrechtsverletzungen. Heute gibt es weitere Gründe für die Flucht aus einem bestimmten Land oder aus einer Region. Viele der Flüchtlinge haben sich aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen auf den Weg an die mediterranen Küsten Europas gemacht. Der Klimawandel, die nukleare Kontamination von ganzen Landstrichen und andere Umweltschäden werden in Zukunft zu den wichtigsten Fluchtursachen gehören. Diese Flüchtlinge sind keine „Konventionsflüchtlinge“, weil sie nicht den Kriterien der Flüchtlingskonvention entsprechen, haben daher auch keinen durch internationales Recht begründeten Asylanspruch. Es ist nationalstaatliche Entscheidung, Flüchtlingen generell oder nur einem Kontingent Asyl zu gewähren.

Auf der Suche nach Schutz in einem anderen Land müssen Migranten, Konventionsflüchtlinge oder „Kontingentflüchtlinge“ häufig gefährliche Wege in Kauf nehmen, auf denen ihnen „Intermediäre“ der Migration oder Flucht – in negativer Konnotation: Schlepper und Schleuser, Menschenhändler, in positiver: Fluchthelfer, Arbeitsvermittler, auch Freunde und Verwandte – behilflich sind. Nicht selten ist die Hilfe, wie zahlreiche Berichte belegen, tödlich. Viele Flüchtlinge oder Migranten (die Abgrenzung ist schwierig, manchmal willkürlich) bezahlen für die Reise in eine bessere Zukunft nicht nur viel Geld, sondern auch mit ihrem Leben.

Es sind nicht nur äußerer politischer und sozialer Druck oder die elende ökonomische Lage, die Ausmaß und Richtung der Migration bestimmen; oft lösen die Gefährdung oder der Verlust menschlicher Sicherheit die Flucht aus: der Verlust der sicheren Unterkunft, der politischen und öffentlichen Sicherheit, einer sicheren Natur einschließlich der Ernährungssicherheit, des Zugangs zu Land und grundlegenden öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Auch die Klimasicherheit ist bedroht. Ganz entscheidend für menschliche Sicherheit ist die Abwesenheit von Krieg, auch wenn das noch nicht Frieden bedeuten mag. Der Zustand menschlicher Sicherheit ist in den Weltregionen unterschiedlich. Die Europäische Gemeinschaft ist in einer besseren Lage als andere Regionen in der Nachbarschaft der EU. Dies ist wahrscheinlich der wichtigste Grund, warum in den letzten Jahren eine starke „Pull“-Spannung zwischen der EU und den Ländern des Balkan, der Levante, Nord-Afrikas oder des Nahen Ostens entstanden ist. Daher strandet eine wachsende Zahl von Menschen als Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU.

Die EU bzw. einige Mitgliedsländer der EU haben die Situation durch politische und militärische Interventionen verschärft, um einen Regimewechsel in einigen Ländern wie dem Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien zu erreichen. Global Players mischen sich in nationalstaatliche Auseinandersetzungen ein, ohne auf die Ökonomie oder das politische Terrain Rücksicht zu nehmen. Sie haben wesentlich die „Push“-Faktoren der Migration unterstützt, indem sie die Bedingungen menschlicher Sicherheit zerstörten. Denn die den destabilisierenden Interventionen nachfolgende politische Instabilität löst Wellen der Gewalt und daher der Flucht und Migration aus.

Push- und Pull-Kräfte wirken immer auf dem Hintergrund der jeweiligen politischen Gesamtlage. Vor dem Fall der Berliner Mauer waren Flüchtlinge aus dem Ostblock in der westlichen, „freien“ Welt hochwillkommen. Flucht-Helfer galten als „Freiheitshelden“, die dazu beigetragen haben, die „Mauern der Unfreiheit“, die Grenzen zur Auswanderung in die „freie Welt“ zu überwinden. In den 1990er Jahren kamen die meisten Flüchtlinge (in Europa) aus dem ehemaligen Jugoslawien, das in den Balkankriegen als schützende politische Einheit zerstört worden ist. Daran waren EU-Mitgliedsländer, nicht zuletzt Deutschland mit seinem damaligen Außenminister Genscher, direkt beteiligt. Zehn Jahre später wurden Libyen, Syrien, der Irak und Afghanistan zu gescheiterten Staaten, eine unmittelbare Folge der Militärinterventionen von USA, NATO und EU-Ländern. Die Vereinigten Staaten waren zunächst die treibende Kraft des Regime-change. Aber sie konnten und können dabei auf die EU, vor allem auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien zählen. Die grausame Ermordung des ehemaligen libyschen Führers Muammar Gaddafi wurde unter dem Schutz der ‚Flugverbotszone‘ von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern durchgeführt. Die geheimen CIA-Gefängnisse wurden von Bulgarien, Polen, Litauen, Rumänien etc. auf ihrem Hoheitsgebiet geduldet. Im Europäischen Diskurs des ideologischen mainstream jedoch sind die Bürgerkriege im Nahen Osten und Nordafrika dem Fanatismus, der Korruption, dem wirtschaftlichen Scheitern aufgrund von wirtschaftlichen Versäumnissen nationaler Regierungen geschuldet. Für Auswanderung und Flucht in die EU und ihre Mitgliedstaaten lehnen die EU-Länder daher jede Verantwortung ab. Es wirkt sich auf die Asylverfahren aus, wenn der komplexe Zusammenhang zwischen Verursachung der Unsicherheit der Lebenslage von Menschen und den Folgen für das unauflöbliche Dreieck von menschlicher Sicherheit, menschlicher Entwicklung und Menschenrechten aus dem Blick geraten.

Anders als während der Blockkonfrontation bis 1989 sollen die Zäune und Mauern, die heute gebaut werden, niemanden daran hindern, aus den umzäunten Regionen (z. B. auf dem Balkan) auszuwandern, wohl aber Flüchtlinge aus anderen Weltregionen daran, das Territorium der EU zu betreten oder gar in die EU einzuwandern. Die Regierungen einiger Länder definieren ihren Staat ideologisch als „no-immigration country“. Die ehemaligen „Freiheitshelden“ und Fluchthelfer gelten nun als Schleuser und Menschenschmuggler, als Kriminelle, denen zumeist niedere Motive unterstellt werden.

2 Neo-pangäische Integration von Märkten und die Migration von Menschen

Seit vielen Jahrhunderten haben die günstigen Verhältnisse des Mittelmeers die ökonomische Integration und daher den Handel von Waren und die Migration von Menschen befördert. Das hatte schon Alexander von Humboldt zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Charakteristikum der mediterranen Region vermerkt. Er verwies auf die einzigartige natürliche Konfiguration von Wasser und Land, von „flüssig und trocken“, und die tief gegliederten Küstenformationen am Übergang von flüssig zu trocken auf der iberischen, der Apennin- und Balkanhalbinsel sowie in der ägäischen Inselwelt oder in Anatolien am Nordufer des Mittelmeers und dann auf die Gebirgsformationen jenseits der Küsten und auf die großen Inseln, durch die Kommunikation und Transporte im Mittelmeerraum, also „Fernhandel und damit (der) Reichtum Europas... von der Natur privilegiert“ worden sind. (Dill 2013: 11) Seefahrt und Landtransporte, also der Austausch von Gütern, Informationen, Menschen und Kulturen, fanden einzigartige geologische und geographische Bedingungen für den politischen und kulturellen Aufschwung vor. Für Humboldt waren dies die entscheidenden Voraussetzungen für die sich seit dem 15. Jahrhundert herausbildende europäische Überlegenheit, bis durch die „Entdeckung“ Amerikas und dessen „Einbeziehung in den abendländischen Wirtschaftsraum das Mittelmeer und die Ostsee als Zivilisationsmotoren entthront“ und „diese Rolle dem Nordatlantik“ übertragen wurden (Dill 2013: 12). Geographie und Geologie bestimmen also die ökonomische und kulturelle Suprematie Europas bis in die Gegenwart. Das ist auch die Schlussfolgerung, die Fernand Braudel aus der „longue durée“ der Geschichte des Mittelmeers ableitet (Braudel 1977; 1990/2001).

Seit der Bildung eines kapitalistischen Welt-Systems im „langen 16. Jahrhundert“ (Fernand Braudel 1986) von der „Entdeckung Amerikas“ 1492 bis zum Westfälischen Frieden 1648 ist die soziale und ökonomische Entwicklung auf „Weltniveau“ gehoben und dann als Industriekapitalismus im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts nochmals beschleunigt worden. Die Wachstumsrate der Weltwirtschaft in den letzten zwei Jahrtausenden sprang von lang dauernder Stagnation („Nullwachstum“) auf 2,2 Prozent pro Kopf und Jahr im Zeitraum von 1820 bis 1998 (Berechnung von Angus Maddison 2001). Das bedeutet eine Verdoppelung des realen pro-Kopf-Einkommens von einer Generation zur nächsten. Das liberale Versprechen der klassischen politischen Ökonomie, den „Wohlstand der Nationen“ zu steigern, war nicht falsch. Die Auswirkungen auf die Kultur der modernen Gesellschaften ist immens, da nun qualitative Vielfalt in quantitative Einförmigkeit und die Ungleichheit der Einkommen, der Vermögen, des Zugriffs auf Ressourcen der Natur und auf militärische und politische Machtpotenziale übersetzt wird. Marktprozesse können nun aus den Bindungen, die soziale Beziehungen oder natürliche Bedingungen unvermeidlich darstellen, „entbettet“ werden – was denn auch, wie Karl Polanyi (1978) herausarbeitet, beim Übergang zur modernen Marktwirtschaft

mit ihrer selbstreferentiellen Logik geschieht. Hier befindet sich der Ursprung des Wachstumsfetischismus, der die moderne Welt beherrscht.

Mit der Einbeziehung der „Neuen Welt“ entstand das kapitalistische Weltsystem: mit technischen und organisatorischen Entwicklungen, die die ökonomische Expansion in alle Weltregionen und daher die neo-pangäische Integration unserer Tage erst möglich machten. Der Urkontinent Pangäa, der vor 300 bis 150 Millionen Jahren in die heutigen fünf bzw. (mit der Antarktis) sechs Kontinente auseinander driftete, entsteht neu, nun nicht mehr als geologische, sondern als ökonomische Formation. Das begann bereits mit den Völkerwanderungen vor tausenden von Jahren, wurde mit blühendem Fernhandel z. B. auf der Seidenstraße oder mit der Hanse im Ostseeraum, den großen Entdeckungsreisen der Neuzeit und der Entstehung eines Weltmarkts fortgesetzt und ist bestimmend für die neoliberalen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Integration im atlantischen und im pazifischen Becken heutzutage. Dies kann als eine zwar nicht geologische, aber doch als ökonomische Wiederherstellung der Erdkonstellation mit dem alten Superkontinent Pangäa, nun aber nicht infolge einer neuen Kontinentaldrift, sondern mit Hilfe der Ware-Geld- und Kapitalbeziehungen sowie durch die ihnen folgenden Migrationsströme verstanden werden.

G-G', die Marx'sche Formel für die fetischhafte Gestalt des prozessierenden Wertes, für die Akkumulation des Geldkapitals, ist eine Weltformel, mit der sogar die Erdsysteme magisch zusammengehalten und geologisch getrennte Kontinente ökonomisch in der kapitalistischen Produktionsweise zusammengeführt werden. Die G-G'-Formel wird nun aber als TTIP und TPP geschrieben, als Transatlantische und Transpazifische Handels- und Investitionspartnerschaft.

Die neo-pangäische Integration sieht Migration, noch dazu eine trans- und interkontinentale Migration, nicht vor. Zwar hat es Wanderungen von Menschen und Tieren, auch von Pflanzen, deren Ausbreitung sich mit der Verschiebung von Klimagrenzen verändert, in der jüngeren Erd- und Menschheitsgeschichte gegeben, z.B. die Besiedlung des amerikanischen Doppelkontinents von Sibirien aus über die heutige Beringstraße in nord-südlicher Richtung und daher über viele Klimagrenzen hinweg, oder die Völkerwanderungen in Europa und Nordafrika zu Beginn unserer Zeitrechnung, oder die Westwanderung der großen Zivilisationen in gleicher Klimazone von China über den fruchtbaren Halbmond in der Levante bis zum Alexandrinischen und dann dem Römischen Reich in Süd- und Westeuropa (dazu vgl. Diamond 1998, insbesondere: 501ff.). Doch auf die Idee, in die Fremde zu ziehen, sind in den vergangenen Jahrhunderten nur wenige Abenteurer gekommen. Sprachgrenzen, religiöse und kulturelle Verschiedenheit, die geographische Distanz und schlechte Transport- und Kommunikationsverbindungen, logistische Schwierigkeiten der Ernährung während längerer Reisen etc. blieben hinderlich für den Austausch von Menschen, Waren, Informationen. Auch Entdeckungsreisen und Eroberungszüge waren die Ausnahme und nicht die Regel.

Erst seit der Industrialisierung Europas und der dadurch seit der Mitte des 18. Jahrhunderts verursachten Freisetzung einer von David Ricardo 1817 so bezeichneten „*redundant population*“ (Überflussbevölkerung), wird die Emigration von mehr als 50 Millionen Menschen in den hundert Jahren von etwa 1820 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs aus Irland, Italien, Spanien, Deutschland etc. in die „neue Welt“ Nordamerikas oder nach Südamerika, Afrika und Australien erzwungen. Meist reichte der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx), manchmal wurde politisch und polizeilich „nachgeholfen“. Auch die krieglerische Verwüstung von Landstrichen hat Menschen immer wieder in die Flucht getrieben. Das hat sich bis heute nur insofern geändert, als die Destruktionsmittel des 21. Jahrhunderts unvergleichlich größer sind als in der bisherigen Geschichte. Flucht und Migration jedenfalls sind nicht eindeutig und einfach zu unterscheiden.

Die Migration in der Neuzeit hat als *Emigration* die europäische Industrialisierung erleichtert und als *Immigration* in der „Neuen Welt“ für die qualifizierte „manpower“ gesorgt, die für die ökonomische Entwicklung auf der Entwicklungsbahn der europäischen Weltbeherrschung eine Voraussetzung war und ist. Die Ökonomen würden sagen, dass die Migrationsbewegungen allseits positive externe Effekte mit sich brachten. Das war eine „*win-win-Migration*“, wenn auch nicht für jeden Beteiligten. Das kann von der heutigen Migration nicht mehr so selbstverständlich gesagt werden. Die einen gewinnen, andere verlieren, und tausende von Migrantinnen und Migranten verlieren sogar ihr Leben. Viele von ihnen im migrationsgünstigen Mittelmeer, das ein Massengrab geworden ist.

Naturprozesse, stoffliche und energetische Transformationen und Wert- und Verwertungsprozesse finden unter kapitalistischen Bedingungen immer zugleich statt. Letztere sind die Treiber der ersteren, die sich als deren natürliche Grenze herausstellen. Nun wird auch erkennbar, warum Karl Marx den Begriff des „Doppelcharakters“ aller ökonomischen Prozesse als „Springpunkt“ der politischen Ökonomie bezeichnet hatte, und warum er sich in seiner Kritik der politischen Ökonomie, wenn auch nur am Rande, für Geologie interessierte (vgl. die „Deutsche Ideologie“, in: MEW Bd. 3: 28; Hundt 2015).

Denn auch die industrielle Revolution hat wegen des Doppelcharakters nicht nur wirtschaftliche, soziale und politische, sondern auch geologische Folgen. Geologen und Geochemiker sprechen von einer neuen erd-historischen Epoche, vom so genannten Anthropozän (vgl. Ehlers 2008). Dieses sollte besser als Kapitalozän bezeichnet werden (dazu Moore 2016; Altwater 2014a und 2014b). Denn es sind die menschlichen Aktivitäten unter kapitalistischen Verhältnissen (in Produktion, Investition, Handel, Migration), die – angeregt durch Gewinnmaximierung – nicht nur die Wirtschaft, die Technik und das Alltagsleben der Menschen, sondern die Geologie der Erde, die Gesteinsschichten der Erdoberfläche und deren Bio- und Atmosphäre ver- und umformen. Die Kontinente, die von dem ursprünglichen Superkontinent Pangäa fortgetrieben wurden, werden im kapitalistischen Weltsystem und infolge der

vielfältigen wirtschaftlichen Integrationsanstrengungen wieder zu einem „Neo-Pangäischen“ Superkontinent zusammengefügt. Vereinbarungen wie TTIP sind eine Brücke zwischen den beiden Seiten des Atlantischen Ozeans, TPP ist eine Überbrückung des Pazifik, viele BITs zwischen europäischen, amerikanischen und afrikanischen Ländern überbrücken kontinentale Distanzen. Auch Integrationsprojekte der Schwellenländer wie BRICS ordnen die Geographie und Geologie des kapitalistischen Weltsystems und nicht nur den Markt neu. Ausmaß und Richtung von Migrations- und Fluchtbewegungen werden durch diese historischen Prozesse beeinflusst.

Das ist auch der Beginn der Spannung zwischen globaler Ökonomie und nationalstaatlicher Politik. StaatsbürgerInnen können sich auch als ökonomische Charaktere, als Arbeitskräfte aus ihrem goldenen Vlies der Staatsbürgerschaft nicht ganz befreien, wie die Tragödien der Fluchtbewegungen oder die „Renationalisierung“ der Europäischen Union im Zuge der je nationalstaatlichen Abwehr von Flüchtlingen und Migranten und Migrantinnen mit NATO-Draht und Grenzpolizei heute zeigen.

3 Die hierarchische Ordnung entbetteter Märkte

Die Ausdehnung entbetteter Märkte bedeutet keineswegs die Befreiung („Liberalisierung“) aus ökonomischen Sachzwängen. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess, der von dem Ökonomie-Nobelpreisträger Jan Tinbergen in den 1950er Jahren als „negative Integration“ bezeichnet worden ist. Dieser Begriff ist nicht normativ, sondern analytisch auf ein Integrationsprojekt bezogen, das vor allem auf die Liberalisierung der Märkte durch den Abbau von Grenzen und die Deregulierung politischer Regeln zielt.

Es war der „Papst des Neoliberalismus“ F. A. von Hayek, der in seinem Buch über „Den Weg in die Knechtschaft“ am Ende des Zweiten Weltkriegs den zynischen Vorschlag der Unumkehrbarkeit von Deregulierung und Liberalisierung auf nationaler Ebene durch Bindung an einen internationalen Vertrag gemacht hatte (Hayek 1944). Das sollte eine wirksame Waffe im „Kalten Krieg“ gegen die politische Linke in der westlichen Welt sein, die die Sozialisierung von Produktionsmitteln in ihrem Programm hatte. Keine nationale Regierung sollte die rechtliche Befugnis und politische Legitimation besitzen, um die einmal in Gang gesetzte Deregulierung in der Politik, die Liberalisierung von Märkten und die Privatisierung des Eigentums rückgängig zu machen. Eine linke Regierung hat daher in der Tat keine Chance, eine Alternative zu realisieren, sie hat „die Regeln des Spiels“ der negativen Integration zu akzeptieren. Dies ist eine Lektion, die noch heute der griechischen Syriza-Regierung von der Troika eingebläut wird.

Inzwischen hat es das Hayek-Projekt der Blockade von Alternativen auf die europäische Ebene geschafft. Nach einem halben Jahrhundert der politischen Deregulierung und wirtschaftlichen Liberalisierung sind die Märkte im Wirtschaftsraum der EU so frei wie nie zuvor in der Geschichte – und die großen Marktteilnehmer, Industriekonzerne oder Finanzinstitute, sind mächtiger als je

zuvor. Die Märkte sind nicht nur frei, sie sind aus gesellschaftlichen Bindungen und aus natürlichen Bedingungen, wie Karl Polanyi über die „Great Transformation“ im 18. und 19. Jahrhundert geschrieben hatte, „entbettet“. Daher sind die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften so schwach wie nie. Formell regulierte Beschäftigung ist rückläufig; informelle und prekäre Arbeit ist auf dem Vormarsch. Die Ungleichheit zwischen den Klassen und zwischen arm und reich wird größer, wie eine IMF-Studie aus dem Jahre 2015 (www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2015/03/jaumotte.htm) oder ein Bericht von Oxfam aus dem Jahr 2016 (<https://www.oxfam.de/system/files/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-embargo-en.pdf>) erneut bestätigen. Danach hatten nur 62 Menschen so viel Vermögen wie die ärmeren 3,5 Milliarden Menschen. Eine soziale und demokratische Alternative zum negativ integrierten Europa und eine Korrektur der Verteilung des „Wohlstands der Nationen“ haben in Hayeks TINA-Welt der Alternativlosigkeit keine Chance, auch wenn der Skandal der Ungleichheit zum Himmel schreit.

Die Folgen von Liberalisierung und Deregulierung sind weitreichend. Handelsbeziehungen und Investitionsströme sind in den letzten Jahrzehnten sprunghaft angestiegen. Dazu haben auch verringerte Transaktionskosten beigetragen. Der intensivisierte Wettbewerb hat zur Folge, dass technische Produkt-Normen angeglichen, rechtliche Regelungen vereinheitlicht, Moden und Stile assimiliert werden. Tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind weitgehend vom Weltmarkt verschwunden. Besonders folgenreich aber sind die Angleichung der Lohnstückkosten der Produktion und deren gemeinsamer Abwärtstrend wegen des Produktivitätsfortschritts und der auf hochintegrierten Märkten verschärften Konkurrenz. Das ist günstig für die Konsumenten, die alle Produkte wegen der gestiegenen Produktivität billiger bekommen können. Das ist ungünstig für die Lohnabhängigen, weil Jobs wegfallen und Druck auf Löhne und Gehälter ausgeübt werden kann, *ceteris paribus* versteht sich. Alle diese Tendenzen zusammen genommen sind für die immer extremer werdende Ungleichheit verantwortlich.

Nun zeigt es sich, dass Märkte zwar aus Gesellschaft und Naturverhältnissen entbettet sind. Sie bilden dabei eine Hierarchie. An deren Spitze befinden sich seit dem Ende des Fixkursystems von Bretton Woods 1973 und dem „Big Bang“ der Liberalisierung der Finanzmärkte unter Margret Thatcher und Ronald Reagan seit 1983 die Finanz- und Währungsmärkte. Dort werden die Zinsen und Wechselkurse durch private Akteure, durch international operierende große Banken und Fonds mit ihrem Anhang von Anwälten, Beratern und Rating-Agenturen und – in geringerem Umfang – durch nationale Regierungen, Zentralbanken oder internationale Finanzinstitutionen wie IWF oder Weltbank gebildet. Zinsen und Wechselkurse haben für Investitionsentscheidungen und damit auch für Produktion, Standortwahl und Beschäftigung, also für die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen auf Erden, zentralen Stellenwert.

In der Hierarchie folgen dann die Märkte für Waren und Dienstleistungen. Dort werden die Produktpreise gebildet, insbesondere die für die Wirtschafts-

entwicklung in der modernen Welt entscheidenden Energie- und Rohstoffpreise (von fossilen Brennstoffen, strategischen Rohstoffen, Strom). Auch hier sind die wichtigsten Akteure private, meist große transnationale Konzerne. Am unteren Ende der Hierarchie befinden sich die Arbeitsmärkte, wo Beschäftigung (und Arbeitslosigkeit) bestimmt werden, aber auch das Ausmaß und die Tendenz der Prekarisierung (und Informalisierung) der Beschäftigung einschließlich der Lohnbildung. Es gibt einen entscheidenden Unterschied zu den anderen erwähnten Märkten: Sozialsysteme und Sozialstaat sind selbst in der hochintegrierten EU noch national begrenzt und daher nicht so europäisiert oder globalisiert wie die Finanz- und Produktmärkte.

Das ist der Grund dafür, dass das Wertgesetz, das die Märkte bei Wert- und Preisbildung reguliert, das also den Gang der Akkumulation des Kapitals bestimmt, auf dem Weltmarkt nur auf modifizierte Weise funktioniert. Marx beschäftigt sich mit den daraus folgenden Fragen im 20. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital“ (MEW Bd. 23: 583 - 590) über die „nationale Verschiedenheit der Arbeitslöhne“. Was sich in nationalen Gesellschaften im zeitlichen Verlauf nacheinander ändert und den Produktivitätsfortschritt ermöglicht, existiert auf dem Weltmarkt als „Verschiedenheit der Arbeitslöhne“ und der Arbeitsbedingungen zeitgleich nebeneinander. Der Wettbewerb wird stimuliert und die Wirkung des Wertgesetzes müsste zu einem Ausgleich der Unterschiede beitragen. Doch genau dies passiert nicht, die Tendenz aller ökonomischen Größen in die Richtung eines Durchschnitts – mit Tendenz nach unten – kommt nur unzureichend zustande. Denn „die Staatseinmischung hat... das naturgemäße ökonomische Verhältnis verfälscht.“ (MEW 23: 587) So interpretiert Marx den liberalen Ökonomen Henry Charles Carey. Marx setzt sich mit diesem durch den Nationalstaat verfälschten ökonomischen Verhältnis auseinander und verweist erstens auf die Geldform der Werte, die in der internationalen Konkurrenz angeglichen werden. Zweitens bleiben die Lohnstückkosten unterschiedlich wegen unterschiedlicher Produktivität und unterschiedlicher Arbeitsbedingungen und -kosten am „Standort“. So bildet sich zwar eine „Durchschnittseinheit der universellen Arbeit“ (MEW 23: 584), die aber letztlich durch das ökonomische und politische „Gewicht“ des jeweiligen „Standorts“ beeinflusst wird. Drittens entstehen, wenn die Unterschiede zum Durchschnitt zu groß werden, Kräfte von Attraktion und Repulsion (Pull- und Push-Tendenzen), die nicht nur auf Finanz- und Gütermärkten wirken, sondern auch die Arbeitsmärkte erfassen.

Die negative Integration entbetteter Märkte in der Welt von Ware und Geld mag zu gesteigerten Profiten führen, wie David Ricardo versprochen hat, auf dem Arbeitsmarkt aber werden dadurch Migrationstendenzen ausgelöst. Globalisierte Märkte für Waren, Kapital und Dienstleistungen sind grenzenlos und frei, während die Migration von Menschen reglementiert und mit Grenzzäunen eingedämmt wird. Die Ideologie der freien, grenzenlosen Kapital- und Warenmärkte zusammen mit der Idee der homogenen ethnischen Nation und koloniales und rassistisches Denken existieren nebeneinander und rechtfertigen und verteidigen die Grenzlinien zwischen Europa an den Nordufern des

Mittelmeers und dem „außen“, das geographisch entlang der südlichen Mittelmeerküsten beginnt und sich geistig in den Köpfen der Menschen festsetzt. All dies findet seinen politischen Ausdruck in den jüngsten Änderungen der europäischen Asylpolitik, in der polizeilichen und militärischen Verteidigung der europäischen Grenzen, im Wachstum der rechten Bewegungen überall in der EU.

Finanz-, Waren- und Rohstoffmärkte sind immer offener und TTIP soll dies noch transatlantisch forcieren, während Arbeitsmärkte gegen Migranten abgeschottet werden. Die EU reagiert auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen durch Militarisierung der Außengrenzen (Frontex). In den politischen Diskursen ist das größte Problem jedoch nicht die humanitäre Katastrophe vor der Haustür der EU, sondern die „ungleiche Belastung“ der Mitgliedsländer der EU mit den Kosten von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten.

Die Rechtfertigung der europäischen Politiker für die Tragödie an den Grenzen der EU ist, dass die Flüchtlinge meist „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien, die „das Grundrecht auf Asyl missbrauchen“. So sprachen bayerische Politiker oder der ungarische Rechtsextremist Premierminister Orbán. Sie argumentieren explizit, dass die Europäische Union nichts mit den Fluchtursachen zu tun hat. Sehr oft zwingt die Art und Weise der Arbeitsmarktregulierung Arbeitssuchende in illegale oder informelle Formen der Beschäftigung. Das ist für Arbeitgeber lohnend und es ist zusätzliche Ausbeutung der Arbeitnehmer. Die Migrationsgesetzgebung wurde in vielen Ländern in den letzten Jahren geändert, wie die OECD im „international Migration Outlook 2015“¹ explizit erklärt: Facharbeiter sind erwünscht, „aber die Länder wählen schärfer aus“, „Investoren und Unternehmer sind begehrt, doch werden sie immer genauer geprüft“. Während einige Einwanderungsverfahren für Familien gelockert werden, geht der allgemeine Trend in Richtung von Maßnahmen zur Stärkung der Grenzkontrollen, zur Förderung der ‚freiwilligen‘ Rückkehr und zum Kampf gegen illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Der Umgang mit der Flüchtlingswelle seit 2015 in der Europäischen Union zeigt die Fratze von Hartherzigkeit, Borniertheit und antidemokratischer Repression.

Daher ist die negative Integration entbetteter Märkte prinzipiell unvollständig. Artikel VIII der römischen Verträge von 1956 begründet die vier Grundfreiheiten: (1) die Freiheit der Kapitaltransfers, (2) die Freiheit des Handels von Gütern, (3) die der Dienstleistungen und (4) die Freizügigkeit von Personen, d. h. auch von Arbeitnehmern innerhalb der EU. Auf Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkten sind Grenzen in einer Reihe von Integrationsschritten schon bis Anfang der 1980er Jahre in der EU demontiert worden. Die EU hat zwar ernsthafte Bemühungen unternommen, die freie Bewegung von Personen (durch Schaffung des „Schengen-Raums“ seit 1985 und der Dublin-II-Regeln) zu erleichtern. Aber als die Zahl der Flüchtlinge 2015 dramatisch anstieg, wurden in Europa neue Mauern und Zäune aus NATO-Stachel- oder Rasierklingendraht und Flüchtlingslager errichtet, wo humanitäre Mindest-

¹ <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/international-migration-outlook-2015.htm>

standards sehr oft nicht gelten und eine neo-nationalistische, chauvinistische Stimmung gemacht wird. Die EU, die 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat, erweist sich beim Umgang mit Flüchtlingen als ein Kontinent der Schande, so dass inzwischen selbst konservative EU-Vertreter über das Merkel-Wort von der „EU als Wertegemeinschaft“ nur bitter lachen können.

Außerdem wird von den in Europa fast überall herrschenden Neoliberalen das Regelwerk der Freizügigkeit im Schengenraum in Frage gestellt, sobald es in Anspruch genommen wird. Warum waren die Liberalisierung und Deregulierung an Finanz- und Warenmärkten mehr oder weniger erfolgreich, am Arbeitsmarkt aber nicht? Warum ist das Projekt der negativen Integration in der „Flüchtlingskrise“ gefährdet?

Wachstum hat, so die These, eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger gebracht. Die 30 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs werden in Deutschland als „Wirtschaftswunder“ und in Frankreich als „Les trente Glorieuses“ gepriesen. Erst seit den 1970er Jahren kam der neue Diskurs über die „Kosten des Wachstums“ und die „Grenzen des Wachstums“ auf. Man musste sich des Doppelcharakters ökonomischer Prozesse erinnern: Das Wachstum der Werte in der Ökonomie verändert durch Stoff- und Energieverbrauch, durch Schadstoffemissionen und Eingriffe in die Evolution des Lebens die Natur, und diese Eingriffe selbst unterliegen den Naturgesetzen der Entropiesteigerung in der nicht-lebendigen und der Evolution des Lebens in der lebendigen Natur. Der Habenseite der Wachstumsbilanz in Gestalt des steigenden Bruttoinlandsprodukts musste nun auch die Sollseite der „social costs of private enterprise“ (Kapp 1950/ 58) gegengerechnet werden.

Aber nicht nur dies. Unternehmen der EU wurden in den wilden Jahren des schnellen Wachstums und der europäischen Integration Bestandteile globaler Warenketten und nach der neoliberalen Deregulierung seit den 1970er Jahren mehr und mehr abhängig von globalen Finanzmärkten. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten gingen zurück. Die politischen Eliten in der EU ebenso wie in den USA und in Kanada hoffen, dass die historische Erschöpfung des Wachstumspotenzials durch die weitere Marktintegration gestoppt werden könnte. Wirtschaftliche Integration wird jetzt nicht mehr als Folge des Wirtschaftswachstums verstanden, sondern umgekehrt als seine Voraussetzung. Wirtschaftliche Forschungsinstitute berechnen Gewinne aus dem transatlantischen Integrationsprojekt TTIP in der Größe von mehreren 100 Milliarden Euro. Das Versprechen des höheren Wachstums durch transatlantisch und transpazifisch ausgreifende Integration der Wirtschaftsräume ist ideologisch aufgeladen, die Wachstumsraten und Wohlstandsgewinne sind absurd überschätzt. Deshalb werden keine Zahlen präsentiert.

Es ist eine keynesianische Idee, wirtschaftliche Dynamik durch Stimulierung der Nachfrage zu erhöhen. Diese Idee wird eklektisch mit ökonomischen Berechnungen und neoliberalen Verheißungen von Wachstumsimpulsen durch negative Marktintegration, d.h. mit einem anti-keynesianischen Rück-

zug des Staates aus der Wirtschaft in Verbindung gebracht. Die europäische Integration erhält nun Impulse aus der Rückkehr zu nicht nur freien, sondern zu entbetteten Märkten ohne den in sozialen Auseinandersetzungen erkämpften Respekt für soziale und ökologische Regeln. Die von Polanyi analysierte „Gegenbewegung“ gegen die Entbettung aus der Gesellschaft, gegen den Abbau von sozialem Schutz von Arbeit und Natur, wird in einem Projekt der „Bastard-Integration“ mit keynesianischer Nachfragesteigerung und neoliberalen Sozialabbau mit dem alles überwölbenden Ziel der Profitsteigerung gestoppt. Die dann unvermeidliche Steigerung der Ungleichheit wird billigend, wenn auch mit Krokodilstränen, in Kauf genommen.

Denn entbettete, deregulierte Weltmärkte sind hoch profitable Märkte für das Kapital. Das war schon David Ricardos Begründung des Freihandels vor fast 200 Jahren: „Es war mein Bestreben... zu zeigen, daß die Profitrate niemals anders als durch eine Senkung der Löhne erhöht werden kann und daß eine dauernde Senkung der Löhne nur durch ein Sinken der lebenswichtigen Güter, für welche die Löhne verausgabt werden, eintritt. Wenn daher durch die Ausdehnung des auswärtigen Handels oder durch Verbesserungen der Maschinerie die Nahrungsmittel und die anderen lebensnotwendigen Güter des Arbeiters zu einem niedrigeren Preis auf den Markt gebracht werden können, wird der Profit steigen...“ (Ricardo 1817/ 1959: 119) Zu Ricardos Zeit konnten Grundnahrungsmittel wie Getreide mit Hilfe des Außenhandels (z. B. mit Irland und den Kolonien in Nordamerika oder mit dem zaristischen Russland) in Großbritannien billiger und die Reproduktionskosten der britischen Arbeitskraft daher gesenkt werden. Die Profite des Kapitals konnten steigen und die kapitalistische Akkumulation und wirtschaftliches Wachstum wurden so beflügelt. In Irland hatte dies Hungersnöte und eine Massenauswanderung in die „Neue Welt“ zur Folge.

Allerdings ist heute die Situation eine andere als zu Beginn des 19. Jahrhunderts, denn es gibt viele Hightech-Industriewaren wie Autos, elektrische Haushaltsgeräte oder Elektronik für die Teilnahme an der digitalen Welt, die in den Korb der unverzichtbaren Lohnwaren (in den entwickelteren Ländern) gehören. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass es bei der Marktintegration heute nicht nur um eine Handels-, sondern auch um eine *Investitionspartner-schaft* geht. Bei TTIP werden also nicht nur transatlantische Warenketten von Handelsunternehmen in der Zirkulation von Kapital gebunden, sondern industrielle Produktionsunternehmen, extraktive Unternehmen und Finanzinstitute. Die Entbettung aus Regulationsräumen ist jetzt nicht nur eine Maßnahme auf Märkten für Waren und Dienstleistungen, sondern auch ein Prozess an den unterschiedlichen Produktionsstätten, an den Standorten im globalen System. Weniger entwickelte Volkswirtschaften können in solch einem Integrationsprojekt nicht als gleichberechtigte Partner mithalten. Sie verfügen nicht über High-Tech-Produktionsstätten und diversifizierte Handelsplattformen. Auch qualifizierte Arbeitskräfte fehlen häufig ebenso wie Technologie und Infrastruktur, eine effiziente Verwaltung und nicht zuletzt eine diversifizierte Finanzindustrie. Es sind also die entwickelten Marktwirtschaften, die die kom-

parativen Vorteile des freien Handels ernten. Weniger entwickelte Volkswirtschaften geraten ins Hintertreffen.

David Ricardo und ebenso John M. Keynes haben in ihren ökonomischen Schriften immer für eine Liberalisierung des Handels von Waren und Dienstleistungen und gegen die Liberalisierung der Finanzmärkte argumentiert. Die Hierarchie der freien Märkte hat nämlich zur Folge, dass bei der Liberalisierung der Finanzmärkte Anpassungen auf Güter- und Arbeitsmärkten erzwungen werden, die für die betroffenen Gesellschaften schwere Verwerfungen mit sich bringen. Dies ist einer der Gründe, warum die Verhandlungen über TTIP oder TPP exklusiv, nicht transparent, ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und demokratische Kontrolle geführt werden. Die nachteiligen Nebeneffekte des profitablen Handels werden der Öffentlichkeit vorenthalten. Freilich kann der Bogen dieses post-demokratischen Tuns so überspannt werden, dass selbst konservative Parlamentarier wie der deutsche Bundestagspräsident Lammert gegen die TTIP-Verhandlungen aufbegehren, zu deren Dokumenten selbst Bundestagsabgeordneten der Zugang verwehrt wird.

4 Das Scheitern der negativen Integration

Die Forcierung der negativen Integration von Märkten soll also das Wachstum beschleunigen, beschleunigt werden aber auch die soziale Desintegration durch Weitung der Kluft zwischen arm und reich und die Zuspitzung der Umweltkrise. Das sind Push-Faktoren der Migration und daher ist es kein Wunder, dass sich die Migrationsströme ausweiten. Zugleich hat die Liberalisierung der Finanzmärkte seit den 1970er Jahren viele Länder in schwere Schuldenkrisen gestürzt und deren nationale Souveränität untergraben. Das ist nicht einzigartig in der jüngeren Geschichte. In den 1870er Jahren geriet Tunesien in einen Staatsbankrott und in dessen Folge unter die Kuratel einer britisch-französisch-italienischen Finanzkommission. Tunesien endete als französisches Protektorat. Ähnliches geschah dem Osmanischen Reich und Ägypten. In der jüngeren Vergangenheit hat die Zahl der Austerity-Opfer noch zugenommen. Das aktuellste Beispiel für die Folgen der Verschuldung und für die Austerity-Auflagen nach dem Muster des „Konsenses von Washington“, ein Regelwerk, mit dem in den 1980er Jahren den Schuldnern der „Dritten Welt“ der Schuldendienst abgepresst wurde, ist Griechenland. Der finanzielle und politische Druck auf das Land hat Wirtschaftsstrukturen vernichtet, die Sozialstruktur und politische Demokratie schwer beschädigt, Menschen krank gemacht bzw. die Heilung von Krankheiten verteuert und daher zu häufig verhindert. Die Verschuldung blockiert in vielen Weltregionen die wirtschaftliche Entwicklung. Mit Krediten wird – anders als die Bretton-Woods-Institutionen und ihre neoliberalen Ideologen immer noch kontrafaktisch versprechen – kein Wachstum finanziert, sondern Armut und Abhängigkeit erzeugt.

Kreditbeziehungen spalten die Welt, denn sie haben unterschiedliche Konsequenzen für Schuldner und Gläubiger. Sind die monetären Forderungen der Gläubiger Geldvermögen, das nach der Verbriefung auf globalen Finanzmärk-

ten in Gestalt von Wertpapieren gehandelt werden kann und das seinen Besitzern Forderungen an Schuldner sichert, die diese erfüllen müssen, werden Schulden zu lästigen Verpflichtungen, die immer wieder die Zahlungsfähigkeit von Schuldnern übersteigen. Während die Forderungen monetäre Ansprüche sind, müssen die Schuldendienstleistungen real erarbeitet werden. Denn Geldvermögensbesitzer werden sich nicht mit wertlosen, aus dem Nichts geschaffenen („originierten“) Papieren zufrieden geben. Real können die Leistungen aber nur „vor Ort“ erbracht werden, aus einem Überschuss, produziert vom Schuldner, der von dem Gläubiger angeeignet werden kann. Das funktioniert nur durch Vermittlung des jeweiligen Nationalstaats, der die Schulden übernehmen muss und für den Schuldendienst an private Gläubiger gerade steht. Wenn es denn funktioniert, ist die skandalös zunehmende Ungleichverteilung, wie sie in den zitierten Reports dargelegt wird, die unvermeidliche Folge.

Das integrierte Europa wird also infolge der Nationalisierung von Schulden und Schuldendienst zu einer Verschiebung des politischen Gewichts zu Gunsten der Nationalstaaten gezwungen. Die Finanzkrise erfasst nun auch die Gemeinschaftswährung Euro, weil die Europäische Gemeinschaft als ein negatives Integrationsprojekt keine Reserven für die Bewältigung der Krise besitzt. Für den Schuldendienst müssen die Nationalstaaten aufkommen, nicht die EU. Fortschritte der Europäischen Integration und bei der Überwindung der Krise können nicht mehr auf dem Weg der negativen Integration erreicht werden, sondern nur noch mit einem Spurwechsel auf die Bahn der positiven Integration. Der griechische Fall zeigt dies auf dramatische Weise. Ein souveränes Land mit einer Bevölkerung von etwa 11 Millionen Menschen wird von den europäischen Partnern (von „Brüdern und Schwestern“) ins Elend gestoßen, weil die Hausordnung des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ Unterstützungszahlungen an überschuldete Länder nicht vorsieht.

Die negative Integration durch Entbettung der Märkte, Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung mündet in wirtschaftlicher Not, in sozialer Desintegration und nationalistischen Denkmustern, die sich mit neoliberaler Marktoffenheit mischen. Das Resultat sind die schon von Karl Polanyi in seiner Studie über die Entbettungsprozesse von Märkten kritisierte Verwandlung des freien Marktes in eine „Satansmühle“, die gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört und in Verbindung mit den Renationalisierungstendenzen hinter geschlossenen Grenzen nationalistische Ideenwelten in Verbindung mit xenophobischer Abschottung fördert. Es wird dann immer schwieriger, Flüchtlinge zu akzeptieren, ihnen Asyl zu gewähren und gleichzeitig die Ursachen für die „nicht normalen“ Migrationen zu bekämpfen.

Literatur

Altwater, Elmar (2014a): Dunkle Sonne. Im Erdzeitalter des Kapitals, in: *Le Monde diplomatique* Nr. 10564 vom 14.11.2014; www.monde-diplomatique.de/pm/2014/11/14.mondeText.artikel,a0003.idx,1

Altwater, Elmar (2014b): *El Capital y el Capitalocene*, in: *Mundo Siglo XXI*, No. 33,

Vol IX, May-Agosto 2014: 5-15

- Braudel, Fernand (1977): Die lange Dauer, in: Schieder, Theodor und Kurt Gräubig (Hrsg.): Theorieprobleme der Geschichtswissenschaft, Darmstadt, S. 164-204
- Braudel, Fernand (1986): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, 3 Bände, München
- Braudel, Fernand (1990/2001): Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps des II., Band 1 bis 3, Frankfurt a.M.
- Diamond, Jared (1998): Arm und reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften, Frankfurt am Main
- Dill, Hans-Otto (2013): Alexander von Humboldts Metaphysik der Erde, Frankfurt am Main
- Ehlers, Eckart (2008): Das Anthropozän. Die Erde im Zeitalter des Menschen, Darmstadt
- Engels, Friedrich (1968): Dialektik der Natur, in: MEW 20, Berlin: 307-568
- Gowan, Peter (2009): Crisis in the Heartland, New Left Review, No 55, January-February 2009
- Hayek, Friedrich A. von (1944/2004): Der Weg zur Knechtschaft; Tübingen, Band 1, Abt. B der gesammelten Schriften von F. A. v. Hayek in deutscher Sprache, Hg. Manfred E. Streit (englischsprachige Erstveröffentlichung 1944)
- Hundt, Martin (2015): Wie und zu welchem Ende studierte Marx Geologie?, in: Sitzungsberichte Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 121, 2014: 117 - 133
- IOM 2015: International Organisation on Migration, Migration Report 2015 (https://publications.iom.int/system/files/wmr2015_en.pdf?language=en)
- Kapp, K. William (1950): The Social Costs of Private Enterprise“, Cambridge/Mass; deutsch (1958): Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen/Zürich
- Maddison, Angus (2001): The World Economy: A Millennial Perspective. Paris: OECD
- Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin
- Marx, Karl (1962, 1963, 1964): Das Kapital, in: MEW Band 23, 24 und 25, Berlin
- Marx, Karl/ Engels (1969), Friedrich: Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, Berlin, S. 9-530
- Moore, Jason W., ed. (2016): Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism, (Verso) New York (im Erscheinen)
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt am Main

Jane Hardy

Migration, Arbeitsmarkt und Kapitalismus*

Betrachten wir zum Einstieg zwei Fälle, die zeigen, wie unterschiedlich mit dem Thema Migration und Arbeitsmarkt umgegangen werden kann. Im ersten Fall demonstrierten im Dezember 2005 rund 100.000 irische, polnische, litauische und lettische Arbeitergemeinsam gegen Versuche ihrer Chefs, Migranten zu geringerem Lohn und unter schlechteren Bedingungen einzustellen als ihre irischen Kollegen. Im zweiten Fall legten im Januar 2009 mehrere hundert Arbeiter unter dem Slogan „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“ die Arbeit nieder. Ersteres zeigt die Möglichkeit von Solidarität und die Zurückweisung des Prinzips von „divide et impera“, letzteres die besorgniserregende Situation, die entsteht, wenn sich verängstigte Arbeiter in einem Vereinigten Königreich des Arbeitsplatzabbaus und der wirtschaftlichen Krisen gegen „Ausländer“ wenden.

Die Frage der Migration hat die herrschenden Klassen immer besonders beschäftigt, vor allem in den kapitalistischen Zentren. Es ging darum, den Bedarf an migrantischer Arbeitskraft in Phasen wirtschaftlicher Expansion gegen die Kosten von Reproduktion und Erhaltung dieser Arbeitskräfte abzuwägen. Große Wanderungsbewegungen haben eine lange Geschichte (Haywood 2008; Emmer 1993; Fagan 1990). Die frühesten fanden in Asien statt, besonders in China, im Mittleren Osten und in Afrika. Vom 16. Jahrhundert an wuchsen die Migrationsströme in Europa aufgrund der sich verändernden wirtschaftlichen und militärischen Kräfteverhältnisse (Held et al. 1999). Politische Konflikte im östlichen, südlichen und in Zentral-Europa führten zu großflächigen Vertreibungen von ethnischen Gruppen über im steten Wandel begriffene Grenzen, während die Nachfrage nach hoch qualifizierter Arbeitskraft in den merkantilistischen Staaten und Reichen immer weiter stieg. Europäische Eroberungen des 17. und 18. Jahrhunderts und die Kolonisierung der beiden Amerikas sind ohne den Sklavenhandel – die gewaltvolle und brutale Entführung von Menschen, vor allem im subsaharischen Afrika und über den Atlantik – nicht vorstellbar.

Bei seiner Expansion verließ sich der Kapitalismus nicht selten auf rohe Gewalt. Die Unterjochung und Entführung von Menschen und das System der Vertragsarbeit waren die Grundpfeiler der Kaffee- und Teeplantagen in Ceylon (jetzt Sri Lanka), der Zuckerrohrplantagen in der Karibik und der Minen und Plantagen in Brasilien (Sassen 1988). Nach dem Verbot der Sklaverei 1838 wurde die massenhafte Migration asiatischer Arbeiter unter dem Label des Kuli-Handels zum Ersatz für die offene Sklaverei. Kuli-Arbeit basierte generell auf Kurzzeitverträgen mit strengen Strafsanktionen und ging oft mit der Verschuldung der Arbeiter aufgrund von Transitgebühren, mit barbari-

* Entnommen aus: *International Socialism*. A quarterly review of socialist theory (London), Nr. 122, 2009; geringfügig gekürzt. Übersetzung: Alan Ruben van Keeken.

schen Arbeitsbedingungen und absoluten Hungerlöhnen (Kale 1998; Northrup 1995) einher. Eine der größten Migrationswellen des 19. Jahrhunderts kam aus Indien und setzte sich sowohl aus Vertragsarbeitern als auch Verwaltungskräften zusammen, die bis in die letzten Winkel des britischen Empire auswanderten. Eine Schätzung geht davon aus, dass zwischen 1834 und 1937 rund 30 Millionen Menschen Indien verließen; 24 Millionen seien wieder zurückgekehrt. (Tinker 1974, zit. n. Nayyar 2006) Vergleichbar ist das nur mit der chinesischen Arbeitsmigration. Für kurze Zeit, saisonal oder dauerhaft wanderten Menschen sowohl nach ganz Südostasien als auch in die USA aus, wo sie das Rückgrat der Arbeitskräfte bildeten, die die Erdarbeiten des Gold Rush und den Bau der Eisenbahnen bewältigten (Lewis 1977, zit. n. Nayyar 2006).

Die Zeit von Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts war die der großen transatlantischen Wanderungsbewegungen. Die ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus produzierte eine große Anzahl verarmter und vertriebener bäuerlicher Arbeiter in Europa, die gebraucht wurden, um das explosive Wachstum des Kapitalismus in Nord- und Südamerika zu befeuern. Zwischen 1870 und 1914 verließen 50 Millionen Menschen den alten Kontinent. Zwei Drittel von ihnen gingen in die Vereinigten Staaten, der Rest wanderte nach Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Argentinien und Brasilien aus. Diese Massenemigration betraf um 1900 ein Achtel der damaligen Bevölkerung Europas, in Ländern wie Britannien, Italien, Spanien und Portugal waren es 20 bis 30 Prozent (Stalker 1994).

Die Krise und die Eindämmung des Weltkapitalismus nach dem ersten Weltkrieg stoppten diese Wanderungen; in den USA wurden die Einwanderungsgesetze mit rassistischen Begründungen verschärft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings führte der wachsende Arbeitskräftebedarf in vielen entwickelten kapitalistischen Ökonomien vor allem in Europa zu Formen aktiver Anwerbung. Großbritannien, Frankreich und die Niederlande rekrutierten Arbeiter in ehemaligen Kolonialgebieten, während andere Länder ihren Arbeitskräftebedarf in der südlichen Peripherie von Europa, in der Türkei und in Nordafrika deckten. Westdeutschland schloss Anwerbeverträge mit Italien (1955 und 1965), Griechenland und Spanien (1964), Marokko (1963), Portugal und der Türkei (1964), Tunesien (1965), Jugoslawien (1968) und Korea (1962). 1973 machten Migranten in Frankreich und Deutschland rund 10 Prozent der Arbeitskräfte aus (Harris 1995).

Die Rezession von 1973ff. markierte das Ende des offenen Arbeitsmarktes. In den 1980er Jahren wurden in vielen europäischen Ländern drakonische Einwanderungsgesetze erlassen. Ein Aspekt der Nachkriegszeit, vor allem in den letzten drei Dekaden, war die gewaltige und gewaltmäßige Vertreibung von Menschen aus Entwicklungsländern, vornehmlich durch Armut, Krieg und Verfolgung. Der Irakkrieg beispielsweise hat eine beachtliche Anzahl von Flüchtlingen produziert. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge berichtet, dass 4,2 Millionen Iraker vertrieben wurden. Bei der einen Hälfte handele es sich um Binnenflüchtlinge; die anderen Flüchtlinge hätten das Land ganz verlassen.

Eine industrielle Reservearmee

Migrantische Arbeit spielt eine bedeutende Rolle im Kapitalismus, sowohl als „Industrielle Reservearmee“ als auch als Mittel, um die Ausbeutungsrate zu erhöhen. Jene „Industrielle Reservearmee“ ist allerdings nichts Neues. Schon 1845 schrieb Friedrich Engels, „daß zu allen Zeiten, ausgenommen in den kurzen Perioden höchster Blüte, die englische Industrie eine unbeschäftigte Reserve von Arbeitern haben muß, um eben während der am meisten belebten Monate die im Markte verlangten Massen von Waren produzieren zu können.“ (Engels 1845/1980: 314f.)

Fortgeschrittene kapitalistische Ökonomien suchen regelmäßig Arbeiter aus Entwicklungsländern mit spezifischen Qualifikationen, so z.B. Krankenschwestern, Lehrer und Sozialarbeiter. Im Vereinigten Königreich existiert eine Art „On- und Off“-Migration, um den Bedarf nach flexibler, saisonaler und kostengünstiger Arbeitskraft zu decken. Die Unternehmer benutzen dabei Sonderregelungen (engl.: „special schemes“) in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe, um Arbeitskräfte für kurze Zeiträume anzuwerben.

Nachdem acht ehemals kommunistische Staaten¹ der EU 2004 beigetreten waren, konnten sich die Kapitalisten der alten EU-Länder in Zentral- und Osteuropa die besten Arbeitskräfte aussuchen. Bei meinen Recherchen stieß ich beispielsweise auf ein Bustouristikunternehmen aus den englischen Midlands, das in Warschau ein Hotel angemietet hatte und um den städtischen Busbahnhof herum Flugblätter verteilte. Den zahlreichen Fahrern, die zu dem beworbenen Treffen strömten, wurden (für polnische Verhältnisse) gute Löhne versprochen. In den folgenden Wochen zogen 20 Fahrer ins Vereinigte Königreich. Sie erhielten zwar den Mindestlohn; der Vertrag beinhaltete aber eine Klausel, nach der keine festen Stunden, sondern nur Arbeit nach Bedarf vereinbart war. Das bedeutete im Klartext, dass in manchen Wochen das versprochene Gehalt gar nicht verdient werden konnte und sie in anderen Wochen mitten in der Nacht geweckt wurden und 60 Stunden arbeiten mussten. Als sich einige über diese Zustände beschwerten, wurde kurzerhand ein Englisch-Test anberaumt und drei Fahrer wurden gefeuert.²

Migrantische Arbeitskräfte eignen sich deshalb so gut als Teil der „Industriellen Reservearmee“, weil man sie einfach wieder loswird. Die USA, Belgien und Frankreich wiesen während der Großen Depression massenhaft Migranten aus. Nigeria schob im Zuge des Kollapses des heimischen Ölgeschäfts in den frühen 1980ern zwei Millionen Arbeiter aus anderen afrikanischen Ländern ab (Strikwerda & Guerin-Gonzales 1993). Nach der Wirtschaftskrise in Südostasien 1997 wurden in Japan, Hong Kong, Korea, Taiwan, Malaysia und

¹ Litauen, Lettland, Estland, Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik.

² Ein Teil des für diesen Artikel verwendeten empirischen Materials wurde im Rahmen des Projekts „zwischenstaatliche Gewerkschaftszusammenarbeit und die Migration polnischer Arbeiter“ gesammelt. Das Projekt wurde zwischen Februar 2007 und April 2008 durch das Economic and Social Research Council finanziert und von Ian Fitzgerald geleitet.

Thailand strengere Grenzkontrollen und Überwachungsmaßnahmen eingeführt, Verstöße gegen Einwanderungsgesetze mit Geldstrafen belegt. Südkorea, Thailand und Malaysia schoben Migranten in ihre Heimatländer ab, selbst wenn sie einen legalen Aufenthaltsstatus vorweisen konnten.

Hinzu kommt, dass Arbeitsmigration dem Empfängerland erlaubt, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu externalisieren. Der Staat nutzt sie als Lückenbüsser am Arbeitsmarkt, trägt aber meistens nicht die Kosten der Niederlassung der Arbeitskräfte und ihrer Familien. In Großbritannien z.B. haben Migranten erst Anrecht auf Sozialleistungen, wenn sie 12 Monate lang bezahlte Arbeit geleistet haben. Das neue Punktesystem für Immigranten (von außerhalb Europas) ist eine Methode, gut ausgebildete Migranten auszusieben und sicherzustellen, dass niemand, der in das Vereinigte Königreich einwandert, eine „Last“ für den Staat wird: Tatsächlich eignet sich das Empfängerland so die Ausbildungskosten der Entsendeländer an.

Die Migration in reichere Länder hat ökonomische und soziale Konsequenzen für die ärmeren Auswanderungsländer. In Moldawien z.B. arbeiten 26 Prozent der Bevölkerung außerhalb des Landes. Die globale Ungleichheit der kapitalistischen Entwicklung setzt eine Kette von Migrationsbewegungen in Gang, wobei die Behandlung immer schlechter wird, je weiter unten die Betroffenen stehen. Die Lücke, die der Wegzug von Schweißern aus den Werften von Gdansk in Polen hinterlassen hat, wurde mit Arbeitern aus Indien und Nord Korea aufgefüllt, die bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten, teilweise unter Kontrolle und Aufsicht der Nordkoreanischen kommunistischen Partei (*Gazeta Wyborcza*).

Steigerung der Ausbeutungsrate

Die Unternehmer wollen aber nicht nur zusätzliche Arbeitskräfte. Sie wollen Beschäftigte, die unter spezifischen Bedingungen eingesetzt werden können, um den Grad der Ausbeutung zu steigern. Allgemein beinhalten diese Bedingungen „eine Form der Kontrolle über die Arbeitskraft, die die Machtlosigkeit der Arbeiter voraussetzt“ (Sassen 1988, S. 39). So werben Unternehmer selbst dann Migranten an, wenn der heimische Arbeitsmarkt noch Arbeitskräfte bereithält, weil davon ausgegangen wird, dass der Migrantenstatus es einfacher macht, Arbeiter aus anderen Ländern auszubeuten.

Selbst wenn migrantische Arbeiter legal angestellt sind, stoßen sie doch auf große Probleme am Arbeitsplatz. Der Missbrauch von Arbeitern aus Zentral- und Osteuropa, die legal im Vereinigten Königreich angestellt sind, ist gut dokumentiert. Die Beschwerden umfassen ausufernde Arbeitszeiten mit viel zu kurzen Pausen und unbezahlten Überstunden. Bekannt ist auch, dass Vermittlungs- und Zeitarbeitsfirmen hohe Vermittlungsgebühren verlangen, weniger bezahlen als vereinbart oder Löhne ganz zurückhalten (Fitzgerald 2007; Hardy und Clark 2007; Anderson et al. 2006). Ein weiteres Problem sind Zwangsunterbringungen, wobei die Unternehmer die Schlafmöglichkeiten bereitstellen. Beschwerden von Migranten beklagen überteuerte, überfüllte und schäbige Unterkünfte.

Die große Mehrheit migrantischer Arbeiter übernehmen die schlimmsten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten. Ken Loachs Film „Its a free World“ ist eine schreiende Anklage gegen die Ausbeutung legaler und illegaler Migrationsarbeiter im Vereinigten Königreich. Allerdings legt der Film den Fokus auf die „schwarzen Schafe“ unter den Arbeitgebern, wohingegen in Wirklichkeit Arbeiter aus den neuen EU-Ländern zentral für den britischen Kapitalismus und direkt oder indirekt bei den größten Firmen des Landes angestellt sind. Es steht außer Zweifel, dass einige der Leiharbeitsfirmen am Rande der Legalität operieren, andere sind jedoch große transnationale Firmen, die man als legale Menschenhändler bezeichnen könnte.

Migrationsarbeiter, Löhne und Arbeitsbedingungen

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Lage migrantischer Arbeiter und den Veränderungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen allgemein? Im Vereinigten Königreich ist eine Fülle von Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen, was jeweils dazu diente, unterschiedliche Positionen innerhalb der herrschenden Klasse zu begründen (Rowthorn, 2008). Eine Fraktion profitiert nicht von migrantischer Arbeit und ist daher nicht bereit, die damit verbundenen Kosten zu tragen, während eine andere sich darin befleißigt, die Vorteile der Immigration hervorzuheben.

Zwei Arbeitspapiere der Regierung belegen diese Interessenunterschiede. Im ersten, einem Bericht des Innenministeriums, der sich auf die traditionsreiche Unternehmerorganisation „Institute of Directors“ und die britische Handelskammer beruft, wird ein Zusammenhang zwischen Immigration und Lohndumping bzw. Arbeitslosigkeit zurückgewiesen (Innenministerium 2007). Ähnlich klang es in einer Rede der Innenministerin Jacqui Smith, die vom „klaren ökonomischen Nutzen“ der Migration sprach. Der damalige Immigrationsminister Liam Byrne fügte hinzu, Migration biete „enorme Vorteile“, der „positive Effekt ließe sich auf 6 Milliarden Pfund beziffern“. (House of Lords 2008: 22)

Damit bezieht man sich auf die Analysen gleich gesinnter Ökonomen wie David Blanchflower. In einer Rede vor der Bank of England kam dieser zum Schluss, dass „Studien weltweit keinen oder kaum einen Nachweis eines spürbaren Einflusses von Immigration auf den heimischen Arbeitsmarkt im Hinblick auf Löhne und Unterbezahlung zeigen. Das deckt sich auch mit Befunden aus dem Vereinigten Königreich selbst.“ (Blanchflower et al. 2007) Ein zweites Paper, diesmal aus dem Oberhaus, bezweifelt eher, dass die positiven ökonomischen Effekte der Immigration deren Kosten rechtfertigen würden. Eine andere Studie kommt zu nochmals anderen Schlüssen und legt nahe, dass die Immigration die Verdienste besser bezahlter Beschäftigter positiv beeinflusst, die Löhne in den unteren Einkommenssegmenten dagegen sinken lässt (Dustmann et al 2007).

Dass die unteren Einkommen besonders unter Druck stehen, ist nicht Schuld migrantischer Arbeiter. Das Streben nach immer mehr „Flexibilität“ am Arbeitsmarkt und noch niedrigeren Löhnen dominierte schon vor der Ankunft von Arbeitskräften aus Zentral- und Osteuropa. Privatisierung, ‚outsourcing‘

und Subunternehmertum haben in den letzten zwei Jahrzehnten in Branchen wie dem Reinigungsgewerbe oder bei anderen schlecht bezahlten Jobs den Wettbewerb intensiviert.

Wie Stobart darlegt, wäre es falsch davon zu sprechen, Migration habe einen homogenisierenden Einfluss auf Löhne und Arbeitsbedingungen; vielmehr variieren die Effekte innerhalb der Sektoren (Stobart 2008). Entscheidend sind meistens die Intensität des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen, der Konflikt zwischen Qualifikationsanforderungen einerseits und dem Lohndruck andererseits und die Fähigkeit der abhängig Beschäftigten, über die Branchen hinweg und am individuellen Arbeitsplatz Widerstand zu organisieren.

Ohne Zweifel haben es manche Kapitalisten darauf angelegt, Migranten zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, wie das Beispiel der Arbeitskämpfe der irischen Fährarbeiter zeigt (EIROnline 2005). Kräfte sind am Werk, die versuchen, die Löhne in ganz Europa zu senken (Cremers et al 2007). Das zeigte sich deutlich an den Arbeitskämpfen von Bauarbeitern in Großbritannien im Januar 2009, als Subunternehmer Arbeiter aus Italien und Spanien auf die Baustellen brachten. Die Entsenderichtlinie von 1996 bestimmt, dass Arbeiter, die temporär in ein anderes Land „entsandt“ werden, die im „Gastland“ durch Gesetz oder Tarif vereinbarten Mindestvergütungen erhalten. In Wirklichkeit aber brauchen die Unternehmer nur das Minimum zu bezahlen; selbst wenn sie darunter bleiben fehlt migrantischen Arbeitern oft das Wissen um ihre Ansprüche.

Unter diesen Bedingungen ist es ein Einfaches, Arbeiter zu schlechteren Bedingungen und Bezahlung einzustellen. Ob das gelingt, ist aber eine politische Frage.

Staat und Migration

Obgleich die Rhetorik der neoliberalen „Globalisierung“ etwas anderes nahe legt, hat der Staat immer eine aktive Rolle bei der Steuerung des Zu- und Abflusses von Arbeit über die Grenzen gespielt. Im 19. Jahrhundert z.B. förderten Regierungen aktiv den Export der verelendeten Massen, welche die europäische Landflucht hervorgebracht hatte, indem Restriktionen bei der Auswanderung gelockert wurden und staatliche Einrichtungen, Gewerkschaften, philanthropische und koloniale Gesellschaften finanzielle Anreize gaben (Held et al 1999).

Mit dem Aufstieg des kapitalistischen Staates etablierten sich feste Grenzen und eindeutige Staatsbürgerschaften, die Immigranten von Staatsbürgern schieden. Vor dem 19. Jahrhundert waren es Städte und Gilden, nicht der Staat, die bestimmten, ob „Fremde“ arbeiten durften oder nicht (Strikwerda & Guerin-Gonzales 1993). Der moderne Nationalismus spaltete manche Gruppen und verschmolz andere; Sachsen und Bayern, die nach Frankreich emigriert waren, wurden plötzlich „Deutsche“. Nationale Identität war oft nur lose definiert, da das Dorf oder die regionalen und religiösen Identifikationen meist stärker waren als nationale. Immigranten, die es vor dem ersten Weltkrieg in die USA zog, verstanden sich oft weiterhin als Italiener oder Polen.

Während des ersten Weltkriegs versuchten die modernen Staaten, die Kontrolle über Grenzbewegungen zu erlangen. Reisepässe waren der papierne Aus-

druck, begleitet von der Expansion einer Immigrationsbürokratie, um die Politik dieses Systems zu steuern (Caplan and Torbey 2001). Obwohl frühe Formen von Reisepässen schon lange in Gebrauch waren, wurden moderne Ausweispapiere im Vereinigten Königreich und anderen europäischen Ländern erst 1914 eingeführt, meist aus militärischen Gründen und mit dem Ziel, gut ausgebildete Arbeiter im Land zu halten.

Grenzkontrollen sind ein Mechanismus, der es erleichtert, billige Arbeitskräfte zu bekommen, indem einem bestimmten Segment der Arbeiterklasse der kriminelle Status illegaler Immigranten aufgedrückt wird. Allerdings sollten wir, wie mir Nick Clark schrieb, nicht den Fehler machen, Einwanderer wie die Kapitalseite nur als Arbeitskräfte zu betrachten: „Es ist die menschliche Seite der Immigration, die den Autoritäten (und Arbeitgebern) Probleme bereitet. Dass Menschen nicht nur emigrieren, um zu arbeiten. Die Kategorien Flüchtling, Wirtschaftsmigrant, Tourist, Familiennachzügler, Geschäftsreisender oder Student verwischen sich angesichts der Realität, die Menschen begegnen dem System mit ihren ganz eigenen Wünschen und Vorstellungen. Alle brauchen– abgesehen von den ganz Reichen – materielle Unterstützung; doch dies ist nicht der einzige Grund warum sie umziehen. Als ich eine (kleine) Stichprobe machte und Menschen fragte, warum sie geblieben sind, hatte das niemand geplant; viele hatten hier einfach einen Partner gefunden.“

Kapitalistische Staaten müssen ständig intervenieren, um die Beziehung zwischen Staat und Arbeit im Interesse der Kapitalakkumulation zu steuern. Kriege führen zur massiven Vertreibung und Entwurzelung von Menschen. Doch es ist die ungleichzeitige Entwicklung als Eigenschaft des Kapitalismus, die eine beständige Tendenz zur Arbeitsmigration schafft, mit „Pull“-Faktoren in den expandierenden Ländern und „Push“-Faktoren dort, wo Grundlagen der Produktion und Arbeitsplätze vernichtet werden. Kapitalisten brauchen einerseits die ständige Beweglichkeit der Arbeit, andererseits aber einen gewissen Grad an Stabilität und Verfügbarkeit von Qualifikationen, um im Konkurrenzkampf bestehen zu können.

Allerdings erschweren die widersprüchlichen Interessen verschiedener Kapitalgruppen mit ihren unterschiedlichen spezifischen Anforderungen an den Arbeitsmarkt die Durchsetzung einer konsistenten staatlichen Migrationspolitik. Dies lässt sich gut an der Debatte über die mexikanische Immigration in die USA demonstrieren. Bis zum Juli 2007 zählte man in den 50 Bundesstaaten 1404 entsprechende Gesetze und Verordnungen. Allein 2007 kamen 170 neue Bestimmungen hinzu, die das Leben illegaler Migranten erschwerten. Zu diesem Zweck wurden auch die Grenztruppen auf 11.000 Mann verstärkt und mit high-tech Überwachungstechnologie ausgestattet. Trotzdem ist die Verfügbarkeit mexikanischer Arbeiter von enormer Bedeutung für den US-Kapitalismus. Die Zahl mexikanischer Wanderarbeiter hat sich seit den 1990ern auf 2,9 Millionen verdoppelt. Noch 1990 konzentrierte sich die Abwanderung aus Mexiko auf Kalifornien und Texas, 2009 aber waren mexikanische Arbeiter über die ganzen USA verteilt (American Immigration Law Foundation 2002).

Wie organisiert man migrantische Arbeiter?

In mancher Hinsicht tendieren wir dazu, migrantische Arbeiter in ihren jeweiligen Sektoren als passive oder schlecht zu organisierende Opfer des Kapitals zu sehen. Doch sie fanden sich auch oft in der ersten Reihe bei Streiks, Gewerkschaftsgründungen und politischer Aktivität, wie Camille Guerin-Gonzalez und Carl Strikwerda in ihrem Buch „The Politics of Immigrant Workers“ dokumentieren (Guerin-Gonzalez/Strikwerda 1993). Viele von der Basis kommende Arbeiterführer brachten ihre Tradition von Gewerkschaftsaktivismus oder Bindungen an linke politische Ideen mit in die neue Heimat. Es gibt allerdings keine „natürlichen Anlagen“ der einen oder anderen Nationalität, die sie mehr oder weniger für linke Politik oder Gewerkschaftsarbeit disponieren würden. Während Italiener in den USA z.B. oft als „konservativ“ galten, stellten sie in Argentinien und Brasilien überdurchschnittlich oft Führerpersönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Der hohe Grad gewerkschaftlicher Organisiertheit unter türkischen und italienischen Arbeitern ab den 1950ern in Westdeutschland und deren niedriger Organisationsgrad in der Schweiz hatten mehr mit der relativen Stärke der Gewerkschaften überhaupt als mit „nationalen Charakteristiken“ zu tun.

Doch Solidarität zwischen Arbeitern ist keinesfalls selbstverständlich. In den Schlachthöfen von Chicago, die Upton Sinclair in seinem Roman „Der Dschungel“ so lebendig beschrieben hat, setzte sich die Belegschaft aus ethnisch und durch Hautfarbe getrennten Gemeinschaften zusammen. Der Historiker James Barret fand heraus, dass „die Existenz von ethnischen oder durch die Hautfarbe bedingten Traditionen entweder zu Einheit oder Fragmentierung führen konnte, je nachdem, welche Rolle einflussreiche Anführer der Gemeinschaften oder Institutionen dabei spielten“. (Barrett 1987)

Einige Wissenschaftler haben von einer segmentierten Arbeiterklasse gesprochen, in der Migranten eine separate Gruppe bilden, was dazu führt, dass sie sich für das „Teile und Herrsche“-Prinzip anbieten. Doch wenn wir uns die jüngste Welle von Migration aus den neuen Ländern der EU nach Großbritannien anschauen, kann diese Hypothese eines hermetisch abgeschlossenen Segments des Arbeitsmarktes nicht mehr aufrechterhalten werden. Während in einigen Branchen migrantische Arbeitskräfte überwiegen, so in der Landwirtschaft oder der Lebensmittelverarbeitung, arbeiten sie in anderen Bereichen z.B. als Busfahrer, auf Baustellen oder in Logistikzentren zusammen mit britischen Arbeitern.

Die Organisation migrantischer Arbeiter in den USA

Die US-amerikanische Arbeiterklasse zeichnete sich immer schon dadurch aus, zu großen Teilen aus Immigranten und deren Nachkommen zu bestehen. In ihrem Buch „Organising Immigrants“ hat Ruth Milkman die Organisationsverhältnisse migrantischer Arbeiter seit der Zeit ihrer Ankunft in den USA im 19. Jahrhundert dargestellt (Milkman 2000; 2006). Viele Gewerkschaften nord- und westeuropäischen Ursprungs waren offen feindlich gegenüber neueren Migranten aus Süd- und Osteuropa eingestellt, da diese oft als Streikbrecher eingesetzt wurden und häufig arbeitslos waren. Obwohl zwischen den 1880er und 1890er Jahren die

Amerikanische Federation of Labour (AFL) Versuche startete, neue Immigranten zu organisieren, kamen um die Jahrhundertwende die meisten Arbeiterführer zu dem Schluss, dass diese nicht organisierbar wären. Sie unterstützten politische Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung. Selbst in den progressivsten Gewerkschaften konnte Rassismus vorkommen, besonders auffällig gegenüber schwarzen und nichteuropäischen Arbeitern wie solchen aus China (Mink 1986, zit. n. Milkman 2000). Neue Immigranten organisierten sich zwar in einigen der AFL zugehörigen Gewerkschaften, vor allem in der Bekleidungsindustrie und dem Kohlebergbau. Insgesamt blieben Migranten aber mehrheitlich unorganisiert; erst in den 1930er Jahren wurden sie im Rahmen einer Welle von Gewerkschaftsaktionen, ebenso wie afroamerikanische Arbeiter, gewerkschaftlich integriert.

1965 markiert den Punkt, an dem neue Immigrationsgesetze zu einem verstärkten Zustrom von Neuankömmlingen führten, vor allem zur Vergrößerung der lateinamerikanischen Bevölkerungsgruppen. Die Rekrutierung migrantischer Arbeiter war zentral für den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, und in den 1990er Jahren zeigten einige spektakuläre Erfolge, wie groß das Organisationspotenzial unter Migranten ist. 1995 gewann ein progressives Führungsteam die Wahlen zum Vorsitz des AFL-CIO Gewerkschaftsbundes, und manche der Mitgliedsgewerkschaften begannen damit, Ressourcen in die Aufbau- und Rekrutierungsarbeit zu stecken; über Jahrzehnte hatte es ein solches Organizing nicht gegeben (Milkman 2000; 2006). Die Kampagne „Justice for Janitors“ (etwa: Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) war ein großer Erfolg migrantischer Organisationsarbeit. Als Teil einer Top-Down Strategie, um die „Service-Employees International Union“ (SEIU) wieder aufzubauen, erreichte sie vor allem einfache migrantische Arbeiter.

Militante Demonstrationen, die gewalttätige Antwort der Polizei und öffentlichkeitswirksame Aktionen wurden von Ken Loach in seinem Film „Brot und Rosen“ in Szene gesetzt. Migrantische Arbeiter waren oft gewillt, hohe Risiken einzugehen, wie den Verlust des Arbeitsplatzes (Waldinger et al 1998: 117, zit. n. ebd.).

Es gab weitere Arbeitskämpfe, die von der Basis organisiert wurden, etwa die lateinamerikanischer Immigranten um höhere Löhne und Krankenversicherung oder mexikanischer Bauarbeiter um bessere Bezahlung (Milkman/Wong 2000). Diese Arbeitskämpfe lehren, dass migrantische Arbeiter organisiert aktiv werden und Erfolg haben können, auch unter schwierigen Umständen. In den Industrien, in denen sie sich organisiert hatten, gab es bis dato kaum Gewerkschaften; im Fall der Bauarbeiter sahen sie sich ständigen Angriffen durch die Unternehmer ausgesetzt. Die Arbeiter, die oft kaum richtig Englisch sprachen, konnten ihre Ziele trotz Einschüchterung, Gewalt und drohender Abschiebung durchsetzen.

Die Organisation migrantischer Arbeiter im Vereinigten Königreich

Der Nachkriegskapitalismus in Großbritannien war zum großen Teil von Migranten aus Westindien, Indien und Pakistan abhängig, die die am schlechtesten bezahlten Jobs in der Textilindustrie und im Öffentlichen Sektor ausübten. In sei-

nem Tagebuch dokumentiert Hassan Mahamdallie, wie sich Migranten aus Asien seit den 1960ern vermehrt mit ihren Arbeitgebern anlegten und sich dabei sowohl mit dem Rassismus von Gewerkschaftsfunktionären als auch dem ihrer Bosse auseinandersetzen mussten (Mahamdallie 2007). Der Streik asiatischer Arbeiter bei der Firma Imperial Typewriters in Leicester 1974 wurde zu einem Politikum, als er neben Lohnfragen auch Fragen von Rassismus und Demokratie in den Gewerkschaften thematisierte. Die Streikenden mussten sich dabei mit dem offenen Rassismus sowohl weißer Gewerkschaftsmitglieder als auch der Funktionäre auseinandersetzen. Die Herausforderung, die der Kampf für die Rechte migrantischer Arbeiter für die britischen Gewerkschaften darstellte, fand ihren Höhepunkt in Grunwick zwei Jahre später, als vornehmlich asiatische Frauen gegen jämmerliche Löhne und Arbeitsbedingungen protestierten. Dabei ergab sich ein großer Unterschied zwischen der lauen Unterstützung durch die TUC und der massiven Unterstützung durch einfache Gewerkschafter: „Grunwick war der wichtigste Arbeitskampf in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung hinsichtlich des Bewusstseins schwarzer und farbiger Arbeiter, die nicht vorbereitet waren, Gewerkschaften beizutreten und somit den Lohn der weißen Arbeiter unterliefen.“ (Ebd.)

Die Position des Dachverbandes TUC war nicht immer von Solidarität geprägt – nicht einmal in rhetorischer Hinsicht. In den 30 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg nahmen der TUC und einige Mitgliedsgewerkschaften nicht selten offen feindliche Positionen Migranten gegenüber ein und versuchten, diese aus gewissen Branchen auszuschließen. In den Betrieben gab es sehr unterschiedliche Reaktionen, von der Zurückweisung der Mitgliedschaft für dunkelhäutige Arbeiter in manchen Berufsgewerkschaften bis hin zur aktiven Anwerbung durch mehrsprachige Flugblätter (Castle/Kovack 1973).

Vom Mai 2004 an kamen Arbeiter aus den neuen EU-Staaten, zwei Drittel davon aus Polen (Borderland Immigration Agency 2007), die im Vereinigten Königreich Arbeit suchten. Diese neue ‚Welle‘ von Migranten war jünger und weiblicher als vorherige – mit 82 Prozent zwischen 18 und 34 Jahren und einem Frauenanteil von 43 Prozent (ebd.). Die TUC und ihre angeschlossenen Gewerkschaften reagierten nun positiv, zum Teil als Folge von Politiken, für die sich vor allem Sozialisten in der Bewegung stark gemacht hatten, durch die Selbstorganisation farbiger Menschen und teils auch, weil eine kleine Sektion der TUC bereits mit portugiesischen Gastarbeitern gearbeitet hatte. Die Antwort der Gewerkschaftsbürokratie war zudem von der Erkenntnis geprägt, dass der Zustrom von Arbeitern in Millionenhöhe die Situation am Arbeitsmarkt fundamental ändern und die Nichtorganisation dieser Arbeiter die Gewerkschaften schwächen würde.

Die Rekrutierung polnischer Arbeiter bot neue Herausforderungen für die Gewerkschaften. Eine große Anzahl konzentrierte sich auf den privaten Sektor und in Leiharbeitsfirmen, wo Gewerkschaften wenig Macht und Einfluss hatten. Sprachbarrieren, fehlende Bankkonten, aggressive und bösartige Unternehmer und begrenzte Gewerkschaftsfinanzen machten die Sache nicht einfacher. Nichts-

destotrotz erwies sich die Basis der britischen Gewerkschaften als innovativ und ideenreich. So wurde ein polnischer Gewerkschafter zur Nordwestlichen TUC delegiert. Der Union Learning Fund³ wurde genutzt, um am Arbeitsplatz Sprachkurse zu organisieren. In Zusammenarbeit mit Rechtshilfevereinen, Kirchen und Kommunalen Gruppen wurden „Kenne deine Rechte“-Events organisiert. In East Anglia veranstaltete die GMB-Gewerkschaft Angelausflüge, um polnische und englische Arbeiter einander näher zu bringen (Fitzgerald/Hardy 2007).

Wo polnische Arbeiter organisiert wurden, streikten sie zusammen mit britischen Arbeitern. Eine Studie von Bridget Anderson fand heraus, dass der noch niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad polnischer Arbeiter nicht, wie behauptet, auf antigewerkschaftliche Vorurteile, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen war (Anderson/Clark/Parutis 2006). Es gäbe, so die Studie, im Gegenteil viel Interesse an gewerkschaftlicher Organisation. Die nichtorganisierten Arbeiter gaben zumeist praktische Gründe an, wie Kosten, Mangel an Informationen, oder sie verwiesen auf die Tatsache, dass sie nur kurze Zeit im Vereinigten Königreich blieben. Weniger als zehn Prozent nannten ideologische Gründe oder negative Erfahrungen mit Gewerkschaften als Gründe für das Nichtbeitreten. Als Motiv für die Mitgliedschaft wurden nicht nur praktische Aspekte (Rechtsschutz, gewerkschaftliche Dienstleistungen, „Versicherung“) genannt; Motive waren auch das Gemeinschaftsgefühl am Arbeitsplatz und die Erkenntnis, dass es ein „Schwert der Gerechtigkeit“ geben müsse.

Debatten über die Organisation von Migranten

Um die Organisierung von Migranten haben sich viele Debatten entsponnen, besonders um die Frage von „community unionism“ und separaten Organisationen. Die Idee des „community unionism“ wurde zu großen Teilen in den USA entwickelt und konzentrierte sich meist auf die Existenz von „Worker Centers“ (Fine 2006). Diese Zentren bekamen immer mehr Einfluss, weil Migranten mit traditionellen Methoden nur schlecht erreicht und ihre Probleme am Arbeitsplatz nur schwer angegangen werden konnten. Auch kümmerte man sich dort um weitergehende Probleme wie Unterbringung und rechtlichen Aufenthaltsstatus. Worker Centers kombinieren Dienstleistungen, Rechtsbeistand und Organizing, sowohl durch individuelle Unterstützung als auch durch kollektive Aktionen. Im Mai 2005 gab es 137 dieser Zentren in den USA, 122 von ihnen werden zumeist von Immigranten frequentiert. Allerdings verließen sich diese Zentren eher auf breit angelegte Kampagnen als darauf, die Organisation am Arbeitsplatz in den Mittelpunkt zu stellen. Fine kommentiert: „Während ich meine Studie durchführte, war ich darüber erschrocken, wie wenig die Workers Centers die ökonomische Macht der migrantischen Arbeiter selbst einsetzen.“ (Ebd.: 257) Manche der Zentren haben

³ Der Union Learning Fund wurde 1988 durch die Regierung eingeführt, um Gewerkschaften zu ermutigen, ihre Mitglieder im Rahmen einer „Lernenden Gesellschaft“ zu aktivieren. Die Rolle des von der Gewerkschaft gestellten Bildungsbeauftragten ist dabei ähnlich der Gewerkschaftsicherheits- und Gesundheitsbeauftragten. Siehe auch www.unionlearningfund.org.uk.

sich von durch die Gewerkschaft inspirierten, radikalen öffentlichen Protestgruppen zu kleinen Unternehmen entwickelt, die unter dem Modewort „Social entrepreneurship“ firmieren. Die East Los Angeles Community Union beispielsweise wurde durch die United Auto Workers in den 60er Jahren gegründet und schaffte es mithilfe einer ausgefeilten Kampagne, den öffentlichen Wohnungsbau voran zu bringen. Seitdem hat es sich jedoch in ein gewinnorientiertes Grundstückverwaltungs- und Entwicklungsunternehmen verwandelt (Pratt Center for Community Development).

Ein Äquivalent zu den Worker Centers existiert im Vereinigten Königreich nicht, auch wenn die Kampagne „Campaign for a Living Wage“ manche dieser Politiken aufgegriffen hat. Die East London Community Organisation (Telco), schaffte es, manche Unternehmer zu überzeugen, den Living Wage von 7.20 Britischen Pfund (im Gegensatz zum Mindestlohn) zu zahlen. Dem folgte eine Kampagne der Gewerkschaft TGWU, die ungefähr 1500 Reinigungskräfte rekrutierte und mit führenden Subunternehmern in Canary Wharf Tarifverträge abschloss (Wills 2008).

Für diese mit am schlechtesten bezahlten und behandelten Berufsgruppen Verbesserungen herauszuschlagen war ein großer Erfolg. Weiterhin brachte die Kampagne antirassistische Ideen in den Mainstream der Gewerkschaftsbewegung. Die Idee des „community organising“ birgt allerdings auch Gefahren: Das Prinzip, „eine Vielfalt an Akteuren mit einer Vielzahl von Interessen“ zusammen zu bringen, tendiert dazu, die Existenz einheitlicher sozialer Klassen aus dem Bewusstsein zu verdrängen (ebd.: 306). Lohnarbeiterthemen werden zunehmend nur noch als Probleme spezifischer „Communities“ formuliert, allgemeine Klasseninteressen werden durch die Brille von „community“, Immigration, Hautfarbe und Religion betrachtet. Der Zusammenhalt im Rahmen ethnischer Gemeinschaften ist sehr wichtig, wenn es um die Unterstützung von Streiks geht; sie waren der Schlüssel zum Bergarbeiterstreik von 1984-85. Oft haben migrantische Arbeiter ihre eigenen Netzwerke, Gemeinschaften und Traditionen. Doch letzten Endes ist es nur die Einheit der sozialen Klasse – Männer und Frauen, Migranten und Einheimische –, welche die Kraft verleiht, Arbeitskämpfe zu gewinnen.

Die zweite Debatte beschäftigt sich mit der Frage spezieller Zweiggewerkschaften für migrantische Arbeiter, was manche als Spaltpilz innerhalb der Arbeiterklasse ansehen. Dafür gibt es im Vereinigten Königreich nur ein Beispiel – das von GMB Southhampton, die einen polnischen Zweig haben. Unterm Strich muss man feststellen, dass viele polnische Arbeiter (auch die aus anderen neuen EU-Ländern) kein Englisch sprechen und keinen Zugang zu Sprachkursen haben. Die Southhampton-Branche wurde auf Wunsch der polnischen Gemeinde eingerichtet; beim ersten Treffen 2006 drängten sich über 100 Menschen in einem kleinen Pub (Fitzgerald/Hardy 2007). 2008 war die Gruppe von 50 auf 500 Mitglieder angewachsen und brachte viele polnische Aktivisten und Organizer hervor. Dies wirkte wie ein Katalysator für die Rekrutierung und Organisierung an anderen Arbeitsplätzen.

Es gibt nicht viele solcher Präzedenzfälle. Es sollte aber daran erinnert werden, dass die Sozialistische Partei Amerikas⁴ am Beginn des 20. Jahrhunderts sieben fremdsprachige Gewerkschaften gegründet hatte, die erfolgreich neu angekommene Migranten organisierten. Sie galten als die radikalsten Sektionen der Partei und wurden 1919 zusammen mit anderen ausgeschlossen, da sie nach der russischen Revolution auch in Amerika Revolutionen für möglich hielten. Eigene fremdsprachige Gewerkschaften zu gründen ist sicher keine Dauerlösung, könnte jedoch dazu beitragen, der Einheit von britischen und polnischen Arbeitern ein Stück näher zu kommen.

Krise und Migration

In der gegenwärtigen Krise (2008ff.) sind migrantische Arbeiter als erste von Arbeitslosigkeit bedroht und sehen sich nicht selten der Gefahr der Abschiebung ausgesetzt. Die tschechische Regierung hat z.B. für entlassene Arbeiter 500 Euro und ein Rückfahrtticket bereitgestellt. Das klingt vergleichsweise altruistisch, schaut man nach Italien, wo es zu Massenabschiebungen kam. In Russland arbeiten an die 10 Millionen Migranten, von denen unverhältnismäßig viele von Armut und Verfolgung betroffen sind, vor allem nachdem die Baubranche in die Krise geriet. Eine in Moskau agierende Menschenrechtsgruppe berichtet, dass in nur 12 Monaten zehn Menschen durch rassistische Anschläge ihr Leben verloren haben. Auch für ärmere und Entwicklungsländer ergeben sich Probleme, z.B. wenn die Geldüberweisungen der Emigranten ausbleiben. Diese bilden oft einen signifikanten Teil des heimischen BIP, z.B. in Südostasien, und sorgen für den Lebensunterhalt vieler Familien.

Als Mitte 2008 im Vereinigten Königreich der Wert des Pfunds gegenüber anderen Währungen in den Keller stürzte, darunter auch gegenüber dem polnischen Zloty, gab es Berichte über den massenhaften Exodus polnischer Arbeiter. Es gibt aber keine Daten zu den Auswirkungen der Krise auf die Migration, nur Mutmaßungen auf anekdotischer Basis. Die gegenwärtige Krise ist global, und die einzige Frage lautet, wie tief sie sein und welche spezifische Form sie in verschiedenen Ökonomien noch annehmen wird.

Fazit

Der Kapitalismus ist ein System, das auf dem Prinzip von Teilen und Herrschen basiert. Immer wieder haben die Regierungen in Großbritannien die Ausländerkarte gespielt oder versucht, mit Fremdenhass Arbeiter gegeneinander aufzuwiegeln. Die Finanzblasen in den USA und im Vereinigten Königreich sind nun geplatzt, die Länder bewegen sich auf die Krise zu und immer mehr Arbeitsplätze fallen weg, wobei migrantische Lohnarbeiter als erste getroffen werden. Die Angst einheimischer Arbeiter mag berechtigt sein, doch es besteht immer die Gefahr, dass ihre ausländischen Kollegen als Sündenböcke missbraucht werden. Für Sozialisten ist es eine zentrale Aufgabe, an ih-

⁴ Die Partei wurde 1905 gegründet und war eng mit der Arbeiterbewegung verbunden.

rem Arbeitsplatz und in ihren Gewerkschaften die Sache ins rechte Licht zu rücken und ausländische Arbeiter gegen solche Anschuldigungen in Schutz zu nehmen. Die Implementierung neoliberaler Regularien in ganz Europa hat zu einer verschärften Konkurrenz geführt, die im Kern anarchisch ist. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass migrantische und einheimische Arbeiter gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen und darin auch erfolgreich sein können. Wir müssen sozialistische Ideen unter migrantischen Arbeitern ebenso stärken, wie wir unter einheimischen Arbeitern für eine internationale Perspektive eintreten müssen.

Literatur

- American Immigration Law Foundation, 2002, „Mexican Immigrant Workers and the US Economy: An Increasingly Vital Role”, executive summary, Immigration Policy Focus, volume 1, issue 2, www.immigrationpolicy.org/?content=f200209.
- Anderson, Bridget, Nick Clark, und Violetta Parutis, 2007, „New EU Members? Migrant Workers’ Challenges and Opportunities to UK Trade Unions: A Polish and Lithuanian Case Study”, TUC, www.tuc.org.uk/extras/migrantchallenges.pdf.
- Barrett, James R, 1987, „Unity and Fragmentation: Class, Race and Ethnicity on Chicago’s South Side”, in: Dirk Hoerder (ed), *Struggle a Hard Battle: Essays on Working Class Immigrants* (Northern Illinois University).
- Blanchflower, David, Jumana Saleheen und Chris Shadforth, 2007, „The Impact of Recent Migration from Eastern Europe on the UK Economy”, Bank of England, www.bankofengland.co.uk/publications/speeches/2007/speech297.pdf.
- Border and Immigration Agency, 2007, „Accession Monitoring Report A8 Countries, May 2004-June 2007”, <http://tinyurl.com/AMRA8C>.
- Caplan, Jane, and John Torbey (eds), 2001, *Documenting Individual Identity* (Princeton).
- Castle, Stephen, und Godula Kosack, 1973, *Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe* (Oxford University).
- Cremers, Jan, Jon Erik Dolvik und Gerhard Bosch, 2007, „Posting Workers in the Single Market: Attempts to Prevent Social Dumping and Regime Competition in the EU”, *Industrial Relations Journal*, volume 38, number 6.
- Dustmann, Christian, Tommaso Frattini und Ian Preston, 2007, „A Study of Migrant Workers and the National Minimum Wage and Enforcement Issues that Arise”, Low Pay Commission, www.lowpay.gov.uk/lowpay/research/pdf/t0Z96GJX.pdf
- Emmer, Pieter, 1993, „Intercontinental Migration as a Historical Process”, *European Review*, volume 1, number 1.
- Engels, Friedrich, 1845/1980, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, in: *Marx/Engels, Werke Bd. 2*, S. 225-506.
- Fagan, Brian, 1990, *The Journey From Eden: The Peopling of Our World* (Thames and Hudson).
- Fitzgerald, Ian, 2007, „Working in the UK: Polish Migrant Worker Routes into Employment in the North East and North West Construction and Food Processing Sectors”, TUC, <http://tinyurl.com/WIUKPMW>.

- Fitzgerald, Ian, und Jane Hardy, 2007, „Thinking Outside the Box: Trade Union Strategies and Polish Migrant Workers in the UK”, paper given at the International Industrial Relations Association conference, University of Manchester, 3-7 September 2007.
- Fine, Janice, 2006, *Worker Centers: Organizing Communities at the Edge of a Dream* (Cornell University).
- Gubbay, Jon, 1999, „The European Union Role in the Formation, Legitimation and Implementation of Migration Policy”, in: Gareth Dale and Mike Cole (eds), *The European Union and Migrant Labour* (Berg).
- Guerin-Gonzalez, Camille, und Carl Strikwerda, 1993, *The Politics of Immigrant Workers: Labor Activism and Migration in the World Economy since 1830* (Holmes and Meier).
- Hardy, Jane, und Nick Clark, 2007, „EU Enlargement, Workers and Migration: Implications for Trade Unions in the UK”, International Labour Organisation.
- Harris, Nigel, 1995, *The New Untouchables: Immigration and the New World Order*.
- Haywood, John, 2008, *The Great Migrations: From the Earliest Humans to the Age of Globalisation* (Quercus).
- Held, David, Anthony McGrew, David Goldblatt und Jonathon Perraton, 1999, „People on the Move”, in *Global Transformations: Politics, Economics and Culture* (Polity).
- Home Office, 2007, „Economic and Fiscal Impact of Immigration”, cross-departmental submission to the House of Lords Select Committee on Economic Affairs, October 2007, www.official-documents.gov.uk/document/cm72/7237/7237.pdf.
- House of Lords, 2008, Select Committee on Economic Affairs, www.publications.parliament.uk/pa/ld200708/ldselect/ldeconaf/82/8202.htm.
- Jordan, Bill, und Franck Düvell, 2002, *Irregular Migration, the Dilemmas of Transnational Mobility* (Edward Elgar).
- Kelly, John, 1998, *Rethinking Industrial Relations: Mobilisation, Collectivism and Long Waves* (Routledge).
- Kale, Madhavi, 1998, *Fragments of Empire: Capital, Slavery and Indentured Labour* (University of Pennsylvania).
- Lewis, William Arthur, 1977, *Growth and Fluctuations: 1870–1913* (Allen and Unwin).
- Mahamdallie, Hassan, 2007, „Muslim Working Class Struggles”, International Socialism 113 (winter 2007), www.isj.org.uk/?id=288.
- Marfleet, Philip, 2005, *Refugees in a Global Era* (Palgrave Macmillan).
- Marfleet, Philip, 1998, „Migration and Refugee Experience”, in: Philip Marfleet and Ray Kieley, *Globalisation and the Third World* (Routledge).
- Milkman, Ruth (ed), 2000, *Organizing Immigrants: The Challenge for Unions in Contemporary California*, (Cornell University).
- Milkman, Ruth, 2006, *LA Story: Immigrant Workers and the Future of the US Labor Movement* (Russell Sage Foundation).
- Milkman, Ruth, und Kent Wong, 2000, „Organizing the Wicked City: The 1992 Southern California Drywall Strike”, in: Ruth Milkman, 2000.

- Mink, Gwendolyn, 1986, *Old Labor and New Immigrants in American Political Development: Union, Party and State, 1875–1920* (Cornell University).
- National Conference of State Legislatures, 2007, „2007 Enacted State Legislation Related to Immigrants and Immigration”, available from www.ncsl.org/programs/immig/2007Immigration831.htm.
- Nayyar, Deepak, 2006, „Globalisation, History and Development: A Tale of Two Centuries”, *Cambridge Journal of Economics*, volume 30, number 1.
- Northrup, David, 1995, *Indentured Labour in the Age of Imperialism* (Cambridge University).
- Rowthorn, Robert, 2008, „The Fiscal Impact of Immigration on Advanced Economies”, *Oxford Review of Economic Policy*, volume 24, number 3.
- Salt, John, und Jane Millar, 2006, „Foreign Labour in the United Kingdom: Current Patterns and Trends”, *Labour Market Trends*, ONS, October 2006, www.statistics.gov.uk/articles/labour_market_trends/foreign_labour.pdf.
- Sassen, Saskia, 1988, *The Mobility of Labour and Capital: A Study in International Investment and Labour Flow* (Cambridge University).
- Sinclair, Upton, 2006 [1906], *The Jungle* (Penguin).
- Stalker, Peter, 1994, *The Work of Strangers: A Survey of International Migration*, International Labour Office.
- Stobart, Luke, 2008, „The Case of Spain’s ‘Border of Death’: A Critical Evaluation of the ‘No Borders’ Position”, unpublished MA thesis.
- Strikwerda, Carl, und Guerin-Gonzalez, Camille, 1993, „Labor, Migration and Politics”, in: Guerin-Gonzalez and Strikwerda, 1993.
- Tinker, Hugh, 1974, *A New System of Slavery: The Export of Indian Labour Overseas, 1830–1920* (Oxford University).
- Waldinger, Roger, Chris Erickson, Ruth Milkman, Daniel Mitchell, Abel Valenzuela, Kent Wong und Maurice Zeitlin, 1998, „Helots no More: A Case Study of the Justice for Janitors Campaign in Los Angeles”, in: Kate Bronfenbrenner, Sheldon Friedman, Richard Hurt, Rudolph Seeber (eds), *Organizing to Win: New Research on Trade Union Strategies* (Cornell University).
- Wills, Jane, 2008, „Making Class Politics Possible: Organising Contract Cleaners in London”, *International Journal of Urban and Regional Research*, volume 32, number 2.
- Woolfson, Charles, und Jeff Sommers, 2006, „Labour Mobility in Construction: European Implications of the Laval un Partneri Dispute with Swedish Labour”, *European Journal of Industrial Relations*, volume 12, number 1.
- Zabin, Carol, 2000, „Organizing Latino Workers in the Los Angeles Manufacturing Sector: The Case of American Racing Equipment”, in: Milkman, 2000

„Ordnungszersfall“ und Migration

Einen Rekord der besonderen Art vermerkte kurz vor der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2015 deren offizielle Begleitbroschüre, der „Munich Security Report 2015“. Die Anzahl der Länder, die in einen oder sogar mehrere bewaffnete Konflikte involviert waren, sei im Jahr 2013 auf einen neuen Höchstwert gestiegen, hieß es in der Broschüre. Nicht weniger als 46 Prozent aller Staaten weltweit hatten sich demnach an Kriegen oder Bürgerkriegen beteiligt oder waren sogar selbst von ihnen überzogen worden.¹ Nimmt ihre Zahl weiterhin so rasch zu, dann wird in Kürze mehr als die Hälfte aller Länder der Erde in bewaffnete Machtkämpfe verwickelt sein. Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es so viele kriegführende Staaten gegeben.

Der neue Kriegsrekord ist kein Zufall, aber er wird im außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik weitgehend schulterzuckend zur Kenntnis genommen. „Es ist sehr wahrscheinlich, dass dauerhafte und parallel verlaufende Krisen nicht mehr die Ausnahme, sondern eher die Regel der Außenpolitik in einer zunehmend zerbrechlichen globalisierten Welt sind“, schrieb etwa Thomas Bagger, der Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, in der renommierten US-Zeitschrift „The Washington Quarterly“.² „Die Krise ist die ‚neue Normalität‘“, fuhr Bagger fort. Man sei „mit einer Situation konfrontiert, in der die alte Ordnung in einigen Teilen umstritten ist, in anderen ausfranst, durch Parallelstrukturen ersetzt wird oder in Teilen Afrikas und des Mittleren Ostens sogar zerfällt“. Die alte Ordnung? Das ist das vom Westen dominierte Weltsystem, in dem die transatlantischen Mächte seit 1990 zuverlässig das Sagen hatten und aus dem sie beispiellosen Reichtum sogen. Es ist nicht mehr stabil.

„Der Zerfall der internationalen Ordnung im Fokus“: So lautete denn auch der Titel einer Pressemitteilung, die Mitte Januar 2015 auf die damals kurz bevorstehende Münchner Sicherheitskonferenz hinwies. „Die Ukraine-Krise, die anhaltenden Konflikte und Zerfallsprozesse im Nahen Osten und neue Terrorphänomene wie der so genannte Islamische Staat haben uns vor Augen geführt, dass grundlegende Regeln der internationalen Ordnung gegenwärtig auf die Probe gestellt werden“, ließ sich der Vorsitzende der Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, darin zitieren.³ In den folgenden Tagen bekräftigte er diese Ansicht immer wieder. „Wir erleben ein Versagen der ‚global governance‘ auf breiter Front“, äußerte er am 18. Januar in der Tageszeitung „Die Welt“.⁴ Den „Tagesspiegel“ ließ er am 30. Januar wissen: „Die internationale

¹ The Munich Security Report 2015. www.securityconference.de .

² Thomas Bagger: The German Moment in a Fragile World. The Washington Quarterly, Winter 2015.

³ Der Zerfall der internationalen Ordnung im Fokus. www.securityconference.de 12.01.2015.

⁴ „Die Welt ist gefährdet. Und niemand kümmert sich“. www.welt.de 18.01.2015.

Ordnung zerfällt gerade.“⁵ Und damit es auch wirklich niemand überlas, fügte er hinzu: „Wir leben im Zeitalter des Ordnungszersfalls.“

Der nahe und mittlere Osten

Was hat es auf sich mit dem „Ordnungszersfall“, den Ischinger und das Auswärtige Amt diagnostizieren? Der Mittlere Osten bietet für diese Frage die dramatischsten Einblicke. Gerade einmal dreizehn Jahre ist es her, da entfesselten die Vereinigten Staaten den Krieg gegen den Irak. Vom „Greater Middle East“ war weithin die Rede, von einem Mittleren Osten, der auf prowestliche Orientierung getrimmt werden sollte. Washington stand auf dem Höhepunkt seiner globalen Macht; es war allerdings nicht anzunehmen, dass dieser Zustand ohne weiteres Zutun auf Dauer bestehen bleiben würde: Der ökonomische und infolgedessen früher oder später auch politische Aufstieg der Volksrepublik China war unübersehbar; darüber hinaus war die EU dabei, sich immer enger zusammenzuschließen und, ebenfalls aufbauend auf ihrer beeindruckenden Wirtschaftsmacht, eine vereinheitlichte Außen- und Militärpolitik zu entwickeln, um sich ihrerseits als Weltmacht zu profilieren. Mit Blick auf die sich abzeichnenden globalen Rivalitäten der Zukunft den Mittleren Osten, die energieressourcenreichste Region der Welt mit höchster geostrategischer Bedeutung, fest an sich zu binden – das war der Gedanke, der die Regierung von Präsident George W. Bush dazu trieb, den Irak zu überfallen und seinen Staatspräsidenten Saddam Hussein zu stürzen. Vom Zentrum des Mittleren Ostens aus dann auch die angrenzenden Staaten Syrien und Iran per regime change auf einen prowestlichen Kurs festzulegen – das war der weitere Plan. Das gesamte Vorhaben scheiterte bekanntlich auf ganzer Linie. Allerdings zerstörte die US-geführte Militärintervention die staatliche Ordnung im Irak und begann, Menschen in großer Zahl in die Flucht zu treiben.

Die Versuche des Westens, den Mittleren Osten und weitere Staaten der arabisch-islamischen Welt fest an sich zu binden, um die eigene Position in der globalen Konkurrenz gegen China zu stärken, waren damit noch lange nicht zu Ende. Die Konstellationen begannen sich allerdings etwas zu verschieben. Während die Vereinigten Staaten sich stärker auf den beginnenden Machtkampf gegen China zu konzentrieren begannen – im November 2011 rief Außenministerin Hillary Clinton in der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ offiziell „America’s Pacific Century“ aus⁶ –, drängten im Krieg gegen Libyen ab März 2011 einige EU-Staaten, insbesondere Frankreich und Großbritannien, nach vorn. Gaddafis Sturz sollte in Libyen verlässliche prowestliche Kräfte an die Macht bringen, und als im Sommer 2011 die Proteste gegen Bashar al Assad anhielten und damit eine ähnliche Option auch in Syrien möglich schien, setzten die westlichen Mächte dort ebenfalls auf regime change. Die Entwicklung verlief nicht anders als im Irak: Beide Länder rutschten immer weiter in Krieg und Zerstörung. Dem

⁵ „Die internationale Ordnung zerfällt gerade“. www.tagesspiegel.de 30.01.2015.

⁶ Hillary Clinton: America’s Pacific Century. foreignpolicy.com 11.10.2011.

Westen gelang es nicht, die Dinge in seinem Sinne zu ordnen; seine direkten (Libyen) und indirekten (Syrien) Interventionen zerstörten vielmehr jegliche staatliche Ordnung in den betroffenen Ländern. Der von Ischinger und dem Auswärtigen Amt beklagte „Ordnungszersfall“ ist in den beiden Ländern – ganz wie im Irak – eine Ordnungszerstörung mit aktiver Beteiligung des Westens, und das bei gleichzeitiger Unfähigkeit, eine neue staatliche Ordnung zu schaffen.

Ironischerweise haben die westlichen Interventionen inzwischen zu Versuchen geführt, eine neue antiwestliche Ordnung zu schaffen – auf der denkbar reaktionärsten, nämlich auf salafistisch-jihadistischer Basis. Hintergrund ist die Bündnispolitik der westlichen Staaten im Nahen und Mittleren Osten gewesen. Um Iran, das vielleicht größte Hindernis für eine westliche Hegemonie über die Region, zu schwächen, begannen die Vereinigten Staaten und die führenden Mächte der EU vor allem seit der machtpolitischen Ausschaltung des Irak im Jahr 2003, Irans nun härtesten Gegner in Mittelost systematisch zu stärken: Saudi-Arabien wurde wirtschaftlich unterstützt und militärisch hochgerüstet. Nun hat Riad für seine Einflusspolitik traditionell immer wieder auf salafistisch-jihadistische Organisationen zurückgegriffen, die schärfsten und blutigsten Feinde der Schiiten, also Irans und seiner Verbündeten etwa im Irak, in Syrien und im Libanon. Welche Folgen eine außenpolitisch motivierte Nutzung von Jihadisten hatte, das konnte man bereits aus dem Afghanistan-Krieg der 1980er Jahre wissen, als vor allem die USA, punktuell aber auch die Bundesrepublik gemeinsam mit Saudi-Arabien am Hindukusch die Mujahedin für den Kampf gegen die sowjetischen Streitkräfte trainierten und aufrüsteten. Zu den Mujahedin zählte damals nicht zuletzt ein gewisser Osama bin Laden. Ab 2011/12 gingen die westlichen Mächte und Saudi-Arabien trotz alledem im Syrien-Krieg im Kern dasselbe Bündnis ein wie damals – und die Folgen waren die gleichen. Im August 2012 berichtete der US-Militärgeheimdienst DIA nach Washington, im Nordosten Syriens würden Aufständische in absehbarer Zeit möglicherweise eine Art „salafistisches Fürstentum“ gründen; das sei „genau, was die Mächte wollen, die die Opposition unterstützen“, weil es damit gelingen könne, Iran und seine Verbündeten zu schwächen.⁷ Was die DIA als „salafistisches Fürstentum“ beschrieb, das war schlicht eine Keimzelle des sich in Nordost-Syrien wenig später herausbildenden „Islamischen Staats“ (IS/Daesh).

Die von den westlichen Kriegen verursachte Ordnungszerstörung, der anschließende Versuch des IS/Daesh, eine salafistisch-jihadistische Gewaltordnung aufzubauen, und die darauf wiederum folgenden Angriffe des Westens auf den IS/Daesh, die eine antiwestliche Ordnung schon im Keim ersticken sollen, haben jeweils neue Verheerungen angerichtet und stets weitere Menschenmengen in die Flucht getrieben. Die größte Zahl an Flüchtlingen stammt dabei aus Syrien, aus dem laut Angaben des UNHCR bis Ende 2015 beinahe 4,6 Millionen Menschen geflohen waren. Bereits im Juni 2015 hatte der UN-

⁷ Department of Defense: Information report, not finally evaluated intelligence. 14-L-0552/DIA/287-293. Einsehbar auf www.judicialwatch.org.

HCR zusätzlich 7,6 Millionen Binnenvertriebene in Syrien gezählt. Auf Platz zwei der Flüchtlings-Weltrangliste steht mit Afghanistan (2,59 Millionen Flüchtlinge und offiziell 800.000 Binnenvertriebene Ende 2014) ein Land, an dessen Zerstörung der Westen bereits in den 1980er Jahren maßgeblichen Anteil hatte. Dem UNHCR zufolge befanden sich Ende 2014 rund 370.000 Iraker auf der Flucht, während in Libyen beinahe 310.000 Binnenvertriebene gezählt wurden. Und auch das sind nur die offiziellen Zahlen; Beobachter schließen nicht aus, dass sie deutlich zu niedrig sind.

In der Massenflucht über das Mittelmeer nach Italien oder auf die griechischen Inseln, die spätestens seit 2015 im großen Stil auch die west- und die nordeuropäischen Wohlstandszentren erreicht, mischen sich Kriegsflüchtlinge mit Menschen, die aus anderen Gründen aus den Ländern Afrikas und Asiens fliehen.⁸ Hintergrund ist für sie oft nicht die vom Westen ausgelöste Ordnungszerstörung, sondern gerade das Fortbestehen der westlich dominierten Weltordnung in ihren Herkunftsländern. Viele Länder etwa Afrikas dienen den reichen Staaten Westeuropas und Nordamerikas bis heute vor allem als Rohstoffquellen und als Absatzmärkte für überschüssige Waren. Eine eigenständige industrielle Entwicklung in nennenswertem Ausmaß findet selten statt; in den städtischen Armutsvierteln und auf dem Land sind die Lebensperspektiven, gelinde gesagt, beschränkt. Viele Menschen können ihre Familien nicht mehr mit Erwerbsarbeit in ihrem Herkunftsland ernähren, sondern nur, indem sie auf Baustellen oder in Dienstleistungsbetrieben in besser gestellten Ländern, vorzugsweise in den wohlhabenden Staaten der EU, für miserable Löhne schuften und einen Teil ihrer Einkünfte in ihre Herkunftsländer überweisen. Ein Beispiel: Laut aktuellen Schätzungen der International Organization for Migration (IOM) leben derzeit knapp 1,6 Millionen Malierinnen und Malier im Ausland; das sind rund zehn Prozent der Bevölkerung. Ihre Rücküberweisungen nach Mali wurden auf 431 Milliarden Francs CFA geschätzt.⁹ Bemerkenswert ist dabei: Die überwiegende Mehrzahl der Arbeitsemigranten aus Mali hielt sich in afrikanischen Nachbarstaaten auf, rund ein Drittel von ihnen etwa in Côte d'Ivoire. Nur ein vergleichsweise kleiner, nicht präzise bezifferbarer Anteil hatte den Weg in die EU, meist nach Frankreich, geschafft – und bildet dort ein vor allem für ungelernete Tätigkeiten zu niedrigsten Löhnen bereitstehendes Prekariat.

Vor dem Hintergrund der Verheerungen in Nah- und Mittelost hat die Bundesrepublik 2014 begonnen, systematisch mit einer dritten Form der Migration neben der einfachen Flucht und der Auswanderung zur Erwerbsarbeit zu experimentieren. Im Herbst 2014 startete das Auswärtige Amt unter dem Titel „Leadership for Syria“ ein aufwendiges Stipendienprogramm, mit dem über 200 Syrerinnen und Syrer zum Studium nach Deutschland geholt wurden. Die Bewerberinnen und Bewerber mussten unterschreiben, dass sie „mit ihrem

⁸ Wer aus Lateinamerika flieht, strebt meist in die Vereinigten Staaten oder muss das Flugzeug – aus sprachlichen Gründen häufig nach Spanien – nehmen.

⁹ Migrations: Près de 1,6 million de Maliens à l'extérieur, selon l'OIM. www.maliweb.net 12.11.2015.

akademischen Wissen und ihren akademischen Fähigkeiten dazu beitragen“ wollten, „nach dem Ende des Konflikts [in Syrien, J.K.] ihr Land wiederaufzubauen“.¹⁰ Zu diesem Zweck wurden die Stipendiatinnen und Stipendiaten neben ihrem Studium systematisch in bestimmten Governance-Fähigkeiten geschult. Das Programm zielt darauf ab, die künftigen syrischen Eliten möglichst eng an Deutschland zu binden und der Bundesrepublik auf diese Weise ökonomischen wie politischen Einfluss zu sichern. Idealerweise handelt es sich dabei um zeitlich begrenzte Migration, die aus politischen Motiven gefördert wird. Allerdings sprechen Berichte dafür, dass das Programm dazu beigetragen hat, Deutschland in Syrien auch über die eigentliche Zielgruppe des Programms hinaus als Fluchtland populär zu machen.¹¹

Nato-Osterweiterung und Ukraine-Krise

Die alte Ordnung sei in manchen Weltgegenden umstritten, fransé aus, hatte Thomas Bagger im „Washington Quarterly“ geschrieben. Das trifft nicht zuletzt auf Teile Osteuropas zu. Seit 1990 hatten die EU und die Vereinigten Staaten in Osteuropa lange Zeit freie Hand. Die EU nach Osten erweitern? Kein Problem. Die NATO bis an die russische Grenze expandieren lassen? Wieso nicht? „Wenn die NATO diese rote Linie überschreitet“, hatte Russlands Vize-Außenminister Jewgeni Gussarow Anfang 1999 auf der Münchner Sicherheitskonferenz zum geplanten NATO-Beitritt der baltischen Staaten erklärt, „dann verändert sich unser Verhältnis zur NATO grundsätzlich, dann ist das Potential für eine Zusammenarbeit nicht mehr vorhanden.“¹² Gussarow sprach sich damals auch ausdrücklich gegen einen Militäreinsatz im Kosovo aus. Wenige Wochen später bombardierte die NATO Jugoslawien, ein paar Jahre danach nahm sie die baltischen Staaten in ihr Bündnis auf – beides, ohne ernste Konsequenzen von russischer Seite fürchten zu müssen, denn Russland lag machtpolitisch am Boden. Und so ging’s weiter. Nach dem Überfall auf den Irak planten US-Strategen, als Basis für ihre militärischen, politischen und wirtschaftlichen Operationen im Mittleren Osten die Schwarzmeer-Region als „strategische[s] Hinterland[...] des Westens“ zu nutzen. „Die Nahtstelle zwischen der transatlantischen Gemeinschaft und dem ‚Weiteren Nahen Osten‘“ verlaufe „entlang dem Schwarzen Meer, dem neuen ‚Fulda Gap‘“, schrieb Ronald D. Asmus, stellvertretender Abteilungsleiter für Europa im Außenministerium der zweiten Clinton-Administration und auch danach im Washingtoner Establishment recht einflussreich, im Juni 2004: „Die Generationenaufgabe, Stabilität in den ‚Weiteren Nahen Osten‘ zu bringen, würde durch eine stabile und erfolgreich verankerte Schwarzmeer-Region wesentlich

¹⁰ DAAD Programmausschreibungen, Oktober 2014. Zitiert nach: Leadership for Syria. www.german-foreign-policy.com 18.12.2015.

¹¹ Vgl. etwa den Bericht der Journalistin Karin Leukefeld aus Syrien, zitiert in: Syrien – ein verbranntes Land. www.donaukurier.de 29.07.2015.

¹² Lorenz Hemicker: Russland warnt die NATO. www.securityconference.de.

erleichtert“.¹³ Es war die Zeit der georgischen „Rosen“- und der ukrainischen „Orangen Revolution“.

Mit ihrem nächsten Schritt in Richtung Osten begannen die Mächte des Westens, in diesem Fall vor allem diejenigen der EU, in ähnlicher Weise ihre Kräfte zu überdehnen, wie sie es ab 2003 in Mittelost getan hatten: Es gelang ihnen nicht mehr, ihr Expansionsziel so erfolgreich zu realisieren wie etwa die Eingliederung zahlreicher Länder Ost- und Südosteuropas in die NATO und in die EU. Bei ihrem nächsten Schritt ging es vorrangig um die Ukraine, dann aber auch um die zwei übrigen zwischen Russland und den westlichen Bündnissen verbliebenen Länder (Belarus, Moldawien) sowie die drei Staaten des südlichen Kaukasus (Georgien, Armenien, Aserbaidzhan). Treibende Kraft war die Bundesrepublik bzw. die deutsche Industrie. Von 1990 an war sie zunächst daran gegangen, Ost- und Südosteuropa ökonomisch zu durchdringen – mit Erfolg: Der deutsche Außenhandel mit der Region überstieg den EU-Durchschnitt schon 1996 erheblich; im Jahr 2000 war Deutschland mit einem Anteil von 18 Prozent auch größter Direktinvestor in Osteuropa. Die EU-Osterweiterung zementierte optimale Rahmenbedingungen für ihre weitere Tätigkeit in den neuen Mitgliedstaaten. Als sie abgeschlossen war, da gerieten unmittelbar die noch weiter östlich liegenden Staaten in den Blick. Exemplarisch sind Äußerungen von Klaus Probst, dem Vorstandschef des Automobilzulieferers Leoni, aus dem Frühjahr 2005. Für eine Arbeitsstunde in Deutschland müsse er 28 Euro zahlen, im neuen EU-Mitgliedstaat Ungarn dagegen nur fünf Euro, stellte er fest; konkurrenzlos sei jedoch die Ukraine: Dort schufteten die Menschen für einen Bruttostundenlohn von 70 Cent.¹⁴

Die Expansion vor allem deutscher Unternehmen in Richtung Osten über die osterweiterte EU hinaus hat zur EU-Assoziierung gedrängt – Assoziierung deshalb, weil die vollständige Integration der bitter verarmten Ukraine in die EU aus Sicht der Bundesregierung viel zu teuer gekommen wäre. Der deutsche Wunsch, die Ukraine zu assoziieren und dort nach Möglichkeit den eigenen, nicht etwa den US-amerikanischen Einfluss auszubauen, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel veranlasst, beim Bukarester NATO-Gipfel im April 2008 ihr Veto gegen Vorbereitungen für Kiew NATO-Beitritt einzulegen. Dann aber kam der Punkt, an dem die Bundesregierung sich wohl überschätzte und die gewohnte Ordnung, die in Osteuropa darin bestand, dass der Westen nach Belieben schalten und walten und Moskau sich nicht wehren konnte, erste Risse bekam. Berlin und Brüssel trieben die EU-Assoziierung der Ukraine ohne jede Rücksicht auf Russland mit aller Macht voran. Die deutschen Eliten waren sogar bereit, für ihr Ziel einen Umsturz in Kiew zu fördern – unter Zuhilfenahme des faschistischen Spektrums, das die notwendige Handarbeit auf der Straße leistete. Nur: Die Kräfte reichten nicht mehr aus, die Ukraine nach dem Umsturz in Kiew zu stabilisie-

¹³ Ronald D. Asmus, Bruce P. Jackson: Eine Strategie für den Schwarzmeer-Raum. In: Internationale Politik, Juni 2004.

¹⁴ Josef Stelzer: 70 Cent - wer bietet weniger? www.zeit.de/28.04.2005.

ren; das Land zerbrach. Und: Russland, seit einigen Jahren wieder im Erstarken begriffen, nahm das westliche Vordringen nicht mehr einfach hin und setzte sich erstmals zur Wehr – unter anderem mit der Übernahme der Krim.

Die Ordnung ist also in Osteuropa umstritten, sie franst aus – und der westliche Vorstoß, der trotz beginnender Überdehnung der eigenen Kräfte mit aller Macht vorangetrieben wurde, endete – ganz wie in Nah- und Mittelost – blutig. Der Bürgerkrieg in der Ostukraine flackert trotz des Waffenstillstands immer wieder auf; auch die Restukraine ist, ökonomisch vor dem Kollaps stehend und vom Nationalismus zerfurcht, instabiler denn je. Kein Wunder, dass auch hier die Menschen in Scharen fliehen. Die Kriegsflüchtlinge, die die Ostukraine verlassen haben, werden in der westlichen Öffentlichkeit gern übersehen. Offizielle Angaben beliefen sich im Spätsommer 2015 auf annähernd 1,4 Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb der Ukraine. Aus Russland wurden zum damaligen Zeitpunkt mehr als eine Million ukrainische Flüchtlinge gemeldet. Über die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge in Polen und anderen EU-Staaten gibt es keine verlässlichen Angaben.

Südosteuropa und Europäische Union

Manches spricht dafür, dass die EU unter Berliner Führung ihre Kräfte nicht nur bei der Expansion in Richtung Osten überdehnt hat, sondern dass sie dies langsam, aber sicher auch in Südosteuropa und sogar in ihrem Innern tut. In Südosteuropa: Dort mislingt die Anbindung bzw. die Stabilisierung mehrerer Länder. Beispiel Serbien: Das Land, das offiziell weiterhin in die EU strebt, hat am 24. Mai 2013 eine „Strategische Partnerschaft“ und am 13. November 2013 ein zunächst auf 15 Jahre angelegtes Militärabkommen mit Russland unterzeichnet. Belgrad schafft sich Alternativen zur Integration in die EU. Beispiel Kosovo: Die völkerrechtswidrig abgespaltene südserbische Provinz liegt fast 17 Jahre nach ihrer Besetzung durch die NATO und nach der Übernahme der politischen Kontrolle durch EU-Personal ökonomisch am Boden. Es gelingt – oder lohnt sich – nicht, das Gebiet ökonomisch zu durchdringen und der Bevölkerung doch wenigstens eine Niedrigstlohnperspektive zu schaffen. Die Lage ist so aussichtslos, dass die Menschen 2015 in Scharen in die EU flohen. Dort freilich sind sie unerwünscht und werden abgeschoben. Wie soziale Eruptionen im Kosovo auf Dauer anders als mit Gewalt verhindert werden sollen, ist nicht klar.

Und dann wäre da noch die Eurokrise, die die EU im Innern an den Rand des Zerreißen bringt. In den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft herrscht große Skepsis, dass sie beigelegt ist. Im November 2015 veröffentlichte Deloitte, eine der vier weltweit bedeutendsten Prüfungs- und Beratungsgesellschaften, einen „CEO Survey“, in dem sie die CEOs von 151 deutschen Großunternehmen befragte. Bei dem gegenwärtig „zweiten großen weltwirtschaftlichen Krisenherd“ neben China, „nämlich Griechenland, sind die CEOs sehr skeptisch, dass die im Sommer erzielte Einigung nachhaltig zur Stabilität der Eurozone beitragen kann“, heißt es in der Studie: „Keiner der befragten CEOs ist der

Meinung, dass sich die Aussichten auf eine stabile Währungsunion deutlich verbessert haben“.¹⁵

Die Migration, zu der die Eurokrise geführt hat, wird vor dem Hintergrund der Massenflucht über das Mittelmeer in die EU gerne übersehen – und doch ist sie stark, charakteristisch und folgenreich. Griechenland etwa, das in den 1960er und den frühen 1970er Jahren annähernd 400.000 Menschen zur Knochenarbeit am Fließband in die Bundesrepublik entließ, wo sie den deutschen Aufschwung mitschufen, verzeichnet nach langen Jahren eines positiven Migrationssaldos wieder eine Netto-Abwanderung. Allein von 2010 bis 2014 verließen im Endergebnis fast 230.000 Menschen das Land, weil sie dort keine Perspektive mehr für sich sahen. Die Besonderheit: Es emigrieren nicht mehr gering ausgebildete Armutsmilieus in die Werkshallen deutscher Industriekonzerne, es verlassen allem Anschein nach – repräsentative Untersuchungen liegen noch nicht vor – vor allem junge, gut ausgebildete Griechinnen und Griechen, häufig mit Hochschulabschluss, das Land. Dem Arbeitskräftebedarf in wohlhabenderen Ländern entsprächen ihre Qualifikationen besser als diejenigen von Menschen mit niedrigerem Bildungsstand, heißt es in einer Untersuchung des Washingtoner Think-Tanks „Migration Policy Institute“.¹⁶ Aus der Studie geht auch hervor, welches Land den größten Nutzen aus der Abwanderung hochqualifizierter Griechinnen und Griechen zieht: Es ist Deutschland. Allein im Jahr 2012 seien fast 33.000 Menschen aus Griechenland in die Bundesrepublik ausgewandert, heißt es; auf der Rangliste der Emigrations-Zielländer fänden sich Großbritannien (6.000 Personen) und die Niederlande (3.000 Personen) weit abgeschlagen auf den Plätzen zwei und drei. Einmal mehr profitiert die Bundesrepublik nicht nur vom Euro, sondern auch von der Eurokrise, die ihr die Fachkräfte, deren Mangel die deutsche Wirtschaft seit Jahren so bitter beklagt, in großen Zahlen zutreibt – kostenlos, da ihre Ausbildung etwa von Griechenland gezahlt wurde, und – sieht man von einigen Förderprogrammen des DAAD und anderer Organisationen ab – ganz von selbst.

Griechenland ist mit dieser misslichen Lage nicht allein. Den Anfang bei der Krisenemigration hatte Irland gemacht: Es verzeichnete schon von 2009 bis 2013 eine Netto-Auswanderung von mehr als 138.000 Menschen; das waren in dem kleinen Land etwa drei Prozent der Bevölkerung. Oder Spanien: Ihm kehrten von 2010 bis 2013 netto knapp 473.000 Menschen den Rücken. Die Auswanderung aus Portugal überstieg die Einwanderung in das Land von 2011 bis 2013 um fast 103.000 Menschen. Portugal ist zudem die erste ehemalige Kolonialmacht Europas, die eine nennenswerte Arbeitsmigration in eine ihrer einstigen afrikanischen Kolonien entwickelt. Offizielle Angaben liegen nicht vor; Schätzungen sprechen aber von rund 100.000 Portugiesen, die in Angola ihren Lebensunterhalt verdienen.

¹⁵ Deloitte CFO Survey Herbst 2015. Frankfurt am Main, November 2015.

¹⁶ Jennifer Cavounidis: The Changing Face of Emigration. Harnessing the Potential of the New Greek Diaspora. Migration Policy Institute. Washington. December 2015.

Fazit

„2014 war ein Epochenjahr“, hat Wolfgang Ischinger Ende Januar 2015 erklärt: „Es war das erste Jahr nach der Post-Cold-War-Ära“¹⁷, in der der Westen – wenn auch im Mittleren Osten weitgehend erfolglos – hatte schalten und walten können, wie er wollte. Die alte „Ordnung“ sei brüchig geworden, fuhr Ischinger fort; es sei eine Art Machtvakuum entstanden, in dem „gerade jeder aus(testet), wie weit er gehen kann: Putin in der Ukraine, China Richtung Japan“ – die immer deutlicher zutage tretenden Konflikte in Ostasien wären ein eigenes Thema –, „der Iran im Atomstreit, die Dschihadisten mit den grauenhaften Dingen, die sie tun“. Freilich nimmt der Westen den Kontrollverlust nicht hin; er führt Krieg gegen den „Islamischen Staat“ und unterstützt Kiew im ukrainischen Bürgerkrieg, um die Risse in seinem Weltsystem, den „Ordnungszerrfall“, zu kitten. Berlin kämpft zudem darum, die Eurozone und auf ihrer Basis die gesamte EU trotz aller Probleme zu einem schlagkräftigen Block zu formieren. Er hoffe fest, erklärte Ischinger im vergangenen Jahr, auf Impulse „zur Stärkung und Weiterentwicklung der globalen Ordnung“. Der Kampf des Westens um seine „Weltordnung“ spitzt sich also zu. Er könnte die Anzahl der kriegführenden Staaten und der Flüchtlinge und Migranten weltweit leicht noch weiter in die Höhe treiben.

¹⁷ „Die internationale Ordnung zerfällt gerade“. www.tagesspiegel.de 30.01.2015.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

314 Wege des Marxismus-Feminismus

Befreiungspolitiken/ Intersektionalitäts-Debatte/ Gewalt gegen Frauen/ Länderberichte und feministische Theorie im Weltmaßstab

Das Doppelheft sondiert Möglichkeiten einer „Politik, die die nächsten Generationen und die Natur einbezieht“, als „Projekt einer radikalen Demokratie“ (E. Haug). K. Kipping berichtet aus der Begriffsrezeption, R. May zeigt die Genesis des ersten internationalen Kongresses zu Marxismus-Feminismus. S. Mojab (Toronto) schreibt über die Rojava-Revolution und diagnostiziert im weltweiten Widerstand ein schwächendes Defizit an feministischer revolutionärer Theorie. G. Winker (Hamburg) untersucht Care Revolution als feministisch-marxistische Transformationsperspektive, S. Sassen (New York) die „strategische Vergeschlechtlichung“, G. Spirak (New York) fördert Komplizenschaft zwischen Tradition und Moderne, T. Seddon (Australien) sucht Politiken des Lernens. Zur Intersektionalitäts-Debatte schreiben N. Yuval-Davies, L. Vogel, L. Segal u.a. Über Gewalt schreiben E. Burman, C. Cockburn, M. Galcerán Huguet und S. Schulman. Es folgen Länderberichte aus Indien, Spanien und Griechenland sowie „Feminismus im Weltmaßstab“ von R. Connell (Sydney).

Außerdem: **Aktuelle Analysen** zum Weltgeschehen - Bestandsaufnahme zur Lage in Frankreich - K. Lindner analysiert politische Fehler, die der nationalen Vereinnahmung des Entsetzens über die Pariser Anschläge leichtes Spiel bereiten; M. Rahlwes greift mit der „Dialektik des Anti-Rassismus“ Widersprüche der Flüchtlingspolitik auf.

Redaktionsbüro: argument@inkrit.org Doppelheft 26€ (im Abo 20€, zzgl. Versand) Versand: versand-argument@t-online.de

Subsahara Afrika – Brennpunkt von Flucht und Migration

Subsahara Afrika – das sind 49 Länder mit einer Bevölkerung von 973 Millionen Menschen.¹ Von der Fläche her ist die Region mit 24 Mio. Quadratkilometer fünfmal so groß wie die EU – und von einer mindestens ebenso großen Vielfalt – geografisch, klimatisch, ethnisch, kulturell etc.

Subsahara Afrika ist neben der Region Nordafrika/Nahost im globalen Vergleich zugleich auch am stärksten von Fluchtbewegungen betroffen. So betrug die Anzahl der vom *UN Hochkommissariat für Flüchtlinge* (UNHCR) erfassten Flüchtlinge Mitte 2015 über 4 Millionen (s. Tab. 1). Das ist mehr als eine Verdopplung seit 2010.² Bei den Herkunftsländern der Flüchtlinge steht die Region mit 4,8 Millionen knapp hinter Nahost/Nordafrika.

Tab. 1: Regionale Verteilung von grenzüberschreitender Flucht

| | Aufenthaltsregion | Herkunftsregion |
|---------------------|-------------------|-----------------|
| Subsahara Afrika | 4.064.884 | 4.825.417 |
| Asien und Pazifik | 3.784.994 | 4.201.993 |
| Nahost/Nordafrika | 3.005.287 | 4.862.222 |
| Europa | 3.489.531 | 609.673 |
| Amerika | 752.937 | 453.031 |
| Diverse/Staatenlose | | 143.297 |
| SUMME | 15.097.633 | 15.097.633 |

Quelle: UNHCR: Online Statistics and Operational Data. Midyear Trends 2015. <http://www.unhcr.org/pages/49c3646c4d6.html>

Flucht ist durch personale Gewalt oder Androhung von personaler Gewalt oder eine vergleichbar existentielle Gefahr für Leib und Leben (Naturkatastrophen, Seuchen) definiert. Völkerrechtlich fällt Flucht unter die UN-Flüchtlingskonvention. Sie wird in der Literatur abgegrenzt gegenüber der Migration, die als „freiwilliger“ Wohnsitzwechsel für mindestens ein Jahr definiert wird, und in der Regel legal verlaufen sollte – was aber zum großen Teil nicht der Fall ist. In den meisten Fällen ist mit Migration eine langfristige, wenn nicht endgültige

¹ The World Bank. Online Data Base. <http://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL/countries?display=default> Letzter Zugriff: 14.1.2016.

² The World Bank (2011): Leveraging Migration for Africa: Remittances, Skills, and Investments. Washington. <http://siteresources.worldbank.org/EXTDECPROSPECTS/Resources/476882-1157133580628/AfricaStudyChapter1.pdf>.

tige Bleibeperspektive verbunden. Natürlich ist die definitorische Abgrenzung von Flucht und Migration problematisch. Denn bei der „freiwilligen“ Emigration sind die so genannten Push-Faktoren wie Armut, Diskriminierung und politische Unterdrückung Formen struktureller Gewalt von enormer Inhumanität, auch wenn sie keine unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben sind.

Aber so wie es gute Gründe gibt, personale Gewalt von struktureller Gewalt zu unterscheiden, so ist die Differenz von Flucht und Migration ebenfalls bis zu einem gewissen Grade plausibel, auch wenn es im Einzelnen immer wieder Grauzonen geben wird.³ So macht es einen Unterschied, ob Migration sich als langfristiger Prozess über viele Jahre oder gar Generationen hinzieht, wie dies die Armutsemigration aus Europa nach Amerika im 18. und 19. Jahrhundert als stetiger Strom war, oder ob aufgrund einer kurzfristig einsetzenden Katastrophe große Menschengruppen die Flucht ergreifen, wie gegenwärtig infolge des Krieges in Syrien. Ersterem eignet eine gewisse Organisiertheit bzw. es ist heute in vielen Ländern institutionalisiert und verregelt. Letzteres ist mit Chaos und viel höheren humanen Kosten verbunden, obwohl sich mit dem UN-Hochkommissariat und anderen teils halbstaatlichen Institutionen wie Rotes Kreuz, Roter Halbmond etc. und NGOs hier ebenfalls ein institutionelles Netz für Nothilfe gebildet hat.

Zu den Zahlen in Tab. 1 müssen noch die Fluchtbewegungen innerhalb eines Landes (sog. *Internally displaced persons – IDPs*) hinzu gerechnet werden, die das UNHCR für Mitte 2015 mit 9,6 Millionen Menschen angibt. Allerdings handelt es sich dabei nur um offiziell registrierte Flüchtlinge. Da Flucht innerhalb eines Landes vielfach Möglichkeiten bietet, sich auch ohne offiziellen Flüchtlingsstatus durchzuschlagen, gibt es hier eine hohe Dunkelziffer.

Von den 29 Ländern, die vom Problem der Binnenflucht betroffen sind, hat Subsahara Afrika mit 13 Ländern den höchsten Anteil. Insgesamt führt das UNHCR in der Kategorie Binnenflüchtlinge, weltweit 34 Millionen Menschen, wovon allerdings allein auf Syrien und Irak 11 Millionen entfallen.

Natürlich sind innerhalb Subsahara Afrikas die Verhältnisse sehr unterschiedlich. Es gibt Länder und Regionen, vor allem im südlichen Teil des Kontinents, wo wenige Fluchtbewegungen bestehen, und es gibt dramatische Brennpunkte. Tabelle 2 zeigt eine Auswahl von besonders spektakulären Fällen, sei es dass es sich um Zielländer handelt, die eine große Zahl von Menschen aufnehmen (müssen), sei es dass es sich um Länder handelt, aus denen besonders viele flüchten, oder die viele Binnenflüchtlinge verzeichnen.

³ Die Definitionsprobleme werden zusätzlich durch den juristischen Status verkompliziert, der Migranten durch die Aufenthaltsländer und -regionen zugewiesen wird, und der von Land zu Land verschieden sein kann. Das führt zu enormen Problemen bei der statistischen Erfassung von Migration. Neben großen Datenlücken gibt es Probleme mit der Vergleichbarkeit. Es gibt zwar Versuche, international verbindliche Standards zu entwickeln, aber die Arbeiten stecken noch in den Anfängen.

Tab. 2. Brennpunkte von Fluchtbewegungen in Afrika (Juni 2015)

| | Einw. (Mio) | Aufenthalts- land | Herkunfts- land | Binnenflucht |
|---------------------------|--------------------|------------------------------|----------------------------|---------------------|
| Äthiopien | 96,9 | 702.467 | 88.149 | |
| Burundi | 10,8 | 54.126 | 217.360 | 78.900 |
| Dem. Rep. Kongo | 74,9 | 160.271 | 535.323 | 1.491.800 |
| Eritrea | 5,1 | 2.944 | 383.869 | |
| Kamerun | 22,8 | 302.293 | 10.854 | 81.700 |
| Kenia | 44,9 | 552.272 | 7.474 | |
| Mali | 17,0 | 14.970 | 146.667 | 90.200 |
| Nigeria | 177,5 | 1.279 | 120.303 | 1.385.300 |
| Ruanda | 11,3 | 132.743 | 76.898 | |
| Somalia | 10,5 | 3.582 | 1.105.618 | 1.133.000 |
| Südafrika | 54,0 | 114.512 | 426 | |
| Süd-Sudan | 11,9 | 265.887 | 744.102 | |
| Sudan | 39,4 | 356.191 | 640.919 | |
| Tansania | 51,8 | 159.014 | 859 | |
| Tschad | 13,6 | 420.774 | 48.362 | |
| Uganda | 37,8 | 428.397 | 7.185 | |
| Zentralafrik. Republik | 4,8 | 7.906 | 470.568 | 368.900 |

Quelle: UNHCR: Online Statistics and Operational Data. Midyear Trends 2015. <http://www.unhcr.org/pages/49c3646c4d6.html> Für die Bevölkerungsdaten: World Bank, Online Data Base. <http://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL/countries?display=default>; Eigene Zusammenstellung.

Als erste Botschaft aus den Statistiken lässt sich festhalten, dass Subsahara Afrika im globalen Vergleich ein Brennpunkt der Fluchtproblematik ist, wobei der größte Teil des Dramas sich innerhalb der Region abspielt. Dies festzuhalten ist für die aktuelle politische Diskussion hierzulande von Belang, weil angesichts globaler Zahlen oft versucht wird den Eindruck zu erwecken, dass große Menschenmassen sich auf Europa zubewegen bzw. dies in Zukunft tun würden. Die historische Erfahrung mit Flucht und Migration zeigt, dass mit wenigen Ausnahmen (darunter die europäische Auswanderung nach Amerika und Australien) Flucht und Migration primär regional ablaufen.

Geringe Emigration in die Industrieländer

Die Flüchtlingskatastrophen Schwarzafrikas finden bei uns selten den Weg in die Schlagzeilen. Umso mehr ist die Einwanderung in die Industrieländer und hier vor allem in die EU im Focus der Aufmerksamkeit. Die spektakulären Bilder von Afrikanern, die versuchen, die riesigen High Tech Grenzzäune der spanischen Enklaven von Ceuta und Melilla zu übersteigen, sind zum Inbegriff der „Festung Europa“ geworden.

Tab. 3: Ranking Bestand Einwanderer aus Subsahara Afrika in OECD 2011

| | | in Millionen | in Prozent der Gesamtbevölkerung | Zuwachs 2001-2011 (Mio.) |
|-----|----------------|--------------|----------------------------------|--------------------------|
| 1. | Großbritannien | 1,15 | 2,2 | 0,48 |
| 2. | USA | 1,07 | 0,3 | 0,41 |
| 3. | Frankreich | 0,83 | 1,6 | 0,34 |
| 4. | Portugal | 0,35 | 3,9 | k. A. |
| 5. | Kanada | 0,29 | 0,8 | k. A. |
| 6. | Australien | 0,24 | 1,0 | k. A. |
| 7. | Belgien | 0,18 | 1,8 | k. A. |
| 8. | Spanien | 0,16 | 0,4 | k. A. |
| 15. | Deutschland | 0,05 | 0,06 | k. A. |

Quelle: OECD 2015

Dabei zeigen die Statistiken, dass die Zahl der Menschen aus der Region, die in die Industrieländer kommen – sei es als Flüchtlinge, sei es als Migranten – schon immer viel geringer war als die rassistische Optik suggeriert. So betrug in den OECD-Ländern der Bestand an Migranten (= „freiwillige“ Einwanderer) aus Subsahara Afrika 2011 in Großbritannien 1,15 Millionen, womit das Land Spitzenreiter unter den Industrieländern ist. Es folgen die USA mit 1,05 Mio. und Frankreich mit 0,83 Mio.⁴ Zusammen entfallen auf die drei Spitzenreiter 60 Prozent (s. Tab. 3).

Tab. 3 zeigt ein Muster, an dem die neben den Push-Faktoren zweite grundlegende Determinante von Migrationsprozessen deutlich wird: die Rolle der so genannten Pull-Faktoren. Denn wohin sich Migrationsströme orientieren, hängt – nach der geografischen Nähe – von Faktoren ab, die Migrationsziele attraktiv machen. Dazu gehören sprachliche und kulturelle Affinitäten zwi-

⁴ ECD (2015): Connecting with Emigrants. A Globhttp://www.oecd-ilibrary.org/development/data/oecd-international-development-statistics/oda-official-development-assistance-disbursements_data-00069-enal Profile of Diasporas 2015, Paris.

schen Herkunfts- und Zielland, sozio-ökonomische Attraktivität und die Existenz von Gemeinschaften früherer Einwanderer, einer Diaspora.

So hängt die große Bedeutung Großbritanniens für subsaharische Migration natürlich mit dem Englischen als führende Verkehrssprache zusammen sowie mit den kolonialen Bindungen des anglophonen Afrika aus der Zeit des britischen Empire. Hinzu kommen eigens etablierte postkoloniale Strukturen, wie das Commonwealth, dem 18 subsaharische Länder (von insgesamt 53) angehören. Dessen Bedeutung ist zwar mit der Zeit immer geringer geworden, aber für die Migration spielt es immer noch eine Rolle.

Überdies bestehen in großen Migranten-Communities zunächst informelle Netzwerkverbindungen in die alte Heimat, denen dann bald formelle folgen: Import-Export Unternehmen, Reisebüros, Banken etc., die auf die Beziehungen zwischen Diaspora und Herkunftsland spezialisiert sind. Ein entwicklungspolitisch besonders relevanter Aspekt dieser Beziehungen sind die regelmäßigen Geldüberweisungen (*remittances*) der Migranten in die alte Heimat, die dort in vielen Fällen zu einem makroökonomisch bedeutenden Faktor werden. Eine Weltbankstudie, die sich speziell mit der Bedeutung von *remittances* für Subsahara Afrika befasst, kommt für 2010 zu dem Ergebnis, dass etwa 40 Milliarden USD geflossen sind, wobei zusätzlich eine große Dunkelziffer angenommen wird.⁵ Die gesamte Entwicklungshilfe für Subsahara Afrika betrug im gleichen Jahr dagegen nur knapp 28 Milliarden USD.⁶

So wie für das englischsprachige Afrika gilt für das frankophone Afrika, dass Frankreich als starker Pull-Faktor auf seine ehemaligen Kolonien wirkt. Auch dass die USA angesichts einer afro-amerikanischen Bevölkerung von ca. 40 Millionen Menschen ebenfalls über starke Pull-Faktoren für Subsahara Afrika verfügen, ist evident. Ähnliches gilt für Portugal und Belgien mit ihren ehemaligen Kolonien Angola, Mosambik und Guinea Bissau bzw. Belgisch Kongo.

Bedeutung Subsahara Afrikas für die Migration nach Deutschland

Da Deutschland nur kurze Zeit über koloniale Territorien in Subsahara Afrika verfügte – Togo, Kamerun, Namibia (Deutsch Südwestafrika) und Tansania (Deutsch Ostafrika) – die nach dem Ersten Weltkrieg dem britischen und französischen Kolonialbesitz zugeschlagen wurden, bestehen in Deutschland keine spezifischen Pull-Faktoren. Auch die Zahlen des Bundesamtes für Migration (BAMF) bestätigen diesen Befund (Tab. 4). Demnach liegt unter den zehn bedeutendsten Herkunftsländern mit 2,5 Prozent erst an achter Stelle ein subsaharisches Land, nämlich Eritrea. Demgegenüber beträgt der Anteil syrischer Flüchtlinge 35,9 Prozent.⁷

⁵ The World Bank (2011): *Remittance Markets in Africa*. Washington D.C., S. xv.

⁶ OECD online data: ODA Official development assistance: disbursements http://www.oecd-ilibrary.org/development/data/oecd-international-development-statistics/oda-official-development-assistance-disbursements_data-00069-en.

⁷ Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (2016): *Aktuelle Zahlen zu Asyl*, S. 8

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten 2014 in Deutschland 374.000 Menschen aus Subsahara Afrika, die selbst noch in Afrika geboren sind. Das sind bei einer Gesamtbevölkerung von 80,9 Millionen gerade einmal 0,46 Prozent. Gemessen an der Gesamtzahl der hier lebenden Einwanderer, die das BAMF für 2014 angibt, sind es 3,6 Prozent.⁸ Lediglich die Immigration aus Lateinamerika und Nordamerika ist noch geringer.

Tab. 4: Immigration nach Deutschland, Bestand nach Herkunftsregionen 2014

| Herkunftsregion | |
|---------------------------------|--------|
| EU-28 | |
| Sonstiges Europa (incl. Türkei) | 3.502 |
| Naher und Mittlerer Osten | 1.273 |
| Süd- und Südostasien | 561 |
| Subsahara Afrika | 374 |
| Lateinamerika | 173 |
| Nordamerika | 119 |
| Sonstige | 871 |
| Insgesamt | 10.887 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Tabellen/MigrationshintergrundStaatsangehoerigkeit.html>

Migranten aus Subsahara Afrika sind in der Mehrzahl Männer, obwohl die Anzahl der Frauen zunimmt. Unter den Männern dominieren wiederum die unter 30-jährigen.⁹ Eine Besonderheit der subsaharischen Migration ist der hohe Anteil von hoch qualifizierten Migranten wie Ingenieuren und Akademikern. 2011 erreichte sie in den OECD-Ländern eine Million. Subsahara Afrika hatte damit mit 13 Prozent die höchste Quote aller Herkunftsregionen. Dies verweist auf einen sehr ambivalenten Aspekt, nämlich den so genannten Brain Drain. Die Abwanderung dieser Gruppe entzieht der Region in überdurchschnittlichem Maße Entwicklungspotential.¹⁰

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile.

⁸ Ebd.

⁹ OECD 2015, S. 361.

¹⁰ Ebd.

Fluchtursache Krieg und Bürgerkrieg

Migration ist so alt wie die Menschheit. Vor der neolithischen Revolution, die den Ackerbau und die Sesshaftigkeit hervorbrachte, war nomadische Wanderung sogar die Regel. Seit Beginn der Sesshaftigkeit entfiel das Motiv, umherziehen zu müssen, um sich ernähren zu können. Wenn dann dennoch Wanderung stattfindet, sind die Ursache die in der Geschichte der Migration immer wiederkehrenden Push-Faktoren: die Lebensgrundlagen verschlechtern sich. Das kann als relativ langsamer und schleichender Prozess geschehen, etwa durch Bevölkerungswachstum, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung nicht Schritt hält. Auch ökologische Veränderungen, wie Wüstenbildung, Mangel an Süßwasser etc. sind oft solche schleichenden Prozesse.

Dann gibt es plötzliche Verschlechterungen der ökonomischen Lage, z.B. durch Überschwemmung, Sturmfluten, Vulkanausbrüche oder – in jüngerer Zeit – Börsencrashes mit daraus folgenden großen Wirtschaftskrisen wie 1928 oder 2008. Migration nimmt dann oft die Form von rascher Flucht an. Weitere Kategorien von Push-Faktoren sind Krieg, Bürgerkrieg und Terrorismus. sowie die Diskriminierung von bestimmten Gruppen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, religiöser, sexueller Orientierung und politische Verfolgung.

In Subsahara Afrika finden wir alle diese Push-Faktoren. So ist beispielsweise die Sahelzone mit ihren periodischen Hungersnöten Opfer der Ausdehnung der Sahara nach Süden. Die Desertifikation ist ein seit Jahrhunderten ablaufender Prozess, der sich aus komplexen Wechselwirkungen zwischen sozialen Prozessen – Entvölkerung durch Sklaverei mit nachfolgendem Verfall der Landwirtschaft, Überweidung, Entholzung etc. – und physikalischen, biologischen und klimatischen Prozessen ergibt.

In anderen Fällen ist die Gemengelage zwischen Ressourcenkonflikten und ethnischen und religiösen Gegensätzen die Quelle von Kriegen und Bürgerkriegen. Ein regelrechter Klassiker aus jüngerer Zeit ist der Sudan. Nachdem das Land 1956 die Unabhängigkeit von britischer Kolonialherrschaft erreicht hatte, kämpfte ab 1983 eine Befreiungsbewegung für die Unabhängigkeit des Süd-Sudan. Grundlagen des Konflikts: die brisante Mischung aus den Widersprüchen zwischen dem arabisch-islamisch geprägten Norden und den vom Christentum, bzw. lokalen Religionen geprägten Süden, sowie beträchtliche Rohstoffressourcen, darunter Uran und Öl, die vorwiegend im Süden konzentriert sind.

Die phasenweise zum Bürgerkrieg ausartenden Konflikte führten 2011 zu einer politischen Beilegung, als unter formaler Führung der UNO und starkem Druck der USA ein Unabhängigkeitsreferendum im Süd-Sudan stattfand, bei dem 99 Prozent der Südsudanesen für die Unabhängigkeit stimmten. Allerdings ist der Süd-Sudan trotz Unabhängigkeit nicht zur Ruhe gekommen. Es bestätigt sich die alte Regel: Was unterdrückte Völker an der Fremdherrschaft hassen, ist nicht die Herrschaft, sondern das Fremde. Seit 2013/14 wird entlang von Clangrenzen bewaffnet um die Führung des Landes gekämpft. Kon-

sequenz sind Instabilität, Bandenwesen und massive Menschenrechtsverletzungen.

Viele der ethnischen Konflikte gehen auf die Grenzziehung durch die Kolonialherren zurück. So wurden z.B. bei der Berliner Konferenz 1884/85 die Grenzen Subsahara Afrikas ausschließlich nach den Interessen der Kolonialherren gezogen. Betroffen war eine Region, die die heutigen Staaten Angola, Äthiopien, Burundi, Gabun, Kamerun, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Malawi, Mosambik, Ruanda, Sambia, Somalia, Südsudan, Tansania, Uganda und Zentralafrika ganz oder zum Teil umfasst. Zwar hat es auch vor der Kolonialära in Afrika Krieg, Bürgerkrieg, Sklaverei und Unterdrückung gegeben, aber die kolonialen Praktiken haben den Kontinent seither in einem Maße geprägt, dass ein Großteil der aktuellen Konflikte noch immer Folgen des Kolonialismus' sind. An vorderster Stelle steht dabei die Schwäche des Staates.

Sozio-ökonomisch weit abgeschlagen

Subsahara Afrika ist praktisch bei allen Indikatoren für menschliche und wirtschaftliche Entwicklung das globale Schlusslicht. Stellvertretend für viele sei hier auf den *Human Development Index – HDI* verwiesen. Demnach befinden sich 2014 von 43 Ländern in der untersten Kategorie *Low Human Development* 33 aus Subsahara Afrika. Auf den letzten 25 Plätzen des globalen Rankings stehen mit Ausnahme von Haiti (163) und Afghanistan (171) nur subsaharische Länder.¹¹

22 Länder der Region werden vom IWF als *fragile Staaten* d.h. Länder mit schwacher, versagender, zerfallender oder gescheiterter Staatlichkeit eingestuft.

Der HDI wird jährlich vom Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) ermittelt und fasst folgende Indikatoren zusammen: Lebenserwartung, Einschulungsquote, tatsächliche Schulzeit und Pro-Kopf-Einkommen (in Kaufkraftparität). Das Ranking erfasst 188 Länder.

Leider ist dies keine Momentaufnahme, sondern Dauerzustand. Zwar gibt es seit der großen Entkolonialisierungswelle vor 50 Jahren durchaus auch Fortschritte. Die Millennium Development Goals wurden zwar nicht erreicht, vor allem nicht beim zentralen Ziel der Halbierung der absoluten Armut, aber die Alphabetisierungsquote hat sich deutlich erhöht, Mütter und Säuglingssterblichkeit sind zurückgegangen, Verbesserungen gibt es bei der Trinkwasserversorgung u.a.m.¹² An der Tatsache aber, dass Subsahara Afrika im Vergleich zu anderen Regionen zurückfällt, vor allem gegenüber den Aufsteigern in Asien, ändert dies nichts.

¹¹ http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2015_statistical_annex.pdf.

¹² MDG Gap Task Force Report 2015 (2015): Taking Stock of the Global Partnership for Development. New York http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Gap_2015_E_web.pdf.

In den Nullerjahren dieses Jahrhunderts schien es, als ob sich endlich die Wende anbahnen würde und der Kontinent ähnlich wie Asien oder Lateinamerika den Take-Off schaffen würde. Subsahara machte mit beträchtlichen Wachstumsraten auf sich aufmerksam (s. Tabelle 5).

Tab. 5: Subsahara Afrikas Realwachstum des BIP (Veränderungen in Prozent)

| | 2004-2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015* |
|-----------------------------------|-----------|------|------|------|------|------|------|-------|
| Subsahara Afrika insgesamt. | 6,8 | 4,1 | 6,7 | 5,0 | 4,3 | 5,2 | 5,0 | 3,8 |
| davon: ölexportierende Länder | 9,2 | 7,0 | 8,5 | 4,6 | 3,8 | 5,7 | 5,9 | 3,6 |
| davon: Nigeria | 8,6 | 9,0 | 10,0 | 4,9 | 4,3 | 5,4 | 6,3 | 4,0 |
| Länder mit mittlerem Einkommen | 5,0 | 0,2 | 4,6 | 4,7 | 3,5 | 33,7 | 2,7 | 2,6 |
| davon: Südafrika | 4,8 | -1,5 | 3,0 | 3,2 | 2,2 | 2,2 | 1,5 | 1,4 |
| Länder mit niedrigem Einkommen | 8,0 | 6,6 | 7,8 | 8,1 | 6,6 | 7,5 | 7,4 | 6,2 |
| Fragile Staaten** | 2,8 | 2,6 | 4,4 | 2,9 | 6,9 | 5,6 | 5,8 | 5,2 |
| Bedeutende Rohstoffproduzenten | 6,9 | 3,9 | 6,7 | 4,7 | 3,8 | 4,9 | 4,5 | 3,0 |
| Auf dem Weg zum Schwellenland *** | 6,7 | 4,8 | 7,1 | 5,1 | 4,3 | 4,9 | 5,0 | 4,0 |
| Zum Vergleich.: Globales Wachstum | 4,9 | 0,0 | 5,4 | 4,2 | 3,4 | 3,3 | 3,4 | 3,1 |

Quelle: IWF (2015): Regional Economic Outlook. Subsahara Afrika. Dealing with Gathering Clouds. Washington

* Schätzung; ** Angola, Botswana, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Equatorial Guinea, Gabun, Ghana, Guinea, Kamerun, Liberia, Mali, Namibia, Niger, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Südafrika, Tansania, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Zimbabwe; *** Äthiopien, Elfenbeinküste, Ghana, Kenia, Mauritius, Nigeria, Ruanda, Sambia, Senegal, Südafrika, Tansania, Uganda.

Während das Wachstum für die Gesamtregion in der gesamten Periode über dem weltweiten Durchschnitt lag, sieht das Bild differenzierter aus, wenn man sich die einzelnen Ländergruppen ansieht. Dann wird deutlich, dass das hohe Wachstum vor allem von Rohstoffexporten, und hier wiederum von Erdöl angetrieben wurde. Der Exportboom ist inzwischen nicht nur vorbei, sondern angesichts der besonderen Verwundbarkeit der Region wird der Absturz des

Ölpreises die Ölexporteure, darunter das bevölkerungsreichste Land des Kontinents, Nigeria, noch härter treffen als andere Regionen. Die Wachstumserwartungen in der Weltwirtschaft für die kommenden Jahre erlauben keinen Optimismus, zumal die Phase des Rohstoffbooms nicht dazu genutzt wurde, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Industrialisierung anzuschieben. Denn: „Rohstoffexporte können zu hohem, aber nicht zu nachhaltigem Wachstum führen“, wie ein Report der UNCTAD feststellt.¹³

Die Gruppe, der der IWF den Aufstieg zum Schwellenland zutraut, scheint auf den ersten Blick besser dazustehen. Doch auch hier hängen die beiden größten Volkswirtschaften, Nigeria und Südafrika, an der Rohstoffnadel, während Kenia und Ruanda von ethnischen Konflikten und Terrorproblemen (s.u.) betroffen sind. So macht Öl 90 Prozent der Exporterlöse Nigerias aus. Die Staatseinnahmen werden 2016 um mindestens 40 Prozent fallen – und das in einem Land, wo von den 175 Mio. Einwohnern 100 Millionen unter der Armutsgrenze leben.

Die wirtschaftlichen Aussichten für die nächsten Jahre sehen also eher düster aus. Dementsprechend werden die ökonomischen Push-Faktoren für Flucht und Migration also weiterhin, wenn nicht sogar verstärkt ihre Wirkung entfalten.

Freilich darf auch hier nicht unterschlagen werden, dass der Westen eine Mitverantwortung für die Misere trägt. Neben den asymmetrischen Beziehungen als Folge des Kolonialismus und neokolonialer Praktiken haben die Strukturanspassungsprogramme, die der IWF in den Neunziger Jahren verordnete, um die damalige Schuldenkrise zu überwinden, ebenso wie die bilateralen Handels- und Investitionsabkommen der EU den meisten Ländern eine Wirtschaftspolitik aufoktroziert, in der das „freie Spiel der Märkte“, Weltmarktintegration, Privatisierung und Exportorientierung die grundlegenden Dogmen waren. Industriepolitik war wie jede Intervention in die Märkte als staatlicher Dirigismus verpönt. Obwohl schon Westeuropa im 19. Jahrhundert wie auch Japan und die „asiatischen Tiger“ in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts gerade durch staatliche Steuerung und Protektionismus den Aufstieg zum Industrieland schafften – ganz zu schweigen von China – wurden afrikanische Länder immer wieder in die neoliberalen Sackgassen gezwungen. „Die entwickelten Länder sind dort, wo sie jetzt stehen nicht durch jene Politik und Institutionen hingekommen, die sie den Entwicklungsländern heute empfehlen.“ Als ob die früheren Aufsteiger denen, die jetzt nachfolgen wollen, die Leiter wegretzen.¹⁴

Leider sind die Aussichten, die Lage zum Besseren zu wenden, nicht gut. Denn zu den bestehenden Problemen treten neue Herausforderungen hinzu. Die drei wichtigsten sind Terrorismus, demografische Entwicklung und Klimakrise.

¹³ UNCTAD (2011): Economic Development in Africa. Report 2011. Fostering Industrial Development in Africa in the New Global Environment. New York/Genf, S. 4.

¹⁴ Chang Kaa-Jun (2003): Kicking away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective. London/New York, S. 2.

Idealer Nährboden für Terrorismus

Einer Aufstellung von Wikipedia zufolge gab es zwischen 2010 und Januar 2016 bei djihadistischen Anschlägen 423 Todesopfer auf Zivilpersonen in Subsahara Afrika. Schwerpunkte, wenn auch beileibe nicht die einzig betroffenen, waren Somalia, Kenia und Nigeria.¹⁵ Dabei geht es nicht nur um punktuelle Anschläge. Organisationen wie *Boko Haram* kontrollieren inzwischen ganze Regionen im Norden Nigerias. Vor dem Hintergrund der Gesamtsituation in vielen Staaten der Region findet der Djihadismus einen hervorragenden Nährboden. Die generelle Schwäche staatlicher Strukturen lässt ein machtpolitisches Vakuum zu, das die Djihadisten ausnutzen. Eine Studie der *Stiftung Wissenschaft und Politik* kommt zu der Einschätzung, dass die djihadistischen Organisationen einer perspektivlosen Jugend ein attraktives Angebot machen, „in dem sie die historisch und persönlich erlittenen Traumata wie Kolonialismus, Unterdrückung und Vertreibung mit einbeziehen und dem kämpfenden ‚Mujahid‘ erlauben, sich selbst als Helden darzustellen.“¹⁶ Hinzu kommen die materiellen Privilegien der Gewaltökonomie. Religiöse oder ideologische Momente spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Es wäre naiv zu glauben, dass das Problem militärisch gelöst werden könnte. Der Hydra wachsen immer neue Köpfe nach. Ein geradezu klassisches Beispiel ist Mali. Im Zuge der französischen Intervention 2013 zog sich *Al Qaida im islamischen Maghreb (Aqmi)* in die Sahara zurück. Frankreich hat danach mit seinen Truppen einen Riegel von Mali über Niger bis zum Tschad gelegt, sodass Aqmi heute neutralisiert ist.¹⁷

Aqmi hat sich inzwischen zerstreut, ein Teil hat sich den Kämpfen in Libyen angeschlossen. Stattdessen hat sich im ersten Halbjahr 2015 im Süden Malis eine *Front de Libération du Massina* gebildet. Laut FAZ (13.1.2016, S. 6), die sich dabei auf französische Geheimdienstquellen beruft, handelt es sich um einen Ableger von *Ansar al Dine*, einer aus Tuareg bestehenden Terrorgruppe aus dem Norden Malis. Die Mitglieder der neuen Organisation rekrutieren sich vorwiegend aus Männern der Minderheit der *Peul*. Die *Peul* fühlen sich von der Mehrheit der südmalischen Bevölkerung diskriminiert. Ziel der neuen Befreiungsfront ist die Errichtung eines Kalifats in Westafrika. Der jüngste Anschlag mit Geiselnahme in Burkina Faso zeigt, dass sich das Phänomen wie ein Flächenbrand ausbreitet.

¹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Terroranschlägen.

¹⁶ Steinberg, Guido/Annette Weber (2015): *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*, S. 9.

¹⁷ Die Bundeswehr ist dort bisher mit 150 Mann an einem so genannten „Friedens-Überwachungseinsatz“ beteiligt. Wenn der Bundestag zustimmt, wovon auszugehen ist, wird die Truppe „aus Solidarität“ mit Frankreich auf 650 Soldaten erhöht.

Demografie und Klimawandel – neue Herausforderungen

Den jüngsten Schätzungen der UNO zufolge wird die derzeitige Weltbevölkerung von 7,3 Milliarden Menschen bis 2050 auf 9,2 Milliarden wachsen und könnte 2100 11,2 Milliarden erreichen.¹⁸

Der größte Anteil am Zuwachs entfällt auf Subsahara Afrika. Demnach wird die Bevölkerung dort bis 2050 auf 2,1 Milliarden ansteigen, was etwas mehr als eine Verdoppelung im Vergleich zu heute ist. 2100 könnten dann sogar 3,9 Milliarden erreicht werden, was fast wiederum auf eine Verdoppelung hinausläufe.¹⁹ Die Bevölkerungskarte des Planeten wird in etwas mehr als einer Generation neu geschrieben. 2050 wird Äthiopien 188 Millionen Einwohner haben, so viel wie gegenwärtig Brasilien. Bevölkerungen über 100 Millionen wird es auch in Uganda geben (102), in Tansania (137) und der Demokratische Republik Kongo (195). Nigeria wird Mitte des Jahrhunderts mit 399 Millionen die USA überflügeln. 2100 soll Nigeria gar mit 750 Milliarden nach Indien und China das Land mit der drittgrößten Bevölkerung werden.

Es versteht sich, dass ein so starkes und rasches Bevölkerungswachstum eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung erfordert. Millionen von jungen Menschen werden auf den Arbeitsmarkt drängen. Die derzeit noch in mehreren Teilen der Region prekäre Ernährungssicherheit müsste um Größenordnungen erhöht werden.

Die Dringlichkeit wirksamer Lösungen wird schließlich noch dadurch unterstrichen, dass alle einschlägigen Studien zu dem Ergebnis kommen, dass Subsahara Afrika besonders hart vom Klimawandel betroffen ist. Insbesondere der Anstieg des Meeresspiegels wird an den Küsten der Region überdurchschnittlich stark sein. Aber auch der Temperaturanstieg wird, da er ohnehin schon von einem hohen Niveau ausgeht, höchst negative Konsequenzen haben.²⁰

Die OECD konstatiert in einer Studie zu den ökonomischen Folgen des Klimawandels mit dem Stichjahr 2060 jährliche Kosten der Erwärmung in Höhe von 3,8 Prozent des BIP. Das ist der höchste Wert für alle Regionen.²¹ Subsahara Afrika bezahlt den Preis für den von den Industrieländern verursachten Klimawandel.

Perspektiven?

Der entscheidende Hebel zur Überwindung von Flüchtlingskrisen ist die Beseitigung der Fluchtursachen. In der entwicklungspolitischen Diskussion wird das schon seit vierzig Jahren so gesehen. Allerdings ohne Effekt. Im Gegen-

¹⁸ UNO (2015): World Population Prospects. 2015 Revision. New York <http://esa.un.org/unpd/wpp/Download/Standard/Population/>.

¹⁹ Ebd..

²⁰ Intergovernmental Panel on Climate Change (2015): Climate Change 2014. Synthesis Report. Genf, S. 71.

²¹ OECD (2015): The Economic Consequences of Climate Change. Paris, S. 53.

teil, die Push-Faktoren haben zugenommen und werden weiter zunehmen. Durch die Globalisierung von Information und Kommunikation und die Erleichterung und Verbilligung von Mobilität haben gleichzeitig die Pull-Faktoren an Bedeutung gewonnen. Auch das Tempo der Prozesse hat eine historisch neue Qualität erreicht.

Migration und Flucht innerhalb und aus Subsahara Afrika werden deshalb dauerhaft ansteigen. Kurzfristige Problemlösungen wird es nicht geben, es sei denn, dass plötzlich planvolles und kooperatives Handeln in großem Stil in internationalem Rahmen möglich würde.

Aber das funktioniert schon bei der Regulierung der Finanzmärkte oder dem Klimawandel nicht. Notwendig wären Programme vom Typus des Marshall-Plans – freilich viel umfangreicher und ohne dessen geopolitische Intentionen. Die Pfadabhängigkeiten im Norden wie in Subsahara Afrika scheinen jedoch zu verfestigt, als dass auch nur halbwegs optimistische Szenarien eine Chance bekämen. Auch in Europa deutet vieles darauf hin, dass sich als Generallinie *Festung Europa* vorerst durchsetzt – vielleicht mit ein paar Hintertürchen für gelenkte und erwünschte Einwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Motiven. Damit wird aber allenfalls etwas Zeit gekauft. Früher oder später werden die Probleme umso härter auf Europa zurückschlagen.



ISW

25 JAHRE analysen. fakten. argumente.

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Oliver Schmitt / Axel Schmidt / Cornelia Schuler

AUF DER FLUCHT

Fluchtursachen & Festung Europa
Alternativen



Bericht Nr. 104

ISW REPORT_NR.104

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Auf der Flucht – Fluchtursachen. Festung Europa. Alternativen

Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Und die Zahl wird weiter steigen, weil die Ursachen sich ständig verschärfen: kriegerische Konflikte, Armut und Hunger, verheerende Umweltschäden. Europa wird zu einer Festung ausgebaut, die umso militanter und inhumaner würde, je größer die Flüchtlingskolonnen werden.

Die Studie untersucht die Fragen: Wo sind die Haupt-Flüchtlingsströme festzustellen? Welches sind die Ursachen für die "neue Völkerwanderung"? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden auf deutscher, auf europäischer und auf globaler Ebene? Wie hängen Flüchtlingsbewegung und Terror zusammen?

isw-report 104 Februar 2016 / 44 S. / 4,00 Euro zzgl. Vers.

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.,
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München. fon 089-130041,
fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Fluchtursachen bekämpfen: Was ist damit gemeint?

„Bei der Migration geht es nicht nur um die Ausbeutung armer Menschen. Es geht auch um Menschen, die weggehen, um sich zu emanzipieren, die im Namen ihrer Freiheit weggehen. Die aus einer Menge anderer Gründe weggehen“¹

Fatou Diome

Migration und Flucht sind eine der größten Herausforderungen der Gegenwart in der Welt. Neu sind diese Phänomene nicht. Flucht und Migration hat es in der Geschichte der Menschheit immer schon gegeben. Beispiele dafür gibt es in verschiedenen Teilen der Welt. Auch die jüngste Geschichte ist voller Beispiele von Flucht und/oder Migration großen Ausmaßes. In vielen Gegenden der Welt, wie etwa im Ostkongo, in Darfur oder in Teilen von Somalia ist die Flüchtlingsexistenz für Millionen Menschen zum Teil seit mehreren Jahrzehnten zur „Normalität“ geworden. Ein Land wie Tansania hat seit seiner Unabhängigkeit immer schon mit Geflüchteten zu tun gehabt: aus Südafrika, aus Simbabwe, aus Ruanda und Burundi und aus dem Kongo. Südafrika selbst ist seit der Abschaffung der politischen Apartheid zu einem Anziehungspol für Migranten und Geflohenen aus verschiedenen Teilen Afrikas, aber auch aus Europa² und aus den USA geworden. Zum Höhepunkt der politischen Krise in Simbabwe lebten bis zu 800 000 Menschen aus diesem Land in Botswana, einem Land, dessen Bevölkerung sich auf 1,8 Millionen EinwohnerInnen beläuft. Angola, Mosambik und Äquatorial-Guinea, drei afrikanische rohstoffreiche Länder, die – gemessen am Wirtschaftswachstum – bis zum jüngsten Verfall der Rohstoffpreise Boom-Phasen erlebt haben, haben in den Jahren zwischen 2008 und 2014 viele Migranten aus ihren von Krisen geplagten ehemaligen Kolonialmächten Portugal und Spanien aufgenommen. Diese Beispiele machen deutlich, dass die Zuspitzung der Migrations- und Fluchtproblematik, mit der Europa in den letzten Monaten konfrontiert ist, nichts Neues und Überraschendes ist. Auch andere Regionen der Welt waren schon und sind immer noch betroffen. Aber dass diese Problematik jetzt so intensiv diskutiert wird, obwohl die Länder der EU nicht im

¹ http://www.africavenir.org/de/veranstaltung-details/cal/event/detail/2015/07/15/fatou_diome_migration_to_europe_as_freedom_and_emancipation_reading_discussion/view-list%7Cpage_id-812.html

² Wobei die Auswanderung von Menschen aus Europa nach Afrika nicht neu ist. Frau Dlamini-Zuma erinnerte daran in einem Interview am Rande des EU-Afrika-Flüchtlingsgipfels in Valletta Mitte November: „Afrika war Aufnahmeort europäischer Migration lange vor der Kolonialzeit. Während des zweiten Weltkrieges und danach haben sich europäische Flüchtlinge und Asylsuchende bis zum südlichsten Gipfel Afrikas etabliert, um Handel zu treiben oder um sich einfach niederzulassen. Sie waren willkommen. Damals wurde nicht von Krise europäischer Migranten in Afrika gesprochen.“ Nkosazana Dlamini-Zuma: <http://www.rfi.fr/afrique/2min/20151112-sommet-migrations-malte-urgence-agir-consensus-europe-afrique-tragedie>

gleichen Ausmaß betroffen sind wie der Libanon, Jordanien oder die Türkei, hat damit zu tun, dass die europäische Migrationspolitik gescheitert ist. Worin besteht diese Migrationspolitik, die jetzt gescheitert ist? Dieser Frage werde ich mich auch zuwenden, aber dieser Artikel soll in erster Linie einer Perspektiven-erweiterung der Flucht- und Migrationsproblematik mit Blick auf Geschichte wie Gegenwart gewidmet sein und die mit dieser Perspektivenerweiterung eng zusammenhängende Frage nach Fluchtursachen und deren Bekämpfung diskutieren.

Flucht und Migration: begriffliche Klärungen

Vorab eine begriffliche Klärung, die im Hinblick auf die in Deutschland heftig diskutierte Unterscheidung zwischen Migranten und Flüchtlingen einerseits und sogenannten Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen andererseits von zentraler Bedeutung ist.

Wer sich über Geflüchtete wundert, hat einige Entwicklungen verschlafen

Im Folgenden ist sowohl von Flucht als auch von Migration die Rede. Die Grenzen zwischen erzwungener und freiwilliger Migration sind fließend. Migration wird als Oberbegriff benutzt und als solcher bezeichnet er alle Wanderungsbewegungen, unabhängig von den Beweggründen, die sozialer, politischer, wirtschaftlicher, klimatischer oder ökologischer Natur sein können. In der systematischen Ursachenforschung werden Push-Faktoren von Pull-Faktoren unterschieden. Zu den ersten, die die Bedingungen in den Herkunftsländern beschreiben, zählen z.B. Krieg, politische Tyrannei und gewaltsame innerstaatliche Konflikte, Armut, wirtschaftliche Not und ungleiche Einkommensverhältnisse, Überbevölkerung und Erwerbslosigkeit, Umweltzerstörung und Naturkatastrophen und schließlich die Erosion traditioneller Weltanschauungen und Lebensstile und die daraus resultierenden Generationenkonflikte vor allem in ländlichen Gebieten. Zu den so genannten Pull-Faktoren gehören die Anreize in Aufnahmeländern, wie z.B. größere politische und wirtschaftliche Stabilität als in den Herkunftsländern, Nachfrage nach Arbeitskräften, höhere Verdienstmöglichkeiten und der Zugang zu besseren Bildungs- oder Forschungsmöglichkeiten. Angesichts dieser längst bekannten Push- und Pull-Faktoren in unterschiedlichen Regionen der Welt ist es nicht überraschend, dass die Weltgemeinschaft in der Gegenwart mit massiven Bewegungen von Menschen konfrontiert ist. Ein Blick auf die Gegenwartsgeschichte zeigt einen Anstieg bewaffneter Konflikte, wachsende Unsicherheit und den Verlust der Lebensgrundlagen in einigen Regionen der Welt, während andere Weltregionen Stabilität und die damit verbundenen Vorteile für die Weiterentwicklung genießen. Nicht nur die momentan in der Welt wütenden Kriege, sondern auch der Blick auf die Trends der letzten Jahre im Bereich von Friedens-, Entwicklungs- und Handelspolitik zeigt deutlich, dass diejenigen, die sich über eskalierende Migrationsbewegungen wundern, diese Entwicklungen entweder nicht wahrgenommen oder nicht richtig

eingeschätzt haben. Für all diese Bereiche ist in den letzten Jahren ein – gemessen an ihren Versprechungen – „Versagen“ der internationalen Politik charakteristisch, und das aktuelle Migrations- und Flüchtlingsdrama ist das Ergebnis dieses Versagens. Hierauf wird noch detaillierter eingegangen. Dass diejenigen, die vor allem in den letzten fünf Jahren mit Gewalt und Perspektivlosigkeit konfrontiert worden sind, sich auf den Weg machten und machen, um ihr Recht auf Leben zu bewahren, ist zutiefst menschlich und das normalste Verhalten, was alle Menschen an den Tag legen würden, wenn sie mit solch einer Gewalt und Perspektivlosigkeit konfrontiert werden, unabhängig von ihrer Herkunft und von den Lebensbedingungen, unter denen sie bis zu dieser Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen gelebt haben.

Flucht und Migration verlaufen zunächst regional

Wichtig ist zu erwähnen, dass im Fall von bewaffneten Konflikten viele Menschen zunächst nichts anderes suchen, als sich in Sicherheit zu bringen. Dafür erweisen sich die friedlichen Nachbarregionen in ihren eigenen Ländern und in den Nachbarländern und -regionen als die unmittelbarsten Ziele, um den Kampfhandlungen zu entkommen. Keiner verlässt so gerne seine Heimat, die mit Vertrautheit verbunden ist. Daher die Ansiedlung der Menschen, deren Leben bedroht ist oder deren Lebensperspektiven vernichtet worden sind, zunächst in den nahegelegensten friedlichen Regionen mit der Hoffnung, jeder Zeit in die Heimat zurückkehren zu können. Deswegen tragen immer die Nachbarn der von Konflikten betroffenen Regionen die „Hautplast“, wenn Konflikte oder fehlende Überlebenschancen Menschen zur Flucht zwingen. So gesehen sind viele der in Europa über Flüchtlinge geführten Debatten deutlich zu relativieren. Bei allem Respekt für eine Lage, die sich, zugegeben, seit Anfang 2015 zugespitzt hat und trotz anhaltendem Trend ist Europa sehr weit davon entfernt, die Hauptlast in Sachen Flüchtlinge und Migranten übernehmen zu müssen. Wenn sich ein Konflikt verselbstständigt, wie das in Syrien der Fall ist, erst dann verschwindet die Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr in die Heimat. Dann beginnen angesichts der Überfüllung in den Nachbarregionen diejenigen, die sich das sowohl finanziell als auch physisch leisten können, in andere Regionen zu wandern. Was Europa in den letzten Monaten erlebt, resultiert aus diesen progressiven Bewegungen der Menschen auf der Suche nach Überlebenschancen. Je weiter eine wohlhabende Region von den Konfliktregionen entfernt ist, desto weniger Flüchtlinge und Migranten werden diese erreichen können, weil die wenigsten der Auswanderungswilligen sich das sowohl von der physischen als auch von der finanziellen Belastung her leisten können.

Von Invasion kann nicht die Rede sein: Ein Blick auf die eigene Geschichte tut Not

Auch von Bedeutung ist eine Rückkoppelung der aktuellen Diskussionen über Flucht und Migration in Europa mit der Migrationsgeschichte der Europäerinnen und Europäer: Anders als Europäer, die mit Waffengewalt Amerika, Afrika

und Ozeanien eroberten, kommen die heutigen Flüchtlinge und Migranten nicht mit Waffen in der Hand. Es handelt sich um Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen auf den Weg gemacht haben und in ihrer überwiegenden Mehrheit die von den Aufnahmegesellschaften etablierten Asylverfahren durchlaufen wollen. Von daher ist es übertrieben, von Invasion zu sprechen, wie dies ein Teil der Öffentlichkeit in Deutschland und Europa suggeriert. Von Invasion war schon die Rede in Europa, lange bevor sich Menschen aus Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan in größeren Zahlen in Bewegung nach Europa gesetzt hatten. Dieser Diskurs bezog sich auf Menschen, die aus afrikanischen Ländern kamen. Es war von Invasion die Rede, obwohl die binnenafrikanischen grenzüberschreitenden Migrationen erheblich größer waren und sind als die von Afrika nach Übersee. Der Anteil der Afrikaner an den Zuwanderern in die europäischen OECD-Länder machte bis vor fünf Jahren kaum mehr als 10 Prozent aus. Dennoch erweckte die Berichterstattung über die Bootsflüchtlinge aus West- und Nordafrika den Eindruck, dass Menschen afrikanischer Herkunft die Hauptgruppe von MigrantInnen darstellen. Ein Blick auf die Statistiken in einem Grenzland wie Spanien zeigte bis 2012, dass der Anteil der Menschen afrikanischer Herkunft unter den nicht europäischen MigrantInnen nur etwa 16 Prozent betrug, wogegen 60 Prozent aus Lateinamerika und 24 Prozent aus anderen Kontinenten kamen. Auch unter den neuen Geflüchteten ist der Anteil der Menschen aus Afrika sehr gering, was mit den oben bereits erwähnten Gründen wie Entfernung und Transportkosten zu tun hat. Aber die Mediatisierung von Migranten und Geflüchteten afrikanischer Herkunft u.a. ermöglicht es, entsprechend den vorherrschenden Afrika-Bildern³ in der deutschen Öffentlichkeit, zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen zu unterscheiden. Geflüchtete aus Afrika werden in der Regel als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet, weil die Länder⁴, aus denen diese Menschen kommen, als sichere Herkunftsländer gelten. Inwiefern diese Länder sicher sind, ist eine relevante Frage, die hier nicht beantwortet werden kann. Unerlässlich ist aber die Frage nach der Plausibilität der Unterscheidung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen. Diese Frage berührt unmittelbar die Auseinandersetzungen um Fluchtursachen.

Fluchtursachenbekämpfung: Was ist damit gemeint?

Eine verschleierte Wahrnehmung der Fluchtursachen

Angesichts der oben thematisierten und von einem Teil der Öffentlichkeit als Invasion wahrgenommenen und diskutierten Migrations- und Fluchtbewegungen in die EU sprechen fast alle politischen Kräfte von der Notwendigkeit, Fluchtursachen zu bekämpfen. Selbst konservative Politikerinnen und Politiker tun dies. Aber was ist damit gemeint? Ein Blick auf die seit Anfang 2014 ins

³ Das meist verbreitete ist Afrika als Kontinent der Ks: Krankheiten, Krisen und Katastrophen.

⁴ Die meisten afrikanischen Flüchtlinge kommen aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Gambia, Nigeria und aus nordafrikanischen Ländern.

Leben gerufene Sonderinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ verrät die Logik, die hinter der Rhetorik der Fluchtursachenbekämpfung steckt. Mit dieser Initiative, so die Selbstdarstellung, wolle „das BMZ dazu beitragen, dass Konflikte erst gar nicht entstehen, eskalieren und Menschen zur Flucht zwingen.“ Gleichzeitig wolle es helfen, die negativen Auswirkungen von Flüchtlingsbewegungen für alle Beteiligten abzumildern.⁵ Weiter heißt es: „Das Aktionsfeld ‚Bekämpfung von Fluchtursachen‘ dient der Prävention von gewaltsamen Konflikten, der Förderung friedlicher Lösungen und der Vermeidung von Eskalationen. Ziel ist es, zu verhindern, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Dazu zählen Maßnahmen, die die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessern: Initiativen, die politische und wirtschaftliche Stabilität fördern, Sicherheit schaffen und den sozialen Zusammenhalt unterstützen. Gewaltsame Konflikte zwingen Millionen Menschen weltweit dazu, ihre Heimat zu verlassen. Um die Entstehung und Eskalation von Konflikten zu vermeiden, bedarf es vor allem politischer Lösungen. Zur Stärkung politischer und friedlicher Lösungen unterstützt die Sonderinitiative Flüchtlinge rechtsstaatliche Institutionen in den Krisenländern. Gezielte Maßnahmen sollen die politische und wirtschaftliche Stabilität vor Ort stärken. Schnell wirksame Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme beispielsweise können den Betroffenen zeitnah bessere Perspektiven in ihren Herkunftsländern bieten. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts innerhalb der Bevölkerung ist ebenfalls ein zentrales Ziel der Sonderinitiative Flüchtlinge. Dazu wird ein konstruktiver und gewaltfreier Umgang mit Konflikten gefördert, die lokalen, regionalen und nationalen Friedensakteure werden durch Vernetzung systematisch gestärkt. Hierbei kooperiert das BMZ eng mit der Europäischen Union und setzt sich auf internationaler Ebene für die Entwicklung innovativer Maßnahmen und Instrumente zur Friedensbildung ein. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) entsendet in die Konfliktregionen weltweit Fachleute zur Unterstützung von gewaltfreier Konfliktbearbeitung.“⁶ Auffällig in dieser Sonderinitiative ist, dass „Fluchtursachenbekämpfung“ irgendwo in den „Krisenregionen“ stattfinden muss. Das BMZ stellt Geld zur Verfügung und fördert einen konstruktiven und gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Somit wird suggeriert, dass Deutschland über Lösungskompetenzen verfügt, um „den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung“ in diesen Krisen zu stärken. Dies allein zeigt eine kolonialgeprägte Selbst- und Fremdwahrnehmung.

Wichtiger zu betonen ist jedoch, dass diese bewusste Fixierung auf Aufgaben, die wo anders gemacht werden sollen, den Blick von den realen strukturellen Ursachen von Zerstörungen und Umwälzungen, die zu Fluchtbewegungen führen, ablenkt. Dies aber sind Ursachen, welche von hier aus tatsächlich beeinflusst werden könnten und sollten. Damit macht die Sonderinitiative „Fluchtur-

5 https://www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/deutsche_politik/index.html

6 Ebd.

sachenbekämpfung“ nichts anderes als ein Recycling von Maßnahme-Vorschlägen, die seit Jahrzehnten zu Recht als Reparaturmaßnahmen in übergeordnetem Interesse wirtschaftlicher und politischer Ziele kritisiert werden. Diese Logik wird so weit getrieben, dass sogar die Stabilisierung von Lebensbedingungen von Geflüchteten in neuen Aufnahme-Regionen wie in den Flüchtlingslagern im Libanon oder in Jordanien als Fluchtursachenbekämpfung dargestellt wird.

Der Zusammenhang z.B. zwischen der europäischen Handelspolitik und den Flucht- und Migrationsbewegungen wird dagegen nicht thematisiert. Ganz zu schweigen davon, dass aus diesem Zusammenhang Konsequenzen gezogen und im Aktionsplan berücksichtigt würden. Deswegen ist es wichtig daran zu erinnern, dass die herrschende Wirtschaftsordnung mit ihrer Agenda der Liberalisierung des Handels für die Entwicklungs- und Schwellenländer zerstörerisch ist: Die europäische Fischereiwirtschaft fischt in Westafrika die Fischgründe ab und zerstört sie. Da wird verständlich, dass bisherige Fischer nun auswanderungswillige Menschen unterstützen und transportieren. Die Überschwemmung der Märkte mit subventionierten Billigprodukten wie Milch, Tomaten, Schweine- und Hühnerfleisch und Zwiebeln aus Europa macht die Existenzgrundlagen der Bauern in vielen afrikanischen Ländern zunichte. Es sind u.a. die Opfer dieser aggressiven Politik um Absatzmärkte, die sich nach anderen Überlebenschancen umsehen müssen. Sie versuchen sie dort zu finden, von wo die Kräfte der Zerstörung kommen. Wenn Entwicklungsminister Müller faire Handelsbeziehungen mit Afrika fordert und davon spricht, dass sich unser Wohlstand in Europa, in Deutschland zu einem erheblichen Teil auf die wertvollen Ressourcen und die Ausbeutung dieser Ressourcen in afrikanischen Ländern gründet; wenn er sogar feststellt dass wir für diese Ressourcen keine angemessenen Preise bezahlen würden und dass dies schäbig sei⁷, weil die Menschen in Afrika davon nicht leben könnten, so bleibt dies eine rein populistische Deklaration, solange diese Analyse keinen Einzug in die konkrete Gestaltung konkreter Programme wie der hier diskutierten Sonderinitiative mit ihrem schön klingenden Namen findet. Gerade der Bergbausektor ist zentral im Zusammenhang mit Fluchtursachenbekämpfung, weil die Erschließung und Ausbeutung der Bodenschätze an vielen Orten die Lebensräume verschmutzt und zerstört, so dass der Boden für die Landwirtschaft unbenutzbar und das Wasser der Flüsse vergiftet wird. Die von den Bergbaukonzernen angehäuften Gewinne werden nach Europa, nach Kanada, nach Australien oder in die USA transferiert, Umweltverschmutzung und Armut bleiben vor Ort. Der in einigen afrikanischen Ländern Uran abbauende AREVA-Konzern ist nur ein Beispiel von vielen. Ein weiteres Beispiel ist Lonmin, jener britische Konzern, der in Südafrika Platin produziert

⁷ <http://www.tagesschau.de/inland/mueller-ausbeutung-afrika-101.html>. Vgl: „20 Prozent der Weltbevölkerung in den Industriestaaten verbrauchen 80 Prozent der globalen Ressourcen. Der Großteil davon stamme aus Entwicklungsländern, im Falle der EU aus Afrika. Es werde keine Entwicklung in den afrikanischen Ländern geben ohne dass Europa auch faire Preise dafür zahle, so Müller. Entwicklungsländer brauchten faire Handelsbeziehungen, nicht freie Märkte.“ Müller sagte wörtlich: „Freier Markt heißt das Recht des Stärkeren. Haben wir als Europäer und Deutsche das Recht, afrikanische Staaten auszubeuten?“.

und BASF als Hauptkunden hat. Die Sozial- und Umweltbilanz dieses Unternehmens ist katastrophal, aber das Geschäft mit dem wertvollen Metall stört das nicht. Läge Südafrika nicht so weit weg von Großbritannien und Deutschland entfernt, hätten wahrscheinlich auch viele Einwohnerinnen und Einwohner vom Platinumbelt an die Tür dieser Länder angeklopft. Genauso wie es Menschen aus Somalia tun, wo westliche Firmen den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung ausnutzen, um ungehindert Giftmüll an den Küsten dieses Landes zu deponieren, nachdem die Fischbestände schon illegal ruiniert wurden. Und diese Liste der zerstörerischen Einflussnahme kann fast unendlich verlängert werden.⁸

Von der Notwendigkeit, strukturelle Fluchtursachen zu berücksichtigen

Indem die Verantwortlichen in Europa diese Faktoren in ihrer vermeintlichen Analyse der Fluchtursachen außer Acht lassen und entsprechend handeln, leisten sie dem Reparaturbetrieb Vorschub, während die Zerstörung weitergeht. Dies hat sich noch beim EU-Afrika-Flüchtlingsgipfel in Valletta auf Malta Mitte November bestätigt. Auch dort war von Fluchtursachenbekämpfung die Rede. Herausgekommen ist ein Aktionsplan, der einen Hilfsfonds vorsieht, um den Kampf gegen illegale Migration, den Aufbau von Transitzentren entlang der Fluchtrouten und die Möglichkeiten legaler Wege in die EU zu finanzieren. Um die Interessen Europas und seine Image als Retter der Armen zu bewahren, wurde systematisch verschwiegen, dass die lang anhaltenden Angriffe auf die Ökonomien und die Gesellschaften Afrikas – von den Strukturanpassungsprogrammen der 1980er und 1990er Jahre über die Liberalisierungswellen im Rahmen der Welthandelsorganisationen (WTO) bis zu den aktuellen Entwicklungen im Handelsbereich – mitverantwortlich sind für die Migrations- und Flüchtlingsproblematik. An all diesen Angriffen ist die EU aufgrund ihrer Machtstellung bei den internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds und der WTO maßgeblich beteiligt.

So gesehen muss Fluchtursachenbekämpfung vor der eigenen Haustür beginnen. Das bedeutet, dazu beizutragen, die Handelsvorteile gerecht zu gestalten und die internationale Finanzarchitektur, welche Kapitalflucht⁹ und Verarmung der afrikanischen Länder begünstigt, radikal zu verändern. Von Fluchtursachen zu sprechen und ein Handelssystem zu ignorieren, das sich wie Krieg gegen die Armen auswirkt und – wie jeder Krieg – Flüchtlinge produziert, kann nur mit einer gestörten Selbst- und Fremdwahrnehmung erklärt werden. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zum Beispiel, die die EU mit fünf afrikanischen regionalen Zusammenschlüssen verhandelt hat, sind geradezu ein

⁸ Christian Fuchs hat in Z 103 (September 2015, S. 84ff) auf die mit unglaublichen Arbeitsverhältnissen moderner Sklaverei verbundene Ausbeutung der Ressourcen verschiedener afrikanischer Länder für die Herstellung modernster Produkte der Informations- und Kommunikationstechnologie hingewiesen (besonders bei der bergbaulichen Gewinnung von Metallen).

⁹ http://www.woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/mabanza_2013_afrika_seit_drei_jahrzehnten_glaeubiger_des_nordens.pdf

Teppich für die Flüchtlinge von morgen, weil sie durch die Gefährdung der Ernährungssouveränität, die De-Industrialisierung, den Verlust der staatlichen Einnahmen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der kleinen Produzentinnen und Produzenten, die sie verursachen, noch mehr junge Menschen zur Flucht zwingen werden.

Eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit Fluchtursachen macht die von einer gewissen Öffentlichkeit so beliebte Unterscheidung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen lächerlich. In beiden Kategorien steckt der Handel: Der Handel mit Waffen, der in Deutschland mit Hermesbürgschaften sogar staatlich abgesichert wird, führt auf direkten oder indirekten Wegen zu Fluchtbewegungen. Und der Handel mit Waren und Dienstleistungen, die an sich lebensfördernd sind, trägt unter den Voraussetzungen ungerechter Handelsstrukturen zu Flucht und Migration bei. Ohne die anderen Faktoren zu vernachlässigen, die oft mit internen Gegebenheiten zu tun haben, sind so genannte Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge auch ein Resultat einer bestimmten Art, Handel zu treiben. Eine Trennung zwischen beiden Kategorien ist von den Ursachen her nur schwer verständlich.

Im Fall von Afrika ist es notwendig hinzuzufügen, dass die Beziehungen zwischen Europa und diesem Kontinent seit jeher von einer großen Asymmetrie der Machtverhältnisse geprägt sind. So waren sie in der Kolonialzeit, und sie sind es auch heute. Die formellen Unabhängigkeiten der 1960er Jahre, deren 50jähriges Jubiläum vor fünf Jahren gefeiert und sehr kontrovers diskutiert wurde, haben zu ein paar geringfügigen Verschiebungen beigetragen; eine grundlegende Veränderung im Verhältnis zwischen Afrika und Europa haben sie nicht eingeleitet. Diese Asymmetrie der Machtverhältnisse spiegelt sich auch in den europäischen Migrationskonzepten wider, die sich letztlich immer um zwei grundlegende Strategien drehen: Gefahrenabwehr, wobei es fast immer unklar bleibt, worin denn die Gefahr eigentlich besteht, und Eigeninteressen, auch wenn diese selten offen kommuniziert und stattdessen mit altruistischen Floskeln verschleiert werden.

Beide Strategien münden in die gleiche Abschottungspolitik. In der dominanten Migrationspolitik spiegeln sich die bestehenden Machtverhältnisse wider. Und diese sind aufgrund der krassen Asymmetrie der Machtverhältnisse von Arroganz der Mächtigen geprägt, die sich erlauben, Bewegungsfreiheit selektiv anzuwenden, Armut strukturell zu erzeugen und die Opfer der strukturellen Gewalt auszugrenzen. Die Botschaft soll lauten: Freiheit ist für die Mächtigen und sie müssen sich ihrer Verantwortung nicht stellen. Dort, wo ihre eigene Bewegungsfreiheit und die ihrer Waren, ihres Kapitals und ihrer Dienstleistungen im Geringsten gefährdet wird, mobilisieren sie alle Kräfte zu deren Verteidigung, wie die vielen Kriegseinsätze weltweit zeigen. An den somalischen Küsten, an denen ein wichtiger Handelsweg durch Piraten gefährdet wurde, wurden schnell alle Armeen der Industrienationen versammelt, um die Bewegungsfreiheit der Waren zur Bewahrung der Lebensstandards in westlichen Industrienationen zu gewährleisten.

Die Arroganz Europas Migrationspolitik wurde offenbar, als europäische Entscheidungsträgerinnen und -träger begannen, von „gesteuerter Migration“ zu

sprechen. Diese implizierte eine Einteilung von Menschen in Kategorien wie „nützlich“ und „unnützlich“. Der ehemalige Präsident von Mali und der Kommission der Afrikanischen Union, *Alpha Omar Konaré*, nannte die gesteuerte Migration Handel mit Menschen. Noch deutlicher brachte der Reggae-Musiker *Alpha Blondy* aus der Elfenbeinküste die Problematik der ausgewählten Migration auf den Punkt: „Dieser Gedanke der ausgewählten Zuwanderung, diese Einwanderungs-Apartheid, versetzt uns in die Sklavenzeiten zurück, in denen die Kaufleute die Stärksten aussuchten, die mit den besseren Zähnen, um sie in den Westen zu schicken (...). Solange die afrikanischen Länder nicht stabil sind, solange unsere Rohstoffe beschlagnahmt werden, wird es immer Menschen geben, die keine andere Wahl haben, als nach Frankreich zu gehen. Und kein Gesetz wird sie daran hindern.“¹⁰ Als „nützlich“ in den Kategorien der EU wurden Akademikerinnen und Akademiker in den Arbeitsbereichen definiert, in denen die EU-Länder Engpässe an Fachkräften haben. Diese Menschen wurden nicht nur toleriert, wenn sie es geschafft hatten, nach Europa zu kommen, sondern sie werden auch umworben, wobei einige der EU-Länder für diese Zielgruppen als unattraktiv erscheinen und viele der Angebote an die Angehörigen der sogenannten armen Länder ungenutzt blieben. Als „unnützlich“ wurden diejenigen eingestuft, die wenig qualifiziert waren oder deren Qualifikationen auf den europäischen Arbeitsmärkten wenig gefragt sind. Gegen die „Unnützen“ wurden Mauern errichtet, aber nicht im Sinne einer unberührbaren Festungsmauer, sondern im Sinne von Filtration. Anders ist es nicht zu erklären, dass auf der Plantagen in Spanien und Italien, an den Stränden von Malta und auf Baustellen vieler anderer europäischer Länder Migranten zu finden sind, die von Einheimischen ungeliebte Aufgaben verrichten. Sie stehen als billige Arbeitskräfte dem europäischen Markt zur Verfügung. Die durch die Grenzschutzagentur Frontex bekämpften Migranten waren und sind somit Bestandteil der Strategien zur Produktionskostensenkung von Teilen der europäischen Wirtschaft.

Der Kapitalismus braucht Menschenbewegungen, aber nur in einem von seinen Lenkern bestimmten Tempo und nach einem ihnen genehmen Kriterienkatalog. Lange haben die Verantwortlichen in Europa geglaubt, dass ihre Vorstellungen funktionieren würden, Bewegungsfreiheit für Kapital, Waren und Dienstleistungen zu verteidigen und zugleich „Filter“ gegen Menschen zu errichten, die sich auf den Weg machten, um den Konsequenzen dieser Liberalisierung zu entkommen. Die Verantwortlichen in Europa hatten es lange geschafft, ihre Migrationspolitik zu externalisieren und damit die verheerenden Konsequenzen ihrer Entscheidungen von den Bürgerinnen und Bürgern Europas fernzuhalten. Die neuesten Migrations- und Fluchtbewegungen von Menschen nach Europa zeigen nicht nur ein Scheitern der Abschottungspolitik, sondern auch ein Scheitern der Nord-Süd-Politik insgesamt. Daher die befremdliche Art, in der von Fluchtursachen und ihrer Bekämpfung gesprochen wird.

¹⁰ <http://www.alphablondy.info/article-331/>

Christoph Butterwegge

Dritte-Welt-Armut in Deutschland?

Fluchtzuwanderung als Folge der Globalisierung und als Herausforderung des Sozialstaates

Migration existiert, seit es Menschen gibt; im Zeichen der viel beschworenen Globalisierung avanciert sie aber zu einer großen Herausforderung für die Aufnahmegesellschaft. Globalisierung und Zuwanderung bilden nämlich kein harmonisches Wechselverhältnis, sondern ein konfliktreiches Spannungsfeld, das Albert Scharenberg (2006, S. 76) auf vier Ebenen verortet: „Ökonomisch betrachtet *erfordert* die Globalisierung eine wachsende internationale Migration, technologisch gesehen *ermöglicht* sie die verstärkte Mobilität und Kommunikation, sozial *beschleunigt* sie die Migration durch wachsende Ungleichheiten. Politisch aber wird die Migration im Zuge der Globalisierung zunehmend *begrenzt*.“ (Hervorh. im Original; Ch.B.) Struktur- und Legitimationsprobleme moderner Gesellschaften kulminieren im öffentlichen Streitfall der Migration. Ursula Birsl (2005, S. 77 f.) erklärt dies damit, dass nationalstaatliche Grenzen überschreitende Wanderungsprozesse die unterschiedlichen Bezüge und Konstitutionen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Räume offenbaren. Migration als „Teilphänomen von Globalisierung“ symbolisiere wie diese einen Kontroll- bzw. Steuerungsverlust des Nationalstaates.

Darüber hinaus bilden Integration und Inklusion von Menschen anderer Herkunft mittlerweile eine Kernaufgabe, die der National- als Sozialstaat übernimmt. „Migration wird zum Medium öffentlicher Kommunikation von Problemen moderner Gesellschaften. Dies ist der Grund, warum Migration heute solche Resonanz als Problem findet. Die Skandalisierung von Migration ist weniger darauf zurückzuführen, daß Migranten Leid erfahren (das war schon immer so), sondern darauf, daß Migration sich dafür eignet, die Reproduktionsprobleme moderner Gesellschaften neu zu denken.“ (Eder 1998, S. 72)

Bei der neoliberalen Modernisierung handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Großprojekt, das weltweit noch mehr soziale Ungleichheit *schaffen* soll, als es sie aufgrund der ungerechten Verteilung von Ressourcen, Bodenschätzen, Grundeigentum, Kapital und Arbeit ohnehin gibt (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 2016). Armut ist kein „(un)sozialer Kollateralschaden“ dieser Form der Globalisierung, vielmehr im Gesellschaftsmodell des Neoliberalismus, der nach einem leistungsorientierten Entgelt für abhängig Beschäftigte und einer stärkeren Lohnspreizung ruft, durchaus funktional: Sie führt Geringverdiener(inne)n vor Augen, dass sie mehr leisten (d.h. nach neoliberaler Lesart: ökonomischen Erfolg haben) müssen, und illustriert (noch) Besserverdienenden, was ihnen droht, wenn sie den Anforderungen einer Hochleistungs- und Konkurrenzökonomie nicht mehr genügen sollten.

Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung – ein Widerspruch?

Durch den hegemonialen Globalisierungsdiskurs als ideologische Legitimationsbasis des Neoliberalismus, das Projekt des „Umbaus“ vieler Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes sowie die Verabsolutierung des Wettbewerbs- und Leistungsgedankens ist der moderne Wohlfahrtsstaat – *die* soziale Errungenschaft der kapitalistischen Moderne schlechthin – stark unter Druck geraten. Seit der Jahrtausendwende vergeht kaum ein Tag, ohne dass er in den Medien als überholt, zu teuer bzw. dysfunktional dargestellt und zwecks Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des „Wirtschaftsstandortes D“ seiner Reform, genauer: seiner neoliberalen Restrukturierung, das Wort geredet wird (vgl. hierzu: Butterwegge 2014).

Kritik am Sozialstaat und an (einer angeblich unkontrollierten) Zuwanderung dominiert den öffentlichen Diskurs über die Gesellschaftsentwicklung und -politik in allen westlichen Industrieländern so stark, dass folgende Behauptungen fast schon zum Alltagsbewusstsein gehören: Aufgrund seiner übertriebenen Großzügigkeit bei der Leistungsgewährung locke der Wohlfahrtsstaat nicht nur viele „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus Ländern der sog. Dritten Welt an, sondern verführe auch Einheimische zur missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen (vgl. kritisch dazu: Wogawa 2000).

Vergleicht man die Inanspruchnahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen seitens einheimischer und zugewanderter Untersuchungskohorten, stellt man jedoch bereits nach etwa fünf Jahren eine Konvergenz der gezahlten Geldbeträge fest, die zunächst als Integrationshilfe wirken. Wenn länger ansässige Ausländer/innen signifikant höhere Sozialleistungen beziehen, ist dies nicht etwa ihrer Nationalität bzw. Herkunft, vielmehr einer gegenüber deutschen Vergleichsgruppen problematischeren sozialen Zusammensetzung geschuldet. „Aufgrund der tendenziell günstigen demographischen Struktur der Zuwanderer – mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil Jüngerer und wenig Älteren – kann entsprechend davon ausgegangen werden, daß Zuwanderung auf lange Sicht das System der sozialen Sicherung tendenziell eher ent- als belastet.“ (Büchel u.a. 1997, S. 289)

Selbst durch „Illegale“ (Zuwanderer ohne Aufenthaltsrecht bzw. mit bloßer Duldung), deren Zahl besonders stark wächst, wenn sich ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland abschottet und die Möglichkeiten des legalen Aufenthalts beschneidet, wird das System der sozialen Sicherung älteren Untersuchungen zufolge kaum belastet (vgl. Röseler/Vogel 1993, S. 29; ergänzend: Vogel 1996). Umgekehrt kann die Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Durchsetzung einer demokratisch-humanistischen Zuwanderungs-, Integrations- und Minderheitenpolitik gar nicht überschätzt werden. Albert Statz (1993, S. 257) räumt ihr eine Schlüsselrolle auf diesem Gebiet ein, wenn er konstatiert: „Die politische Auseinandersetzung um die Einwanderungs- und Asylpolitik wird auf dem Terrain der Sozialpolitik entschieden.“

Konsequenzen neoliberaler Modernisierung: Dualisierung der Zuwanderung in Eliten- und Elendsmigration

Unter den bestehenden Herrschafts-, Macht- und Mehrheitsverhältnissen wirken Globalisierungsprozesse nicht nur als gesellschaftspolitische Spaltpilze, sie bergen vielmehr auch enormen sozialen Sprengstoff in sich. Die als neoliberale Modernisierung frontal gegen das Projekt sozialer Gleichheit gerichtete Spielart der Globalisierung führt zu Prekarisierungs-, Pauperisierungs- bzw. Polarisierungsprozessen in fast allen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat (vgl. hierzu ausführlicher: Butterwegge 2012). Genannt seien hier nur jene, die mit Wanderungsbewegungen korrespondieren:

- die soziale Polarisierung zwischen Zentrum und Peripherie, d.h. Metropolen und Entwicklungsländern, wie innerhalb jeder einzelnen Gesellschaft;
- die Dualisierung des Prozesses transkontinentaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendsmigration andererseits;
- die Ausdifferenzierung der Migrationspolitik in positive Anreize für Erstere sowie Restriktionen und negative Sanktionen für Letztere;
- die Spaltung der Städte, bedingt durch die soziale Marginalisierung und sozialräumliche Segregation von (ethnischen) Minderheiten.

Wanderungsbewegungen, denen unterschiedliche Motive zugrunde liegen, gibt es vermehrt, weil nicht nur die neuen Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien bessere Möglichkeiten hierfür bieten (vgl. Köppen 2000), sondern globale Probleme wie Umweltkatastrophen, Hungersnöte oder Epidemien einerseits und dadurch initiierte oder intensivierete Repressalien autoritärer Regime, Bürger- und Interventionskriege wie in Syrien, Afghanistan und dem Irak andererseits auch die (subjektiv wahrgenommene) Notwendigkeit dazu erhöhen. Allenthalben wird auf die Steigerung der weltweiten Mobilität und die Bedeutung des globalisierten Verkehrswesens für die Entstehung von Migrationsströmen hingewiesen (vgl. Müller-Schneider 2000, S. 111 f.), weniger häufig indes auf die im selben Maße zunehmenden Grenzkontrollen, Überwachungstechniken und anderen Restriktionen.

Petrus Han (2000, S. 63) diagnostiziert neben einer „Globalisierung der Migrationsbewegungen“ seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine „Diversifizierung der Migrationsformen“, worunter er die Arbeitsmigration, die Familienzusammenführung, die Flucht, den Auslandsaufenthalt von Studierenden, die Migration ethnischer Minderheiten sowie die „illegale“, irreguläre bzw. undokumentierte Zuwanderung versteht. Für Albert Kräler und Christof Parnreiter (2005, S. 338) hängen Migration und Globalisierung auf drei Ebenen zusammen: „Erstens beschleunigen die Globalisierungsdynamiken die Entwurzelung von Menschen in den Peripherien. Zweitens beseitigt die Formierung eines transnationalen Raums, der durch die globalen Bewegungen von Kapital, Gütern, Dienstleistungen, Informationen etc. geschaffen wird, Mobilitätsbarrieren. (...) Drittens bringt Globalisierung auch einen neuen Bedarf an marginalisierter Arbeitskraft in den Zentren hervor.“

Die soziale Spaltung der Weltgesellschaft löst neue Wanderungsprozesse aus und führt zu einer Spaltung der Migration wie der Migrant(inn)en (vgl. dazu: Schröder/Sting 2003; Butterwege/Hentges 2009). Je mehr die sog. Dritte bzw. Vierte Welt im Globalisierungsprozess von der allgemeinen Wirtschafts- bzw. Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wird, umso eher wächst der Migrationsdruck, welcher Menschen veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren und gezielt nach Möglichkeiten der Existenzsicherung in fernen Weltregionen zu suchen, was wiederum verschärfend auf die Einkommensdisparitäten zwischen den und innerhalb der einzelnen Gesellschaften zurückwirkt. Gleichzeitig werden soziale Zusammenhänge labiler und die Menschen gezwungenermaßen sowohl beruflich flexibler wie auch geografisch mobiler.

Neben die Migrationsform eines intentionalen, direkten und definitiven Wohnsitzwechsels, der in aller Regel einer prekären oder Notsituation im Herkunftsland geschuldet ist (Elends- bzw. Fluchtmigration), tritt eine neue Migrationsform, bei der sich Höchstqualifizierte, wissenschaftlich-technische, ökonomische und politische Spitzenkräfte sowie künstlerische und Sport-Prominenz heute hier, morgen dort niederlassen, sei es, weil ihre Einsatzorte rotieren, der berufliche Aufstieg durch eine globale Präsenz erleichtert wird oder Steuervorteile zum „modernen Nomadentum“ einladen (Eliten- bzw. Expertenmigration). Ludger Pries (2003, S. 115) hat in diesem Zusammenhang von „transnationaler“ bzw. „Transmigration“ als einem neuen Migrationstypus gesprochen: „Transmigranten zeichnen sich dadurch aus, dass der Wechsel zwischen verschiedenen Lebensorten in unterschiedlichen Ländern für sie kein singulärer Vorgang ist, sondern zu einem Normalzustand und zu einer Normalitätserwartung wird, indem sich ihr gesamter Lebensraum pluri-lokal über Ländergrenzen hinweg zwischen verschiedenen Orten aufspannt.“

Migrationsprozesse lassen sich weder von den persönlichen Schicksalen der Betroffenen noch von den gesellschaftlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen ablösen, die sie determinieren sowie ihr Ausmaß und ihre Richtung bestimmen. Wanderungsbewegungen als Folge des neoliberalen Umstrukturierungsprozesses auf der ganzen Welt zu betrachten heißt aber nicht zwangsläufig, die entwickelten Industrieländer als Opfer riesiger Flüchtlingsströme zu sehen, wie es fälschlicherweise häufig geschieht. Nach wie vor gilt, was Karl-Heinz Meier-Braun (2002, S. 173) so ausgedrückt hat: „Die weltweiten Migrations- und Asylprobleme spielen sich vor allem auf der südlichen Halbkugel ab.“

Ausdifferenzierung des Migrationsregimes: Anwerbung der „besten Köpfe“ und Flüchtlingsabwehr

Als „jüngstes Stadium des Kapitalismus“ ist die ökonomische Globalisierung durch eine umfassende, Zollschränken, Handelsbarrieren und Devisenkontrollen transzendierende Internationalisierung der Märkte gekennzeichnet, nicht aber durch eine Liberalisierung der Migrationspolitik. Vielmehr sind Maßnahmen neoliberaler Deregulierung, die den Abbau von arbeits- und sozial-

rechtlichen Schutzbestimmungen für abhängig Beschäftigte sowie baurechtlichen und ökologischen Auflagen für Unternehmen bezwecken, durchaus mit einer bürokratischen Überreglementierung der Zuwanderung vereinbar.

Mit den Wanderungsbewegungen erfährt die Zuwanderungspolitik in den westlichen Wohlfahrtsstaaten eine Ausdifferenzierung: Die Elendsmigration folgt, unterliegt jedoch auch ganz anderen Gesetzen als die Eliten- bzw. Expertenmigration. Erstere stößt nicht nur auf offene Ablehnung in der öffentlichen Meinung, wie etwa die alarmistisch geführte Asyldebatte zu Beginn der 1990er-Jahre zeigte, sondern gilt als Existenzbedrohung für den „eigenen“ Wirtschaftsstandort. Letztere wird zwar im Standortinteresse akzeptiert, aber je nach Konjunktur- bzw. Arbeitsmarktlage limitiert. Globalisierung macht die Grenzen also nicht durchlässiger, bietet Menschen, die als „Edelmigrant(inn)en“ bevorzugt ins Land gelassen, wenn nicht gar gelockt werden, jedoch winzige Schlupflöcher. „Die Grenzen sind offen, aber nur für die Gebildeten und Erfolgreichen.“ (von Lucke 2000, S. 911)

Wenn man so will, ist ein duales und selektives Migrationsregime entstanden: Die „guten“ (sprich jungen und möglichst hoch qualifizierten) Zuwanderer werden angeworben bzw. willkommen geheißen, die „schlechten“ (sprich älteren und niedrig qualifizierten) Zuwanderer systematisch abgeschreckt. „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ dienen als Instrumente einer Migrationspolitik, die ökonomischen bzw. demografischen Interessen folgt, wiewohl die Menschenrechte in Sonntagsreden zur obersten Richtschnur des Handelns erklärt werden. Während man gut ausgebildete Fach- bzw. Führungskräfte aus aller Herren Länder zu gewinnen sucht, gilt unerwünschte Armutsmigration bzw. Flucht als „Standortnachteil“, den man tunlichst zu vermeiden oder wenigstens zu minimieren sucht. Zu- bzw. Einwanderung wird fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihres volkswirtschaftlichen Nutzens für das in erster Linie als „Wirtschaftsstandort“ begriffene Aufnahmeland bewertet. Sabine Dreher (2003, S. 14) weist zudem darauf hin, „dass Immigration im ‚neoliberalen Projekt‘ zwar einerseits Wettbewerbsfähigkeit sichern soll und daher weiterhin notwendig ist. Andererseits dient Immigrationspolitik auch dazu, die Handlungsfähigkeit des Staates zu beweisen, ohne dass das ‚neoliberale Projekt‘, die Herstellung eines globalen Marktes, dabei gefährdet wird. Restriktive Migrationspolitik, die auf bewusste Ausgrenzung des ‚Anderen‘ hinausläuft, sichert die Legitimation des Staates.“

Weniger gut (aus)gebildete Migrant(inn)en sowie politisch Verfolgte stoßen auf eine Mauer des Misstrauens, bürokratischer Abwehr und institutioneller Diskriminierung (vgl. z.B. Gomolla/Radtke 2009). In den Massenmedien werden die Vorteile einer transnationalen Experten- und Elitenmigration meistens mit den negativen Konsequenzen von Armutswanderungen und Fluchtbewegungen für das Aufnahmeland kontrastiert. Die soziale Polarisierung der Zuwanderer spiegelt sich auch in der Migrationsberichterstattung deutscher Zeitungen und Zeitschriften wider (vgl. Butterwegge/Hentges 2006). Man darf eine Wechselwirkung zwischen diesem Medienecho und ei-

ner am ökonomischen Nutzwert der Zuwanderer orientierten Migrations- bzw. Integrationspolitik vermuten, denn beide schaukeln einander hoch: Ohne entsprechende Medienberichte über „massenhaften Asylmissbrauch“ und „ausländische Sozialschmarotzer“ hätte die Bundesregierung keinen scharfen Abschottungskurs betreiben können; Letztere wiederum leitete eben dadurch Wasser auf die Mühlen von Journalist(inn)en, die Horrorstories der genannten Art lancieren wollten.

In der aktuellen Flüchtlingsdiskussion verkehren sich scheinbar die Fronten: Wollen (national)konservative Kreise die Staatsgrenzen „dichtmachen“ und möglichst wenige oder gar keine Migrant(inn)en mehr aufnehmen, plädieren Unternehmer und ihre Verbände für eine Lockerung der bestehenden Zuwanderungsrestriktionen. James F. Hollifield (2003, S. 37) spricht von einem „liberalen Paradox“, weil man die Migration aus volkswirtschaftlicher Sicht positiv, unter Sicherheitsaspekten negativ bewertet: „Die ökonomische Logik des Liberalismus verlangt Offenheit, die politische und rechtliche Logik verlangen eher Abschottung.“ Obwohl oder gerade weil Neoliberale (viele, aber nicht alle) Zuwanderer als Gewinn bzw. Aktivposten für die eigene Volkswirtschaft begreifen, sie „vorurteilsfrei“ ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkülen unterwerfen und ihre Arbeitskraft als „Humankapital“ betrachten, führt die „Herrschaft des Marktes“ zu weniger Humanität und bedingt den Abschied von moralischen Kategorien.

Gegenwärtig beschäftigen sich fast alle deutschen Massenmedien in monothematischer Eintönigkeit mit der „Flüchtlingskrise“ und dem „islamistischen Terrorismus“, zwischen denen oft genug eine doppelte Wechselbeziehung konstruiert wird: Einerseits löse der „Islamische Staat“ (IS) die Flüchtlingsströme mit aus, heißt es zu Recht, andererseits benutze er sie jedoch, um unerkannt gewaltbereite Untergrundkämpfer in die westlichen Industriegesellschaften einzuschleusen. Durch das zuletzt genannte Argumentationsmuster rückt der migrationspolitische Innen-außen-Gegensatz zwischen armen Herkunftsländern und dem reichen Aufnahmeland noch stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, wohingegen der soziale Oben-unten-Gegensatz ausgeblendet und folglich kaum mehr wahrgenommen wird, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland bereits seit geraumer Zeit vertieft (vgl. hierzu: Butterwegge 2012).

Ethnische Unterschichtung und sozialräumliche Segregation: Deutschland – eine zerrissene Republik

Deutschland ist ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung von BRD und DDR eine reiche, aber tief zerklüftete Gesellschaft: Mehr als hundert Milliarden, Zehntausenden von Multimillionären und einer Million Vermögensmillionären stehen inzwischen fast dreieinhalb Millionen überschuldete und 350.000 Haushalte gegenüber, denen jährlich der Strom abgestellt wird. Dass die Armut zur Mitte der Gesellschaft vordringt, sich dort bisweilen verfestigt und längst nicht mehr nur soziale Randgruppen verängstigt, schafft einen ma-

teriellen und mentalen Nährboden für rechtspopulistische Strömungen und Bestrebungen wie die Alternative für Deutschland (AfD) und die selbsternannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida).

Wie die Forderungen nach Aussetzung des seit dem 1. Januar 2015 geltenden Mindestlohns und nach völliger Aufhebung des Verbots der Leiharbeit für Asylbewerber sowie Geduldete (jetzt nach drei Monaten für ungültig erklärt, wenn es sich um Fachkräfte handelt) zeigen, missbrauchen Neoliberale und Wirtschaftslobbyisten die gegenwärtige Zuwanderung, um in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für eine Rückkehr zum unbeschränkten Lohndumping zu schaffen. Solch perfide Versuche, arme Deutsche gegen noch ärmere Flüchtlinge auszuspielen, bergen enormen politischen Zündstoff in sich, weil die Entrechtung von Asylsuchenden auch Leistungskürzungen für Einheimische nach sich ziehen und als Experimentierfeld für eine generelle Absenkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland dienen kann.

Längerfristig bleibt die Einwanderung überwiegend mittelloser Flüchtlinge nicht ohne gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung von Armut und sozialer Ungleichheit in Deutschland. Bei unveränderten Macht- und Mehrheitsverhältnissen besteht sogar die Gefahr einer dauerhaften ethnischen Unterscheidung unserer Gesellschaft. Das gilt zumindest dann, wenn Geflüchtete nicht durch verstärkte Anstrengungen im Bereich von Bildung und Ausbildung sowie des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung vor Prekarisierungs- und Ghettoisierungsprozessen bewahrt werden, sondern die Dominanz rassistischer Ressentiments innerhalb der Mehrheitsgesellschaft dazu führt, dass sie arm bleiben und sozialer Ausgrenzung unterliegen.

Flüchtlingsarmut wird von den Massenmedien zwar häufig als individuelles Problem dargestellt oder ethnisiert, ist aber strukturell bedingt. Migrant(inn)en, die heute ihr Land verlassen und im Zuge der Globalisierung nach einer neuen Heimat suchen, sind nicht bloß mehrheitlich weniger betucht, sondern hierzulande auch selten in der Lage, sozial aufzusteigen. Denn ihnen drohen zumeist Stigmatisierung, Kriminalisierung und Marginalisierung. Zuwanderer gehören nur in wenigen Ausnahmefällen zu den Gewinner(inne)n eines Spaltungsprozesses, der längst die ganze Gesellschaft erfasst hat. „Migrantinnen und Migranten werden von sich abzeichnenden gesellschaftlichen Verarmungsprozessen vermutlich stärker betroffen sein, weil sie in Relation zu den Deutschen hinsichtlich ihrer strukturellen Integration weiterhin deutliche Defizite aufweisen.“ (Leibold u.a. 2006, S. 10)

Da es sich bei der Bundesrepublik in Bismarck'scher Tradition um einen Sozialversicherungsstaat handelt, hängt die Inklusion zuwandernder Personen ganz entscheidend von deren Integration auf dem Arbeitsmarkt ab (vgl. Schmähl 1995, S. 251). Zwar braucht die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen viel Zeit, hatte in der Vergangenheit dann aber meist Erfolg, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer Untersuchung herausfand: „So belief sich der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung

von 15 bis 64 Jahren unter den Flüchtlingen im Zuzugsjahr durchschnittlich auf 8 Prozent. Nach fünf Jahren stieg der Anteil auf knapp 50 Prozent, nach zehn Jahren auf 60 Prozent und nach 15 Jahren auf knapp 70 Prozent.“ (Brücker u.a. 2015, S. 9)

Um die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten zu fördern und möglichst zu beschleunigen, sollten die von der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern zurückgefahrenen Eingliederungsleistungen und Qualifizierungsmaßnahmen wieder einen größeren Stellenwert erhalten. Sonst droht die Zahl der Arbeitslosen und Bezieher/innen von Lohnersatz- bzw. Fürsorgeleistungen erneut stark zu steigen, nachdem man sie im Konjunkturaufschwung auch mittels statistischer Taschenspielertricks deutlich gesenkt hatte. Hartz IV, in das die Zuwanderer „mit Bleibeperspektive“ eingegliedert werden sollen, dürfte sich im Hinblick auf den ersten Arbeitsmarkt als strukturelles Integrationshemmnis erweisen, bietet es den Flüchtlingen und ihren Familien doch weder eine berufliche noch eine soziale Perspektive, weil es sich dabei um ein zutiefst inhumanes System handelt, das durch massiven Druck sowie Entrechtung und Entmündigung der Betroffenen immer neuen Nachschub für den Niedriglohnsektor schafft (vgl. Butterwege 2015).

Nennenswerten Mehrbelastungen sind nicht die Sozialversicherungen ausgesetzt, deren Einnahmenseite durch (sozialversicherungspflichtig beschäftigte) Zuwanderer sogar gestärkt wird, sondern nur das steuerfinanzierte Fürsorgesystem. Wenn deutlich mehr Personen als bisher auf Transferleistungen angewiesen sind, müssen die Hilfesysteme gestärkt, mehr staatliche Mittel dafür bereitgestellt und Steuererhöhungen für wohlhabende und reiche Bürger enttabuisiert werden. Da sie von der Zuwanderung entweder durch eine bessere Versorgung mit Arbeitskräften und/oder durch bessere Absatzchancen für die eigenen Produkte auf dem Binnenmarkt profitieren, müssten die Unternehmen, Kapitaleigner und Aktionäre entstehende Mehrkosten tragen. Nötig wäre eine kräftige Anhebung von Kapitalertrags- und Gewinnsteuern, die hierzulande im OECD-Vergleich ohnehin extrem niedrig sind.

In den urbanen Zentren massiert sich seit jeher die soziale Ungleichheit, und zwar hauptsächlich in Form einer residenziellen Segregation, wie sie ethnische Gruppen aufweisen (vgl. Friedrichs 2000, S. 174). Wegen der neoliberalen Modernisierung spitzen sich Ab- und Ausgrenzungsprozesse zu, von denen insbesondere Migrant(inn)en und deren Abkömmlinge betroffen sind, was einer sozialräumlichen Spaltung der Großstädte gleichkommt. Man spricht in diesem Zusammenhang von „ethnischer Segregation“, die sich bereits seit geraumer Zeit verfestigt (vgl. dazu: Keller 1999, S. 47 ff.; Bremer 2000, S. 173 ff.).

Wird in Medien und politischer Öffentlichkeit auch durch die penetrante und monothematische Behandlung der „Flüchtlingskrise“ fortwährend Sozialneid nach unten geschürt, nehmen die rechte Gewalt und die Risiken für den Wohlfahrtsstaat zu. Umgekehrt könnte aber im Zeichen einer Zuwanderungsdebatte, die sich primär um die – angebliche oder wirkliche – Mehrbelastung des Staatshaushalts durch „massenhafte Flüchtlingsströme“ dreht, die krasse Ver-

teilungsschieflage skandalisiert werden. Ein triftigeres Argument für die Notwendigkeit der Verwirklichung größerer Steuergerechtigkeit als den Hinweis, dass Gering- und Normalverdiener/innen keinesfalls für hilfebedürftige Flüchtlinge zahlen dürfen, Wohlhabende und Reiche aber viel stärker in die Pflicht für das sonst noch mehr auseinanderdriftende Gemeinwesen genommen werden müssen, gibt es schließlich nicht. Eine inklusive Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik von Bund, Ländern und Kommunen ist ebenso notwendig wie eine progressivere Steuerpolitik, mit der Kapitaleigentümer, Vermögende und Spitzenverdiener stärker zur Bekämpfung des Flüchtlingselends, die viel Geld kosten dürfte, herangezogen werden müssen.

Integration der Migrant(inn)en wird oft genug auf gute Kenntnisse der deutschen Sprache reduziert, muss aber mit Inklusion, d.h. auch gleichberechtigter politischer Partizipation (vgl. Büttner/Meyer 2001) einhergehen, soll sie dauerhaft sein. Integration darf nicht mit Assimilation verwechselt werden und bedeutet vor allem die bürgerschaftliche Gleichberechtigung und Einbindung von Migrant(inn)en in den Nationalstaat, Inklusion die umfassende Gleichstellung sowie ihre Einbeziehung in die gesellschaftliche Willensbildung und den Sozialstaat. Nur wenn die beiden – miteinander korrespondierenden – Prozesse erfolgreich verlaufen, kann ernsthaft von einer zivilen bzw. einer multikulturellen *Bürger*gesellschaft die Rede sein. Corinna Kleinert (2000, S. 355) konstatiert denn auch treffend, „dass eine Inklusion von Einwanderern in das soziale System, auch wenn sie verwirklicht ist, ohne Vollinklusion in das politische System immer prekär und von Zurücknahme der Rechte bedroht bleibt.“

Literatur

- Birsl, Ursula (2005): Migration und Migrationspolitik im Prozess der europäischen Integration?, Opladen
- Bremer, Peter (2000): Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten, Opladen
- Brücker, Herbert/Hauptmann, Andreas/Vallizadeh, Ehsan (2015): Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, in: IAB-Berichte 14
- Büchel, Felix/Frick, Joachim/Voges, Wolfgang (1997): Der Sozialhilfebezug von Zuwanderern in Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2, S. 272-290
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, 2. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.) (2009): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 4. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (2012): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York

- Butterwegge, Christoph (2014): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 5. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (2015): *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?*, 2. Aufl. Weinheim/Basel
- Butterwegge, Christoph (2016): *Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition*, Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2016): *Kritik des Neoliberalismus*, 3. Aufl. Wiesbaden
- Dreher, Sabine (2003): *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat? – Die Bedeutung der Migration in der Globalisierungsdebatte*, in: Uwe Hunger/Bernhard Santel (Hg.), *Migration im Wettbewerbsstaat*, Opladen, S. 13-31
- Eder, Klaus (1998): *Warum ist Migration ein soziales Problem? – Von einer politischen Ökonomie zu einer politischen Soziologie der Migration*, in: Michael Bommers/Jost Halfmann (Hg.), *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen*, Osnabrück, S. 63-79
- Friedrichs, Jürgen (2000): *Ethnische Segregation im Kontext allgemeiner Segregationsprozesse in der Stadt*, in: Annette Harth/Gitta Scheller/Wulf Tessin (Hg.), *Stadt und soziale Ungleichheit*, Opladen, S. 174-196
- Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2009): *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, 3. Aufl. Wiesbaden
- Han, Petrus (2000): *Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle – Fakten – politische Konsequenzen – Perspektiven*, Stuttgart
- Hollifield, James F. (2003): *Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht: das liberale Paradox*, in: Dietrich Thränhardt/Uwe Hunger (Hg.), *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat (Leviathan-Sonderheft 22)*, Wiesbaden, S. 35-57
- Keller, Carsten (1999): *Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland*, Opladen/Wiesbaden
- Köppen, Kirsten (2000): *Migration – Zunahme durch die Globalisierung*, in: *Bundesarbeitsblatt 6*, S. 26-30
- Kraler, Albert/Pamreiter, Christof (2005): *Migration theoretisieren*, in: *PROKLA 140*, S. 327-344
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen/Heitmeyer, Wilhelm (2006): *Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 1/2*, S. 3-10
- Lucke, Albrecht von (2000): *Einwanderung à la carte*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik 8*, S. 909-912
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2002): *Deutschland, Einwanderungsland*, Frankfurt am Main
- Müller-Schneider, Thomas (2000): *Zuwanderung in westliche Gesellschaften. Analyse und Steuerungsoptionen*, Opladen
- Pries, Ludger (2003): *Gespaltene Migration – gespaltene Gesellschaft?, MigrantInnenkorporation in Zeiten der Transnationalisierung*, in: Wolfgang Schröder/Stephan Sting (Hg.), *Gespaltene Migration*, Opladen, S. 111-126

- Röseler, Sibylle/Vogel, Dita (1993): Illegale Zuwanderer – ein Problem für die Sozialpolitik?, ZeS-Arbeitspapier 1/93 (Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen)
- Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hg.), Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden, S. 70-111
- Schmähl, Winfried (1995): Migration und soziale Sicherung. Über die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung: das Beispiel der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 40, Tübingen, S. 247-271
- Schröer, Wolfgang/Sting, Stephan (2003): Gespaltene Migration, in: dies. (Hg.), Gespaltene Migration, Opladen, S. 9-25
- Statz, Albert (1993): Einwanderer als Brücke. Der migrationsverträgliche Umbau unserer Gesellschaften und die gemeinsame Entwicklung in Europa, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), Europa gegen den Rest der Welt?, Flüchtlingsbewegungen – Einwanderung – Asylpolitik, Köln, S. 251-266
- Vogel, Dita (1996): Illegale Zuwanderung und soziales Sicherungssystem – eine Analyse ökonomischer und sozialpolitischer Aspekte, ZeS-Arbeitspapier 2/96 (Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen)
- Wogawa, Diane (2000): Missbrauch im Sozialstaat. Eine Analyse des Missbrauchsarguments im politischen Diskurs, Wiesbaden



352

iz3w

**Here We Are – Refugees & Selbstermächtigung**

Außerdem ▶ Krieg in Syrien ▶ Die Türkei nach Gezi ▶ Kubas afrikanisches Erbe ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Romin Khan

Von der Willkommenskultur zur Einwanderungsgewerkschaft: Das Beispiel ver.di

Es gibt 1000 Gründe, das eigene Herkunftsland zu verlassen. Ein zentraler ist, dass Menschen, die davon leben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, dahin gehen müssen, wo sie diese auch verkaufen können. Dieser schlichte Zusammenhang zwischen Migration und Kapitalismus ist offensichtlich, er ist aber oftmals nicht der Impuls solidarisch zu sein. Zu groß ist die Angst vor Konkurrenz, zu stark in Vergessenheit geraten ist die Geschichte des eigenen Lands als Auswanderungsland – zum Beispiel Deutschlands. Ungeachtet dieser Zusammenhänge rangierte die zahlenmäßig hohe Migration aus den süd- und osteuropäischen Krisenländern in den letzten Jahren bei vielen Mitgliedern der Gewerkschaften eher unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle. Angesichts der Bürgerkriegssituationen, aus denen viele Menschen nach Europa fliehen, samt der dramatischen Fluchtwege infolge der EU-Grenzsicherung hat sich dies drastisch geändert und die Frage der solidarischen Aufnahme von Geflüchteten auf die Tagesordnung gesetzt. Auch beim ver.di-Bundeskongress im September letzten Jahres war die „Flüchtlingskrise“, oder besser gesagt: die Flüchtlingsbewegung eines der zentralen Themen. Zwei der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kongressort in der Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Messegelände Leipzig untergebrachten Flüchtlinge hatten am Tag fünf des Kongresses die Möglichkeit, über ihre Situation zu sprechen. Fouad El Moutaouakil aus Marokko und Abduallah Alomirug aus dem Irak bedankten sich für ihre Aufnahme in Deutschland, aber sprachen auch über ihre persönliche Ungewissheit angesichts der schleppenden Registrierungsprozesse, über die Bedingungen der Flucht und die mangelnde Versorgung in der nahen Messehalle.

Viele Delegierte hatten Tränen in den Augen; schon bei der Eröffnung des Kongresses Tage zuvor mit Angela Merkel war die Flüchtlingsmigration zentrales Thema. Die Kanzlerin erhielt wohl selten so viel Zuspruch bei einem Gewerkschaftskongress wie in diesen Tagen, wo das EU-Grenzregime temporär kollabierte und sie diesen Kontrollverlust durch eine öffentlichkeitswirksame flüchtlingsolidarische Haltung kompensierte, die – wie wir heute wissen – ebenso temporär blieb.

Im Folgenden gebe ich einige Eindrücke von Diskussionen innerhalb von ver.di zur Fluchtmigration wieder, beschreibe die Herausforderungen und zeige auf, wo Handlungsfelder bestehen, gewerkschaftlich stärker aktiv zu werden.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Überzeugung, dass Migration eine legitime Strategie im Sinne einer „Globalisierung von unten“ ist, nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu streben. Eine Reaktion der Abschottung und Abwehr sollte dabei nicht die Perspektive der Gewerkschaften bestimmen, sondern der Ansatz, Standards, Organisation der Interessen und

das Recht auf Rechte durchzusetzen. Dafür müssen sich Gewerkschaften für Migrantinnen und Migranten als Mitglieder öffnen.

Bezogen auf die aktuelle Entwicklung sei auf die Beschlusslage bei ver.di mit einem klaren Bekenntnis zum grundgesetzlich geschützten Asylrecht und gegen Obergrenzen¹ und die solidarische Haltung vieler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verwiesen. Diese verstehen sich als Teil der Willkommenskultur und setzen sich seit Monaten in vielfältiger Weise für Geflüchtete ein, begleiten sie auf Ämter, organisieren Sprachkurse mitunter in den Gewerkschaftsräumen und engagieren sich in der Nothilfe. Doch es ist offensichtlich, dass das Engagement der Gewerkschaften über Nothilfemaßnahmen und ehrenamtliche Unterstützung hinausgehen muss. Gerade ver.di als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes fällt hier die Aufgabe zu, das was vielen Menschen hierzulande als Flüchtlingskrise erscheint, tatsächlich als politisch erzeugte Krise der öffentlichen Daseinsvorsorge zu vermitteln: Die Folgen des Personalabbaus im öffentlichen Dienst, der Unterfinanzierung von Bildung, Gesundheit und Arbeitsförderung, der Vernachlässigung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus werden jetzt offensichtlich. Hürden bei der Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung decken strukturelle Schwächen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auf: Chance zu Änderungen, von denen alle – mit oder ohne Migrationshintergrund – profitieren.

Damit ist umrissen, dass verschiedene Zielgruppen angesprochen werden müssen, wenn die Gewerkschaften in der Frage der Aufnahme und Integration der Geflüchteten ihren Einfluss geltend machen wollen. Solidarität kann nicht vorausgesetzt, sondern muss aufs Neue aktiv hergestellt werden.

1. Wie machen wir das? Beispiel öffentlicher Dienst

Eine wichtige Rolle spielen dabei die Mitarbeiter/innen von Einrichtungen, die mit Flüchtlingen arbeiten (z.B. BAMF mit seinen Außenstellen, Erstaufnahmestellen in den Bundesländern, Zoll, Beschäftigte der Kommunen, Bildungsträger, Wohlfahrtsverbände, Gesundheitssystem).

Es besteht die Gefahr, dass die Überlastung und Überforderung der Beschäftigten in den beschriebenen Branchen in eine flüchtlingsfeindliche Haltung mündet, die von der Forderung nach Obergrenzen und Sammellagern an den Grenzen getragen ist, wie sie in der Politik seit Monaten kursiert. Die gegenwärtige Aufheizung der Debatte um den Zuzug vieler schutzsuchender Menschen samt dem Aufstieg der AfD als Motor und Treiber einer rassistisch unterfütterten Abschottungspolitik macht es nicht leicht, zwischen aus Überforderung und Kontrollverlust abgeleiteten Ängsten und rassistischen Einstellungen zu unterscheiden. Wer die eigene Arbeit kaum schafft, nur unzureichend auf Dolmetscher bei der Verständigung mit den Antragsstellern zurückgreifen

¹ „Alle Menschen sollen frei sein von politischer Entrechtung, menschenunwürdiger Behandlung und politischer Fremdbestimmung. Sie müssen geschützt werden vor Verfolgung, Folter und Krieg.“ Aus der ver.di Grundsatzklärung, 18. März 2010.

kann und öffentlich aufgrund der Bearbeitungszeiten massiv unter Druck gesetzt wird, läuft vermutlich alleine aus Selbstschutz vor dem Burn-out Gefahr, anfällig für einfache Lösungen à la Seehofer, Pegida und Co zu werden.

Doch dass es hier keinen Automatismus in der Übernahme rechter Einstellungen gibt, zeigte sich bei einer ver.di-Veranstaltung in der Bundesverwaltung Mitte November zur haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit. Eingeladen war unter anderem Marco Olbrich, Mitarbeiter in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber des seit Monaten in der Kritik stehenden Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin. Olbrich, der auch in der dortigen ver.di Betriebsgruppe aktiv ist, berichtete von der Verzweiflung der Menschen angesichts der schleppenden Bearbeitung ihrer Bedarfe und wie ihn dieser Zustand persönlich belastet: „Wir bräuchten dreimal so viele Mitarbeiter, um die Ansprüche der Flüchtlinge tatsächlich in ihrem Sinne zu ermitteln und bearbeiten zu können.“ Selbst eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey hätte dies bestätigt. Olbrich berichtete davon, dass durch die Veränderungen des Ende Oktober beschlossenen „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes“ zusätzliche Probleme für die Sachbearbeiter und für die Geflüchteten entstanden sind.² Denn damit wurde der Auszahlungsrhythmus der finanziellen Leistungen, die den Flüchtlingen zustehen, von drei Monaten auf einen Monat verkürzt. Die Folge sei, dass die Bearbeitungstermine für alle Beteiligten massiv zugenommen hätten. Einige Monate später ist eine Situation entstanden, bei der Flüchtlinge mitunter monatelang auf ihr Geld warten und als Selbstversorger in den Gemeinschaftsunterkünften hungern müssen oder auf Sachspenden angewiesen sind.³

Bei der Veranstaltung wurde damit deutlich, wie sicherheitspolitische Vorgaben und Maßnahmen, die der Abschreckung dienen, Mehraufwand und zusätzliche Belastungen auf Seiten der Verwaltung erzeugen. Hier gäbe es vielfache Ansatzpunkte für die Artikulation gemeinsamer Interessen, wenn nicht sogar die gegenseitige solidarische Bezugnahme von Flüchtlingen und Beschäftigten in den Verwaltungen, die aber in dieser Weise bisher nicht stattgefunden hat. Weder die Positionen der Betriebsgruppe, noch die des ver.di Landesbezirks haben es aufgrund fehlender Zusammenarbeit mit den Helferstrukturen vor Ort und Defiziten in der Öffentlichkeitsarbeit in der aufgeheizten Berichterstattung über die Zustände am Lageso geschafft, in besonderer Weise zur Kenntnis genommen zu werden, obwohl die Frage der Personalausstattung eines der zentralen Themen in der Öffentlichkeit war.

Doch es besteht die Hoffnung, dass durch eine offensive Kampagne in der kommenden Tarifrunde für den Bund und die Kommunen durch aktive Betriebsgruppen deutlich gemacht wird, welche Bedeutung dem Öffentlichen

² Genauer zum Gesetz: ver.di Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Kippt die Stimmung – oder wird sie gekippt? *sopaktuell* Nr. 226 zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, 2015.

³ <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/kein-geld-vom-lageso-fluechtlinge-in-berlin-muessen-hungern,10809148,33608246.html>.

Dienst für die Aufnahme, Integration und Teilhabe der Geflüchteten zukommt. Diese Arbeit darf nicht durch immer neue Vorhaben der Abschreckung belastet werden, die solidarisches und gesellschaftlich notwendiges Handeln unterminieren.

2. Kritik am Sparzwang erreicht Alltagsverstand

Die Forderungen müssen daher weit hinausgehen über die Abkehr von der schwarzen Null und der Sparpolitik der letzten Jahre, wie es die Gewerkschaften schon lange fordern und wofür sie durch den Zuwachs an öffentlichen Aufgaben in den letzten Monaten auch mehr Gehör finden.⁴ Gefordert ist der Aufbau einer sozialen Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen aller hier lebenden Menschen orientiert und Unterstützung, Begleitung und Förderung zum Ausgangspunkt sozialstaatlichen Handelns macht. Dies impliziert die finanzielle und personelle Absicherung professioneller Beratungsstrukturen für neuankommende Menschen, die sich nicht nur auf hochqualifizierte Einwanderer zur Sicherung des Fachkräftebedarfs erstrecken dürfen.⁵

Der Kontrollverlust des europäischen Grenzregimes, den zehntausende Menschen durch ihre Migration erreicht haben, hat somit auch die Gewissheiten und Legitimierungen des neoliberalen Staates ins Wanken gebracht. Gleichzeitig erleben wir auch, wie weit das neoliberale Menschenbild der Eigenverantwortung verinnerlicht ist, wenn man sich die Empörung vieler Marginalisierter vor Augen führt. Ein regelmäßiger diesbezüglicher Kommentar in sozialen Netzwerken lautet: „Warum wird denen geholfen, mir hilft auch niemand.“ Von den Gewerkschaften wird daher in allen Forderungen an die Politik deutlich gemacht, dass soziale Investitionen wie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus allen Menschen mit geringem Einkommen zu Gute kommen müssen. Angesichts des massiven Rückgangs der Fördermittel im Hartz-IV-System seit 2010 für Weiterbildung und berufliche Maßnahmen gilt dies auch im besonderen Maße für den Bereich der Arbeitsmarktintegration derjenigen Menschen, die sich im Fürsorgesystem befinden.⁶ Hier entsteht besonderer Bedarf, weil die Anerkennung als Flüchtling oder Asylbewerber dazu führt, dass die Arbeitssuche dieser wachsenden Gruppe von den Jobcentern im Hartz-IV-System betreut wird. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet für das Jahr 2016 damit, dass hier zusätzlich circa 130.000 Menschen hinzu kommen⁷, die Hälfte davon jünger als 25 Jahre. Bisher sind nur 2.800 Beschäftigungsmöglichkeiten (Stellen und Ermächti-

⁴ <http://www.faz.net/agenturmeldungen/adhoc/gabriel-stellt-schwarze-null-infrage-14012275.html>.

⁵ Castro Varela, Willkommenskultur: Migration und Ökonomie. María Virginia Gonzalez Romero im Gespräch mit María do Mar Castro Varela, in: Z. Çentın/S. Taş (Hg.), Gespräche über Rassismus. Perspektiven & Widerstände, Berlin 2015, S. 87-96.

⁶ DGB Einblick Nr. 20, 16.11.2015, pdf-Download: <http://einblick.dgb.de/ausgaben/2015>.

⁷ IAB Kurzbericht 25, Dezember 2015, pdf-Download: <http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k151203301>).

gungen) zusätzlich im Haushalt der BA/Jobcenter bewilligt. Die Aufgabe der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt fällt damit einem System zu, das bisher „Abstiegs- und keine Aufstiegsprozesse“⁸ organisiert hat. Ob es bei der Bewältigung der „Flüchtlingskrise“ zu einer Erweiterung, wenn nicht gar zu schrittweisem Rückgewinn der politischen Handlungsspielräume gegen Austerität und Sparzwang kommt, wird sich unter anderem darin zeigen, ob das Hartz-IV-System in dieser Weise erhalten bleibt.

Die Forderung, dass Investitionen ins Soziale „allen“ zugutekommen müssen, ist zwar richtig – es muss innerhalb der Gewerkschaften aber auch kritisch diskutiert werden, wie Sozialpolitik in einem anti-rassistischen Sinne zu gestalten ist so dass Unterscheidungen in „die“ und „wir“ entlang nicht nur nationaler, sondern auch kultureller und religiöser Grenzziehungen und Spaltungen in den eigenen Organisationen überwunden werden. Die Wirkung der Fiktion eines (homogenen) nationalen Kollektivs steht gewerkschaftlichen Interessen entgegen und ist eine der ideologischen Voraussetzungen für den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien.

3. Was tun?

Im Folgenden will ich einige Überlegungen skizzieren, wie ausgehend von der universalistischen Geltung von Menschen- und Arbeitsrechten die beschriebene Spaltung zurückzuweisen ist.

Innerhalb der Gewerkschaften ist es Konsens, dass Geflüchtete nicht zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden dürfen. Daher muss der Mindestlohn für alle gelten und muss perspektivisch erhöht werden. Prämisse ist, auf die Einhaltung grundlegender Arbeits- und Menschenrechte für alle Beschäftigten zu drängen, denn es „gilt, eine Abwärtsspirale bei den Arbeits- und Sozialstandards und damit einhergehende Diskriminierungen zu verhindern. Lohn- und Sozialdumping verschlechtert am Ende die Lebensbedingungen aller Menschen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. In diesem Sinne ist die gewerkschaftliche Solidarität mit Zugewanderten – seien sie nun mit oder ohne Papiere hier – nicht allein von humanitären Gesichtspunkten geprägt. Es geht auch um wohl verstandene Interessen der hier schon lange Ansässigen, und nicht zuletzt auch um die der Gewerkschaftsmitglieder.“⁹

Auch wenn die Angriffe auf den Mindestlohn etwas nachgelassen haben, bleibt die Befürchtung bestehen, dass auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen und Flüchtlinge über diesen Hebel gegeneinander ausgespielt werden. Denn der Mindestlohn begrenzt zwar grundsätzlich den ausufernden Niedriglohnssektor, bietet aber Ausnahmeregelungen für Langzeitarbeitslose

⁸ Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand auf der Tagung „Gewerkschaftliche Strategien zur Flüchtlingspolitik“ in der DGB-Bundesverwaltung am 15. 12. 2015.

⁹ Newsletter DGB Bildungswerk „Forum Migration“, Juli 2015, Gastkommentar Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender.

an. Dies könnte Flüchtlinge betreffen, die mindestens ein Jahr bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet sind. Auf die Streichung dieser Ausnahmeregelung drängt ver.di von Beginn an, bald könnte es neue Argumente dafür geben.

Wie bereits erwähnt, muss Solidarität mit den Flüchtlingen untermauert und in konkrete Projekte gegossen werden. Der reine Appell an einen etwaigen internationalistischen Grundkonsens verpufft in der derzeitigen Situation. Ein Ansatzpunkt in dieser Hinsicht ist die Vermittlung von Arbeitsrechten in Sprachkursen und Flüchtlingsunterkünften, wie es bereits einige gewerkschaftliche Projekte z.B. in Berlin, Osnabrück und Stuttgart begonnen haben. Derlei Angebote menschenrechtsbasierter Solidarität sollten einem Empowerment-Konzept folgen. Denn es ist zu befürchten, dass die Mischung aus offener Ablehnung und erwarteter Dankbarkeit, mit der die Geflüchteten nach dem Willkommenssommer und den Ereignissen aus der Silvesternacht in Köln konfrontiert sind, auch ihre Stellung im Arbeitsmarkt bestimmen wird. Die Vermittlung von Arbeitsrechten sollte somit nicht ein weiteres Element im Kanon der geforderten Wertevermittlung sein, der den Ruch von Disziplinierung und erzieherischen Maßnahmen in sich trägt, sondern ein aktiver Beitrag zur Stärkung der neuen Beschäftigten und Schutz vor Ausbeutung. Anerkennung und die Gewährung sozialer und politischer Rechte sind essenziell dafür, dass demokratische Grundrechte auch genutzt werden und nicht nur Fiktion bleiben. Dazu gehören auch der Bereich der Arbeitsrechte und das Betriebsverfassungsgesetz als das Erleben von demokratischer Gestaltungsmacht und von Schutzmechanismen gegen Willkür. Die politisch gewollte Verweigerung des Familiennachzugs für einen Teil der Flüchtlinge lässt den Eindruck aufkommen, dass hier billige, hochmobile Arbeitskräfte ausgenutzt werden, die zwar in den Arbeitsmarkt, nicht aber in die Gesellschaft integriert werden sollen. Das erinnert an die Phase der Gastarbeiterzeit mit ihrer Politik der temporären Integration und Förderung der Rückkehrfähigkeit.¹⁰

Wir wissen, dass Integration nicht vor Diskriminierung und Rassismus schützt. Neueste Studien zeigen, dass ein Migrationshintergrund Schulabgängerinnen und Schulabgängern die Suche nach einem Ausbildungsplatz erschwert. So bilden derzeit knapp 70.000 Unternehmen einen oder mehrere Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Das sind nur rund 15 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in Deutschland. 60 Prozent der Betriebe hingegen haben noch nie einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Ausbildungsstelle gegeben. 71 Prozent der Bewerberinnen/Bewerber mit Migrationshintergrund, die einen mittleren Bildungsabschluss haben, finden daher keinen Ausbildungsplatz.¹¹ Deshalb müssen Arbeitsrechts-Angebote um Informationen über Maßnahmen gegen Diskriminierung ergänzt werden.

¹⁰ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München 2001, S. 245.

¹¹ Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Studie der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2014. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/berufsausbildung-junger-menschen-mit-migrationshintergrund/>.

4. Ausblick

Sei es der massenhafte Zuzug von Schutzsuchenden, die Aufheizung der Debatte um Grenzschließungen, die Abwehrhaltungen gegen die Etablierung der Einwanderungsgesellschaft oder der Wunsch danach, dass Migrant*innen ihren zugewiesenen gesellschaftlichen Platz behalten: Migration ist das alte und neue Mega-Thema, in der die Gewerkschaften zwar überwiegend (anders als mitunter in der Vergangenheit) progressive Positionen und solidarische Haltungen vertreten, aber bisher nur in geringem Maße als gestaltender und politisch wahrnehmbarer Akteur auftreten. Dies würde den Ausbau der verantwortlichen Strukturen, eine sich an den demografischen Realitäten orientierende Einstellungspraxis und die Mobilisierung und Stärkung der eigenen (migrantischen) Mitglieder voraussetzen. Betrachtete man dahingehend den ver.di Bundeskongress 2015 mit seinem „Bunt statt braun“ Kulturprogramm und dem Kongressmotto „Stärke. Vielfalt. Zukunft.“, muss man die „vielfältigen“ Kolleginnen und Kollegen schon suchen; nur etwa 15 der 950 Delegierten hatten eine Einwanderungsbiografie. Klassischerweise überrepräsentiert waren Migrant*innen dagegen beim Kulturprogramm mit Rapper Samy Deluxe und dem Comedian Abdelkarim sowie bei den geehrten zehn besten Mitgliederwerbenden.

Mitunter überrascht es nicht, dass sich das Feld des Sagbaren (Foucault) einmal mehr in Deutschland so weit nach rechts verschieben kann, wenn in den haupt- wie ehrenamtlichen Spitzen von gesellschaftlichen Institutionen wie eben auch den Gewerkschaften keine Menschen mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen repräsentiert sind. Auch die Projekte, die die geforderten Arbeitsrechtsangebote umsetzen und die Erfahrungen in die Organisationen zurückspielen könnten, sind unter-, bzw. gar nicht finanziert, wie die Anlaufstellen für undokumentierte Beschäftigte bei ver.di und dem DGB. Die Entprekariisierung müsste auch beim DGB-Projekt Faire Mobilität erfolgen, bei dem es begrüßenswerte Planungen gibt, den Handlungsrahmen von der Beratung für mobile Beschäftigte im Rahmen der EU-Freizügigkeit auf geflüchtete Kolleginnen und Kollegen zu erweitern.

Doch es braucht auch eine Vorbereitung der gewerkschaftlichen Betreuungsstrukturen, jenseits reiner Erstinformation und Beratung. Zahlen des IAB zeigen, dass fast 50 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse von Menschen, die aus den Kriegs- und Krisenländern in den vergangenen Jahren nach Deutschland kamen, im ver.di Organisationsbereich angesiedelt sind.¹²

Damit aus Flüchtlingen Kollegen und Kolleginnen werden, braucht es strategische und ressourcengestützte Projekte, mehrsprachige Angebote und die Bündelung von Erfahrungen. Ziel ist Mitgliedergewinnung und die Vertretung dieser neuen Beschäftigtengruppen, auch jenseits der betrieblichen Ebene (Ausländerrecht, Teilhabe, Weiterbildung, Anerkennung von Berufsabschlüssen etc.).

¹² http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf

Unsere betrieblichen Strukturen sollten bei ver.di Ansprechpartner finden, die die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt verfolgen, best practice Beispiele begleiten oder initiieren, tarifliche (Integrations-)Vereinbarungen sammeln/bewerten und bei Konflikten beraten und intervenieren können.

Im Leitantrag „Migration und Integration“ zum Bundeskongress 2015 hat der ver.di Gewerkschaftsrat viele wichtige Impulse zur Debatte zusammengefasst, unter anderem heißt es: „Sei es im Handel – etwa bei Amazon, oder bei den Sicherheitskräften am Flughafen: In vielen Tarifaueinandersetzungen sind die migrantischen Beschäftigten aktiver und zentraler Motor kämpferischer Belegschaften. Dass sich Menschen mit Migrationshintergrund passiv verhielten und nicht für ihre Rechte eintreten, ist ein Mythos, den ver.di durch gewerkschaftliche Praxis entkräftet. Dennoch gibt es verstärkten Handlungsbedarf für die gewerkschaftliche Arbeit mit und für Migrantinnen und Migranten.“

Hier gilt es anzuknüpfen und die Voraussetzungen für die Einwanderungsgewerkschaft ver.di zu schaffen.

MARXISTISCHE STUDIENWOCHE 2016

KAPITALISMUS UND MIGRATION

14.–18. März 2016, Frankfurt am Main, Haus der Jugend
Organisiert von der **Heinz-Jung-Stiftung** und der **Redaktion Z**

Vorträge, Workshops, Diskussionen und Kulturprogramm mit Eimar **Altvater**, Frank **Deppe**, Reiner **Diederich**, Jane **Hardy**, Sebastian **Friedrich**, Romin **Khan**, Boniface **Mabanza**, Katja **Maurer**, Max **Pichl**, Werner **Ruf**, Conrad **Schuhler**, Anne **Steckner**, Peter **Wahl**, Janine **Wissler**, Initiative »**Welcome Frankfurt**« und weiteren

Programm, Anmeldung und weitere Infos:
marxlistischestudienwochefrankfurt.wordpress.com und redaktion@zme-net.de

Thomas Hohlfeld

Chronik einer fortgesetzten Asylrechtsverschärfung

Selbst Fachkundigen fällt es angesichts der Vielzahl der gesetzlichen Änderungen im Asylrecht mitunter schwer, den Überblick zu behalten. Den beiden Asylpaketen, die im Zentrum der Darstellung stehen sollen, gingen diverse Gesetzesänderungen voraus. Darin enthaltene Liberalisierungen wurden mit den Asylpaketen nun teilweise wieder zurückgenommen. Innerhalb eines guten Jahres gab es eine wahre Flut gesetzlicher Änderungen im Aufenthalts- und Asylrecht; insbesondere die jüngsten Gesetzgebungsverfahren litten dabei unter einem enormen Zeitdruck. Während die Koalitionsfraktionen mitunter eine längere Zeit zur Konsensfindung brauchten, gerieten die parlamentarische Beratung und öffentliche Debatte der vereinbarten Gesetzespakete infolge der kurzen Fristen zur Farce. Außerhalb des Parlaments wurden zum Teil auch die GRÜNEN einbezogen, denn ohne deren Zustimmung im Bundesrat hätten viele Asylrechtsverschärfungen nicht beschlossen werden können. Dies geschah über vorbereitende Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz („Flüchtlingsgipfel“) bzw. durch entsprechende Verhandlungen im Bundesrat. Der Bundestag vollzog im Kern dann nur noch, was zuvor die Regierenden bzw. Spitzen der Parteien im kleinen Kreise jenseits der Öffentlichkeit ausverhandelt hatten. Mehr als sonst dominierte dadurch die Exekutive die Legislative.

Vorgeschichte

Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition war Ende 2013 vereinbart worden, die drei Westbalkan-Länder Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Im Gegenzug sollte es Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und Geduldete geben. Nach dem Motto *Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen* wurde beides in einem Gesetz miteinander verbunden, das im November 2014 in Kraft trat.

Behauptet wurde, mit der Einstufung der drei Westbalkanländer als „sicher“ könnten aussichtslose Asylanträge schneller bearbeitet und Aufenthalte schneller beendet werden. Dabei war die rigorose Ablehnung von Asylsuchenden vom Westbalkan im Schnellverfahren, darunter diskriminierte und massiv ausgegrenzte Roma, schon zuvor eingeübte Praxis. Im Gesetzgebungsverfahren fand keine ernsthafte Prüfung der Lage in den Herkunftsländern statt, obwohl das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 1996 dem Gesetzgeber diesbezüglich besondere Sorgfaltspflichten auferlegt hatte. Viele SPD-Abgeordnete erklärten im Bundestag offen, dass sie die betreffenden Länder nicht für sicher hielten – dies aber im Koalitionsvertrag so vereinbart worden sei.

Asylgesuche von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsstaaten müssen weiter individuell geprüft werden, doch es gilt eine Art Beweislastumkehr: Die Betroffenen müssen nachweisen, dass in ihrem Fall die gesetzliche Sicherheitsvermutung nicht zutrifft. Laut Gesetzesbegründung beschleunigen sich die

Verfahren dadurch um durchschnittlich 10 Minuten pro Fall. Der Bundesregierung ging es aber nicht vorrangig um diese geringfügige Zeitersparnis. Zentral ist der gewollte Abschreckungseffekt, der durch weitere Sanktionen verstärkt wird: So kann seit dem 1. August 2015 bei Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsstaaten nach einer Asylablehnung als „offensichtlich unbegründet“ ein mehrjähriges und EU-weit geltendes Aufenthalts- und Wiedereinreiseverbot verhängt werden. Seit dem 24. Oktober 2015 ist für diese Flüchtlingsgruppe zudem eine dauerhafte Unterbringung in Erstaufnahme-Lagern und ein unbegrenztes Arbeitsverbot vorgesehen, was eine Integration – in Widerspruch zum gesetzlichen Willen – bereits im Ansatz verhindern soll.

Zwar wurde mit dem Gesetz auch die Zeit absoluter Arbeitsverbote für Asylsuchende und Geduldete auf einheitlich drei Monate verkürzt. Doch galt weiterhin die so genannte Vorrangprüfung für bis zu vier Jahre: Demnach darf eine Arbeit nur dann aufgenommen werden, wenn keine „bevorrechtigten“ Personen zur Verfügung stehen, etwa Deutsche oder EU-Bürgerinnen und -bürger. In vielen Regionen kommt diese Vorrangregelung einem faktischen Arbeitsverbot gleich, in jedem Fall ist sie ein erhebliches Einstellungshindernis.

Das zustimmungspflichtige Gesetz konnte den Bundesrat nur mit den Stimmen eines von den GRÜNEN bzw. der LINKEN mitregierten Bundeslandes passieren. Beide Parteien hatten jedoch ihre Ablehnung zur Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer erklärt. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann war es dann, der in Absprache mit der grünen Führungsspitze die Einschränkung des Asylrechts insbesondere für ausgegrenzte und diskriminierte Roma-Flüchtlinge durch Zustimmung Baden-Württembergs ermöglichte. Folgende Erleichterungen hatte er ausgehandelt: Die Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten einschränkt und Verstöße hiergegen unter Strafe stellt, wurde auf drei Monate begrenzt (Ausnahmen bei Straftaten oder einer bevorstehenden Abschiebung), außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen sollte im Regelfall ein Vorrang von Geld- statt Sachleistungen gelten (dies war in der Praxis der meisten Bundesländer allerdings bereits der Fall), und die Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang wurde auf 15 Monate verkürzt. Das Asylrecht sei für einen „Apfel und ein Ei“ verhökert worden, urteilte Volker Beck von den GRÜNEN.

Neubestimmungsgesetz

Das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, das zum 1. August 2015 in Kraft trat, enthielt erneut eine typisch großkoalitionäre Mischung aus Verbesserungen für ausgewählte Flüchtlingsgruppen und Verschärfungen gegenüber unerwünschten MigrantInnen. Neu geregelt wurden insbesondere das Bleibe- und Ausweisungsrecht sowie die Bestimmungen zur Abschiebungshaft.

Eine klare Verbesserung, für die außerparlamentarische Akteure und die Opposition jahrelang gekämpft hatten, war die Einführung einer alters- und stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

(nach sechs- bzw. achtjährigem Aufenthalt und weiteren Bedingungen, bei Jugendlichen nach vier Jahren, bei „erfolgreicher Integrationsprognose“).

Erleichtert wurde auch der Familiennachzug von so genannten subsidiär Schutzberechtigten. Diese sind zwar nicht als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) anerkannt. Aufgrund von menschen- und EU-rechtlichen Bestimmungen gelten sie aber dennoch als schutzbedürftig, etwa wegen Krieg- und Bürgerkrieg oder einer drohenden Folter, Todesstrafe oder unmenschlicher Behandlung. Da auch sie im Regelfall längerfristig schutzbedürftig sind, wurde es ihnen ermöglicht, enge Familienangehörige unter denselben Bedingungen wie bei anerkannten GFK-Flüchtlingen nachzuholen, d.h. es werden z.B. keine Sprachnachweise im Ausland und kein Nachweis ausreichenden Einkommens oder Wohnraums in Deutschland zur Voraussetzung gemacht, wie sonst im Aufenthaltsrecht üblich. Nur wenig später sollte diese substantielle Verbesserung wieder zurückgenommen werden – hierzu gleich.

Eine deutliche Verschärfung stellten die neuen Abschiebehaft-Regeln dar, insbesondere für so genannte „Dublin-Flüchtlinge“, die in Haft genommen werden können, um die Überstellung in einen nach der EU-Dublin-Verordnung zuständigen EU-Mitgliedstaat zu sichern. Bis Mitte 2014 machten diese Flüchtlinge viele der in Abschiebehaft genommenen Menschen aus – dann stellte der Bundesgerichtshof fest, dass maßgebliches EU-Recht unzureichend umgesetzt worden war. In der Folge mussten alle Dublin-Flüchtlinge aus der Abschiebehaft entlassen werden, ohne dass dies übrigens auch nur die geringste Auswirkung auf die Zahl der Überstellungen gehabt hätte. Seit dem 1. August 2015 können „Dublin-Flüchtlinge“ wieder in Haft genommen werden. Die Voraussetzungen für die Annahme des Haftgrundes „Fluchtgefahr“ wurden sehr weitreichend normiert, z.B. wenn Reisedokumente vernichtet oder erhebliche Geldbeträge für Schleuser gezahlt wurden oder ein anderer EU-Staat vor Abschluss des Asylverfahrens verlassen wurde – dies beschreibt geradezu flüchtlingstypische Situationen. In der Praxis werden Dublin-Flüchtlinge derzeit nur selten inhaftiert; der Hauptgrund dürfte allerdings sein, dass dies bei bis zu 1 Mio. Asylsuchenden im Jahr rein praktisch gar nicht möglich wäre.

Ausgeweitet wurde das Instrument der Wiedereinreise- und Aufenthaltsverbote, das die (legale) Einreise und den Aufenthalt in der gesamten EU über Jahre hinweg unmöglich macht (bei Verstößen drohen Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren oder Geldstrafen). Dies ist nun bereits möglich, wenn der Ausreisepflicht und einer entsprechenden Terminsetzung vorwerfbar nicht nachgekommen wurde, aber auch nach einer Ablehnung von Asylsuchenden aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten als „offensichtlich unbegründet“ – dies kommt einer Sanktionierung der (wenn auch vergeblichen) Inanspruchnahme eines Grund- bzw. Menschenrechts, des Asylrechts, gleich.

Heiß gestrickte Asylpakete

Vor dem Hintergrund der Mitte August 2015 deutlich angehobenen Asylprognose auf bis zu 800.000 Asylsuchende im Jahr 2015 folgten weitere Gesetzes-

verschärfungen – zusammengeschnürt in zwei Paketen. Von „Paketen“ konnte vor allem deshalb gesprochen werden, weil es um unterschiedliche Maßnahmen, Vereinbarungen und Gesetzesänderungen ging, die in einer parteipolitischen Vereinbarung zusammengefasst wurden und vom Parlament nicht mehr aufgeschnürt werden sollten.

Für das erste Asylpaket war erneut die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, weshalb die GRÜNEN von vornherein in die Verhandlungen mit einbezogen wurden. Dies geschah über eine Erklärung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. September 2015 („Flüchtlingsgipfel“), die genaue Vorgaben für ein vom Bundestag zu beschließendes Gesetzespaket enthielt. Von der grünen Parteispitze wurde dieser Beschluss als „gute Grundlage“ bezeichnet, der linke Ministerpräsident Thüringens Bodo Ramelow hingegen signalisierte durch eine entsprechende Protokollerklärung, den Verschärfungen im Bundesrat nicht zustimmen zu wollen.

Das zweite Asylpaket wurde dann so ausformuliert, dass es im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig war; die Aushandlung folgte einer Vereinbarung der Parteivorsitzenden von CDU/CSU und SPD vom 5.11.2015. Es diente vor allem der Beendigung der Debatte um so genannte „Transitzonen“, die von der CSU massiv eingefordert worden waren – der Preis, den die SPD in politisch aufgeheizter Stimmung hierfür zahlte, war hoch.

Asylpaket I

Das erste Asylpaket lief unter dem Titel „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“, obwohl in dem Gesetz nahezu keine Maßnahme enthalten war, die die Asylverfahren hätte beschleunigen können. Einzige Ausnahme: Die Einstufung dreier weiterer Westbalkanländer als sichere Herkunftsstaaten (Albanien, Kosovo und Montenegro) sollte die bereits erwähnten 10 Minuten Zeitersparnis pro Verfahren bringen. Noch weniger als bei der ersten Einstufung wurde dabei die verfassungsrechtlich gebotene sorgfältige Prüfung der Lage in den Herkunftsländer vorgenommen. Die Bundesregierung konnte oder wollte auf mehrfache Nachfrage von Abgeordneten nicht die Berichte von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen vorlegen, die bei der Lagebewertung angeblich berücksichtigt worden waren – in Wahrheit war die Einstufung natürlich aus politischen Gründen am Verhandlungstisch beschlossen worden, ohne unabhängige Berichte auch nur eines Blickes zu würdigen. Der Forderung der LINKEN nach einer gesonderten Anhörung zu diesem wichtigen Teilaspekt des Asylpakets mit eigenständigen Sachverständigen stimmten nicht einmal die GRÜNEN zu. Dabei war die gesetzliche Unterstellung einer generellen, dauerhaften Sicherheit des Landes insbesondere mit Bezug auf den Kosovo kühn, beschließt doch der Bundestag seit vielen Jahren den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo mit der Begründung, dort für Sicherheit sorgen zu müssen.

RegierungspolitikerInnen werden später behaupten, die Einstufung habe zum Rückgang der Asylsuchenden vom Westbalkan geführt – das ist falsch. Ende Oktober 2015 trat das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz in Kraft, im Ok-

tober machten Schutzsuchende aus den sechs Westbalkanländern aber gerade einmal noch 2,69 Prozent aller neu registrierten Asylsuchenden aus. Auch in absoluten Zahlen gab es einen Rückgang um fast die Hälfte gegenüber dem Vormonat, bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes. Grund hierfür waren vor allem die beschleunigte und konsequente Ablehnung entsprechender Asylgesuche im Schnellverfahren – was im Rahmen des geltenden Rechts möglich war – und deutlich verschärfte Abschiebungen.

Weitere Verschärfungen des ersten Asylpakets waren: Asylsuchende sind nunmehr verpflichtet, sechs – statt zuvor drei – Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu leben; für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten gilt dies sogar für die gesamte Dauer des Verfahrens. Mit der Zwangsunterbringung in großen Sammellagern gehen ein absolutes Arbeitsverbot und die Fortdauer der Residenzpflicht einher. In vielen Bundesländern ist diese Neuregelung angesichts begrenzter Aufnahmekapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen allerdings praktisch kaum umsetzbar.

Verschärfungen gab es auch beim Asylbewerberleistungsgesetz: In Erstaufnahmeeinrichtungen soll sich das Sachleistungsprinzip nicht nur auf die Verpflegung, sondern auch auf den für persönliche Bedarfe vorgesehenen Barbetrag in Höhe von 114 bis 145 Euro pro erwachsener Person und Monat erstrecken. Auch diese Regelung ist in der Praxis nur schwer umsetzbar, da die individuellen Bedürfnisse im Rahmen des soziokulturellen Existenzminimums so unterschiedlich und personenspezifisch sind, dass sie nicht sinnvoll oder nur sehr aufwändig mit Sachleistungen abgedeckt werden können. Bargeld wird z.B. benötigt für Fahrten mit dem ÖPNV, Telekommunikations- und Rechtsanwaltskosten, Getränke und Essen unterwegs, Zeitungen, Bücher, Kinobesuche, Zukauf frischer oder kulturspezifischer Nahrungsmittel und Getränke, gegebenenfalls Tabak usw. – hierfür jeweils aufwändig Gutscheine ausstellen zu wollen, ist absurd.

Besonders empörend war die Ausweitung möglicher Leistungskürzungen, die mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum menschenwürdigen Existenzminimum unvereinbar sind. Das höchste Gericht hatte 2012 klipp und klar geurteilt, dass die Menschenwürde nicht mit migrationspolitischer Begründung (zur Abschreckung) relativiert werden darf. Das Menschenrecht auf Gewährleistung des Existenzminimums muss für die gesamte Dauer des Aufenthalts in Deutschland gewährleistet werden, es orientiert sich an den realen Bedürfnissen der Menschen und umfasst auch eine Teilhabe am soziokulturellen Leben. Kürzungen sind nur dann zulässig, so das Gericht, wenn empirisch nachweisbar für bestimmte, genau zu definierende Gruppen ein geringerer realer Bedarf feststellbar ist. Die Bundesregierung versuchte nicht einmal im Ansatz, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte das Bundesverfassungsgericht bei der Vorstellung des Gesetzes vielmehr dazu auf, seine gerade einmal drei Jahre alte Rechtsprechung zum menschenwürdigen Existenzminimum angesichts der gestiegenen Zahl Asylsuchender zu überdenken. Sehenden Auges wurden verfassungswidrige drastische Leistungskürzungen beschlossen, sowohl vom Umfang der Kürzungen her als

auch hinsichtlich des erweiterten Anwendungskreises. In diesen Fällen sollen in der Regel nur noch Sachleistungen für Ernährung, Unterkunft und Körperpflege gewährt werden, Bargeld und Hilfen für persönliche Bedürfnisse sind demnach gar nicht mehr vorgesehen. Das gilt etwa, wenn eine Ausreise als möglich und zumutbar angesehen wird und ein Ausreisetermin abgelaufen ist, aber auch, wenn unterstellt wird, die eigene Abschiebung zu verhindern (etwa, wenn kein Reisepass vorliegt). Die Missbrauchsklausel des §1a Asylbewerberleistungsgesetz ist inzwischen so komplex, an der Grenze zur Unverständlichkeit formuliert und sie enthält derart viele unbestimmte Rechtsbegriffe, dass eine willkürliche Anwendungspraxis bei Leistungskürzungen geradezu befördert wird. Viele Asylsuchende erhalten mancherorts gar kein Bargeld mehr, ohne dass auch nur im Ansatz ein Grund hierfür ersichtlich wäre. „Wer nicht geht, wird ausgehungert“, so lässt sich die klare Botschaft der neuen Kürzungsregelung zusammenfassen.

Eine weitere für die Praxis sehr bedeutende Verschärfung des ersten Asylpakets war, dass Abschiebungen nach Ablauf der Ausreisefrist nicht mehr angekündigt werden dürfen. Dies gilt auch bei Menschen, deren Aufenthalt zuvor jahrelang geduldet wurde. Für Betroffene und ihre Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte bedeutet dies eine enorme Unsicherheit und Unberechenbarkeit. Die Pflicht zur Überraschungsabschiebung dürfte in vielen Fällen mit dem Rechtsstaats- und Verhältnismäßigkeitsprinzip unvereinbar sein.

Das „Asylpaket I“ enthielt auch einige Verbesserungen, die sich bei näherer Betrachtung jedoch als völlig unzureichend erweisen. So verpflichtete sich der Bund zu einer dauerhaften, strukturellen Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung. Das war überfällig, denn obwohl die Flüchtlingsaufnahme eine gesamtstaatliche Aufgabe ist und internationalen Verpflichtungen folgt, finanzierte der Bund bis dahin im Wesentlichen nur die vergleichsweise geringen Kosten der Asylprüfung und der Integrationskurse. Für das Jahr 2015 überwies der Bund aufgrund politischer Zusagen den Bundesländern insgesamt 2 Mrd. Euro – die grob geschätzten realen Unterbringungs- und Versorgungskosten lagen jedoch bei etwa 10 bis 20 Mrd. Euro, je nachdem, welche (indirekten) Kosten hierbei mit einberechnet werden. Grundsätzlich problematisch ist, dass die Aufwendungen der Kommunen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich erstattet werden – und dies nur in den wenigsten Ländern kostendeckend. Dadurch kann die Flüchtlingsaufnahme vor Ort in Konkurrenz zu anderen öffentlichen Leistungen stehen (Schwimmbad, Bibliothek usw.), was ein fataler Anknüpfungspunkt für rechte Parteien und rassistische Bewegungen ist. Seit dem 1.1.2016 erstattet der Bund den Ländern (also nicht direkt den Kommunen) Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Höhe von 670 Euro pro Person und Monat für die Dauer des Asylverfahrens (und einen Monat darüber hinaus). Das ist zwar eine dauerhafte und dynamische Ausgleichsregelung, doch leider in unzureichender Höhe. Thüringen etwa rechnete vor, dass damit nur etwa ein Fünftel der Gesamtkosten der Flüchtlingsaufnahme übernommen würde, erforderlich sei zumindest eine Kostenteilung zwischen Bund und Ländern.

Die Regelung zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge, die insbesondere vom grünen Ministerpräsidenten als großer Erfolg dargestellt wurde, war ein Flop: Beschlossen wurde lediglich eine „Kann“-Regelung im Ermessen der Länder zur Vereinfachung der Abrechnung der Gesundheitskosten über die Krankenkassen – was im Grunde bereits nach vorherigem Recht möglich war. Für Länder, die die Karte bereits eingeführt haben (Bremen, Hamburg), bedeutet die Neuregelung sogar eine Verschlechterung. Denn auf der Gesundheitskarte für Asylsuchende muss künftig ausdrücklich vermerkt werden, dass nur eingeschränkte Leistungen nach dem AsylbLG erbracht werden dürfen, in der Regel also nur bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen. Das bringt insbesondere die behandelnden Ärztinnen und Ärzte in eine untragbare Lage, weil sie in der konkreten Behandlungssituation zwischen ihrer medizinisch-ethischen Verpflichtung zur bestmöglichen Behandlung kranker Menschen und der gesetzlich vorgesehenen Mangelversorgung zum Zwecke der Abschreckung abwägen müssen.

Zwar wurde ein Zugang zu Integrationskursen für Asylsuchende geschaffen, der bis dahin nicht möglich war, allerdings nur im Rahmen verfügbarer Plätze und nur für Flüchtlinge mit so genannter guter Bleibeperspektive (die Anerkennungsquote soll über 50 Prozent liegen, dies betrifft aktuell: Syrien, Irak, Iran und Eritrea). Hinzu kommt: Während der zum Teil monatelangen Wartezeit bis zur Asylantragstellung ist ein Zugang zum Sprachkurs ebenso wenig möglich wie in der Zeit eines Dublin-Verfahrens, d.h. wenn noch geprüft wird, ob ein anderer EU-Mitgliedstaat für die Asylprüfung zuständig ist (diese Verfahren dauern etwa vier Monate). Formell können auch Geduldete zum Sprachkurs zugelassen werden – doch nur zwei (!) Prozent aller Geduldeten erfüllen die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen. Arbeitsfördermaßnahmen gibt es ebenfalls nur, wenn ein rechtmäßiger Daueraufenthalt erwartet werden kann, für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten wurde hingegen ein kategorischer Ausschluss normiert.

Neu geschaffen wurde schließlich eine Einwanderungsmöglichkeit zu Erwerbszwecken für Staatsangehörige der so genannten Westbalkan-Länder – quasi als Ausgleich für die Einstufung des Westbalkans zur sicheren Herkunftsregion. Während die GRÜNEN erklärten, damit sei „faktisch“ der „Einstieg in ein Einwanderungsgesetz geschafft“, dürfte die Praxisrelevanz der Neuregelung äußerst begrenzt sein: Sie gilt nur bis zum Jahr 2020 und nicht, wenn in den letzten zwei Jahren Leistungen nach AsylbLG bezogen wurden. Zudem müssen ein konkretes Arbeitsplatzangebot und die Zustimmung der Bundesagentur vorliegen, die jedoch nur nach einer Vorrangprüfung erteilt werden darf. Gerade die Flüchtlingsgruppe der Roma, die von den Asylrechtsverschärfungen besonders betroffen ist, dürfte unter diesen Bedingungen kaum Chancen auf legale Einwanderung haben: Ihre berufliche Qualifikation ist infolge der langwierigen gesellschaftlichen Ausgrenzung und Diskriminierung zumeist gering.

In der Gesamtschau können die wenigen halbherzigen und selektiven Verbesserungen für ausgewählte Gruppen die massiven Verschärfungen des Asyl-

rechts durch das erste Asylpaket keinesfalls rechtfertigen. Es handelt sich vielmehr um ein fatales „rollback“ zur alten, eigentlich überwunden geglaubten Abschreckungs- und Abwehrpolitik, die auf menschenrechtswidrige Instrumente wie Arbeitsverbote, Leistungskürzungen, Lagerunterbringung, Sachleistungsversorgung und Residenzpflicht setzt. Ein Vertreter des Bayerischen Innenministeriums brachte es im Rahmen der Sachverständigen-Anhörung im Bundestag auf den Punkt: Der Gesetzentwurf erfreue das Herz des für den Vollzug von Abschiebungen Zuständigen. Dem Ziel verschärfter Abschiebungen wurden rechtsstaatliche Standards geopfert. NGOs sprachen von einem Teilhabeverhinderungs- und Integrationsverweigerungsgesetz. Die grüne Parteispitze erklärte hingegen, „alle Angriffe auf das Grundrecht auf Asyl“ hätten „verhindert“ werden können.

Asylpaket II

Dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz sollte – Vorsicht Realsatire – das Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren folgen. Keine zwei Wochen nach Inkrafttreten des ersten Gesetzes folgte am 5. November 2015 die politische Vereinbarung der Parteispitzen von CDU, CSU und SPD zur erneuten Asylrechtsverschärfung und weiteren restriktiven Maßnahmen. Danach konnte CSU-Chef Horst Seehofer stolz verkünden: „Wir haben die schärfsten Regeln, die es jemals in unserem Lande gab – mit Zustimmung der SPD.“¹

Der Einigung auf höchster Ebene war ein wochenlangender politischer Streit um die CSU-Forderung nach so genannten „Transitzonen“ an den deutschen Landgrenzen vorangegangen. Rechtsstaatlich fragwürdige und umstrittene Schnellverfahren in Transitzonen deutscher Flughäfen gibt es bereits seit 1993. Diese betreffen jedoch deutlich weniger als 1.000 Fälle pro Jahr. Es ist offenkundig, dass solche Schnellverfahren unter Haftbedingungen in Hunderttausenden Fällen an den deutschen Landgrenzen bereits praktisch undurchführbar wären. Daran ändert auch nichts, dass die Verfechter dieses Vorschlags darauf verweisen konnten, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1996 die faktische Internierung Schutzsuchender auf Flughäfen rechtlich nicht als Inhaftierung wertete – mit der höchst fragwürdigen Begründung, den Betroffenen stünde es ja frei, das Aufnahmeland „luftseitig“ jederzeit wieder zu verlassen.

EU-Recht sieht Asylverfahren in Transitzonen prinzipiell vor. Doch die EU-Kommission beeilte sich klarzustellen, dass hierbei an EU-Außengrenzen und Flughäfen gedacht sei, zumal Transitverfahren an den Landesgrenzen systematische Kontrollen voraussetzen, die mit dem Grundsatz der Reisefreiheit innerhalb der EU kollidieren (die derzeitigen Kontrollen an den EU-Binnengrenzen sind nur aufgrund von befristeten Ausnahmeregelungen zulässig).

¹ Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der politischen Einigung vom 5.11.2015. Die genaue gesetzgeberische Umsetzung war zum Redaktionsschluss noch umstritten; ein am 19.11.2015 vorgelegter Referentenentwurf des BMI, den Verbände mit Fristsetzung weniger Stunden zur Stellungnahme zugesandt bekommen hatten, wurde wegen der koalitionsinternen Differenzen wieder zurückgezogen.

Statt Transitzone an den Landesgrenzen wurden von den Koalitionsspitzen massiv „beschleunigte Asylverfahren“ vereinbart. Diese sollen in drei bis fünf „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ erfolgen, unter anderem im bayerischen Bamberg und Manching, wo bereits jetzt mit Flüchtlingen vom Westbalkan kurzer Prozess gemacht wird. Der politischen Einigung zufolge sollen nicht nur Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten, sondern auch solche mit Wiedereinreiseperrern, einem Folgeantrag oder „ohne Mitwirkungsbereitschaft“ in die „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ verwiesen werden können. Im ersten Referentenentwurf wurden diese politischen Vorgaben so weit ausgelegt, dass nahezu alle Schutzsuchenden in dieses Asylverfahren zweiter Klasse gedrängt werden könnten, kritisierte unter anderem PRO ASYL.

Im beschleunigten Verfahren sollen der Asylbescheid innerhalb einer Woche und die abschließende gerichtliche Entscheidung innerhalb von zwei Wochen vorliegen. Alle maßgeblichen Behörden und Gerichte sollen deshalb vor Ort präsent sein. Statt einer Inhaftierung der Schutzsuchenden wurde eine verschärfte Residenzpflicht beschlossen: Bei einem Verstoß hiergegen, etwa wenn Asylsuchende ohne Erlaubnis in die nächst größere Stadt außerhalb des Gebiets der zuständigen Ausländerbehörde zu Bekannten, Freunden oder zum Einkaufen fahren, droht neben den strafrechtlichen Konsequenzen auch ein „Ruhe“ des Asylverfahrens. Ein zweiter Verstoß gegen die Residenzpflicht soll sogar zu einem „Erlöschen“ des Asylantrags und zur „sofortigen Ausweisung“ und Abschiebung der Asylsuchenden führen, und zwar „unabhängig von einem eingelegten Rechtsbehelf“. Eine solch unverhältnismäßige und drastische Sanktionsregelung ist mit dem Grund- und Menschenrecht auf Asyl und rechtsstaatlichen Grundsätzen offenkundig unvereinbar, im ersten Referentenentwurf fand sie sich deshalb nur mit Abstrichen wieder.

Ein Sammelsurium weiterer Verschärfungen wurde vereinbart:

- Der zum 1.8.2015 gerade erst verbesserte Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten soll für zwei Jahre ausgesetzt werden: Als nach dieser Vereinbarung bekannt wurde, dass das BMI zugleich plant, syrischen Flüchtlingen verstärkt einen nur subsidiären Schutzstatus zu erteilen, meldete die SPD Protest gegen diese Maßnahme an, die gegen das Menschenrecht auf Familienzusammenleben verstößt, die Integration der hier lebenden Betroffenen verhindert und Familienangehörige auf gefährliche illegale Fluchtwege zwingt.
- Flüchtlinge, die auf staatliche Hilfsleistungen angewiesen sind, sollen künftig eine finanzielle Eigenbeteiligung für Integrationskurse von dem eigentlichen zur Sicherung ihres sozio-kulturellen Existenzminimums vorgesehenen Betrag bestreiten – die Unionsparteien und die SPD stritten sich daraufhin um die konkrete Höhe des zu leistenden Betrags, der einer Teilnahme an Integrationskursen eher entgegenwirkt.
- Eine „neue Organisationseinheit“ zur Erleichterung von Abschiebungen soll eingerichtet werden. Hier geht es vor allem um die Beschaffung von Reisepapieren und die Sicherstellung einer Rücknahmebereitschaft insbe-

sondere afrikanischer Länder; auch das EU-Türkei-Übereinkommen zur Fluchtabwehr wurde in dem Papier vom 5.11.2015 bekräftigt.

- Abschiebungen nach Afghanistan sollen „intensiviert“ werden durch die „Schaffung und Verbesserung innerstaatlicher Fluchtalternativen“ – dieser Beschluss ist vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan bemerkenswert, zumal die Zahl der Abschiebungen pro Jahr zuletzt im einstelligen Bereich lag.

Was im politischen Einigungspapier noch relativ unbestimmt formuliert war, nämlich die Erarbeitung gesetzlicher „Rahmenbedingungen für die Erstellung ärztlicher Atteste im Zusammenhang mit Abschiebungen“, entpuppte sich bei der Vorlage des Referentenentwurfs aus dem BMI als Traum für die Abschiebungsbürokratie – und Albtraum mit Blick auf die Menschenrechte: Demnach soll künftig eine gesetzliche Vermutung gelten, dass generell keine gesundheitlichen Abschiebungshindernisse vorliegen. Ein Gegenbeweis ist nur unter sehr engen Bedingungen möglich, bei posttraumatischen Belastungsstörungen, unter denen viele Flüchtlinge leiden, sind weitere drastische Beschränkungen vorgesehen. So sollen Gutachten von Psychologen und Psychologinnen – also von den in der Praxis maßgeblichen Behandelnden – gar nicht erst akzeptiert werden, nur ärztliche Atteste sollen Berücksichtigung finden. Dies aber auch nur, wenn sie hohen Anforderungen entsprechen und unverzüglich im Zusammenhang der Abschiebungsandrohung vorgelegt werden. Sollte eine Behandlung erst in der Phase des geduldeten Aufenthalts begonnen worden sein, darf dies von den Ausländerbehörden nicht mehr berücksichtigt werden, auch nicht, wenn Flüchtlinge bereits bei der Einreise erkrankt waren. Bei ärztlichen Attesten, die all diesen Anforderungen entsprechen, kann die Ausländerbehörde immer noch ein Gegengutachten erstellen lassen. Eine Traumatisierung ist überdies unerheblich, wenn es medikamentöse Behandlungsmöglichkeiten im Herkunftsland gibt, und sei es in einem nur begrenzten Landesteil – dabei ist eine rein medikamentöse Behandlung traumatischer Erkrankungen nach medizinischen Grundsätzen gar nicht möglich. All diese gesetzlichen Vorgaben haben nur ein Ziel: Auch traumatisierte Flüchtlinge sollen künftig abgeschoben werden können, egal, was dann mit ihnen passiert. Diese Pläne sind ungeheuerlich, sie schüren ein generelles Misstrauen gegen Flüchtlinge und behandelnde Psychologinnen und Psychologen und haben mit einem rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Umgang mit Opfern von Gewalt und Krieg nichts gemein.

Wie um die These eines maßlosen gesetzgeberischen Aktionismus zu bestätigen, wurde am 12. Januar 2016, nur wenige Tage nach den Übergriffen in der Silvester-Nacht in Köln, eine erneute Verschärfung des Ausweisungsrechts beschlossen. Die letzten diesbezüglichen Änderungen waren mit Wirkung zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten.

Schlussbemerkung

Die nicht enden wollende Aufzählung der umfangreichen Gesetzesverschärfungen der jüngsten Zeit verdeutlicht, dass insgesamt eine „Verrohung“ des staatli-

chen Umgangs mit Schutzsuchenden droht bzw. bereits eingetreten ist. Die Stichworte lauten: unfaire Asylschnellverfahren, verstärkte Lagerunterbringung und Sanktionen, Überraschungsabschiebungen und die Abschiebung traumatisierter Flüchtlinge. Bei einem Teil der beschlossenen Maßnahmen handelt es sich allerdings um überwiegend symbolische Politik, d.h. Regelungen wurden beschlossen, von denen klar ist, dass sie in der Praxis kaum durchsetzbar sein werden (z.B. verlängerte Lagerunterbringung und ausnahmslose Sachleistungen) bzw. nicht die vorgebliche Wirkung entfalten können: So wurde lange Zeit argumentiert, die Einstufung des Westbalkans als „sicher“ würde die Probleme lösen und sei erforderlich, um den „richtigen“ Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien, Schutz gewähren zu können. Doch gerade die zuletzt beschlossenen oder angedachten Maßnahmen zielen ebenso oder gerade auf offenkundig schutzbedürftige Flüchtlingsgruppen ab. Auch alle Abschreckungsmaßnahmen werden in der Realität weitgehend wirkungslos bleiben – kein Mensch, der vor Krieg, Verfolgung oder existenzieller Not flieht, wird sich von diesen Regelungen von der Flucht nach Deutschland abhalten lassen. Viele gesetzgeberische Maßnahmen verfolgen vor allem ein Ziel: Einer in Teilen zutiefst verunsicherten Bevölkerung soll signalisiert werden, dass die Regierungskoalition in der Asylpolitik handlungsmächtig ist und Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge ergreift. Hier setzt die Bundesregierung vor allem auf eine verschärfte Abschottung der EU, mit Hilfe solch Anrainerstaaten wie der Türkei oder Libyen – doch das ist eine andere Geschichte.

| | |
|---|--|
|  <p>14. November 2015 Nr. 3 117</p> <p>FORUM Wissenschaft</p> <p>Entsicherung als Normalität Prekarisierung in Bildung und Wissenschaft</p> <p>• 200 Jahre Bürgerschaft • Geschichte der Globalisierung • Das Phänomen PEGIDA</p> <p>BdWi</p> | <p>Forum Wissenschaft 3/2015</p> <p>Entsicherung als Normalität Prekarisierung in Bildung und Wissenschaft</p> <p>Aus dem Inhalt:</p> <ul style="list-style-type: none">◆ Miriam Pieschke: Sind wir alle das Prekariat?◆ Michael Klundt: Zwischen Akademisierung und Prekarisierung◆ Regina Schleicher: Prekäre Welten an den Hochschulen◆ Frieder Otto Wolf: Das Phänomen PEGIDA <p>Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 € www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395</p> |
|---|--|

Georg Fülberth

Neues von der MEGA

Am 30. Oktober 2015 gab die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), die Nachfolgeorganisation der früheren Bund-Länderkonferenz für Bildungsplanung und Forschungsförderung, bekannt, dass die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) weiterhin gefördert werden wird, und zwar auf 16 Jahre. Die Edition wird seit Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) getragen.¹ Sie wird operativ organisiert von einer Arbeitsstelle in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG), dem Russländischen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau (RGASPI) sowie japanischen, deutschen und dänischen Editorentams.

Die Entscheidung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz war keineswegs selbstverständlich. Längere Zeit galt das Vorhaben als gefährdet. Fördermittel für geisteswissenschaftliche Projekte sind knapp, um sie konkurriert eine steigende Zahl von Bewerber(inne)n. Dabei geraten immer mehr die so genannten Langzeit-Vorhaben unter den Druck der Behauptung, sie stünden Neuanträgen, die oft für sich geltend machen, sie brächten Innovationen, im Wege. Ein Opfer dieser Tendenz ist mittlerweile das Grimmsche Wörterbuch geworden, das als Prestige-Projekt für unantastbar galt und dessen Fortführung doch abgelehnt wurde.

Insbesondere Werkausgaben werden immer wieder einmal in Frage gestellt: ihnen wird nachgesagt, sie seien schwerfällig, oft überkommentiert und eben dadurch zeit- und geldraubend. Angesichts der neuen digitalen Möglichkeiten wird gefragt, ob ihre Drucklegung noch sinnvoll sei.

Tatsächlich hatte diesmal die MEGA nur unter der Voraussetzung eine Chance, dass sie nicht als Fortführung, sondern als neues Vorhaben beantragt wurde. Ihre Bewilligung erfolgte unter dem Titel „Marx-Engels-Gesamtausgabe in neukonzipierter, den Rezeptions-Gewohnheiten des 21. Jahrhunderts entsprechender Form“.

Was ist darunter zu verstehen?

Bekanntlich besteht die Marx-Engels-Gesamtausgabe aus vier Abteilungen. Die *erste Abteilung* umfasst – mit Ausnahme des „Kapital“ – sämtliche Bücher, Broschüren, Artikel und Reden von Marx und Engels, die zu deren Lebzeiten veröffentlicht worden sind; hinzu kommen die Vorstufen, spätere Bearbeitungen und die von den beiden selbst vorgenommenen Übersetzungen.

¹ Vgl. zur Entwicklung in den 1990er Jahren: Rolf Hecker, Internationale Marx/Engels-Forschung und Edition, in: Z 33, März 1998, S. 8-25; Martin Hundt, Die MEGA geht weiter, in: Z 37, März 1999, S. 8-14.

Mittlerweile sind hier 20 von 32 Bänden erschienen. Die noch fehlenden Texte dieser Abteilung sind weiterhin für den Druck vorgesehen (allerdings in jetzt nur noch zehn Bänden), darunter Engels' „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, die „Deutsche Ideologie“ und das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Bisher gibt es diese nicht in historisch-kritischer Edition.

Die *zweite Abteilung* (15 Bände) umfasst „Das Kapital“. Seit 2012 ist sie als Druckversion abgeschlossen. Zusätzlich können einige wichtige Teile jetzt auch im Netz eingesehen werden.² Es handelt sich um

- die „Grundrisse“,
- „Das Kapital“. Ökonomisches Manuskript 1863-1865,
- „Das Kapital“, erster Band, in der Fassung von Hamburg 1867,
- „Das Kapital“. Manuskripte zum zweiten Buch 1868 bis 1881,
- den zweiten Band des „Kapital“ im Redaktionsmanuskript von Friedrich Engels 1884/1885,
- die Ausgabe des zweiten Bandes des „Kapital“ von 1885 und
- den dritten Band des „Kapital“ in der Druckfassung von 1894.

Eine noch nicht einmal zur Hälfte erledigte Baustelle ist die *dritte Abteilung*: sämtliche Briefe von und an Karl Marx und Friedrich Engels. Von den geplanten 35 Bänden sind erst 14 gedruckt erschienen. Die ersten 13 davon umfassen immerhin in geschlossener Reihe die Zeit vom Anfang an bis zum Dezember 1865. Dann kommt eine riesige Lücke, schließlich bislang noch als Solitär der Band III/30 für die Zeit vom 1. Oktober 1889 bis 30. November 1890. Es stehen also noch 21 Bände aus. Sie sollen nicht mehr gedruckt, sondern nur noch als Digitalisate veröffentlicht werden.

Ähnlich sieht es mit der *vierten Abteilung* – Manuskripte und Exzerpte – aus. Bislang sind 13 von 32 Bänden erschienen. Hier werden nur noch die ökonomischen „Krisenhefte“, die Exzerpte zur Agrochemie und die „Londoner Hefte“ 1850-1853 (Vorarbeiten zu den „Grundrissen“) gedruckt werden. Alles andere soll ausschließlich digital erscheinen.

Die hier referierte Neuorganisation ist nicht in erster Linie als Sparmaßnahme (deren Ertrag vorab kaum beziffert werden kann) zu bewerten. Es zeichnen sich Vorteile für die wissenschaftliche Bearbeitung und Nutzung unter technischen Gesichtspunkten ab.

Der größte wird die sehr erweiterte Zugänglichkeit sein. Künftig wird für die MEGA open access gelten, nicht nur für die folgenden digitalen „Bände“, sondern hoffentlich auch für Scans früherer Druckausgaben.

Manchen Editor(inn)en wird nachgesagt, dass man ihnen die von ihnen erarbeiteten Bände oft nur mühsam entreißen kann. Sie halten sie gern möglichst lange fest, denn sie wissen, was man alles noch hätte besser machen können,

² Unter der Adresse <http://telota.bbaw.de/mega/>

und außerdem fürchten sie, dass nachträglich Fehler entdeckt werden. Sind die erst einmal gedruckt, sind sie allenfalls in einer späteren Auflage wieder zu reparieren. Anders steht es mit einer digitalen Ausgabe. Hier kann ein Scan gelöscht und in korrigierter Form ersetzt werden.

Die Tatsache, dass seit 2015 ein großer Teil der Handschriften von Marx und Engels – nämlich soweit sie im IISG aufbewahrt werden – im Netz einsehbar ist³, wird auch bei der Neuformatierung der MEGA wohl in Betracht kommen.

Aufgabe einer historisch-kritischen Ausgabe ist es bis, Texte in ihrer originalen Form unter Kenntlichmachung ihrer verschiedenen etwaigen Veränderungen so im Buchdruck wiederzugeben, dass die Benutzer(innen) sich die jeweilige von den Urhebern (hier: Marx, Engels und ihre Korrespondenzpartner/innen) erstellte Fassung zu erschließen vermögen. Jetzt kann man das direkt im Netz sehen, aber mit Mühe: Marx' Handschrift ist schwer leserlich, die so genannte „Deutsche Schrift“ auch anderer Autoren (darunter Engels') ist heutigen (und wohl auch künftigen) Leser(inne)n nicht mehr geläufig. Umstellungen von Zeilen und ganzen Textblöcken bilden in den Scans ebenfalls oft ein Wirrwarr. Also sind Transkriptionen, Varianten- und Korrekturenverzeichnisse weiterhin sinnvoll. Denkbar ist, dass in Zukunft Links von einer Stelle auf die andere verweisen können und so eine Art Lotsenfunktion übernehmen.

In den „Zeugenbeschreibungen“ wurden bisher Stärke, Farbe und Format der Handschriften-Blätter bekannt gegeben, außerdem die Beschreibstoffe (Tinte, Blei- oder Buntstift) und Wasserzeichen. In der gegenwärtigen Darbietung der Scans bleiben diese unkenntlich, müssen also nach wie vor schriftlich dargestellt werden.

In den Erläuterungen der Apparate zu den einzelnen Bänden werden zeitgeschichtliche Anspielungen entschlüsselt. Dieser Service bleibt, soll – diese Auflage gibt es bereits seit einiger Zeit – aber auf das unmittelbar Sachdienliche beschränkt werden. Wo Marx, Engels und ihre Briefpartner(innen) auf andere Schriften – darunter Zeitungsartikel – und noch unveröffentlichte Handschriften hinweisen, werden diese in Archiven und Bibliotheken aufgesucht und mit ihren bibliografischen Angaben bzw. Signaturen verzeichnet. In wachsendem Maß stehen sie jetzt ihrerseits schon im Netz, das wird sich fortsetzen. Vorstellbar ist, dass künftig über Links zu ihnen hingeleitet wird. In den Erläuterungen wird durch Literaturhinweise auch auf den aktuellen Forschungsstand verwiesen. Bei Druckausgaben bleibt er auf das Erscheinungsjahr des Bandes fixiert, digital kann seine Weiterentwicklung berücksichtigt werden. Dies (wie ja auch schon die Aufnahme neuer Links gemäß fortschreitender Einstellung von Bezugsquellen ins Netz) setzt allerdings voraus, dass die Bände ständig „gepflegt“ werden.

³ <http://search.socialhistory.org/Record/ARCH00860/ArchiveContentList>

Es gibt Risiken. Zum Beispiel: Was geschieht, falls irgendwann einmal die Netz-Infrastruktur zerstört werden sollte? So empfiehlt es sich, von jedem digitalen Band ein paar analoge Exemplare anzufertigen und zu archivieren.

Die bisherige Geschichte der MEGA verlief in drei Phasen:

- Die erste (MEGA¹) begann 1927 mit David Rjasanow und endete in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts unter Stalin.
- Die zweite (MEGA²) dauerte von 1975 bis 1990.
- Es gelang danach, die MEGA² zu retten, neu zu konzipieren und fortzusetzen.

Mit der Entscheidung vom 30. Oktober 2015 beginnt nun die vierte Periode. Die philologisch-historische Qualität kann beibehalten werden, der demokratisierte Zugang verspricht ein Gewinn zu werden.

**Quer
stellen
statt quer
lesen**

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €. Bestellungen unter www.akweb.de

Alexander von Pechmann

Die drei Kreisläufe des Kapitals und ihre realen Unterschiede

Überlegungen zum II. Band des „Kapitals“ von Karl Marx

Einleitung

Im I. Band des „Kapitals“ hat Marx den Produktionsprozess des Kapitals dargestellt; im II. Band untersucht er die Zirkulation des Kapitals und die daraus entstehenden Unterschiede und Bestimmungen. Er beginnt seine Darstellung mit dem Kreislauf des Kapitals in seinen drei unterschiedlichen Gestalten: dem Geld-, dem produktiven und dem Warenkapital. Marx schließt daraus, dass das Kapital selbst kein fixes Ding oder Verhältnis ist, sondern sich ständig aus der einen Gestalt in die andere verwandelt: aus Geld (G) in die Produktionsfaktoren (P); aus diesen in die Gestalt der Ware (W) und aus dieser erneut in die Geldgestalt (G). Marx' Formel dafür ist: $G - W \dots P \dots W' - G'$. Das Kapital bildet so die Einheit von Produktion und Zirkulation; und die Verwandlungen aus dem einen Stadium in ein anderes nennt Marx die „Metamorphosen des Kapitals“.

Der wesentliche Gesichtspunkt dieser Darstellung ist, dass nun nicht mehr, wie im I. Band, der Ursprung der Kapitalbildung im Produktionsprozess im Zentrum steht, sondern dass die Produktion nur eine der Phasen oder Metamorphosen bildet, die das Kapital in seinem Kreislauf annimmt. Zwar unterscheidet Marx die „reale Metamorphose des Kapitals“ im Produktionsprozess von den „formellen Metamorphosen der Zirkulation“ (56)¹, aber sie sind allesamt Stadien, die das Kapital in seinem Kreislauf annimmt.

Auch wenn also das Kapital nur in diesem sich ständig wiederholenden Kreislauf existiert, so unterscheidet Marx dennoch drei verschiedene Arten des Kreislaufs: des *Geldkapitals*, des *produktiven Kapitals* sowie des *Warenkapitals*. Diese drei Kreisläufe werden im ersten Abschnitt des II. Bandes ausführlich hinsichtlich ihrer Eigenart analysiert, da sie sich in ihrem Anfang, Verlauf und Ende unterscheiden. So beginnt und beendet das Geldkapital seinen Kreislauf in der Gestalt des Geldes ($G \dots G'$), das produktive Kapital in der der Produktionsfaktoren ($P \dots P$) und das Warenkapital in der Gestalt der Ware ($W' \dots W'$). Abschließend und zusammenfassend beschreibt Marx die Eigenart dieser drei Kreisläufe jedoch als einen nur formellen Unterschied. Denn da jeder dieser Kreisläufe die anderen voraussetzt und einbezieht, „stellt sich der ganze Unterschied als ein bloß formeller dar, oder auch als ein bloß subjektiver, für den Betrachter bestehender Unterschied“ (105).

¹ Wenn nicht anders vermerkt, wird zitiert nach: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 24: Der Zirkulationsprozess des Kapitals, Berlin 1971.

Wie die Edition der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zeigt, hat sich Marx äußerst detailliert und in mehreren Anläufen mit diesen Kapitalkreisläufen befasst, ohne dabei allerdings zu einem abschließenden Resultat gekommen zu sein². Angesichts dieser intensiven Beschäftigung stellt sich zwangsläufig die Frage, warum Marx die drei Kreisläufe des Kapitals zuerst so detailliert verfolgt hat, um abschließend zu erklären, ihre Unterschiede seien nur formell und subjektiv. Es bleibt daher offen, worin denn, bei allen formellen Unterschieden der drei Kreisläufe, ihre reale und objektive Differenz besteht.

Im folgenden Beitrag wird der Versuch unternommen, die Unterschiede dieser drei Arten des Kapitalkreislaufs als reale Unterschiede aufzufassen. So gesehen ist es zwar richtig, dass die Bewegung des einen Kreislaufs die anderen in der genannten Weise voraussetzt bzw. einbegreift; aber sie sind inhaltlich oder objektiv durch den Zweck unterschieden, dem der jeweilige Kreislauf folgt.³ Im Fall des Geldkapitals ist dieser Zweck die Verwertung des Werts (G ... G'); im Fall des produktiven hingegen ist er die Wiederherstellung des verutzten produktiven Kapitals (P ... P); und im Fall des Warenkapitals ist er die Erneuerung der konsumierten Waren (W' ... W')⁴. Abstrahiert man von die-

² Siehe: Karl Marx, Manuskripte zum zweiten Buch des „Kapitals“ 1868-1881. In: Marx/Engels-Gesamtausgabe (MEGA), II. Abt., 11. Band, Berlin 2008. – In der „Einleitung“ schreiben die Herausgeber: „Marx verfügte bis 1876 über drei Entwürfe eines Kapitels zum Kapitalkreislauf, enthalten in den Manuskripten I, II und IV. Mit dem „Urtext“ von Manuskript V fügte er Ende 1876/Anfang 1877 eine vierte Fassung hinzu, die er im Frühjahr 1877, nachdem er das Material „Zu benutzende Textstellen . . .“ zusammengestellt hatte, noch um zahlreiche Passagen aus den früheren Entwürfen anreicherte. (Siehe S. 1367–1370.) Auch die Manuskripte VI und VII von 1877/1878 galten den Fragen des Kapitalkreislaufs im ersten Abschnitt.“ (863) – Und an anderer Stelle: „Kurz nach dem Tod seiner Frau Jenny schrieb er [Marx] seiner Tochter Jenny Longuet am 7. Dezember 1881: ‚I wanted indeed to apply all my time – as soon as I should feel myself able again – exclusively to the finishing of the 2nd volume.‘ Als Marx am 13. Dezember 1881 Nikolaj Francevič Daniel'son dasselbe mitteilte, ergänzte er bezüglich des zweiten Bandes: ‚I have now the additional interest to have it ready in order to inscribe in it a dedication to my wife.‘ Ohne sich diesen Wunsch erfüllen zu können, starb er am 14. März 1883.“ (851)

³ Wenn Marx von diesem Unterschied der Zwecke (weitgehend) abstrahiert und ihn als einen der bloßen Form betrachtet, so folgt er seinem Plan, hier, am Beginn des II. Bandes, nur den Kreisläufen eines industriellen Einzelkapitals nachzugehen (siehe: MEGA II, 11, a.a.O., 852 f.). Dies schließt jedoch keineswegs aus, dass die Bewegungen und Metamorphosen jeweils unterschiedlichen Zwecken folgen und daher in der Realität, wie gezeigt werden soll, auch auseinander treten können und als solche unterschiedliche Auffassungen vom ‚Wesen‘ des Kapitals begründen.

⁴ Allerdings hat Marx diesen Zweck nur für das *Geldkapital* klar formuliert: „Eben weil die Gestalt des Werts seine selbständige, handgreifliche Erscheinungsform ist, drückt die Zirkulationsform G ... G' (...) das treibende Motiv der kapitalistischen Produktion, am handgreiflichsten aus.“ (62). – Für das *produktive Kapital* erwähnt Marx nur, dass es die Form sei, „worin die klassische Ökonomie den Kreislaufprozess des industriellen Kapitals betrachtet“ (90). Deren Credo allerdings sei, wie es in Kap. II, Manuskripte 68-81, 39 heißt, die „Produktion um der Produktion willen: Diese Formel, welche die Despotie des Produktionsprozesses über den Menschen ausdrückt, beherrscht die klassische Ökonomie in ihren besten Repräsentanten, namentlich Ricardo.“ Er fügt hinzu: „Sie ist historisch berechtigt, weil es die historische Aufgabe der kapitalistischen Periode, rücksichtslos gegen Menschen u. Dinge, die materiellen Faktoren u. die gesellschaftliche Combination des Produktionsprozesses treibhausmässig bis zu dem Punkt zu reifen, wo der Produktionsprozess unter die planmässige gesellschaftliche Kontrolle des Menschen ge-

sem Zweck der jeweiligen Bewegung, so bleibt in der Tat der nur formelle, d.h. verschwindende Unterschied, und die Setzung eines Anfangs im steten Kreislauf des Kapitals erscheint so subjektiv und willkürlich wie der Schnitt durch einen geometrischen Kreis.

Hält man jedoch an den unterschiedlichen Zwecken der Kreisläufe fest, so erkennt man, dass die Zirkulation des Kapitals in seinen Metamorphosen zugleich drei ganz verschiedene Funktionen oder Aufgaben erfüllt: innerhalb dieses Kreislaufs hat sich erstens der vorgeschossene Kapitalwert zu verwerten ($G \dots G'$); zweitens müssen in und durch diesen Kreislauf die sachlichen Bedingungen der Produktion wiederhergestellt werden ($P \dots P$); und drittens muss die konsumierte Warenmasse durch diesen Kreislauf erneuert werden ($W' \dots W'$). Dabei zeigt sich, dass nur der erste Kreislauf, der des Geldkapitals, das Spezifische der kapitalistischen Produktionsweise zum Inhalt hat, die Verwertung des vorgeschossenen Werts oder, wie Marx sagt, „das Geldmachen“ (62); dass jedoch die beiden anderen Funktionen, die Reproduktion sowohl der Produktionsbedingungen als auch der Produkte, für jede Produktionsweise gelten, dass sie allerdings als Momente der Kapitalzirkulation ihre spezifisch kapitalistische Form erhalten.

Es wird im Folgenden also darum gehen, zu zeigen, dass jeder der drei Kreisläufe seiner je eigenen inneren ‚Logik‘ folgt, dass diese realen Unterschiede der Kapitalzirkulation unterschiedliche Probleme, Aporien und Krisenphänomene beinhalten, und dass sie schließlich verschiedene Sichtweisen und Auffassungen dessen begründen, was man unter „kapitalistischer Produktionsweise“ versteht.

I. Der Kreislauf des Geldkapitals

1. Das „Geldmachen“ als Zweck der Bewegung

Den Kreislauf des Geldkapitals in den unterschiedlichen Stadien seiner Metamorphose versteht Marx zunächst als eine Zusammenfassung dessen, was im I. Band, dem „Produktionsprozess des Kapitals“, ausführlich und Schritt für Schritt entwickelt wurde: eine Geldsumme (G) wird dadurch Kapital, dass sie in spezifischer Weise verausgabt wird, zum Kauf der Arbeitskraft (A_k) einerseits und der Produktionsmittel (P_m) andererseits. Das Kapital verwertet sich, indem es sich im Produktionsprozess (P) den durch die Mehrarbeit geschaffenen Mehrwert (m) aneignet, wodurch der Arbeits- zum kapitalistischen Verwertungsprozess wird. Das Kapital realisiert sich schließlich, indem das ‚Mehrwert geschwängerte‘ Arbeitsprodukt als Ware (W') verkauft und damit der in ihr enthaltene Wert in Geld (G') verwandelt wird.

bracht u. von ihm beherrscht werden kann. Die klassische Politische Oekonomie jedoch verschwindet eine vorübergehende historische Form des Produktionsprozesses in seine ewige Naturform.“ – Und für den Kreislauf des *Warenkapitals* schließlich führt Marx das „Tableau économique Quesnays“ (103) an, das die Reproduktion des (jährlichen) Gesamtprodukts betrachtet, ohne diese Reproduktion jedoch ausdrücklich als Zweck der Bewegung zu charakterisieren.

Was allerdings im I. Band Schritt für Schritt entwickelt wurde, ist nun, am Beginn des II. Bandes, als ein Ganzes vorhanden, so dass jeder einzelne Schritt als ein Durchgangsstadium des Kreislaufs des Kapitals erscheint, in dem jede Phase auf die anderen verweist und sie voraussetzt. Während der erste Band beschrieben hat, wie und wodurch das Kapital entsteht, existiert es nun als prozessierende Einheit in seinen Metamorphosen. Diesen Kreislauf beschreibt Marx mit der Formel: $G - W \dots P \dots W' - G' - \text{etc.}$

Ohne den Stadien und Metamorphosen im Einzelnen nachzugehen: Marx sieht das Eigentümliche dieses Kreislaufs gegenüber den beiden anderen darin, dass

1. in der Zirkulationsform $G \dots G'$ „das Geldmachen“ als treibendes Motiv der kapitalistischen Produktion am handgreiflichsten wird, weil sowohl der Ausgangs- als auch Schlusspunkt der Bewegung das wirkliche Geld ist;
2. der Produktionsprozess „formell und ausdrücklich als das [erscheint], was er in der kapitalistischen Produktionsweise ist, als bloßes Mittel zur Verwertung des vorgeschossenen Werts“ (63);
3. in $G \dots G'$ die Verwertung des Werts im Geld als der selbständigen Wertform ausgedrückt ist, dass daher „das Geldkapital als Geld heckendes Geld“ (63) erscheint. Hier wird die „Erzeugung von Mehr durch den Wert ... nicht nur als Alpha und Omega des Prozesses ausgedrückt, sondern ausdrücklich in der blinkenden Geldgestalt“ (63).

Das Charakteristische des Kreislaufs in dieser Form ist also, dass Zweck und Motiv der Kapitalbewegung die Vermehrung des Werts ist, und folglich der Produktionsprozess nicht nur als Moment des Kreislaufs, sondern ausdrücklich als bloßes Mittel, als „notwendiges Übel zum Behuf des Geldmachens“ (62), erscheint. Zugleich jedoch – und dies ist im Weiteren von entscheidender Bedeutung – existiert die Realisierung des Zwecks im Geld als der allgemeinen Wertform, in der die Spuren seiner Vermittlung, seiner Herkunft aus dem Produktionsprozess, ausgelöscht sind. Die Vermehrung des Werts erscheint daher im Geldkapital als eine dem Geld immanente Qualität.

2. Kreisläufe jenseits der Produktion

Hält man sich diese Eigenarten des Kreislaufs des Geldkapitals vor Augen, so kann es nicht überraschen, wenn es in der Realität Routinen gibt mitsamt den sie reflektierenden Theorien, die das „Geldmachen“ als Zweck der Bewegung auch ohne das „notwendige Übel“, also *außerhalb und jenseits* der Produktion vollziehen. Marx selbst führt als Beispiel einer solchen Praxis das *Merkantilsystem* (66) an, das, der ‚Logik‘ des Geldkapitals folgend, den Sinn und Zweck ökonomischen Handelns in der Vermehrung des Reichtums in Gestalt des Geldes sieht, für das aber die Quelle dieses Mehr nicht die Produktion, sondern die Zirkulation bzw. der *Warenhandel* ist. Es betrachtet daher eine Nation umso reicher, je mehr sie Waren exportiert ($W - G$) als sie Waren importiert ($G - W$). Zwar bildet in diesem System die Produktion der Waren ein

durchaus notwendiges Element; aber die Vermehrung des Werts entspringt hier nicht der Produktions-, sondern der Zirkulationssphäre, dem „mehr verkaufen als kaufen“. Die Bewegung des Geldkapitals ($G \dots G'$) stellt sich hier als Wertdifferenz dar zwischen den zwei Akten der Zirkulation, dem Kauf und dem Verkauf: $G - W < W - G$.

Auch wenn diese merkantilistische Bereicherungspraxis, die im 17. und 18. Jahrhundert die politische Ökonomie dominierte, auch heute noch ihre volkswirtschaftlichen Vertreter findet, so existiert mit den „*Finanzmärkten*“ eine Form des „Geldmachens“, die sich jenseits sowohl des „Übels“ der Produktion als auch des Warenhandels vollzieht. Hier erscheint die Kapitalbewegung tatsächlich in Gestalt des „Geld heckenden Geldes“ und damit als eine dem Geld immanente Qualität. Diese Form des Geldkapitals hat Marx jedoch aus systematischen Gründen am Beginn des II. Bandes nicht behandelt, weil sie, wie er schreibt, Verhältnisse voraussetzt, „die hier noch nicht entwickelt sind“ (89). Hier besitze das G' , mit dem der Kreislauf endet, zwar „die Eigenschaft ..., sich zu verwerten, mehr Wert zu hecken als er selbst hat“ (50). Aber, fährt Marx fort: „Der Kreislauf des Geldkapitals kann nie mit G' *beginnen* (obgleich G' jetzt als G fungiert), sondern nur mit G ; d.h. nie Ausdruck des Kapitalverhältnisses, sondern nur als Vorschussform des Kapitalwerts“ (51; Hervorh. A.v.P.). Damit ist gesagt: In der bloßen Geldgestalt kann das Kapital sich nicht verwerten; es muss vorgeschossen bzw. investiert werden und sich in die Gestalt der Produktionsfaktoren, der Arbeitskraft (Ak) und Produktionsmittel (Pm), verwandeln.

Nun geht Marx jedoch an anderer Stelle, im III. Band des „Kapitals“, darauf ein, dass das Kapital durchaus als G' seinen Kreislauf beginnt. „Wir haben hier $G - G'$, Geld, das mehr Geld erzeugt, sich selbst verwertender Wert, ohne den Prozess, der die beiden Extreme vermittelt“ (MEW 25, 404). Er nennt diese Existenzweise das *zinstragende Kapital*, dessen Qualität es sei, dass in ihm tatsächlich alle Vermittlung mit der Warenproduktion und -zirkulation verschwunden ist. In dieser Form beginnt das Geldkapital seine Bewegung nicht damit, dass es vorgeschossen wird und sich in die Warenform verwandelt, sondern dass es verliehen, d.h. als Kredit vergeben wird. Es existiert daher in Gestalt von zinstragenden Papieren, in Hypotheken, Pfandbriefen oder anderen Arten von Versprechen künftiger Zahlung. Diese Papiere können nun ihrerseits, wie wir mittlerweile wissen, zu Derivaten zusammengepackt werden usw. Hier hat die Bewegung des Geldkapitals, wie sie sich in Kauf und Verkauf auf den Finanzmärkten vollzieht, die reine Form des „Geld heckenden Geldes“.

Marx nennt diese Existenzweise des Kapitals zwar dessen äußerlichste und begriffsloseste Form, weil in seiner Bewegung jede Vermittlung mit der gesellschaftlichen Produktion und Zirkulation verschwunden ist. Sieht man jedoch auf die oben genannten Eigenarten des Kreislaufs des Geldkapitals, das „Geldmachen“ als Zweck der Bewegung und die Geldgestalt, in der sie ausgedrückt ist, so lässt sich diese Existenzweise durchaus umgekehrt als Inbe-

griff des Kapitals bezeichnen, weil in der Gestalt dieser zinstragenden Papiere das Kapital tatsächlich als sich selbst verwertender Wert existiert.⁵ Hier hat der Wert sein Maß nicht an der Arbeitszeit, die in ihm ‚geronnen‘ ist, sondern an den Erwartungen künftigen Profits.

Dass Marx dies offenbar auch vor Augen stand, zeigt seine Anmerkung, dass „alle Nationen kapitalistischer Produktionsweise ... periodisch von einem Schwindel ergriffen [werden], worin sie ohne Vermittlung des Produktionsprozesses das Geldmachen vollziehen wollen.“ (62) Wie die tägliche Praxis freilich beweist, wollen sie es nicht nur, sie tun es auch⁶. Dass diese Nationen allerdings, ebenso periodisch, aus diesem Schwindel erwachen und ihre Erwartungen und Hoffnungen in Nichts zerfallen, beweist in unserem Zusammenhang nur, dass diese Art des Geldkapitalkreislaufs jenseits der Produktion eine nur relativ selbständige Existenzweise besitzt; dass in und mit den Finanzkrisen die von Marx beschriebene Einheit von Produktion und Zirkulation des Kapitalkreislaufs wiederhergestellt wird.

Wenn wir also in die Darstellung des Kreislaufes des Geldkapitals diejenige Existenzweisen hinzufügen, in denen sich der Wert – gemäß der inneren ‚Logik‘ dieses Kreislaufs – jenseits der Produktion vermehrt, so lässt sich mit Marx’ eigenen Mitteln verständlich machen, warum seine Lehre von der Arbeit als Quelle des Werts und Mehrwerts vielen Beobachtern des Geschehens als restriktiv und unplausibel erscheint. Denn wenn das Geldkapital diejenige Kapitalform ist, in der das „Geldmachen“ Zweck und Motiv der Bewegung und zugleich alle Vermittlung und Verwandlung verschwunden ist, dann muss es als umständlich erscheinen, Geld erst zu investieren, um es zu vermehren, und zudem als unverständlich, den Wert des Geldes an der in ihm angehäuften Arbeit zu messen.⁷ Platzt dann die Blase und werden in Zeiten der Krise die aufgetürmten Werte vernichtet, besinnt man sich des Zusammenhangs von Geld und Produktion, und manche fragen: „Hatte Marx doch recht?“ – bis zum nächsten Ergreifen des „Schwindels“.

⁵ MEW 25, 405: „Im zinstragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr.“

⁶ Eine naiv-erfrischende Vision dieses „Schwindels“ beherrschte offenbar bis in die jüngste Zeit die Köpfe US-amerikanischer Ökonomen: „So wollte etwa der Ökonom und spätere Wirtschaftsberater des Präsidentschaftskandidaten John McCain, Kevin Hassett, in einem skurrilen Beweisverfahren demonstrieren, dass sich auf den amerikanischen Finanzmärkten des zwanzigsten Jahrhunderts keine Weltkriege und keine Wirtschaftskrisen, keine Deportationen und Massenmorde, keine Korea- und Vietnamkriege, sondern einzig und allein steigende Renditen ereigneten und dass auch in Zukunft nichts als stetig steigende Erträge zu erwarten sind.“ (J. Vogl, *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich 2011, 113)

⁷ Für die „Vulgärökonomie“, wie Marx sie nennt, „ist natürlich diese Form ein gefundnes Fresen, eine Form, worin die Quelle des Profits nicht mehr erkenntlich und worin das Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses – getrennt von dem Prozess – ein selbständiges Dasein erhält“ (MEW 25, 406)

3. Zur Kritik der kapitalistischen Produktionsweise

Der Logik des Geldkapitals sind allerdings nicht nur die Finanzmärkte und ihre Theoretiker gefolgt, sondern auch Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise. Eine Form der Kritik war und ist, den beschriebenen Zweck des Geldkapitals, das „Geldmachen“, in ethisch-moralischer Hinsicht als verwerflich oder maßlos zu diskreditieren. Die Profitgier bzw. die Bereicherungssucht wird im Rahmen dieser Kritik als das wesentliche und treibende Motiv entweder der sog. Finanzindustrie im engeren Sinne oder des Kapitalismus im weiteren Sinne angesehen⁸. Aber damit werden, wie wir sehen werden, zugleich andere Funktionen der kapitalistischen Produktionsweise, die Marx beschreibt, außer Acht gelassen, und der sog. „Kapitalismus“ wird mit dem System der Bereicherung identifiziert.

Wichtiger in unserem Zusammenhang erscheint uns jedoch die Art der Kritik, die der Marxschen Darstellung des Kreislaufs des Geldkapitals folgt. Nach ihr ist der Zweck der Bewegung, die Vermehrung des Werts, nicht unmittelbar zu realisieren, sondern nur dadurch, dass das Kapital sich aus der Geldform in produktives Kapital, in Arbeitskraft und Produktionsmittel, verwandelt, da der Mehrwert allein im Produktionsprozess entsteht. Damit aber ist der Mehrwert nichts anderes als die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit; und die Wertvermehrung des Kapitals geschieht durch die Ausbeutung der Arbeit. Dies, die Bereicherung als Zweck durch das Mittel der Exploitation der Arbeit im Produktionsprozess, sei der Kern und das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise. Und diesen Zusammenhang von Zweck und Mittel beschreibt exakt die Marxsche Formel für das Geldkapital: $G - W \dots P \dots W' - G'$.

Mit dieser Art der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise stellt sich allerdings zwangsläufig die Frage, warum die Arbeiterklasse, die allein den Wert und Mehrwert erzeugt, sich ausbeuten lässt; warum sie in und durch ihre Arbeit diejenigen Verhältnisse produziert und reproduziert, die die stete Aneignung des Mehrwerts durch das Kapital und damit den Kreislauf des Geldkapitals ermöglicht und gewährleistet. Diese Frage hat im vergangenen Jahrhundert bekanntlich eine Vielzahl von ideologiekritischen Untersuchungen veranlasst, die die Macht der herrschenden Verhältnisse oder den Einfluss von Deutungsmustern der herrschenden Klasse auf das Bewusstsein der Arbeiter zum Gegenstand hatten. Sie hat zudem Studien initiiert, die das Faktum der

⁸ Von diesem Typus moralischer Kritik zehren viele der Bücher, die anlässlich der letzten Finanzkrise zur „Ethik der Banken“ erschienen sind: Jörg Hübner: „Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon!“. Grundsatzüberlegungen zu einer Ethik der Finanzmärkte, Stuttgart 2009. – Peter Koslowski: Ethik der Banken: Folgerungen aus der Finanzkrise, Paderborn 2009. – Wie ein Riss in einer hohen Mauer: Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, Hannover 2009. – Susanne Schmidt: Markt ohne Moral: das Versagen der internationalen Finanzelite, München 2010. – Friedrich Thießen: Opportunismus und Finanzmärkte: Ursachen und Konsequenzen, Wiesbaden 2011. – Werner Lachmann, Reinhard Haupt, Karl Farmer (Hg): Die Krise der Weltwirtschaft: zurück zur sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin, Berlin 2011. – Johannes Wallacher, Matthias Rugel (Hg): Die globale Finanzkrise als ethische Herausforderung, Stuttgart 2011. – Sven Grzebeta: Ethik und Ästhetik der Börse, Paderborn/München 2014.

ständigen Ausbeutung mit sozialpsychologischen Mitteln durch Mechanismen der Anpassung und Selbstentfremdung erklärt haben.⁹ Damit wurde jedoch das ökonomische Faktum, die Existenz und Fortdauer der kapitalistischen Produktionsweise, durch die außerökonomischen Faktoren des Bewusstseins und der Psyche erklärt.

Statt diese Erklärungsmuster hier weiterzuverfolgen, erscheint es sinnvoller, sich Marx' Beschreibung der anderen Kreisläufe des Kapitals zuzuwenden, die andere Funktionen des Kapitalkreislaufs ins Zentrum rückt.

II. Der Kreislauf des produktiven Kapitals

1. Die Reproduktion des produktiven Kapitals

Im Unterschied zum Geldkapital beginnt der Kreislauf des produktiven Kapitals nicht mit dem Geld als abstrakt-allgemeiner Form des Wertes, sondern mit der stofflich-konkreten Gestalt der Produktionsfaktoren, der Arbeitskraft (Ak) als der subjektiven Fähigkeit zu arbeiten und den Produktionsmitteln (Pm) als gegenständlichem Ensemble aus Rohmaterial und Arbeitsmitteln, das der jeweilige Produktionsprozess erfordert. Sie stellen für Marx deshalb produktives Kapital dar, weil zum einen die Arbeitskräfte die Form der Ware haben, die vom Kapitalisten gegen Lohn für die Arbeiter gekauft sind, und weil zum anderen die Produktionselemente in einer Art und in einem Ausmaß vorhanden sind, dass der Arbeits- zugleich Verwertungsprozess ist.¹⁰

Da nun aber die Funktion des produktiven Kapitals darin besteht, im Produktionsprozess angewandt zu werden, mit der Herstellung des Produkte jedoch zugleich die Produktionselemente verzehrt – Marx sagt: produktiv konsumiert – werden, besteht der darauf folgende Kreislauf des produktiven Kapitals darin, mittels der Zirkulationssphäre, d.h. des Verkaufs der Produkte als Waren ($W' - G'$) und dem erneuten Kauf der Produktionselemente ($G - W$) das Kapital in seiner anfänglichen produktiven Gestalt wiederherzustellen. Der Abschluss dieser Metamorphosen ist also die Erneuerung des produktiven Kapitals, das erneut in der Produktion konsumiert wird usw.

Nun geht es Marx in seiner Darstellung darum, den kapitalistischen Charakter dieses Kreislaufs herauszuarbeiten. Dies ändert jedoch zunächst nichts daran,

⁹ Ausgangspunkt dieser Erklärungsmuster war Georg Lukács' „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (Amsterdam 1967). Zunächst, konstatiert Lukács, erscheint das Proletariat „als Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Seine Daseinsformen ... sind so beschaffen, dass die Verdinglichung sich in ihnen am prägnantesten und penetrantesten, die tiefste Entmenschlichung hervorbringend, äußern muss.“ Er fährt fort: „Das verhindert aber nicht, dass die spezifischen Vermittlungskategorien, durch welche beide Klassen [Bourgeoisie und Proletariat] diese Unmittelbarkeit ins Bewusstsein heben, durch welche die bloß unmittelbare Wirklichkeit für beide zur eigentlichen objektiven Wirklichkeit wird, infolge der verschiedenen Lage der beiden Klassen in ‚demselben‘ Wirtschaftsprozess, grundverschieden sein müssen.“ (165 f.) Damit wird das „Klassenbewusstsein“ zur entscheidenden Kategorie.

¹⁰ Näheres siehe: Das Kapital, 1. Band (MEW 23), 5. Kapitel, 2: Der Verwertungsprozess.

dass Inhalt und Zweck dieser Bewegung nicht das „Geldmachen“ wie im Fall des Geldkapitals, sondern die Erneuerung derjenigen Produktionsbedingungen ist, die im Produktionsprozess verzehrt wurden. Der Zweck der Bewegung entspringt hier also der einfachen Tatsache, dass die Menschen, um zu leben, produzieren müssen, dass aber in der Produktion zugleich die Bedingungen der Produktion verbraucht und deshalb ständig erneuert werden müssen. Daher erfordert jeder Produktions- seinen Reproduktionsprozess. In seiner einfachsten Form folgt der Kreislauf des produktiven Kapitals also der simplen Dialektik der Negation der Negation, der Wiederherstellung des Negierten.

Marx' Darstellung des Kreislaufs ist freilich nicht die dieser einfachen Tatsache, sondern derjenigen Form, in der diese Reproduktion sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise vollzieht. In ihr wird zum einen nur dann produziert, wenn im Produktionsprozess zugleich ein Mehrwert entsteht; und zum anderen vollzieht sich die Erneuerung der Produktionsbedingungen über den Markt: das Mehrprodukt als Ware (W') verwandelt sich im Verkauf in die Geldform (G'), um sich daraufhin, auf derselben oder höherer Stufenleiter, in die Produktionselemente A_k und P_m zurückzuwandeln. Die Formel des Kreislaufs des produktiven Kapitals ist daher: $P \dots W' - G' - W \dots P$.

Betrachten wir diesen Kreislauf näher, so ist, wie gesagt, sein Zweck nicht das „Geldmachen“, sondern die Wiederherstellung der verbrauchten Produktionsfaktoren; und anders als im Kreislauf des Geldkapitals schließt der Kreislauf nicht mit der Geldform, dem G' , ab. Vielmehr bildet die Zirkulation und mit ihr das Geld die Mitte und das Zentrum, das die Reproduktion des produktiven Kapitals vermittelt. Daraus aber folgt, dass die Metamorphosen des produktiven Kapitals ($W' - G' - W$) zugleich Teil der gesamtgesellschaftlichen Warencirkulation ($W - G - W$) sind. In der ersten Metamorphose müssen sich die produzierten Waren in der Verwandlung des Waren- in Geldkapital ($W' - G'$) als gesellschaftlich nützliche Gebrauchswerte erweisen, den Waren muss also der „Salto mortale“ (MEW 13, 71) in die Geldform gelingen. In der zweiten Metamorphose bildet die Rückverwandlung des Geld- in produktives Kapital ($G - W$) zum einen in Gestalt des Lohnes dasjenige Einkommen, das der Arbeiterklasse mittels Warenkauf ($G - W$) die (Wieder-)Herstellung ihrer Arbeitskraft ermöglicht¹¹; zum anderen verwandelt sie den Produzenten der Produktionsmittel deren Warenkapital in die Geldform ($W' - G'$). Hier, auf dem Markt, verflechten sich also in Verkauf und Kauf die Kreisläufe unterschiedlicher individueller Kapitale mit der Reproduktion der Arbeiterklasse. Marx drückt diese Vermittlungen so aus, dass die Metamorphosen des produktiven Kapitals $W' - G'$ und $G - W$, „der allgemeinen Form nach, der gewöhnlichen Warencirkulation angehörige Reihen“ sind (73), so dass die Re-

¹¹ $G - A = A - G$: „Von der Zirkulation des Arbeiters $A - G - W$, welche seine Konsumtion einschließt, fällt nur das erste Glied als Resultat von $G - A$ in den Kreislauf des Kapitals. Der zweite Akt, nämlich $G - W$, fällt nicht in die Zirkulation des individuellen Kapitals, obgleich sie aus derselben hervorgeht. Das beständige Dasein der Arbeiterklasse ist aber für die Kapitalistenklasse nötig, daher auch die durch $G - W$ vermittelte Konsumtion des Arbeiters.“ (80)

produktion der individuellen Kapitale Bestandteil der allgemeinen Warenzirkulation bzw. des gesamtgesellschaftlichen Stoffwechsels sind.¹²

2. Stockungen des Kreislaufs

Nehmen wir in die Darstellung dieses Kreislaufs nun den Umstand hinzu, dass diese Metamorphosen in der Realität misslingen können, entweder weil die produzierte Warenmasse (W') keine oder nicht genügend Käufer findet, oder weil die Verwandlung des Geld- in produktives Kapital, aus welchem Grund auch immer¹³, nicht stattfindet, dann stockt der Kreislauf des produktiven Kapitals und damit die Wiederherstellung der Produktionselemente. Waren aus dem Bereich der Investitionsgüter werden nicht verkauft, bestehende Arbeitsplätze werden vernichtet; es entsteht Arbeitslosigkeit.

Zwar hat Marx diesen Umstand der Stockung aus seiner Analyse des produktiven Kapitals hier ausgeschlossen, da es ihm ja um den Kreislauf und dessen Stadien ging. Dennoch hat er auf die Möglichkeiten verwiesen, die den Kreislauf stocken und damit die Reproduktion des produktiven Kapitals misslingen lassen. Diese Unterbrechung kann einmal geschehen, wenn zwar der Verkauf der produzierten Waren, etwa an den Händler, erfolgt ist und sich damit das Kapital aus der Warenform W' in die Geldform G' verwandelt hat, die Zahlung der Waren jedoch noch aussteht. Es kann dann „die Produktion und mit ihr auch die individuelle Konsumtion des Kapitalisten wachsen, der ganze Reproduktionsprozess sich im blühendsten Zustand befinden und dennoch ein großer Teil der Waren nur scheinbar in die Konsumtion eingegangen sein, in Wirklichkeit aber unverkauft in den Händen von Wiederverkäufern lagern, tatsächlich sich also noch auf dem Markt befinden. Nun folgt Warenstrom auf Warenstrom, und es tritt endlich hervor, dass der frühere Strom nur scheinbar von der Konsumtion verschlungen ist. Die Warenkapitale machen sich wechselseitig den Platz streitig. Die Nachrückenden, um zu verkaufen, verkaufen unter Preis. Die bisherigen Ströme sind noch nicht flüssig gemacht, während die Zahlungstermine dafür fällig werden. Ihre Inhaber müssen sich insolvent erklären oder verkaufen zu jedem Preis, um zu zahlen. ... Dann bricht die Krise los...“ (81). Hier also bildet die Differenz zwischen aktuellem Kauf und künftiger Zahlung den Keim der Krise des Kreislaufprozesses, weil sich das angehäuften Warenkapital W' schließlich nicht mehr in die Geldform G' verwandelt.

¹² „Die allgemeine Zirkulation umfasst ebenso sehr die Verschlingung der Kreisläufe der verschiedenen selbständigen Bruchstücke des gesellschaftlichen Kapitals, d.h. die Gesamtheit der einzelnen Kapitale, wie die Zirkulation der nicht als Kapital auf den Markt geworfenen, beziehungsweise der in die individuelle Konsumtion eingehenden Werte.“ (75)

¹³ Marx nennt zwei mögliche Gründe, die der Verwandlung entgegenstehen: „In Geldform kann es [das Kapital] länger ausharren als in der vergänglichen Warenform. Es hört nicht auf, Geld zu sein, wenn es nicht als Geldkapital fungiert; es hört aber auf Ware zu sein und überhaupt Gebrauchswert, wenn es zu lange in seiner Funktion als Warenkapital aufgehalten wird. Zweitens ist es in Geldform fähig, statt seiner ursprünglichen produktiven Kapitalform eine andre anzunehmen, während es als W' überhaupt nicht vom Platze kommt.“ (79)

Als zweite Möglichkeit der Stockung des Kreislaufs führt Marx, wenn auch nur beiläufig, die Dysfunktion des Geldkapitals an. Denn innerhalb des Kreislaufs des produktiven Kapitals hat das Geld die Funktion, einerseits den in der Warenform vorhandenen Mehrwert zu „vergolden“, andererseits, als Kaufmittel, die Produktionsfaktoren zu erneuern. Dieser „vergoldete Mehrwert“ verwandelt sich jedoch nicht sogleich in die Produktionsfaktoren, sondern verharrt im Geldzustand als Schatz. „Solange es aber im Schatzzustande verharrt,“ schreibt Marx, „fungiert es noch nicht als Geldkapital, ist noch brachliegendes Geldkapital“ (88).

In dieser Form nun kann es als Schatz oder als Guthaben bzw. Schuldforderungen existieren. Von den *anderen* Formen jedoch, die das Geld annehmen kann, schreibt Marx, dass sie „nicht hierher gehören“, da sie noch nicht entwickelt sind. In der Realität jedoch nehmen sie die „Gestalt von Geld heckendem Geld ...“, z.B. als zinstragendes Depositum in einer Bank, in Wechseln oder Wertpapieren“ (89) an. In dieser Gestalt aber, schreibt Marx weiter, vertritt der „in Geld realisierte Mehrwert ... besondere Kapitalfunktionen *außerhalb* des Kreislaufs des industriellen Kapitals, dem er entsprungen; Funktionen, die erstens mit jenem Kreislauf als solchem nichts zu tun haben; zweitens aber von den Funktionen des industriellen Kapitals unterschiedene Kapitalfunktionen unterstellen, die,“ wie er nochmals erwähnt, „hier noch nicht entwickelt sind“ (89: Hervorh. A.v.P.).

Marx hat auch hier aus systematischen Gründen die Formen des zinstragenden Kapitals ausgeblendet. Er hat dann aber, im III. Band des „Kapitals“ (V. Abschnitt), auf die zentrale Rolle der Banken verwiesen, die jenes brachliegende Geldkapital der Gesellschaft sammeln und es durch Kreditvergabe in zinstragendes Kapital verwandeln. In unserem Zusammenhang heißt das, dass das Geld im Kreislauf des produktiven Kapitals nicht nur die Funktion des Kaufmittels hat, dass es auch nicht nur die Funktion des latenten Geldkapitals besitzt, sondern dass es Funktionen annehmen kann, die sich *außerhalb* des Kreislaufs des produktiven Kapitals, dem es entsprungen ist, vollziehen. Mit diesen Funktionen des Geldes ist jedoch die Möglichkeit gegeben, dass der Kreislauf selbst Formen hervorbringt, die den Kreislauf stören, weil sie die Rückverwandlung des Geld- in produktives Kapital ($G - W \dots P$) verhindern.

Da nun aber diese Verwandlung des Geld- in produktives Kapital zugleich in Form des Lohns das Einkommen ist, mittels dessen die Arbeiterklasse ihren Lebensunterhalt sichert, vernichten Stockungen dieser Verwandlung Arbeitsplätze und gefährden das Leben und Überleben der Arbeiterklasse.

3. Die prekäre Rolle des Geldes im Kapitalkreislauf

Während Marx zumindest zwei Situationen andeutet, in denen der Kreislauf des produktiven Kapitals misslingt, zum einen die sog. „Überproduktion“ bzw. „Unterkonsumtion“, zum anderen die Verwandlung des brachliegenden Geldkapitals in zinstragendes Kapital, sind in den Theorien der klassischen wie neoklassischen Ökonomie solche Störungen durch „Marktversagen“ ausgeschlos-

sen. Denn ihr gerät das Spezifische des Kapitalkreislaufs, sowohl die Verwandlung des Waren- in Geldkapital ($W' - G'$) als auch die Umwandlung des Geld- in produktives Kapital ($G - W$), auf das Marx sich konzentriert, gar nicht in den Blick¹⁴. Vielmehr regeln nach dieser Theorie die Gesetze der einfachen Warenzirkulation, Angebot und Nachfrage, den Preis der Waren: Überwiegt auf dem Markt das Angebot an produzierten Waren die Nachfrage, sinkt der Preis, bis die Waren ihre Käufer finden und die Waren vom Markt verschwunden sind. Dass freilich mit gesunkenem Preis das Warenkapital W' sich nicht in die Geldform (G') verwandelt und damit der Kreislauf des produktiven Kapitals gestört ist, interessiert nicht. Vielmehr beweist hier solches Geschehen nur die ‚reinigende Kraft des Marktes‘. Überwiegt auf der anderen Seite, der Verwandlung des Geld- in produktives Kapital, das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage, so fällt nach dieser Theorie der Preis der Arbeitskraft, bis Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind. Dass freilich bei fallendem Preis der Lohn unter das Existenzminimum fallen kann, interessiert gleichfalls nicht. Wenigstens, so ließe sich mit Ricardo sagen, sind Tote nicht arbeitslos¹⁵, sie verringern die Nachfrage.

In den (neo-)klassischen Markttheorien resultieren die Phänomene der Überproduktion wie der Arbeitslosigkeit nicht aus Dysfunktionen des Kapitalkreislaufs, sondern aus ‚Verzerrungen‘ des Marktgeschehens, sei es durch Monopole, die die Warenpreise künstlich hochhalten, sei es durch Gewerkschaften, die dem freien Spiel des Markts entgegenwirken und den Preis der Arbeit künstlich hochhalten. Hier also erscheint der Markt als die Instanz, die mittels der Preisbewegungen die Reproduktion des produktiven Kapitals vermittelt. Sie abstrahieren dabei jedoch vom kapitalistischen Charakter des Marktes, d.h. von dem sich in seinen Metamorphosen und Kreisläufen verwertenden Wert.

Anders ist dies allerdings in der ökonomischen Theorie von *John Maynard Keynes*¹⁶. Keynes widerspricht dem Theorem der klassischen Ökonomie von der ausgleichenden Rolle des Marktes. Während in ihr das wirtschaftliche Gleichgewicht die Regel ist, ist es in Keynes' Theorie nur ein Sonderfall, da,

¹⁴ Marx bemerkt dazu: „Die allgemeine Form der Bewegung, $P \dots P$, ist die Form der Reproduktion und zeigt nicht, wie $G \dots G'$, die Verwertung als Zweck des Prozesses an. Sie macht es deshalb der klassischen Ökonomie umso leichter, von der bestimmten kapitalistischen Form des Produktionsprozesses abzusehn und die Produktion als solche als Zweck des Prozesses darzustellen, so dass möglichst viel und wohlfeil zu produzieren und das Produkt gegen möglichst vielseitige andre Produkte auszutauschen sei, teils zur Erneuerung der Produktion ($G - W$), teils zur Konsumtion ($g-w$). Wobei denn, da G und g hier nur als verschwindende Zirkulationsmittel erscheinen, die Eigentümlichkeiten sowohl des Geldes wie des Geldkapitals übersehen werden können, und der ganze Prozess einfach und natürlich erscheint, d.h. die Natürlichkeit des flachen Rationalismus besitzt.“ (96)

¹⁵ Nach Ricardos „ehernem Lohngesetz“ ist das Gleichgewicht auch dann erreicht, wenn die Arbeiter weniger erhalten als den existenzsichernden Lohn. Sie sterben dann nämlich, und Tote drängen nun mal nicht auf den Arbeitsmarkt.

¹⁶ „Während die Arbeiter sich gewöhnlich einer Kürzung der Geldlöhne widersetzen, pflegen sie die Arbeit nicht bei jedem Steigen der Preise der Lohngüter niederzulegen ... die Erfahrung lehrt uns, dass dies das Verhalten der Arbeiter ist.“ (Allgemeine Theorie ..., Berlin 1955, 8.)

nach den Gesetzen des Marktes, durchaus ein Zustand möglich ist, der durch Störungen des Kreislaufs, durch wirtschaftliche Depression und Massenarbeitslosigkeit, gekennzeichnet ist.

Wie Marx betrachtet auch Keynes die Zirkulationssphäre des Markts nicht als ein autonomes Geschehen, sondern als Element des Kreislaufs des produktiven Kapitals in Gestalt des Mehrwert generierenden Produktionsprozesses. Investitionen in Produktionsanlagen und Arbeitsplätze – in Marx' Terminologie: Kapitalvorschüsse – finden nach Keynes nur dann statt, wenn mittels der Produktion zugleich eine reale Aussicht auf Gewinn besteht. Diese Aussicht ist jedoch nur dann real, wenn der Mehrwert nicht nur in der Produktion geschaffen, sondern auf dem Markt auch realisiert wird, wenn also der geschaffene Mehrwert in Warenform sich auch tatsächlich in Geld verwandelt. Dazu aber muss das Geld als ‚Kaufkraft‘ auf dem Markt vorhanden sein. Keynes verknüpft so, wie Marx, von vornherein die Reproduktion des produktiven Kapitals mit der gesamtgesellschaftlichen Warenzirkulation bzw. umgekehrt die Warenzirkulation mit dem Kreislauf des produktiven Kapitals.

Am deutlichsten wird diese Verknüpfung an Keynes' folgender Überlegung: Zwar erscheint es dem Kapitalisten am günstigsten, wenn seine Kosten für die Produktion möglichst gering sind, da in diesem Fall der Verwertungsgrad seines Kapitals, die Rendite, hoch ist. Die Kehrseite dieses Zusammenhangs aber ist, dass im Fall geringer Löhne in der Gestalt des Einkommens der Arbeiter dann in der Zirkulation das Geld fehlt, das die produzierten Waren kauft, um das Kapital aus der Waren- in die Geldform zu verwandeln. Die Folge der nur scheinbar hohen Profitrate ist, da nun keine reale Aussicht auf Gewinn besteht, ein Rückgang der Investition und Produktion, der zum Abbau von Arbeitsplätzen und zur Arbeitslosigkeit führt, die nun ihrerseits das Einkommen verringern usw. Für Keynes bewirken geringe Löhne also Unterkonsumtion bzw. Überproduktion.

Im Unterschied zur klassischen Gleichgewichtstheorie ist nach Keynes also eine „Spirale nach unten“ und damit ein Zustand der wirtschaftlichen Depression und der Massenarbeitslosigkeit nicht nur möglich, sondern, gemäß den Gesetzen kapitalistischer Produktion, auch wahrscheinlich. Damit aber stellt sich für Keynes das Problem, dass und wie der Kreislauf des produktiven Kapitals dauerhaft gesichert werden kann.¹⁷

In Keynes' Theorie spielt nun das Geld die entscheidende Rolle für das Gelingen oder Misslingen des Kreislaufs des produktiven Kapitals. Er nennt sie deshalb „The monetary theory of production“ (1933). In ihr hat das Geld nicht nur, wie in der klassischen Theorie, die vermittelnde Funktion als Kaufmittel, das den Warenwert in die Geldform verwandelt, sowie die Rolle der „Ersparnis“, um als

¹⁷ Keynes sieht darin eine Überlebensfrage des Kapitalismus. Er sieht die Gefahr, dass der produzierte Mehrwert der Kapitalisten nicht mehr in produktives Kapital verwandelt wird, sondern für Konsum und Luxus verschwendet wird: „the capitalist classes, no longer confident of the future, may seek to enjoy more fully their liberties of consumption so long as they last, and thus precipitate the hour of their confiscation.“ (J. M. Keynes: *The Economic Consequences of the Peace* [1919], 165).

Investition in produktives Kapital verwandelt zu werden. Das Geld habe auch eine eigene Existenz, die Keynes im sog. „Hang zur Liquidität“ begründet sieht¹⁸. Geld wird daher nur dann in langfristige Produktionsanlagen und Arbeitsplätze angelegt, wenn der damit verbundene Liquiditätsverlust durch die reale Aussicht auf künftigen Gewinn kompensiert wird. Hinzu kommt, wie bei Marx angedeutet, dass das Geld sich mittels der Banken in zinstragendes Kapital in Gestalt von Wertpapieren verwandelt, das so dem Kreislauf des produktiven Kapitals entzogen wird und als „Geld heckendes Geld“ auf den Finanzmärkten ein spekulatives Eigenleben führt. In Keynes' Theorie stören also der „Hang zur Liquidität“ und das sich verselbständigende Geldkapital die Kreisläufe des produktiven Kapitals und produzieren dadurch Arbeitslosigkeit.

Ob freilich Keynes' über diese Diagnose hinausgehende Therapie des ‚Marktversagens‘ durch staatliche Eingriffe in den Kreislauf mittels einer antizyklischen Fiskal- und Zinspolitik, und sein damit verbundener Begriff vom Geld als, in Maßen, vermehrbare Menge eine Lösung des gestellten Kreislaufproblems ist, oder ob sie der vergebliche Versuch ist, den Reproduktionsprozess des produktiven Kapitals und damit die dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze unter kapitalistischen Bedingungen zu gewährleisten, braucht uns hier nicht zu interessieren. In unserem Kontext verstehen wir Keynes' „*General Theory of Employment, Interest and Money*“ als ein anspruchsvolles Unternehmen, den Zweck kapitalistischer Produktionsweise nicht nur, nach der Logik des Geldkapitals, im „Geldmachen“ zu sehen, sondern auch, nach den Erfordernissen des produktiven Kapitals, im – letztlich politisch motivierten – Bestreben, Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung dauerhaft zu sichern. Sie setzt dem „Geldmachen“ des Rentners und Spekulanten das „Investieren“ des Unternehmers als Leitbild kapitalistischer Ökonomie entgegen.

Ziehen wir das Fazit aus dem Bisherigen, so besteht offenbar Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise nicht allein darin, gemäß der ‚Logik‘ des Geldkapitals, den Wert zu vermehren, sondern eben auch darin, gemäß der ‚Logik‘ des produktiven Kapitals, die Produktionsbedingungen ständig zu reproduzieren und damit zugleich die Arbeitsplätze, die Quelle des Einkommens der Arbeiterklasse, zu erhalten und zu sichern. Dieser letztere Zweck scheint uns auf die obige Frage, warum die Arbeiterklasse die Bedingungen ihrer Ausbeutung reproduziert, eine *ökonomische* Antwort zu geben: die Bereitstellung und Sicherung der Arbeitsplätze als Garanten der Reproduktion ihrer Arbeitskraft wie ihres Lebens.

¹⁸ Keynes „Hang zur Liquidität“ stimmt im Wesentlichen mit dem überein, was Marx vom „Schatzbildner“ sagt: „Ware wird verkauft, nicht um Ware zu kaufen, sondern um Warenform durch Geldform zu ersetzen. Aus bloßer Vermittlung des Stoffwechsels wird dieser Formwechsel zum Selbstzweck ... Das Geld versteinert zum Schatz, und der Warenverkäufer wird Schatzbildner.“ (MEW 23, 144). Wenn Marx das Bild der Versteinigung, Keynes hingegen das Bild der Flüssigkeit verwendet, so widerspricht sich dies nicht. Denn diese „Versteinigung zum Schatz“ bedeutet ja dessen „Liquidität“: es ist, in Marx' Worten, „allgemeiner Repräsentant des stofflichen Reichtums, weil in jede Ware unmittelbar umsetzbar“ (ebd., 147).

III. Der Kreislauf des Warenkapitals

1. Die Reproduktion der Konsumgüter

Der dritte, von Marx beschriebene Kreislauf ist der des Warenkapitals. Dieser Kreislauf beginnt mit dem Verkauf der kapitalistisch produzierten Warenmasse (W') und endet mit der Erneuerung dieser Warenmasse. Marx' Formel für diesen Kreislauf ist: $W' - G' - W \dots P \dots W'$. Dieser ist der komplexeste, weil sich in ihm zum einen unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen kreuzen und verschränken, und weil er von gegensätzlichen Motiven und Zwecken angetrieben wird.

Beginnen wir, wie schon beim produktiven Kapital, mit der Feststellung der simplen Tatsache, dass Waren als Konsumgüter verbraucht werden und deshalb laufend erneuert werden müssen. Sinn und Zweck dieses Kreislaufs ist insofern die Reproduktion der konsumierten Produkte.

Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise wird diese einfache Tatsache allerdings von einer anderen ‚Logik‘ überlagert und überformt. Denn in ihr haben Waren bekanntlich nicht nur einen Gebrauchswert, sondern auch einen Wert; und als Produkte des kapitalistischen Produktionsprozesses sind sie nicht nur Träger von Wert, sondern auch von Mehrwert (W'). In der einen Hinsicht also sind die Waren Dinge, die Bedürfnisse ihrer Käufer befriedigen; in der anderen Hinsicht jedoch sind sie bloß Bestandteile einer Produktenmasse, die für den Verkäufer das verwertete Kapital in Warenform darstellt. Daher findet auf Seiten des Käufers ein ganz normaler Warenkauf statt; für ihn verwandelt sich Geld in Ware ($G - W$). Auf Seiten des Verkäufers jedoch ist dies ein Vorgang, der ihm sein Kapital in Warenform „vergoldet“ und damit den Kreislauf seines Warenkapitals eröffnet ($W' - G'$).

Was nun das Spezifische dieses Kreislaufs betrifft, so hebt Marx zwei Elemente hervor: das erste ist, dass sich hier nicht, wie in den anderen, der Wert vermehren soll, sondern dass er mit dem *vermehrten* Wert beginnt: „der Kreislauf des Warenkapitals eröffnet sich nicht mit dem Kapitalwert, sondern mit in Warenform vermehrtem Kapitalwert, schließt also von vornherein den Kreislauf nicht nur des in Warenform vorhandenen Kapitalwerts, sondern auch des Mehrwerts ein“ (92). Der Kreislauf des Warenkapitals ist daher auch nicht mit dem verwerteten Wert abgeschlossen wie im Kreislauf des Geldkapitals ($G \dots G'$), und er endet auch nicht mit den erneuerten Bedingungen der Kapitalverwertung wie im Kreislauf des produktiven Kapitals ($P \dots P$), sondern er endet mit dem verwerteten Kapital in der Warenform ($W' \dots W'$), das in dieser Form seinen Kreislauf erneut beginnen, sich in Geld verwandeln muss. Die zweite Besonderheit sieht Marx darin, dass das Warenkapital in seinem Kreislauf die Sphäre der Zirkulation und der Produktion umschließt, so dass der Zweck dieser Bewegung darin besteht, das Kapital in *Warenform* zu erneuern, d.h. in der Gestalt von solchen Gebrauchswerten, die gesamtgesellschaftlich ein vorhandenes Bedürfnis erfüllen.

Da es also die Funktion des Warenkapitals ist, sich in Geld zu verwandeln, diese Verwandlung jedoch nur geschieht, wenn zugleich ein Bedürfnis für die produzierte Warenmasse vorhanden ist¹⁹, verschlingen sich hier die Metamorphosen des einzelnen Kapitalkreislaufs mit dem gesamtgesellschaftlichen Stoffwechsel, da die Waren als Gebrauchswerte in die (individuelle oder produktive) Konsumtion eingehen. Der Kreislauf des Warenkapitals ist daher der komplizierteste, weil er durch die mannigfaltigen und sich zudem wandelnden Bedürfnisse vermittelt ist.²⁰ In ihm bilden zudem die Sphären der Zirkulation und der Produktion eine Einheit, weil zum einen die Produktion der Waren als Gebrauchswerte durch ihren Bedarf auf dem Markt bestimmt ist, sie sich als nützlich erweisen müssen; weil dieser Bedarf zum anderen nicht ohne die Produktion dieser Waren befriedigt werden kann.

2. Die „Transsubstantiation“ des Waren- in das Geldkapital

Ohne diesen Verflechtungen nachzugehen, die das Warenkapital in seinem Kreislauf beschreibt, wollen wir uns hier nur auf das Eigentümliche des Warenkapitals konzentrieren. Denn während das Kapital in der Geldform sich in produktives Kapital verwandeln kann und das Kapital in produktiver Form sich verwerten soll, muss es sich in seiner Warenform in Geld verwandeln. Da das verwertete Kapital sich hier in der Gestalt des Gebrauchswerts befindet, hörte es auf, „Ware zu sein und überhaupt Gebrauchswert, wenn es zu lange in seiner Funktion als Warenkapital aufgehalten wird“ (79). Für das Warenkapital gilt daher in besonderem Maße, was Marx bildhaft von der einfachen Ware sagt: „Um aber praktisch die Wirkung eines Tauscherts auszuüben, muss die Ware ihren natürlichen Leib abstreifen, sich aus nur vorgestelltem Geld in wirkliches Geld verwandeln, obgleich diese Transsubstantiation ihr ‚saurer‘ ankommen mag als dem Hegelschen ‚Begriff‘ der Übergang aus der Notwendigkeit in die Freiheit oder einem Hummer das Sprengen seiner Schale oder dem Kirchenvater Hieronymus das Abstreifen des alten Adams.“ (MEW 23, 118). Denn die als Warenkapital vorhandene Produktenmasse enthält nicht nur Wert, sondern Mehrwert; sie muss sich daher als ganze, so ‚saurer‘ es ihr auch ankommen mag, aus dem vergänglichen Warenleib in die unvergängliche Geldgestalt verwandeln. Zugleich aber kann das Kapital diese Transsubstantiation nur vollziehen, wenn sich die Waren, aus denen das Kapital besteht, als gesellschaftlich nützliche Gebrauchswerte erweisen. Und es ist

¹⁹ Marx schreibt: „Um [das Geld] herauszuziehen, muss die Ware vor allem Gebrauchswert für den Geldbesitzer sein, die auf sie verausgabte Arbeit also in gesellschaftlich nützlicher Form verausgabt sein oder sich als Glied der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bewähren“ (MEW 23, 121).

²⁰ „Wird diese Figur daher in ihrer Eigentümlichkeit aufgefasst, so genügt es nicht mehr, sich dabei zu beruhigen, dass die Metamorphosen $W' - G'$ und $G - W$ einerseits funktionell bestimmte Abschnitte in der Metamorphose des Kapitals sind, andererseits Glieder der allgemeinen Warenzirkulation. Es wird notwendig, die Verschlingungen der Metamorphosen eines industriellen Kapitals mit denen anderer individuellen Kapitale und mit dem für den individuellen Konsum bestimmten Teil des Gesamtprodukts klarzulegen“ (102).

dieses „Müssen“, der Zwang zum Verkauf, der dem Kreislauf des Warenkapitals von Beginn an das Problematische wie Dynamische verleiht, und das sich in dem Maße verstärkt, in dem mit wachsendem Kapital sich die Produktmasse vermehrt.

Diesem „Müssen“ ist Marx, soweit ich sehe, in seiner Analyse des Warenkapitals nicht näher nachgegangen. Er führt nur an, dass „die Konsumtion des gesamten Warenprodukts als Bedingung des normalen Verlaufs des Kreislaufs vorausgesetzt“ (97) ist.²¹ Auch hier lässt sich sagen, dass Marx aus systematisch-analytischen Gründen diese keineswegs selbstverständliche Voraussetzung gemacht hat. Nun zeigt sich allerdings in der Realität, dass mit der wachsenden Produktenmasse, in der sich das Warenkapital darstellt, eine „Zirkulationsindustrie“ aus Handelsketten und -konzerne entstanden ist, die in weiten Bereichen quantitativ gleichrangig neben die produzierende Industrie getreten ist. Und diese Zirkulationsindustrie schwillt umso mehr an, je größer die produzierte Warenmasse und damit der Druck wird, das Warenkapital in die Geldform umzusetzen, dessen Umsatz jedoch nur möglich ist, wenn gesellschaftlich das Bedürfnis nach der produzierten Warenmasse vorhanden ist. Diese Entwicklung zeigt unseres Erachtens an, dass das, was Marx in seiner Kreislaufanalyse schlicht voraussetzt, nämlich die Konsumtion des gesamten Warenprodukts, zu einem zentralen Element und Problem der kapitalistischen Produktionsweise und damit des Kapitalkreislaufs geworden ist.²²

3. Die Ästhetisierung der Warenwelt

Als ein entscheidender Hebel für diese Verwandlung des Waren- in Geldkapital hat sich die Bedürfnisweckung der Konsumenten als Käufer durch die Produzenten oder Händler als Verkäufer ergeben. Sie hat über das Nützliche der Waren als Gebrauchswerte hinaus das Ästhetisch-Anziehende der Waren sowie das Innovative von neuen Produkten und Produktarten einbezogen. Waren werden nicht nur so gestaltet, dass sie ein bestimmtes Bedürfnis des Käufers erfüllen, sondern werden zugleich so präsentiert, dass sie als Elemente einer attraktiven Lebensweise erscheinen, an der die Konsumenten durch ihren Kauf teilhaben²³.

²¹ Allerdings findet sich in den Manuskripten eine Passage, die unserer Deutung entspricht: „... daß die Transsubstantiation der Waare in Geld für den individuellen Waarenverkäufer ein mißlicher Prozeß voller Risiko ist. Für den Kapitalisten, der Massen producirt, also auch Massen zu verkaufen hat, wächst mit der Stufenleiter der Operation ihr Risiko. Hätte er nicht vorher das Mehrprodukt einer Arbeiterarmee angeeignet, so hätte er es nicht nachher zu verkaufen. Er erklärt sich umgekehrt die Aneignung des fremden Arbeitsprodukts aus den Mühen seines Verkaufs. Bill Sykes, der die Waare nicht producirt, sondern stiehlt, weiß noch beredter vom Risiko ihres Verkaufs zu reden.“ (Manuskripte 1868-81, 9).

²² Vgl. Karl Georg Zinn: Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums. In: *Le monde diplomatique*, Berlin, 10.7.2009.

²³ Vgl. Ursula Huws: „Ihre Neuheit, Modernität und Bequemlichkeit sowie das Gefühl, über Luxusgüter verfügen zu können, die vormals Reichen vorbehalten waren, hatten eine geradezu unwiderstehliche Anziehungskraft. Die Menschen, die sich den neuen Produkten verweigerten, er-

Diesem ästhetisch-lebensweltlichen Charakter der Waren ist Marx nicht systematisch nachgegangen. Er erwähnt zwar, dass die Ware das Geld liebt (MEW 23, 122) und sie ihm resp. seinem Besitzer deshalb ‚schöne Augen‘ macht. Aber dies sind Andeutungen geblieben. An Marx anknüpfend ist dann *Wolfgang Fritz Haug* der ‚Warenästhetik‘ nachgegangen. Er beschreibt sie als Verwandlung der Waren aus nützlichen Dingen in das, was er das ‚ästhetische Gebrauchswertversprechen‘ nennt. Da der Warenverkäufer nur an der Realisierung ihres Tauschwertes interessiert sei, müsse er den Käufer, um zu kaufen, davon überzeugen, dass sie für ihn einen Gebrauchswert hat. Aus diesem Zwang zu überzeugen leitet Haug nun den ästhetischen Charakter der Ware ab: Gefördert werde, dass der Käufer sich vom Produkt einen Gebrauchswert *verspricht*. Mit diesem Versprechen aber löse sich das Ästhetische von der Ware selbst ab, der Schein werde wichtiger als Sein. „Was nur etwas ist, aber nicht nach ‚Sein‘ aussieht, wird nicht gekauft. Was etwas zu sein scheint, wird wohl gekauft.“²⁴ Gerade weil der Gebrauchswert für den Verkäufer unwesentlich sei, investiere er in das ästhetische Gebrauchswertversprechen der Ware. Denn: „Wer die Erscheinung beherrscht, beherrscht vermittels der Sinne die faszinierten Menschen.“²⁵

Allerdings hat Haug diese Ästhetisierung der Warenwelt aus der Struktur der einfachen Ware, ihrem Gegensatz von Gebrauchs- und Tauschwert, abgeleitet, nicht jedoch aus dem Charakter des Warenkapitals. Es erscheint daher so, als sei die treibende Kraft der Ästhetisierung das bloße „Geldmachen“ wie im Geldkapital, nicht aber der oben beschriebene „Druck“, den verwerteten Wert in Warengestalt zum Zweck der Reproduktion des Warenkapitals in die Geldform verwandeln zu müssen. Haug, so ließe sich sagen, hat hierbei die Metamorphose des Werts, nicht des Kapitals vor Augen.

Seit Haugs Analysen der Warenästhetik in den 70er Jahren ist festzustellen, dass sich das genannte Gebrauchswertversprechen mittlerweile zu einer umfassenden Symbolik fortentwickelt hat. In ihr steht nicht mehr die einzelne Ware, sondern die „Marke“ oder das „Logo“ eines Konzerns im Zentrum, an dessen Image und Strahlkraft der Käufer durch den Warenkauf partizipiert. In diesem Rahmen hat sich die Produktwerbung weitgehend vom Gebrauchswert und auch von dessen Versprechen abgelöst und konzentriert sich auf Symbole, die ein umfassendes Lebensgefühl repräsentieren, das im Produktkauf seinen Ausdruck findet. Es ist nicht der Turnschuh, sondern der ‚Sportsgeist‘, nicht die Zigarette, sondern die ‚Freiheit‘, die im Warenkauf sich realisieren.²⁶

schiene altmodisch, technisch unfähig, konservativ oder gar maschinenstürmerisch und fanden sehr schnell heraus, dass viele Aspekte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zunehmend auf der Annahme beruhten, dass ein jeder diese neuen Produkte besaß und beherrschte.“ (Widersprüche der digitalen Ökonomie. Informationskapitalismus und Kybertariat. In: Z 103, September 2015, 15 f.)

²⁴ Wolfgang Fritz Haug, Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/Main 1972, 17.

²⁵ Ebd.

²⁶ Vgl. Naomi Klein: No Logo. Der Kampf der Global Players um die Marktmacht, München 2001.

Dieser durch die kapitalistische Produktionsweise vermittelten Bedürfnisstruktur sind neuere psychoanalytische Ansätze nachgegangen, die sich auf die Theorien von *Jacques Lacan* bzw. von *Gilles Deleuze* und *Felix Guattari* beziehen. Diese Ansätze gehen allerdings nicht vom Interesse der Produzenten und Verkäufer an der „Vergoldung“ des Mehrwerts aus, sondern umgekehrt von den Bedürfnissen der Käufer, die diese Warenmasse konsumieren. In ihnen wird diese sich ständig erneuernde und erweiternde Warenwelt als eine symbolische Ordnung, als ein System von Bedeutungen interpretiert, und es wird nach den psychischen Mechanismen gefragt, die die Individuen an diese Ordnung binden. Diese Bindung wird durch das Glücksversprechen der symbolischen Ordnung erklärt. In ihr artikulieren sich zum einen die Wünsche der Individuen und werden Phantasien erzeugt, die zum anderen in und durch diese symbolische Ordnung erfüllt, zugleich aber nicht erfüllt werden. Hier erscheint eine solche „Dialektik des Begehrens“, die unstillbare und unaufhebbare Sucht der Individuen nach Genuss und Erfüllung, als treibende Kraft der kapitalistischen Produktionsweise. Was daher produziert wird und auf dem Markt erscheint, orientiert sich an denjenigen Symbolen, in denen und durch die die Individuen, als „Glücksmaschinen“, immer wieder aufs Neue ihre Bedürfnisse und Wünsche befriedigen. Die Warenwelt nimmt so den Charakter eines „Fetischs“ an, der den Individuen im Konsum scheinbar Glück verheißt. Und es ist dieser Charakter der immer nur scheinbaren Befriedigung, der die stete Verwandlung des Warenkapitals in seine Geldform garantiert.

Und in der Tat, diese Theorien folgen der inneren ‚Logik‘ des Warenkapitals insofern, als es das Ziel dieses Kreislaufs ist, das Kapital ständig in der Warenform zu erneuern, der die Metamorphosen, die das Kapital durchläuft, untergeordnet sind. Nach dieser ‚Logik‘ erscheint es so, als bestehe Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise darin, die Bedingungen zu schaffen, um die sich qualitativ und quantitativ wachsenden Bedürfnisse immer wieder aufs Neue zu befriedigen. Fixiert man diese Figur des Kreislaufs, schreibt Marx, dann scheinen alle Elemente der Konsumtion, „aus der Warenzirkulation herzukommen und nur aus Waren zu bestehen.“ (103) Der wachsende Reichtum der Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, stellt sich hier nicht in der abstrakten Gestalt des Geldes dar, wie im Kreislauf des Geldkapitals, oder im Produktivitätsgrad, wie in dem des produktiven Kapitals, sondern in der Tat so, womit Marx das „Kapital“ beginnt, als eine „ungeheure Warensammlung“ (MEW 23, 49). Hier präsentiert sich das Kapital in seinem Kreislauf nicht als „Geld heckendes Geld“ und auch nicht als produktive, „unternehmerische“ Kraft, sondern in der glitzernen Gestalt der Warenpaläste und shopping malls.

Kehren wir abschließend zur anfänglichen Frage zurück, warum die Arbeiterklasse beständig die Bedingungen schafft, unter denen ihre Arbeit exploitiert wird, so kann die Analyse des Warenkapitals in seinem Kreislauf eine weitere ökonomisch begründete Antwort geben. Denn hier zeigt sich die kapitalistische Produktionsweise nicht, wie im Fall des Geldkapitals, als System der Bereicherung und der Ausbeutung und auch nicht als Garant der Arbeitsplätze,

wie im Fall des produktiven Kapitals, sondern als eine ‚Maschine‘, deren Produkt die ständige Reproduktion der ‚Glücksgüter‘ ist, und die die Individuen deshalb an sie bindet.

IV. Zusammenfassung

Betrachtet man die – von Marx nicht abgeschlossene – Theorie der drei Kapitalkreisläufe nicht als eine letztlich formelle Spielerei, sondern nimmt die objektiven Unterschiede und die reale Bestimmtheit dieser Kreisläufe in den Blick, so zeigt sich, dass die kapitalistische Reproduktionsweise die genannten Funktionen nicht nur integriert, sondern sich auch, gleichsam chamäleonhaft, in je anderer Gestalt präsentiert.

Konzentriert man sich auf den Kreislauf des Geldkapitals, so erscheint das „Geldmachen“ bzw. die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital das Wesen dieser Produktionsweise zu sein. Sie garantiert den einen wachsenden individuellen Reichtum und gibt den anderen Anlass zur Kritik der Ungerechtigkeit dieses Systems. Man abstrahiert damit aber von den beiden anderen Funktionen. Hebt man hingegen den Kreislauf des produktiven Kapitals hervor, so scheint dieselbe Produktionsweise vom Streben beseelt zu sein, die Produktivität der Produktion zu steigern und mit ihr die soziale Frage der Vollbeschäftigung zu lösen; einem Streben, dessen Gelingen man skeptisch oder zurecht beurteilen mag. Man abstrahiert gleichfalls von den anderen Funktionen. Nimmt man schließlich den Kreislauf des Warenkapitals in den Blick, so präsentiert sich diese Produktionsweise als Welt des schönen Scheins, in der es darum geht, die wachsende Vielfalt der Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, seien es – je nach Standpunkt – die wahren oder die falschen. Man abstrahiert so ebenfalls von den beiden anderen Kreisläufen.

Die Konsequenz, die sich aus der Analyse dieser realen Unterschiede ergibt, kann nicht sein, in unfruchtbarer Weise die eine der genannten Dimensionen gegen die anderen auszuspielen, um in ihr das „Wesen“ der kapitalistischen Produktionsweise festzumachen. Vielmehr muss es darum gehen, die Mehrdimensionalität des Kapitals zu begreifen, d.h. in den fixierten Unterschieden zugleich die Einheit sowie umgekehrt die notwendige Unterscheidung dieser Einheit zu erfassen. Ein und dieselbe Produktionsweise umfasst das Ökonomische im Sinne der Nutzen- und Gewinnmaximierung des homo oeconomicus, das Produktive und das Soziale im Kontext einer politischen Ökonomie sowie die psychologische Dimension der Bedürfnisbefriedigung und des Genusses. Dem Kreislauf des Kapitals entspringen, wie gezeigt, nicht nur formelle Unterschiede, sondern in Gestalt des Geld-, produktiven und Warenkapitals auch reale Unterschiede und mit ihnen, wie in Ansätzen gezeigt, unterschiedliche Perzeptionen und theoretische Konzeptionen dessen, was mit dem Wort „Kapitalismus“ – positiv wie negativ – gemeint ist.

Franz Garnreiter

Die Pariser Klimakonferenz: Anlass zu Euphorie oder zu Skepsis und Sorge?

Das IPCC ist eine zwischenstaatliche Organisation auf UN-Ebene, die für politische Entscheidungsträger den Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel, zu seinen Konsequenzen und zu Vermeidungsstrategien zusammenfasst. Der aktuelle Bericht des IPCC von 2014 macht deutlich: Die Folgen des globalen Klimawandels sind schon heute zu beobachten. Um annähernd 1° ist das weltweite Temperaturniveau seit der vorindustriellen Zeit bereits gestiegen – wegen der langsam und verzögert ablaufenden meteorologischen Prozesse ist ein Anstieg um etwa 1,5° bereits bewirkt. 20 Prozent der landwirtschaftlichen Böden der Welt sind bereits von fortschreitender Degeneration und Unfruchtbarkeit betroffen, nicht zuletzt aufgrund der klimatischen Änderungen. Ohne raschen und ambitionierten Klimaschutz ist ein Temperaturanstieg um mehr als 4° in diesem Jahrhundert zu erwarten. Dabei sind die Auswirkungen eines 4°-Anstieges sehr viel heftiger als nur das Doppelte der Auswirkungen eines 2°-Anstieges, der vielfach beschworenen Höchstgrenze, die Natur und Mensch noch verkraften könnten. Denn diese Auswirkungen wachsen nicht linear, proportional mit dem Temperaturanstieg, sondern weitaus schneller, überlinear, exponentiell, explosiv.

Die Internationale Energieagentur IEA der OECD wurde in den 1970er Jahren anlässlich der Ölkrise gegründet. Sie soll die Ressourcen-, Preis- und Verbrauchsentwicklung im Energiebereich beobachten und die Energiepolitiken der reichen Länder (der OECD) koordinieren. Die IEA konzentriert wohl das weltweit umfassendste Wissen zu Energietechnik und Energiewirtschaft. In den letzten beiden Ausgaben ihres jährlich erscheinenden Weltenergieausblicks WEO beschäftigt sich die IEA mit der Frage, ob denn die auf der Klimaschutzkonferenz in Paris von den Staaten zu erwartenden (WEO 2014) bzw. tatsächlich vorgelegten (WEO 2015) Klimaschutzpläne die Welt unterhalb der 2°-Grenze bleiben lassen. Die Antwort: Auch wenn man all die papierenen Lippenbekenntnisse der Staaten für bare Münze nimmt, dann ist eine langfristige Temperaturerhöhung um rund 3° zu erwarten – ein Wert, um den auch in Paris die Erwartungen zur Erwärmung kreisten. Es klafft also eine enorme Diskrepanz zwischen den Anforderungen eines Weges zu einer wirklichen Klimasanierung und der Klimapolitik, zu der die Staaten maximal bereit sind.

Die Klimakatastrophe ist *noch* nicht zwingend

Was ist nötig zur Wahrung einer maximalen Erhöhung um 2°? Das Klimageschehen ist hoch komplex und noch lange nicht zur Gänze verstanden. Deshalb kann man keine exakten Zahlenwerte angeben, ab wann genau diese Grenze überschritten wird. Deshalb werden von den Klimawissenschaftlern

Orientierungswerte angegeben, jenseits derer die Wahrscheinlichkeit einer Erhöhung um mehr als 2° sehr hoch wird:

- Nach IPCC-Berechnungen muss die Menschheit zur Wahrung der 2°-Grenze die Emissionen von CO₂ ab 1870 auf 2900 Gt (= Milliarden Tonnen) begrenzen. Bis 2011 wurden schon zwei Drittel dieses Wertes emittiert, so dass ab 2012 noch rund 1000 Gt maximal möglich sind. Die heutigen Emissionen belaufen sich weltweit auf etwa 55 Gt Treibhausgase (THG) jährlich, davon etwa 32 Gt Kohlendioxid (CO₂) aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas, der Rest aus industriellen Prozessen (z.B. Zementherstellung), Waldvernichtung und der Emission von anderen klimaschädlichen Gasen wie Methan, Distickstoffoxid u.a. (v.a. Methan aus der Landwirtschaft). Diese gerade noch tolerierbaren 1000 Gt, die für CO₂ aus der Verbrennung fossiler Energien reserviert sind, werden im Jahr 2040 aufgebraucht sein, jedenfalls nach den Berechnungen der IEA in dem schon angesprochenen Szenario (WEO 2014, S. 87). Das ist offensichtlich eine Entwicklung, die gegen die Wand fährt. Deshalb schreibt die IEA, dass unbedingt schon vor 2020 der Rückgang der weltweiten Emissionen aus Verbrennung eingeleitet werden muss, „wenn das Ziel von 2°C nicht vollkommen unerreichbar werden soll“ (WEO 2015, S. 27). Tatsächlich ist genau das aber nach dem Stand der Klimaschutzpläne, die die Länder zur Pariser Konferenz eingereicht haben, wohl illusorisch. Die IEA, die eben diese Zusagen ihrer Prognose zugrunde legt, berechnet, dass die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energien kontinuierlich steigen werden, auch nach 2020, auch noch nach 2030, weiter bis zum Prognoseende 2040. 2040 liegen sie mit knapp 37 Gt um 15 Prozent höher als der heutige Wert von 32 Gt. Der Anstieg der jährlichen Emissionen war weltweit im Jahrzehnt 2000 bis 2010 weitaus stärker als jemals vorher in einem Jahrzehnt – angesichts dessen erfordert allein schon das Stoppen des Anstieges eine Riesenanstrengung.
- Begrenzung der Förderung von Kohle, Öl und Gas auf 10 Prozent bis 20 Prozent der heutigen Ressourcen. Das entspricht in etwa der Emissionsbegrenzung auf 1000 Gt. Bei dieser Darstellung wird aber deutlicher, wer die Gegner einer Klimasanierung sind: Kann man sich vorstellen, dass die extrem markt- und lobbymächtige Förderwirtschaft, dass Exxon und Shell, Total und Chevron, Aramco und Pemex und wie sie alle heißen, freundlich damit einverstanden sind, auf 80 Prozent, 90 Prozent des möglichen Geschäftes zu verzichten, bloß um irgendeine Temperaturgrenze in 100 Jahren zu wahren? Das Potsdam-Institut für Klimaforschung hat ausgerechnet: Wenn alle erreichbaren fossilen Energien gefördert und verbrannt werden (wenn sich die Öl- und Kohlekonzerne also absolut durchsetzen), dann dürfte die Antarktis abschmelzen, die Temperatur um 11° und der Meeresspiegel um 50 Meter steigen (SZ, 14. 9. 2015). Allerdings erst weit nach 2100, wenn es längst keine Ölwirtschaft mehr gibt.

Ist die Klimakatastrophe also schon unvermeidbar? *Noch* nicht – Betonung

auf *noch*. Das IPCC sagt, dass mit einer sehr ambitionierten Klimapolitik das 2°-Ziel noch erreichbar ist. Die IEA rechnet ein „450 Szenario“, nach dem die 2°-Grenze vermutlich gerade noch zu halten ist. Außerordentliche Maßnahmen sind aus IEA-Sicht dafür erforderlich. Greenpeace hat im Herbst 2015 eine vorwiegend ingenieurwissenschaftliche Studie vorgestellt, die auf eine weltweite Nullemission von CO₂ ab dem Jahr 2050 zielt. Von 2012 bis 2050 werden bei diesem Greenpeace-Szenario noch 670 Gt emittiert, also zwei Drittel des obigen Höchstwertes (Garnreiter 2015). Aus technischer und organisatorischer Sicht ist also eine Klimasanierung möglich. Die Klimakatastrophe ist (*noch*) nicht zwingend.

Die Pariser Klimakonferenz

Die Pariser Klimakonferenz war die 21. Folgekonferenz nach dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro. 20 Konferenzen in mehr als zwei Jahrzehnten sind eigentlich vollständig gescheitert. Lediglich auf der Konferenz in Kioto 1997 haben sich die Industrieländer zu Reduzierungen in Höhe von gut 5 Prozent ihrer Emissionen von 1990 verpflichtet (rund 1 Gt). Nach dem Ausstieg der USA und Kanadas aus diesem Vertrag blieb noch rund die Hälfte dieser Reduzierungsverpflichtung übrig, die dann bis 2012 erreicht wurde.

Nach diesen angesichts der Problemgröße erbärmlichen Maßnahmen, und nach dem jährlich wiederholten Scheitern der Verhandlungen wählte man einen neuen Ansatz. Statt sich in einer Konferenz über die Verteilung der noch möglichen Emissionen (der 1.000 Gt) verbindlich zu einigen, sollte doch jeder Staat bitteschön eine Erklärung abgeben, wie viel er selbst denn zu reduzieren bereit sei. Freiwillige und unverbindliche Selbstverpflichtung ist das neue Codewort, wobei die unverbindliche Selbstverpflichtung einen direkten Widerspruch ausdrückt. Das ist der eine große Punkt der Pariser Vereinbarung: die Verpflichtung zu freiwilligen Handlungen, deren Nichteinhaltung nicht sanktioniert wird. Außerdem werden alle fünf Jahre diese Klimaschutzpläne neu formuliert, wobei sie nur in Richtung stärkere Reduzierung geändert werden dürfen. Weil das alles unverbindlich ist, gibt es auch keine Schiedsstelle (analog der TTIP-Investitions- oder der WTO-Schiedsgerichte), auf der Staaten wegen zu hoher Emissionen angeklagt werden könnten.

Der andere wichtige Punkt ist die Zusage der Industrieländer, ab 2020 jährlich 100 Mrd. Dollar den armen Ländern für Emissionsreduzierungen und die Anpassung an Klimaänderungen zur Verfügung zu stellen (eigentlich: die Industrieländer werden zu solchen Finanzierungen „dringlich gemahnt“, wobei diese Finanzierungen auch aus Krediten und auch aus Auslandsinvestitionen der Konzerne bestehen können). Das klingt nach viel Geld, dürfte aber nur rund 0,2 Prozent des weltweiten Sozialproduktes ausmachen. Man weiß aber noch nicht, wer wie viel zahlen soll. Diese Zusage wurde eigentlich schon auf der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 abgegeben, und sie ist das vorläufige Ende einer schon rund zehn Jahre dauernden Serie an ähnlichen Zusagen, die bisher kaum materialisiert wurden. Möge dieser Zusage ein besseres Schicksal beschieden sein als dem seit 40 Jahren immer wieder bekräftigten Verspre-

chen der Industrieländer, die Entwicklungshilfe endlich auf 0,7 Prozent des Sozialproduktes zu erhöhen – ein Versprechen, das in der entsprechenden Statistik nicht die geringste Spur hinterlässt. Dagegen verankerte die Konferenz, entgegen dem Drängen der armen Länder, nicht das Recht, für klimabedingte Schäden, degradierte Böden, untergegangenes Land und Existenzvernichtungen eine Entschädigung zu verlangen. Die armen Länder wurden mit der Aussicht auf ein billiges Versicherungsmodell abgespeist.

Gemessen am Erwartbaren und an den Ergebnissen der bisherigen Konferenzen mag Paris – die Abgabe unverbindlicher Zusagen – ein Erfolg sein; gemessen am Notwendigen bedeutet Paris einen weiteren Nichterfolg für den Klimaschutz.

Wie sehr Paris eine euphorische Parallelwelt war, sieht man am Alltag in den Tagen danach. In Deutschland: Der Landwirtschaftsminister beeilte sich, als Erster mit dem Statement aufzuwarten, „dass die Landwirtschaft nicht zum Sündenbock der Klimaschützer werden dürfe“ (SZ, 15. 12. 2015), was heißt, sie müsse von jedweden Einschränkungen verschont bleiben. Merkel zählte auf dem gleichzeitig stattfindenden CDU-Parteitag ausführlich die Ereignisse des Jahres 2015 auf (7 Seiten Redemanuskript), hat Zeit für die Erwähnung der Absage eines Fußballspieles (1/4 Seite), aber für die wichtigste Klimakonferenz seit Jahren: absolut Null, keine Erwähnung. Die Deutsche Bahn – vielleicht zeitlicher Zufall – meldet zwei Tage nach der Konferenz, dass sie ihren Gütertransport bis 2017 radikal reduziert: minus ein Drittel der Arbeitsplätze und minus ein Drittel der Verladestellen. Verkehrspolitik? Profitmaximierung ist die Antwort! Man könnte meinen, dass die Aktienkurse der Energiekonzerne nach den so bejubelten Pariser Beschlüssen kräftigst verlieren – ihr Geschäftsfeld soll ja massiv beschnitten werden. Aber in der Woche nach Paris stiegen die Kurse der Stromversorger RWE und Eon um 3 bis 4 Prozent, einen Prozentpunkt mehr als der Dax. Exxon und Shell stiegen um 4 Prozent, während der Dow Jones leicht negativ war. BP, Shell und Total, die europäischen Ölkonzerne, verharrten auf dem Kursniveau der Vorwoche, nur leicht unter dem europäischen Kurstrend Eurostoxx. Das Kapital wertet die Pariser Beschlüsse also offensichtlich dahingehend, dass ihm von dort her keine Gefahr droht.

Deutsche Emissionspolitik – jämmerlich und unglaublich

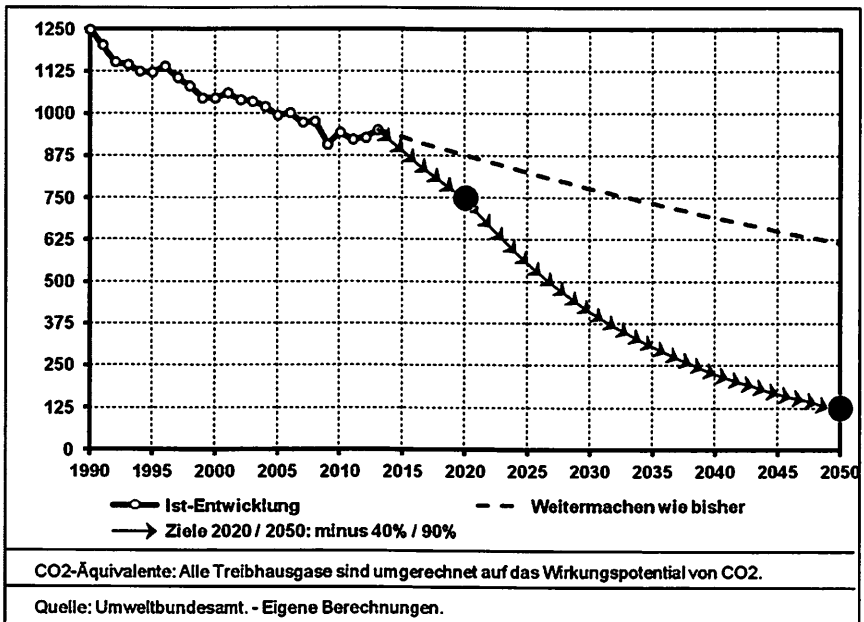
Das reale Desinteresse an der Pariser Konferenz und an der nervigen Klimapolitik überhaupt, das Bestreben, Klimapolitik beiseite zu wischen, zeigt sich insbesondere auch an der deutschen Emissionsentwicklung – das ist das Gebiet, auf dem eigentlich der selbst ernannte Energiewende-Weltmeister brillieren sollte.

Seit 1987 macht die Bundesregierung große Versprechen hinsichtlich zukünftiger Emissionsreduzierungen. Lange Zeit waren es 25 Prozent Reduzierung bis 2005 gegenüber 1990. Im Jahr 2005 stellte sich dann heraus, dass es gerade mal zu 20 Prozent gereicht hat, von 1.250 auf 1.000 Millionen Tonnen Treibhausgase, Methan etc. mit einbegriffen (siehe Grafik 1). Diese Reduzierung ist aber zu mehr als der Hälfte auf den Zusammenbruch und die Abwrackung der ehemaligen DDR-Industrie zurück zu führen. Nach Berechnungen

des DIW verringerten sich die ostdeutschen Emissionen von 1990 bis 1995 um 135 Mio. Tonnen CO₂, fast die Hälfte des Ausgangswertes von 1990 (Pomrehn 2007). Seither stagnieren die Emissionen in Ostdeutschland.

Die Lehre aus diesem Versagen war für die Bundesregierung, noch vollmundigere Versprechen zu machen: Nach ihrem Energiekonzept 2010 sollen die THG-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 sinken und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. 40 Prozent minus bis 2020 heißt: 2020 dürfen noch 750 Mio. Tonnen THG emittiert werden, massiv weniger als der letztverfügbare Istwert für 2013 mit 952 Mio. Tonnen. Der Zielwert für 2050 liegt auf dem Niveau, das seit der Rio-Konferenz 1992 von Klimawissenschaftlern für die reichen Länder gefordert wird.

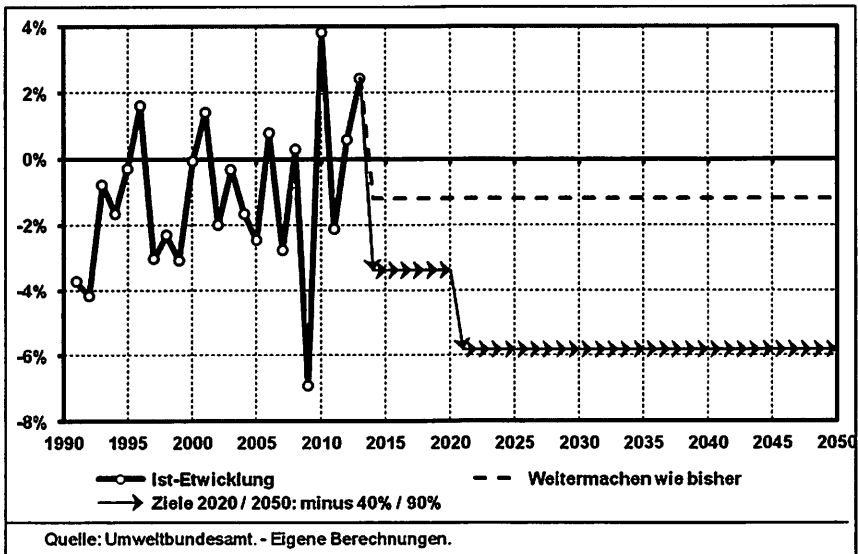
Grafik 1: Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente



Grafik 1 zeigt die Istentwicklung bis 2013, den notwendigen Verlauf zur Wahrung der Ziele 2020 und 2050 und die Entwicklung, wenn es so weiter geht wie bisher (BAU = business-as-usual nennen das die Szenariobauer). Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2013 wurde eine Reduzierung um jährlich 1,2 Prozent erreicht (ohne den Effekt aus der Abwrackung der DDR-Industrie wären es nur 0,7 Prozent). Mit dieser Einspartrate käme man im Jahr 2050 auf gut 600 Mio. Tonnen THG, die Hälfte des Ausgangswertes 1990. Sicherlich nicht

zufällig kommen die üblichen Prognosegutachten für die Bundesregierung häufig auf eine Reduzierung von rund 50 bis 60 Prozent für 2050. Mit einer Reduzierung um die Hälfte ist noch nicht sehr viel erreicht, denn dann liegt der Wert für 2050 immer noch fünfmal so hoch wie der Zielwert, wenn man diesen auf minus 90 Prozent beziffert. Und hier kommt noch ein wichtiger Umstand zum Tragen: eine Reduzierung um z.B. 100 Mio. Tonnen ist sehr viel einfacher bei einer Ausgangsmenge von 1.000 als bei einer von 200 Mio. Tonnen. Im ersten Fall handelt es sich um ein Zehntel, im zweiten Fall um die Hälfte des Ausgangswertes. Im ersten Fall reicht das Abstellen von Verschwendung, der zweite Fall bedeutet eine tiefgehende Strukturänderung. Deshalb ist es, wenn man die Anstrengung zur Emissionsreduzierung beurteilen will, sehr viel aussagekräftiger, wenn man die relative, also die prozentuale jährliche Änderung betrachtet. Denn Reduzierungen um z.B. 5 Prozent pro Jahr sind bei unterschiedlichen Ausgangsniveaus viel eher miteinander vergleichbar als Reduzierungen um z.B. 50 Mio. Tonnen.

Grafik 2: Jährliche Veränderungen der Treibhausgasemissionen in Deutschland in Prozent



Grafik 2 zeigt die jährlichen prozentualen Änderungen der THG-Emissionen in Deutschland seit 1990 und die nötigen Reduzierungen, um auf die Zielwerte für 2020 und 2050 zu kommen. Um das Ziel für 2020 noch zu erreichen, braucht man für die verbleibenden Jahre eine jährliche Reduzierung um 3,4 Prozent, ein Wert, der nur in den beiden ersten Jahren des Zusammenbruchs

der ostdeutschen Wirtschaft und in der Weltwirtschaftskrise 2009 erreicht wurde. Noch schärfer stellt sich die Perspektive für die folgenden 30 Jahre bis 2050 dar: Hier ist kontinuierlich eine jährliche THG-Reduzierung um 5,8 Prozent nötig. Das ist fünfmal so intensiv wie der bisher erreichte Durchschnitt seit 1990 (1,2 Prozent). Nach dieser Betrachtung ist in den letzten 25 Jahren in Deutschland trotz aller Feiertagsreden wenig Nennenswertes und Bemerkenswertes in Richtung Klimaschutz passiert; die großen Aufgaben und Umstrukturierungen stehen alle noch an.

Das weiß natürlich auch die Bundesregierung. Um sich nicht völlig zu blamieren, hat sie im Dezember 2014 ein „Aktionsprogramm Klimaschutz“ verabschiedet. Es soll rund 70 Mio. Tonnen THG zusätzlich bis 2020 einsparen und damit die Lücke zwischen Trend und Ziel 2020 schließen. Wie Grafik 1 zeigt, wird das nicht reichen, weil die Lücke eher bei 120 Mio. Tonnen liegt. Aber sei's drum.

Ein wichtiger Teil dieses Programms betrifft die Stromwirtschaft. 22 Mio. Tonnen Reduzierung sollten daraus resultieren, dass Gabriel den Braunkohleinsatz verteuern wollte, wie er mit reichlich Selbstlob verkündete. Der BDI und die Stromgewerkschaft BCE machten Druck dagegen, und nach einem Dreivierteljahr Verhandlungen stand im Herbst 2015 das Ergebnis fest: RWE und Eon schalten einige alte überschüssige Kohlekraftwerke ab und kassieren dafür 1,6 Milliarden Euro Subventionen – statt der ursprünglichen Vorstellung, dass sie die Kraftwerke stilllegen, weil sie nach der steuerlichen Kohleverteuerung unrentabel werden – und die Emissionen sinken um 12 Mio. Tonnen, die Hälfte des angestrebten Wertes (wobei das m.E. schön gerechnet ist). In der darauf folgenden Woche explodierten die Aktienkurse von RWE und Eon mit einem Plus von rund 30 Prozent.

Was soll aus einer solchen Klimapolitik nur entstehen? Dasselbe beim Verkehr: Das genannte Aktionsprogramm will an prominenter Stelle die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene vorantreiben. Die Bahn (im Eigentum der Bundesregierung) beschließt zwei Tage nach der Pariser Konferenz den radikalen Abbau des Güterverkehrs. Absolut kabarettreif. Kurz vor dieser Konferenz kam eine von der Regierung berufene Kommission zum Ergebnis, dass das Klimaziel 2020 „erheblich gefährdet“ sei und „das Tempo der Emissionsminderung mindestens verdreifacht“ werden müsse (das ergibt sich auch aus Grafik 2). Die Regierung rechne sich ihre Szenarien zu oft schön und die niedrigen Ölpreise verschärfen die Lage zusätzlich (SZ, 19. 11. 2015). Das ist alles eine stimmige Fortführung der desaströsen Energiepolitik, die dazu führte, dass Deutschland heute die kohleintensivste Stromwirtschaft unter allen reichen Ländern hat (Garreiter/Selinger 2014).

Man könnte diese Gegenüberstellung von Istentwicklung, hehren Versprechungen und notwendiger Anstrengung auch für die EU und für die Welt insgesamt machen. Es käme ein ähnliches oder noch beunruhigenderes Bild heraus.

Befürchtungen

Viel Grund zum Optimismus besteht jedenfalls nicht. Im Gegenteil. Weil der Tag mit Riesenschritten näher kommt, an dem wir das 2°-Ziel (vom 1,5°-Ziel kann man bereits heute nicht mehr ernsthaft sprechen) endgültig aufgeben müssen, werden zunehmend neue verführerische Argumente vorgetragen, die suggerieren sollen, dass wir doch noch eine Menge Zeit haben und uns die Sache mit der teuren Energiewende und ihren Einschränkungen noch gründlich überlegen können und sollten. Ich meine die Stichworte Geoengineering und negative Emissionen.

Unter *Geoengineering* wird das gewollt-aktive und großräumige Eingreifen in das globale Klima verstanden, hier zum Stopp der Erwärmung. Es gibt eine ganze Menge von Theorien und Vorstellungen, wie die Erwärmung rückgängig gemacht werden könnte (Überblick in: UBA 2011). Es geht beispielsweise um die Installation von Spiegeln oder reflektierenden Scheiben im Weltall oder um das Ausblasen von Millionen Tonnen Schwefelverbindungen in die Stratosphäre (mehr als 20 km hoch), beides mit dem Ziel, einen Teil der Sonneneinstrahlung vor Erreichen der Erdoberfläche in den Weltraum zu reflektieren. Das Sonnenlicht soll also heruntergedimmt werden. Oder die großflächige Düngung der Ozeane mit dem Ziel, das Algenwachstum und damit die CO₂-Aufnahme zu steigern, wobei das fixierte CO₂ nach Absterben der Algen mit diesen auf den Meeresgrund absinken soll.

Allen Plänen gemeinsam ist, dass sie nur auf dem Papier das Beste versprechen und Forschungen zu den Auswirkungen noch gar nicht begonnen haben – z.B. zu der Frage, wie sich steigende CO₂-Konzentrationen und die Versauerung der Ozeane zu einer künstlichen Temperatursenkung per Schwefelemission verhalten. Aber: Sie alle versprechen einen Erwärmungsstopp, der ingenieurmäßig nach Bedarf dosiert werden kann und der vergleichsweise billig ist. Eine Anpassung des Lebensstils – Entchemisierung des Alltags, Umbau des Verkehrssystems, Rücknahme der Wachstums-, Konsum- und Luxusgüter – also ein Hinterfragen des westlichen Konsummodells, das ja keinesfalls auf die ganze Erde ausgedehnt werden kann, soll unnötig werden.

Ähnliches verspricht das zweite Schlagwort, die *negativen Emissionen*. In Zukunft, so die hoffnungsfrohen Protagonisten, verfügen wir über Techniken, mit denen wir das CO₂ aus der Luft wieder herausholen können. Entweder über den großflächigen Anbau von Energiepflanzen (viele Millionen km² wären nötig), die wir verbrennen und deren CO₂ wir aus den Rauchgasen ziehen und tief in die Erde oder am Meeresgrund versenken (so genannte Carbon Capture and Storage Technik). Oder wir filtern das CO₂ gleich unmittelbar aus der Umgebungsluft, etwa in Anlagen entlang den Autobahnen. Oder durch die genannte Ozeandüngung. Diese Techniken sind zwar vielleicht nicht so billig wie die vorher genannten, aber sie eliminieren den Urheber, das CO₂. Wenn das die Zukunft ist, so die unterschwellige Botschaft, dann können wir heute fröhlich weiter emittieren, denn wir holen das Zeug später wieder aus der Luft, wir haben dann also negative Emissionen. Dass CO₂, auch wenn es verflüssigt ist, ein

mehrfach höheres Volumen hat als die Ursprungsstoffe Kohle, Öl, Erdgas und dass es daher höchst zweifelhaft ist, ob wir ausreichend Platz finden, um das CO₂ sicher zu entsorgen (am einfachsten: in den ausgeförderten Kohle- und Öllagerstätten), das ist hier kein Thema. Ebenso der Umstand, dass das Verfahren dermaßen energieintensiv ist (es sind regelrechte Chemiefabriken, die an die Kraftwerke angelagert werden müssen), dass es als der beste Weg erscheint, die vorhandenen fossilen Bodenschätze auf dem schnellstmöglichen Weg auszufördern.

Die absolut vage, aber in Zukunft m.E. sicherlich immer dringlicher und lockender propagierte Aussicht, die Welttemperatur nach Bedarf hoch und runter fahren und/oder negative CO₂-Emissionen erreichen zu können, suggeriert und soll suggerieren, dass wir noch Jahrzehnte weiter machen können wie gewohnt und später immer noch alles korrigieren oder rückabwickeln können – und das sogar billig oder zu moderaten Kosten. Angesichts der Tatsache, dass die Auswirkungen dieser Techniken, und vor allem ihrer Kombination, nicht im Ansatz bekannt sind, wäre ein Sich-Einlassen auf sie sehr wahrscheinlich ein Vabanquespiel allererster Klasse, gegen das das heutige Ölverbrennen noch ganz harmlos wäre. Es wäre Vollgas und Vollbremsung gleichzeitig. Es braucht schon viel Gottvertrauen, um davon ein Gleichgewicht in der Klimaentwicklung zu erwarten. Das Umweltbundesamt bewertet diese Vorstellungen in vorsichtiger Sprache so: „Es besteht die Gefahr, dass die Treibhausgasminde rung vernachlässigt wird, weil vermeintliche ‘Ret tungsschirme’ zur Verfügung stehen.“ Und diese Maßnahmen können zudem ein „erhebliches Konfliktpotential“ zwischen den Staaten verursachen, weil sie zu aller globalen Unsicherheit hinzu „für Mensch und Umwelt regional sehr unterschiedliche Risiken verursachen“ (UBA 2011, S. 7). Genauso wie der Treibhauseffekt selbst, und damit dessen Risiken verdoppelnd.

Der französische Präsident Hollande meinte zur Pariser Konferenz: „Um die Klimakrise zu lösen, werden gute Wünsche und Absichtserklärungen nicht reichen.“ (SZ, 1. 12. 2015). Wie wahr! Es wird immer deutlicher, dass das kapitalistische System, das den kurzfristig erreichbaren Profit unabweisbar und gnadenlos höher bewertet als alle nichtökonomischen Interessen der heutigen und künftigen, der hier und anderswo lebenden Menschen, dass dieses kapitalistische System gewaltige Hindernisse auftürmt, die zur Rettung aus der Klimakrise überwunden werden müssen, was sicher die Funktionsweise des Kapitalismus im Kern betrifft. Ein erster Schritt wäre, auf der Basis kommunaler Wirtschaft und Daseinsvorsorge (hier: die Stadtwerke) eine neue, eine demokratisch kontrollierte und eine an gemeinsam beschlossenen Energie- und Klimazielen gebundene Energiewirtschaft aufzubauen und den bisherigen abgewirtschafteten Energiekonzernen ihre Markt- und Lobbymacht zu nehmen. Aber allein dazu ist schon eine politische Umwälzung nötig (vgl. Garnreiter u.a. 2012).

Quellen

- Garnreiter, Franz: Die Energie-[R]evolution von Greenpeace, 3. 10. 2015, in: <http://isw-muenchen.de/2015/10/die-energie-revolution-von-greenpeace/>
 Garnreiter, Franz, Helmut Selinger: Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne. isw-

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, Report 99, Dezember 2014
Garnreiter, Franz, Joachim Schubert, Conrad Schuhler, Helmut Selinger: Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System? isw-Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, Report 91, Dezember 2012

IEA: World Energy Outlook 2015, Paris

IEA: World Energy Outlook 2014, Paris

Pomrehn, Wolfgang: Klimaziele: Deutsche Ankündigungspolitik, in: Onlinemagazin Telepolis, 22. 8. 2007

SZ – Süddeutsche Zeitung: Klima der Ernüchterung, 15. 12. 2015

SZ – Süddeutsche Zeitung: „Es geht um die Zukunft des Planeten“, 1. 12. 2015

SZ – Süddeutsche Zeitung: Deutsche Klimaziele „erheblich gefährdet“, 19. 11. 2015

SZ – Süddeutsche Zeitung: Das Ende der Antarktis, 14. 9. 2015

UBA– Umweltbundesamt: Geo-Engineering. Wirksamer Klimaschutz oder Größenwahn? April 2011

Bayer Aktien? Nutzen! Stimmrechte übertragen!

www.CBGnetwork.org



Ungleicher Tausch – Grundannahmen, Widersprüche und aktuelle Bedeutung eines umstrittenen Theorems

Überall auf der Welt werden Wert und Mehrwert geschaffen. Profite werden hingegen überwiegend in den Ländern des Zentrums realisiert und nicht in jenen der Peripherie, wo sie produziert oder im Fall von Rohstoffen gefördert wurden. Welche Strukturen und Mechanismen dafür verantwortlich sind, versuchen Theorien zum ungleichen Tausch zu klären. Sie fragen danach, wo welche Güter unter welchen Bedingungen gefertigt werden und wer davon profitiert, kurz wie der globale Reichtum produziert und verteilt wird.

Wir arbeiten in unserem Beitrag die zentralen Annahmen und Ungereimtheiten ausgewählter Denkansätze in diesem Feld heraus und fragen nach ihrer heutigen Relevanz.

Ein kurzer Überblick kann nicht alle theoriegeschichtlichen Ansätze behandeln (für Überblicke mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung siehe Brolin 2006; Raffer 1987). Wir beginnen unsere Darstellung mit der Prebisch-Singer-These und dependenztheoretischen Beiträgen. Es folgt eine Auseinandersetzung mit Arghiri Emmanuel, dessen Theorem heftige Debatten ausgelöst hat und auf den sich nicht nur Dependenztheoretiker, sondern auch Neomarxisten wie Ernest Mandel und der Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein bezogen haben. Unseren theoriegeschichtlichen Abriss beenden wir mit einer Betrachtung der zeitgenössischen Güterkettenforschung.

Was man bei der Diskussion um die unterschiedliche Verteilung und Aneignung globaler Werte mitberücksichtigen muss, ist der Ressourcen- und Naturverbrauch. Dieser blieb bis in die 1970er Jahre weitgehend unhinterfragt, räumte aber den „*early birds*“ kapitalistischer Produktion gleichsam „außerökonomische“ Verschmutzungs- und Zerstörungsrechte ein. Heute wird versucht, den ungleichen Ressourcenverbrauch und die Naturzerstörung in die Theoriebildung des ungleichen Tauschs einzubeziehen (Brolin 2006), dies ist aber nicht Gegenstand unserer Erörterung. Wir konzentrieren uns im Resümee vielmehr auf die Veränderungen der internationalen Ökonomie und die Frage von internationaler Solidarität als wesentlichem Element der Bekämpfung von Ausbeutungsverhältnissen.

Prebisch-Singer-These: Austauschverhältnisse im internationalen Handel

Einen Referenzpunkt für die Debatten um den ungleichen Tausch bilden die nach dem Zweiten Weltkrieg von Raúl Prebisch und Hans Singer vorgelegten Untersuchungen zur langfristigen Verschlechterung der internationalen Austauschverhältnisse („*terms of trade*“). Ihr Befund lautet: Während die Preise und damit die Exporterlöse für Primärgüter langfristig fallen, steigen jene für

Tabelle 1: Kennzeichen der Theorien zum ungleichen Tausch

| | Prebisch-Singer-These | Arghiri Emmanuel | Dependenzschule | Ernest Mandel | Weltsystem-Ansatz | Globale Güterketten |
|---------------------------|--|---|---|---|--|---|
| Analyse-einheit | Länder Produktgruppen (Industrie- u. Agrarprod. bzw. Rohstoffe) | Länder | Zentrum (Z) – Peripherie (P) | Globaler Kapitalismus, Zentrum-Peripherie | Weltsystem | Ware (commodity) <i>inter-firm</i> -Beziehungen |
| Räumliche Dimension | Industrielländer – Entwicklungsländer | Zentrum – Peripherie | Zentrum – Peripherie | Zentrum – Peripherie | Zentrum-Semiperipherie – Peripherie | Globale Güterketten |
| Periode | Seit der Industriellen Revolution, Nachkriegsperiode | Neue Internationale Arbeitsteilung (NIAT) | Monopolkapitalismus, NIAT | Spätkapitalismus (Monopolkapitalismus) | Historisch und aktuell | „Zweite Globalisierung“ |
| „Materialisierung“ | Zirkulations-sphäre | Produktions- und Zirkulationssphäre | Produktions- und Zirkulationssphäre | Produktions- und Zirkulationssphäre | Zirkulationssphäre | Produktions- und Zirkulationssphäre |
| Referenz | Preis | Preis & Wert | Wert | Wert | – | Preis |
| Grundlegender Mechanismus | Säkulare Verschlechterung der <i>terms of trade</i> ; Preis- und Nachfrageelastizitäten; ungleicher technol. Fortschritt; Höhere Löhne/mächtige Gewerkschaften (Z) | Unterschiedliche Lohnniveaus in Z und P (Wert und Preis der Arbeitskraft) | Historische Deformation der P; Monopolmacht der Multis, Unterschiedl. Lohnniveaus in Z u. P (Wert u. Preis d. AK); Überausbeutung d. Arbeit in d. P | Sufenfolge d. Akkumulation d. Kapitals, der Arbeitsprod. u. d. Mehrwertraten führen zum Tausch unterschiedlicher Arbeitsquanten | „Core-like“ & „periphery-like“ Tätigkeiten; unterschiedliche Grade an Monopolmacht | Value added – value captured, Governance Struktur |
| Gewinner | Industrielländer | Kapital und Arbeit (Z) | Multis, Zentren; Zentren u. Kompradorenbourgeoisie (P) | KapitalistInnen (Z) | Bourgeoisie (Z) | Leitunternehmen, Einzelhandel |
| Verlierer | Entwicklungsländer | Arbeit (P) | Produzenten und ArbeiterInnen (P), Hinterland (P) | ArbeiterInnen | Subalterne (P) | Akteure am unteren Ende d. Kette (Arbeit, Zulieferer, Länder) |

Abkürzungen: AK (Arbeitskräfte), EL (Entwicklungsländer), IL (Industrielländer), NIAT (Neue intern. Arbeitsteilung), P (Peripherie).

Fertigwaren. Die Benachteiligung der Peripherie liegt demnach in einer internationalen Arbeitsteilung begründet, die der Peripherie die Rolle des Rohstofflieferanten zuweist (Prebisch 1986 [1949], 2010 [1964]; Singer 1950).

Das Kernargument besteht darin, dass technologische oder Produktivitätsfortschritte in Zentrum und Peripherie unterschiedliche Effekte haben (für einen Vergleich der diskutierten Ansätze siehe vorstehende Tabelle).

Während in den Zentren aufgrund des relativen Arbeitskräftemangels zu dieser Zeit und starker gewerkschaftlicher Organisation die ArbeiterInnen Produktivitätszuwächse in höhere Löhne verwandeln, führen gegenteilige Bedingungen in der Peripherie – ein Überangebot an Arbeitskräften und ihr schwacher Organisationsgrad – zu niedrigeren Preisen für die Exportgüter. Folglich kommen die Produktivitätsgewinne in der Peripherie den Industrienationen und den dortigen KonsumentInnen zugute: „Die Früchte des technischen Fortschritts mögen entweder die Produzenten (in Gestalt höherer Löhne) oder die Konsumenten (in Form niedrigerer Preise) ernten. Im Fall von Fertigwaren, die in den entwickelteren Ländern hergestellt werden, war die erste Methode, d.h. die Verteilung an die Produzenten in Form höherer Löhne, wichtiger als die zweite, die in den unterentwickelten Ländern, bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, überwog. Allgemein können wir sagen, dass technischer Fortschritt in der verarbeitenden Industrie sich in höheren Löhnen niederschlägt, während technischer Fortschritt in der Nahrungsmittel- und Rohstoffwirtschaft in unterentwickelten Ländern zu fallenden Preisen führt.“¹ (Singer 1950: 478) Die Entwicklungsländer finanzieren – da sie Industriegüter zu höheren Preisen importieren als sie für ihre Ausfuhrüter erhalten – den steigenden Lebensstandard im Zentrum mit.

Ein weiteres Argument betrifft die geringere Nachfrage- und Einkommenselastizität bei Primärgütern im Vergleich zu verarbeiteten Gütern. Steigende Einkommen in den Industrieländern führen nicht zu einer entsprechenden Erhöhung der Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten. Die Importnachfrage der Entwicklungsländer nach Ausrüstungs- und Kapitalgütern weist hingegen hohe Wachstumsraten auf. In anderen Worten: Während die Peripherie auf den Import von Industriegütern nicht verzichten kann, ist die Nachfrage der fortgeschrittenen Industrieländer nach Primärgütern elastisch. Die Konzentration des technischen Fortschritts ermöglicht es den Zentren, natürliche Rohstoffe zu substituieren. Schließlich können die Industrieländer bzw. die dort beheimateten multinationalen Konzerne aufgrund ihrer technologischen Überlegenheit und Marktmacht die Produktion wirksam kontrollieren und die Preise für verarbeitete Exportgüter bestimmen (Prebisch 2010 [1964]: 14f).

Prebisch und Singer haben anhaltend wichtige Einsprüche gegen den neoklassischen Lehrsatz, dass Außenhandel *allen* beteiligten Ländern zum Vorteil gereiche, formuliert. Kritik an der Prebisch-Singer-These zielt sowohl auf die statistische Basis der Beobachtungen, die theoretische Fundierung als auch auf ihren analytischen Wert (vgl. Menzel 2010: 107). Prebisch verwendete

¹ Übersetzungen aus dem Englischen durch die Redaktion.

aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Daten die *Commodity Terms of Trade* (Export- und Importpreise), die keine Auskunft geben über Kaufkraft- oder Produktivitätsveränderungen. Einzuwenden ist weiter, dass die Preisentwicklung je nach Rohstoff sehr unterschiedlich verläuft. Erdöl, Kaffee oder Weizen gleich zu behandeln ist im Rahmen eines vereinfachten Modells der Außenhandelstheorie zulässig, einer differenzierten Analyse der Ungleichheitsverhältnisse allerdings wenig zuträglich.

Kindleberger befördert mit seiner Untersuchung der Austauschverhältnisse Europas mit der Welt einen weitreichenderen Sachverhalt zu Tage: dass sich die *terms of trade* nicht zu Ungunsten der Primärgüter, sondern der Peripherie selbst entwickeln, egal ob sie Rohstoffe oder andere Güter exportieren (Kindleberger 1956: 240, zit. in Brolin 2006: 213). Singer stimmt dem zu: „Singer I nahm an, dass die Zentrum-Peripherie-Beziehungen sich aus den Verhältnissen zwischen zwei Warentypen ableiten, d. h. zwischen Fertigwaren und Rohstoffen. Singer II erkennt nun, dass das Wesen der Beziehungen auf den Verhältnissen unterschiedlicher *Ländertypen* liegt.“ (Singer 1958, 1984, zit. in Brolin 2006: 114; Kursiv i.O.) Verantwortlich für den Peripheriestatus sind in seiner Sicht schwache Gewerkschaften und fehlender Lohndruck.

Dependenztheoretische Beiträge: Monopolmacht und Überausbeutung

Für die VertreterInnen der Dependenzschule liegen die Gründe für die Unterentwicklung der Peripherie weiter zurück und tiefer. Die nachteilige Position in der internationalen Arbeitsteilung ist nicht nur eine Angelegenheit der Preisrelationen zwischen Rohstoffen und Fertiggütern. Sie verweisen in ihren Arbeiten aus den späten 1960er und 1970er Jahren auf die *strukturelle* Abhängigkeit und die *strukturelle* Heterogenität, kurz auf die deformierten Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen als Folge der gewaltsamen Eingliederung in das kapitalistische Weltssystem und imperialistischen Ausbeutung. Explizit auf eine Theorie des ungleichen Tauschs bezogen sich nur wenige Autoren. Zu ihnen zählen Samir Amin, Ruy Mauro Marini und Oscar Braun. Sie stehen jeweils für recht unterschiedliche Zugänge.

Nach Amin ist ungleicher Tausch immer dann gegeben, wenn Arbeit auf vergleichbarem Produktivitätsniveau ungleich vergütet wird, realiter in der Peripherie niedriger als im Zentrum. Die Lohndifferenzen zwischen Nord und Süd begründen „eine Spezialisierung und ein internationales Preissystem, die die Ungleichheit perpetuieren“ (Amin 1975: 121, siehe auch Amin 1977, 1980). Ermöglicht werde der ungleiche Tausch durch die globale Mobilität von Kapital und Technologie, während die Staaten der Mobilität der Arbeitskräfte Grenzen setzten. Amins Überlegungen zielen auf die neuen Bedingungen der Ausbeutung im „Monopolkapitalismus“: Die Peripherie exportiert nicht mehr nur Agrarprodukte von rückständigen Sektoren mit niedriger Produktivität (die Prebisch vor Augen hatte). Der Hauptteil der Exporte stammt mittlerweile aus einem „ultramodernen kapitalistischen Sektor“ wie der Erdöl-, Bergbau-,

Metall- und Lebensmittelindustrie, in der multinationale Konzerne mit billiger einheimischer Arbeitskraft die Produktion organisieren (Amin 1975: 115).

Für Marini (2008 [1973]: 115ff, 124f.) sind Unterkonsumtion und Überausbeutung der Arbeit in der Peripherie die zentralen Mechanismen, die ungleichen Tausch, also die Aneignung der in der Peripherie erzeugten Werte in den Zentren, ermöglichen. Die ArbeiterInnen in der Peripherie werden überausgebeutet, und es gebe keinen Grund für Lohnsteigerungen, weil sie nicht für die Realisierung von Profit benötigt würden. Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital im entwickelten Land wird hingegen überwunden, weil, so Marini, beide Klassen ein gemeinsames Interesse daran haben, Löhne hoch zu halten (Marini (2008 [1973]: 133).

Die Entwicklungsländer reagieren auf das Produktionsmonopol des Zentrums nicht mit einer Erhöhung der Produktivität, sondern mit der Überausbeutung der Arbeit: mit einer Kombination aus Intensivierung der Arbeit, Verlängerung des Arbeitstages und einer Verringerung der Reproduktionskosten durch unbezahlte Arbeit in Haushalten und Subsistenzsektoren. Die Ausbeutung von nicht-kapitalistischen Sektoren ermöglichte es, Löhne unterhalb der Reproduktionskosten zu zahlen (ähnlich Amin 1980: 25, 134, 144). Die ArbeiterInnen und die KapitalistInnen in den fortgeschrittenen Ländern eigneten sich den in der Peripherie produzierten Mehrwert an, indem sie die in den dortigen arbeitsintensiven Industrien hergestellten Güter zu niedrigen Preisen konsumierten. Ohne abhängige Länder würde, so Marini, der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in den entwickelten Ländern drastisch zurückgehen und die Profitrate einbrechen. Die aus der Peripherie exportierten Produkte seien die Nahrung für steigenden Konsum und lieferten den Mehrwert für die Kapitalistenklasse in den fortgeschrittenen Ländern.

Auch Amin (1977: 126f, 1980: 19) spricht von der Überausbeutung der ArbeiterInnen in der Peripherie. Die zweifache Ausbeutung kommt daher, weil sie zum einen Mehrprodukt oder Surplus² für die Kapitalistenklasse und Unternehmenseigentümer vor Ort schaffen und zweitens mit ihrer unterbezahlten Arbeit Transferwert („*global transfer value*“) in die Zentren schaufeln, von denen die dortige Kapitalistenklasse und „Arbeiteraristokratie“ profitiert.

Der Argentinier Oscar Braun unterfüttert eine dependenztheoretisch inspirierte globale Monopoltheorie mit einem an David Ricardo orientierten Zweiländer-Güter-Modell (Braun 1974, 1984). Mit seinen Modellen vollständiger bzw. nicht vollständiger Spezialisierung bleibt er zunächst im Denkraum von Prebisch und Singer. Während das Zentrum alles produziert, ist die Peripherie einer ungünstigen Spezialisierung unterworfen und zum Import von Kapitalgütern und Technologie gezwungen. Das Wirken des ungleichen Tauschs setzt dann ein, wenn Primärgüter der Peripherie gegen Industriegüter aus dem Zentrum getauscht werden und große Lohn disparitäten zwischen bei-

² Bei Amin wird der Begriff „Surplus“ oder „surplus value“, ähnlich wie bei Wallerstein, umfassender und nicht nur an kapitalistische Lohnarbeit gebunden verwendet.

den bestehen. Ungleichener Tausch ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der *terms of trade*. Die „unabhängige Variable“ sind nicht die Preisrelationen im internationalen Handel, sondern die Löhne.³

Ungleichener Tausch zeigt sich immer dann, wenn Waren unter ihrem Produktionspreis gekauft und über ihrem Produktionspreis verkauft werden. „Das ist möglich, wenn es Monopole gibt, sei es auf der Produktions- oder Handelsebene“ (Braun 1974:138). Das imperialistische Zentrum manipuliert mit protektionistischer Handelspolitik und Subventionen die Preise in der Art, dass die Preise der eigenen Produkte hoch und umgekehrt die Produktionspreise und die Löhne im abhängigen Land niedrig bleiben.

Die genannten Dependenztheoretiker gehen über den *terms of trade*-Ansatz hinaus – ungleiche Beziehungen resultieren nicht aus der Art der gehandelten Produkte. Wengleich Braun preistheoretisch modelliert, stehen „relative Preisrelationen“ nicht im Zentrum der Argumentation. Die Unterkonsumtionsthese Marinis setzt zwar in der „Zirkulationssphäre“ an, der (Bedeutungs-) Unterschied zwischen Produktion und Zirkulation wird allerdings als künstlicher Gegensatz zurückgewiesen: „Es handelt sich gleichzeitig um Erzeugung und Verteilung des Surplus, basierend auf dem Produktionsprozess.“ (Amin 1980: 204) Staaten werden nicht als zentrale Einheiten betrachtet. Stattdessen beschreiben Zentrum und Peripherie ein soziales Ungleichheitsverhältnis, das verschiedenartige kapitalistische Gesellschaftsformationen hervorgebracht hat. Profiteure der Ausbeutung und des ungleichen Tauschs sind die lokalen Bourgeoisien, das „Monopolkapital“ und ihre politischen Verbündeten sowie „die Arbeiter der imperialistischen Zentren (zumindest einige von ihnen)“. (Amin 1980: 162) Mit dem letzten Punkt sind wir bei der Kernthese von Arghiri Emmanuel angekommen, der diese aber anders als die genannten Dependenztheoretiker herleitet und begründet.

Arghiri Emmanuel: Debatten um die „unabhängige Variable“

Arghiri Emmanuel ist wohl die prominenteste Figur in den Debatten um den ungleichen Tausch; seine Arbeiten lösten in den 1960er und 1970er Jahren heftige Debatten aus. In den oben beschriebenen Ansätzen wird der ungleiche Tausch als Mechanismus der Produktion und Reproduktion von Ausbeutung und Unterentwicklung der Peripherie betrachtet. Emmanuels Ausgangspunkt hingegen ist nicht die „Unterentwicklung“ der Peripherie, sondern die „Überentwicklung“ der Zentren. Seine umstrittene politische Schlussfolgerung lautet: Die Bevölkerungen in Zentrum und Peripherie stehen in einer antagonistischen Beziehung zueinander (Emmanuel 1972b, 1975).

Emmanuel wendet sich gegen das Theorem der komparativen Vorteile und das neoklassische Faktorproportionenmodell. Er kritisiert nicht die innere Logik des Theorems, sondern dessen Annahmen (Emmanuel 1972a: vii-viii,

³ Die „unabhängige Variable“ eines ökonomischen oder theoretischen Modells ist diejenige, die nur eine erklärende Rolle hat, selbst aber nicht erklärt wird. Ihr Wert wird als außerhalb des Modellzusammenhangs bestimmt angenommen.

1975: 9f, 17ff). Es sei nicht die internationale Nachfrage, die die Preise der Exportprodukte bestimme (welche in weiterer Folge das Einkommensniveau der Volkswirtschaft bzw. die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bestimmten) (1975: 23ff, 35ff). Er nennt dies "downstream": „Man ist reich oder arm, weil man seine Waren billig oder teuer verkauft.“ (Emmanuel 1975: 35) Auch die von Prebisch und Singer behaupteten unterschiedlichen Nachfrageelastizitäten griffen zu kurz. Die Austauschverhältnisse folgten nicht dem Muster Rohstoffe/Agrarprodukte gegen Industrieprodukte. Auch Industrieländer exportierten Güter beider Sektoren; die Produktion im Primärsektor erfolge zunehmend industriell; und die meisten aus der Peripherie exportierten Materialien seien nicht so leicht substituierbar. Entgegen der Annahme von Braun, der in seinem Modell die *Preise* als unabhängige Variable betrachtet (Raffer 1987: 75), sind für Emmanuel die *Löhne* gegeben und die Preise die Unbekannte. Sie werden bei der Entstehung der gehandelten Produkte „upstream“ bestimmt: „Man ist nicht arm, weil man das, was man hat, billig verkauft, sondern man verkauft es billig, weil man arm ist.“ (Emmanuel 1975: 37)

Die Ursache für den ungleichen Tausch sei die Schlechterbezahlung *jeglicher* Produktion aus der Peripherie. Warum ist das möglich? Erstens konnte eine besonders schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung in den Ländern des Zentrums den ArbeiterInnen seit dem 19. Jahrhundert höhere Löhne sichern. Unter kolonialen oder halbkolonialen Verhältnissen wurden ähnliche Bestrebungen in der Peripherie unterdrückt. Die Lohnunterschiede seien festgeschrieben worden, weil a) der Produktionsfaktor Arbeit relativ immobil sei und b) die international etablierte durchschnittliche Profitrate (aufgrund der Kapitalmobilität) keinen nationalen Handlungsspielraum erlaube, um das gesellschaftliche Mehrprodukt national zu verteilen (Emmanuel 1975: 36). Eine chronische Arbeitslosigkeit, offen oder versteckt, habe diese Dynamik in den Ländern der Peripherie noch verstärkt (Emmanuel 1972a: 131ff).

Seine Argumentation versucht Emmanuel mittels marxistischer Arbeitswerttheorie zu stützen. In diesem von Anfang an heftig kritisierten (z.B. Bettelheim 1972a & b) Modell werden die Löhne durch politische und institutionelle „außerökonomische Faktoren“ festgelegt und zur „unabhängigen Variable“ erklärt. Wenn solche Einflüsse aber eine „andauernde Kluft zwischen dem Preis und dem Wert der Arbeitskraft“ (Emmanuel 1975: 50) ermöglichen, dann scheint eine Arbeitswerttheorie für die Argumentation nicht mehr nötig und auf erhebliche Erklärungsschwierigkeiten zu stoßen.

Im Marxschen Schema ist die Arbeitskraft eine Ware, deren „einzigartige Eigenschaft“ es ist, dass „ihre Konsumtion wertbildend ist“ (Heinrich 2006: 258 f). Bei Emmanuel wird die wertbildende Arbeitskraft dauernd zu einem Preis unter ihrem Wert verkauft, weil dieser institutionell festgelegt wird. Emmanuel scheint selbst Zweifel an der Vereinbarkeit seiner Theorie mit der marxistischen Werttheorie gehabt zu haben. So räumt er im Zuge der Debatte „epistemological short-cuts“ (Emmanuel 1972b: 323) ein und bemerkt selbstkritisch: „Wenn der Gleichgewichtslohn dem Wert der Arbeitskraft entspricht und wenn dieser Wert

eine Funktion der wirtschaftlichen Entwicklung ist, dann ist fraglich, ob meine als ‚institutionell‘ bezeichnete Form der Lohnfindung, und damit die Behandlung des Lohns als unabhängige Variable, wirklich treffend ist.“ (Emmanuel 1972a: 116)

Ein weiterer umstrittener Punkt in Emmanuels Theoriegebäude ist die weltweite Angleichung der Profitraten, die durch internationale Kapitalmobilität ermöglicht werde. Da der Produktionsfaktor Arbeit relativ immobil sei, würden (institutionell bestimmte) nationale Lohnunterschiede festgeschrieben. Diesen lägen keine ähnlich großen Produktivitätsunterschiede zugrunde. Vor diesem Hintergrund bilden sich internationale Produktionspreise heraus, die zu einem Mehrwerttransfer von den Niedriglohngebieten in der Peripherie in die Hochlohnländer des Zentrums führen. Die international hergestellte Durchschnittsprofitrate erlaube keinen nationalen Handlungsspielraum, um das gesellschaftliche Mehrprodukt national zu verteilen: „Die Marktgesetze und der kapitalistische Wettbewerb in den unterentwickelten Ländern, ebenso wie der Wettbewerb zwischen ihnen, beseitigt diesen Extra-Mehrwert zugunsten der Konsumenten der entwickelten Länder.“ (Emmanuel 1975: 36)

Emmanuels Modell steht und fällt mit der Annahme einer internationalen Durchschnittsprofitrate (Raffer 1987: 32). Diese führt uns in kontroverse Diskussionen marxistischer Epistemologie (für eine Übersicht siehe Heinrich 2006: 270ff). Dass die Marktmacht von Monopolen und andere politische Eingriffe den internationalen Ausgleich der Profitrate verhinderten, ließ Emmanuel nicht als Einwand gelten. Seiner Ansicht nach könne ein internationales Monopol nur die Angleichung nationaler, nicht aber internationaler Profitraten verhindern (Emmanuel 1972a: 93f, 1975: 31, 52ff). Emmanuel scheint damit in dieselben Fallen wie die von ihm kritisierten Neoklassiker zu tappen: Er entwirft ein Modell eines störungsfreien, homogenen Weltmarktes, in dem sich Einzelkapitale in vollständiger Konkurrenz angleichen.

Kapital und Arbeit in den Ländern des Zentrums beuten in Emmanuels System die Peripherie aus. Diese besonders rigorose Form des „*third worldism*“ (Busch 1973: 84) macht die „ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Industrieländern für die Ausbeutung der unterentwickelten Länder direkt verantwortlich“. Schließlich ist auch Emmanuels Argumentation (1970: 15ff, 1972c: 358, 1975: 36) einer blockierten Entwicklung in der Peripherie aufgrund einer historischen Festsetzung ungleicher Lohnniveaus nicht frei von Widersprüchen. Denn es ist mehr als fraglich, dass die Lohnhöhe dafür verantwortlich sein soll, ob kapitalistische Entwicklung stimuliert wird oder nicht. Ernest Mandel hat dieser Sichtweise entschieden widersprochen.

Ernest Mandel: Neomarxistische Überlegungen zum ungleichen Tausch

Ernest Mandels Überlegungen zum ungleichen Tausch scheinen außerhalb neo-marxistischer Diskussionen weitgehend unbeachtet geblieben zu sein, bereichern die Debatte aber mit wichtigen Argumenten.

Seiner Ansicht nach ist in der Peripherie die Ausbeutungsintensität der Ar-

beitskraft dort fortgesetzt worden, wo diese im Zentrum auf Grenzen gestoßen ist (Mandel 1974: 318). Der Akkumulationsprozess in der Peripherie erfolge langsamer als jene des Zentrums, weil Profit und Surplus-Profit – ein überdurchschnittlicher Extraprofit, etwa wenn die Arbeit unter ihren durchschnittlichen Wert gedrückt wird – ins Zentrum fließen. Zum Surplus-Profit zählt Mandel den ungleichen Tausch, der „bedeutet, daß die Kolonien und Halbkolonien tendenziell immer mehr Arbeit (bzw. Arbeitsprodukte) gegen eine gleiche Menge Arbeit (bzw. Arbeitsprodukte) der Metropole austauschen müssen. Die langfristige Entwicklung der *terms of trade*, der Austauschrelationen, ist ein Indikator dieser Tendenz, obwohl auch andere Faktoren eine Rolle spielen, u.a. die monopolistische Kontrolle der Rohstoffmärkte, die Kontrolle über die Rohstoffproduktion durch imperialistische Großkonzerne der Metropole.“ (Mandel 1974: 319f) Ungleichen Tausch gebe es seit dem imperialen Zeitalter, er sei aber noch in der Zwischenkriegszeit dem direkten kolonialen Surplus-Profit untergeordnet gewesen. Erst im Spätkapitalismus, „einer Weiterentwicklung der imperialistischen, monopolkapitalistischen Epoche“ (Mandel 1974: 8) sei der ungleiche Tausch die Hauptform der Ausbeutung der Peripherie geworden.

„Woher stammt nun der Wertverlust bzw. Wertgewinn, der dem ungleichen Tausch zugrunde liegt?“, fragt Mandel (1974: 324). Grundsätzlich entsteht der Wert durch menschliche Arbeit. Der Preis entspricht einem transformierten Wert, in den als Inputs transformierte Werte der Vorperiode eingehen. Eine Anwendung der Arbeitswerttheorie von Karl Marx auf den internationalen Handel führe den ungleichen Tausch auf einen Tausch ungleicher Arbeitsquanten zurück (Mandel 1974: 325ff).

Im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts habe ungleicher Tausch zwei Quellen: Erstens werde die produktivere Arbeit am Weltmarkt höher vergütet; zweitens bestehen in Abwesenheit eines globalen Ausgleichs der Profitraten nationale durchschnittliche Profitraten nebeneinander. Dies steht diametral im Gegensatz zu Emmanuels Annahme. „Ungleiche Entfaltungsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise bedingen ungleichen Umfang des inneren Marktes und ungleiche Rhythmen der Akkumulation des Kapitals. In dem Sinne sind die von A. Emmanuel zu Recht betonten gewaltigen internationalen Unterschiede im Wert und Preis der Ware Arbeitskraft *nicht* Ursachen, *sondern* Folgen der ungleichen Entwicklung der kapitalistischen *Produktionsweise* bzw. der Arbeitsproduktivität in der Welt.“ (Mandel 1974: 326, Kursivsetzung im O., auch bei folgenden Zitaten) Der Kapitalfluss sei, in Abwesenheit einer durchschnittlichen Profitrate, eben nicht von den Zentren in die Peripherien erfolgt, auch wenn dort die Löhne günstiger wären. Dies hänge mit den inneren Grenzen der jeweiligen gesellschaftlichen Fähigkeit zur Kapitalakkumulation zusammen.

Ungleicher Tausch erfolge auf Basis unterschiedlicher Arbeitsquanten (Mandel 1974: 331). Wertbestimmend bleibe der nationale Markt, in dem die gesellschaftlich notwendige Arbeit einfließe. Diese Arbeit könne am Weltmarkt nicht wertbestimmend sein und finde keine gegenseitige Anerkennung. Für die erwei-

terte Reproduktion (Produktion, Konsum und Akkumulation) des Zentrums spielt dieser ungleiche Tausch eine erhebliche Rolle: „Die Ressourcen für Konsum und Akkumulation wären [sonst] jedenfalls reduziert worden; das Wirtschaftswachstum hätte sich verlangsamt. *In diesem Sinne* hat die Formel ‚internationaler Werttransfer‘ eine durchaus handfeste Bedeutung.“ (Mandel 1974: 332) Diesem Werttransfer sei noch der „normale“ Mehrwert hinzuzufügen, den Kapitalisten aus dem Zentrum in den Ländern der Peripherie abschöpfen. Die internationale Arbeitsteilung ändere sich dabei allmählich von der traditionellen Dichotomie Rohstoffe/Nahrungsmittel gegen industrielle Konsumgüter hin zu einem Austausch von leichten industriellen Erzeugnissen gegen Maschinen, Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände (Mandel 1974: 336ff). „Aber letzten Endes ist Werttransfer weder an eine bestimmte Form sachlicher Produktion noch an einen bestimmten Grad der Industrialisierung gebunden, sondern an eine Stufenfolge der Akkumulation des Kapitals, der Arbeitsproduktivität und der Mehrwertraten. Nur im Falle einer *allgemeinen Homogenisierung* der kapitalistischen Produktion im internationalen Maßstab würden die Quellen von Surplus-Profit versiegen. Findet diese Homogenisierung nicht statt, so wandelt sich allein die *Form* der Unterentwicklung, nicht ihr *Inhalt*.“ (Mandel 1974: 340)

Immanuel Wallerstein: Ungleichler Tausch im Weltsystem

Ungleichler Tausch ist im Weltsystemansatz der zentrale Ausbeutungsmechanismus. Immanuel Wallerstein zitiert in diesem Zusammenhang Emmanuel, vermeidet aber die Kontroverse um dessen Annahmen (Wallerstein 1978: 221). Wie der Mehrwerttransfer vonstattengeht, bleibt vage. Einmal argumentiert er mit unterschiedlichen Produktivitätsniveaus, was im Gegensatz zu Emmanuel steht: „Ein Arbeiter in der Peripherie muß (...) bei einem bestimmten Produktionsniveau viele Stunden arbeiten, um dafür ein Produkt erwerben zu können, das vom Arbeiter in einem Kernland in einer Stunde hergestellt worden ist und umgekehrt. Ein solches System ist für die Expansion eines Weltmarktes *notwendig*, wenn das primäre Anliegen der *Profit* ist. Ohne *ungleichen* Tausch wäre es unrentabel, die Arbeitsteilung weiter auszudehnen.“ (Wallerstein 2010 [1983]: 183f; Kursiv i.O.)

Ein andermal sind es die ungleich starken Staatsapparate, die darüber entscheiden, welche Position ein Land in der internationalen Arbeitsteilung einnimmt. Ein ökonomisch begründeter Mechanismus wird nun über eine politische Struktur (die bei Wallerstein freilich von ökonomischen Akteuren beeinflusst wird) organisiert: „Die unterschiedliche Macht der Staatsapparate erzeugt ungleichen Tausch, der durchgesetzt wird von starken gegen schwache Staaten, von Staaten des Zentrums gegen Staaten der Peripherie. Kapitalismus beinhaltet also nicht nur Surplusaneignung des Eigentümers der Produktionsmittel gegenüber dem Eigentümer der Arbeitskraft, sondern ebenso Aneignung des globalen Surplus durch das Zentrum. Das gilt sowohl für die Periode des Agrarkapitalismus als auch für die des Industriekapitalismus.“ (Wallerstein 1974: 401)

Starke Staatsapparate schaffen oder zerstören Monopole, fördern oder behindern höherwertige Tätigkeiten, schaffen künstliche Produktknappheiten, errichten oder reißen Zollmauern nieder, kurz, sie sind in der Lage, die Strukturen und Bedingungen auf dem Weltmarkt in ihrem Sinne zu manipulieren. Die räumlich ungleiche Verteilung von Konkurrenz oder, in anderen Worten, Monopolgewinne sind ein wesentlicher Mechanismus, um Extra-Profite zu erzielen (entgegen Emmanuels Argumentation): „Profitabilität steht in direktem Verhältnis zum Grad der Monopolisierung. Was wir als Produktion des Zentrums bezeichnen ist Produktion, die von Quasi-Monopolen kontrolliert wird. Produktion in der Peripherie unterliegt wirklichem Wettbewerb. Im Falle des Austauschs sind die unter Wettbewerbsbedingungen produzierten Waren in einer schwachen, unter Monopolbedingungen hergestellte Güter dagegen in einer starken Position. Im Ergebnis fließt Surplus von den Produzenten der Peripherie zu denen des Zentrums. Das nennt man ungleichen Tausch.“ (Wallerstein 2004: 28)

Wiewohl sich Spezialisierungsmuster über die Zeit ändern, ist das Zentrum immer auf Aktivitäten mit vergleichsweise höherem Profit und Technologieanteil, höheren Löhnen und besser ausgebildeten Arbeitskräften spezialisiert. Eine Bestimmung von Produktgruppen oder Tätigkeiten bleibt aus, es dominiert die relationale Perspektive. Nutznießer des ungleichen Tauschs sind zum einen die Kernstaaten und die dortigen Bourgeoisiekräfte, zum anderen ihre Verbündeten in der Peripherie „In dem Maße, wie wirtschaftlichen Beziehungen von Zentrum/Peripherie-Verhältnissen beeinflusst werden, ist die Verteilung des Surplus zwischen den beiden verschiedenen Bourgeoisien ungleich“ (Wallerstein 1978: 221). Die Zirkulation ist bei Wallerstein das Wesensmerkmal der kapitalistischen Weltwirtschaft. Mehrwert entsteht in der Produktion, die Profite werden in der Zirkulationssphäre realisiert. Wenn die „Transferkette“ nationalstaatliche Grenzen überschreitet, setzt der ungleiche Tausch – die Manipulationen der Geld- und Güterströme seitens der Kernländer bzw. ihrer Bourgeoisien – ein. Der „genaue Anteil verschiedener Gruppen an dieser Kette (Besitzer, Händler, Zwischenverbraucher) variiert stark im Laufe der Geschichte“ (Wallerstein 2010 [1983]: 202).

Globale Güterketten und die Geographie der Wertschöpfung

Das Konzept der Warenkette geht zurück auf Wallerstein und Hopkins (1977). In weltsystemischer Perspektive soll damit die ungleiche Arbeitsteilung zwischen Zentrums- und Peripherieregionen im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft verdeutlicht werden. Seither hat sich die globale Güterkettenforschung ausdifferenziert. Die Begriffe Waren-, Güter- und Wertschöpfungskette sowie globale Produktionsnetzwerke verweisen auf verschiedene Forschungsstränge, werden hier jedoch synonym verwendet (für einen Überblick siehe Fischer et al. 2010).

Untersucht werden globale Industrien, Agrarketten und Dienstleistungen, bei denen eine räumliche und funktionale Aufspaltung des Produktionsprozesses festzustellen ist. *Offshoring* und *Outsourcing* verweisen in diesem Zusammen-

hang auf eine neuartige Integration der Weltwirtschaft in Gestalt komplexer, hierarchisch organisierter Produktionszusammenhänge, die meist von transnationalen Leitunternehmen gesteuert werden. Die Güterkettenforschung erhebt den Anspruch, Aussagen zu treffen über a) die wertschöpfende Aktivitäten an den verschiedenen Orten („Input-Output-Struktur“), b) die räumliche Dimension, c) die Steuerung und Machtbeziehungen zwischen den beteiligten Unternehmen sowie d) das institutionelle Gefüge, das lokale, nationale und internationale Rahmenbedingungen und Politiken miteinander verbindet (Gereffi 1994: 96f).

Der Frage, wer in der Güterkette und an ihren verschiedenen Gliedern profitiert nähert sich die Güterkettenforschung über die Wertschöpfung (*value added*) und den angeeigneten Wert (*value captured*) bei grenzüberschreitend gehandelten Produkten. Die Erfassung gestaltet sich schwierig. Zentrale Kennzeichen gegenwärtiger Produktionsorganisation sind der steigende Handel mit Zwischengütern und die Auslagerung von Dienstleistungen (Stichwort „trade in services“). Genau diese erfasst die Außenhandelsstatistik nicht. Aufgrund von Exporten und Re-Exporten von Zwischengütern kommt es nämlich in signifikantem Umfang zu Doppelzählungen (Banga 2014: 270, 274).

Eine Alternative bieten Input-Output-Tabellen. Sie bilden die Produktion und die dabei eingesetzten Vorprodukte und Produktionsfaktoren sowie die Verwendung der produzierten Mengen ab. Mit einer Input-Output-Rechnung kann man beides, die im Inland und die im Ausland erbrachte Wertschöpfung abschätzen, weil importierte Anteile in den Vorleistungen und den Lieferungen an die Endnachfrage abgezogen werden (siehe Statistisches Bundesamt 2010; für die Güterkettenforschung Banga 2014: 277ff).

Studien, die auf diese Weise den an verschiedenen Orten erbrachten „value added“ zu ermitteln suchen, sind extrem aufwendig. Noch schwieriger wird es beim „angeeigneten Wert“. Die ermittelte Wertschöpfung wird dem Unternehmen zugeschrieben, d.h. Wertschöpfung und angeeigneter Wert entsprechen sich per definitionem. Letztlich müsste man auf irgendeine Weise eine Form der „wahren“ Wertschöpfung ermitteln, deren Differenz zur statistischen Wertschöpfung ein Maß für den ungleichen Tausch bilden mag. Wie dies jedoch bewerkstelligt werden könnte ist weitgehend ungeklärt. Eine alternative Möglichkeit, den Ausbeutungsgrad von ArbeiterInnen und KonsumentInnen aufgrund vermachteter Märkte zu bestimmen, wäre der Vergleich der tatsächlich realisierten Preise mit jenen, die sich bei vollkommener Konkurrenz ergeben würden (Fischer/Reiner 2012: 30). Aber wie sollte ein solcher „idealer Preis“ oder „fairer Preis“ ermittelt werden? In der Güterkettenforschung wird deshalb der vom Unternehmen „angeeignete Wert“ mit dem ausgewiesenen Brutto- oder Betriebsgewinn gleichgesetzt. Ausgeklammert bleibt, wer Wert produziert, wie der „Wert“, der von einer Firma „angeeignet“ wurde, verteilt wird bzw. wie die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital aussieht (Starosta 2010).

Ein Beispiel für eine solche Untersuchung über die Geographie der Wertschöpfung und Gewinnaneignung liefern Ali-Yrkkö et al. (2001). Sie ermitteln mit verfügbaren Daten und Recherchen die ungefähren Wertschöpfungs-

anteile jeder einzelnen Komponente eines Nokia Endprodukts und schätzen den angeeigneten Unternehmensgewinn an jedem Standort. Ergänzt werden solche Analysen nach Möglichkeit mit Angaben über die räumliche Verteilung der Lohnsummen und Schätzungen darüber, welchen Anteil die ArbeiterInnen an den verschiedenen Standorten am Endverkaufspreis erhalten (siehe auch Gourevitch et al. 2000; Kraemer et al. 2011). Gleiches gilt für Agrarmärkte. Gilbert (2007) versucht sogar, mit wirtschaftswissenschaftlichen Methoden die Kosten von Liberalisierung, Monopol- oder Monopsonmacht, die den unmittelbaren ProduzentInnen in der Kakao- und Kaffeekette erwachsen, einzurechnen, d.h. solchen Machtfaktoren einen Preis zu geben.

Die Untersuchungen zeigen auf die eine oder andere Weise dasselbe Ergebnis: Der mit Abstand höchste „Wert“ (oder Gewinn) wird vom Leitunternehmen in seinem Headquarter und in der Zentrumsregion seines Stammsitzes geschaffen und angeeignet. Dort sind die Aktivitäten mit hohen Wertschöpfungseffekten wie Forschung, Entwicklung, Design, Marketing und Management konzentriert. An zweiter Stelle rangiert meist der Einzelhandel. Auf Ernte, Produktion, Verarbeitung, Montage entfällt hingegen nur ein sehr geringer Wertschöpfungsanteil.

Die Güterkettenforschung liefert Einsichten in die strukturellen Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung und verdeutlicht fallbezogen Unternehmensstrategien. Sie sensibilisiert dafür, unter welchen Bedingungen die im Norden konsumierten Güter hergestellt werden. Die vereinfachte Konstruktion von Warenketten muss allerdings als Defizit dieser Forschungsrichtung gelten. Die Untersuchungen bleiben auf Akteure und Prozesse einer Kette oder eines Produktionsnetzwerkes beschränkt, die Verbindungen zum Gesamtsystem und dessen Natur bleiben meist ausgeblendet. Ausbeutungszusammenhänge werden, so die Kritik, lediglich an ihrer Oberfläche analysiert, über die in der Unternehmens- und Wirtschaftsstatistik erfassten Preise (Starosta 2010). Dazu kommt, dass außerhalb kapitalistischer Arbeitsverhältnisse generierte Werte meist unberücksichtigt bleiben und rechnerisch schwer zu ermitteln sind (für einen Versuch siehe Clelland 2014, für einen Überblick über feministische Beiträge und deren Operationalisierung siehe Dunaway 2014). Hierarchie und Ungleichverteilung liegen in der Governance-Struktur – in der Art und Weise, wie eine Güterkette gesteuert wird und die Beziehungen zwischen den beteiligten Firmen gestaltet sind – begründet.

Was bleibt vom ungleichen Tausch?

Der Begriff „ungleicher Tausch“ ist in der kritischen Entwicklungsforschung zwar populär, wird aber selten definiert. Das scheint daran zu liegen, dass die unterschiedlichen Theorien und Modelle nicht leicht zu durchschauen und die Debatten höchst kontrovers verlaufen sind.

Einige Autoren entwickeln Modelle, die ein hohes Abstraktionsniveau aufweisen. Diesen liegen Annahmen zugrunde, wie etwa die Definition einer unabhängigen Variable, die außerhalb des ökonomischen Modells bestimmt wird. Sind solche Aspekte schon modelltheoretisch komplex, stellen empirische

Untersuchungen eine noch größere Herausforderung dar. Das Füllen von Modellen mit Zahlen scheint oft illustrativen Charakter zu haben. Globale Ungleichheitsverhältnisse spielen in orthodoxen ökonomischen Modellen keine Rolle, weil deren Systeme nach Gleichgewichten streben (z.B. durch Faktoraus-tausch). Machtbeziehungen sind darin nicht vorgesehen. Die Messung der zwischen den verschiedenen sozialen Einheiten unterschiedlich kombinierten Gewinne und Verluste ist in jedem Fall ein schwieriges und fragwürdiges Unter-fangen: Was ist ein fairer Preis für Produkte, was ein angemessener Lohn?

In wissenschaftstheoretischer Hinsicht bildet die Wahl des Analyseinstru-ments – Wert oder Preis – einen grundlegenden Unterschied. Werttheoretisch argumentierende Autoren wie Mandel, Marini und Amin analysieren die anta-gonistischen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital. Es geht in erster Lin-ie um *funktional* definierte Positionen in einer Klassengesellschaft. Prebisch, Singer, Braun und die zeitgenössische Güterkettenforschung nähern sich dem ungleichen Tausch über den Preis an, auch wenn von „Wertschöpfung“ die Rede ist. Bleiben Fragen nach der Produktion des Wertes unbeantwortet, scheint auch die Antwort auf die Frage, wer von ungleichem Tausch profitiert, auf einer räumlichen Ebene zu verbleiben und die Ebene der gesellschaftlichen Klassen weniger zu berühren. Das gilt auch für Wallerstein, der die strukturellen Ungleichgewichte im kapitalistischen Weltsystem über die Zir-kulationssphäre erklärt. Damit stehen unterschiedliche Machtpositionen von *räumlich* definierten Einheiten – zwischen Entwicklungsländern und Indust-rieländern, zwischen Zentrum und Peripherie – im Vordergrund (Köhler 2002). An der *Kreuzung* räumlicher und sozialer Ausbeutung kommen die Kontroversen um mögliche Komplizenschaft ins Spiel.

Wenn nun die (modell-) theoretischen Annahmen umstritten und empirische Nachweise bestenfalls eine Annäherung darstellen, wie sieht es mit der empirischen Relevanz der hier diskutierten Ansätze aus?

Die hemisphärische Zweiteilung von „Industrie“- und „Entwicklungsländern“, wie wir sie von Prebisch-Singer und Braun kennen, ist obsolet. Waren in den 1970er Jahren nur 20 Prozent aller Exporte der peripheren Länder verarbeitete Industriegüter, stieg dieser Prozentsatz bis 2000 auf über 70 Prozent (Heintz 2003). Allerdings bleibt Industrieproduktion für viele Länder oder Regionen der Peripherie nach wie vor unbedeutend. Unverändert werden zwei Drittel der globalen Wertschöpfung in den OECD Ländern generiert. Auf die Semi-peripherie – NICs und BRICS – entfallen 25 Prozent (mehr als ein Drittel da-von geht alleine auf das Konto von China). Nur acht Prozent bleiben für alle (anderen) peripheren Länder übrig (Banga 2014: 79). An rohstoffexportierenden und armen Ländern sind Industrialisierungsprozesse überhaupt vorbeige-gangen. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung liegt dort konstant bei etwa 10 Prozent (Fischer/Reiner 2012: 36).

Länder, die einseitig von Rohstoffexport abhängig sind, leiden in mehrfacher Hinsicht unter dem sog. „Ressourcenfluch“. Sie sind überwiegend Niedrig-einkommensländer und besonders verwundbar aufgrund der extremen Preis-

schwankungen und der Dominanz transnationaler Konzerne im Rohstoffsektor (Fischer et al. 2016). Mit der nötigen Differenzierung nach der Art der Rohstoffabhängigkeit bleibt deshalb der Beitrag von Prebisch und Singer, aber auch der Dependenztheoretiker, unverändert aktuell.

Wenngleich der Anteil der (Semi-) Peripherie an der Industrieproduktion zugenommen hat, so hat dies wenig mit Prebischs entwicklungsstrategischer Empfehlung gemein: Er plädierte für eine binnenorientierte Industrialisierung, um von Importen aus den Zentrumsländern unabhängig zu werden und endogenes Wachstum zu generieren. Ausgewählte Regionen wurden vielmehr zu Standorten für multinationale Konzerne und eine Teileproduktion im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung. Diese Regionen und die ArbeiterInnen dort finden sich, mit wenigen Ausnahmen, am unteren Ende der Güterkette. (Niedrig-) Lohnargument, doppelte Ausbeutung und Konzernmacht, auf die Amin, Marini, Wallerstein und die Güterkettenforschung verweisen, finden hier Bestätigung.

Outsourcing und Offshoring waren *eine* strategische Antwort der Zentrumsländer und ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaftseliten auf die Zwillingsskrise – sinkende Profitabilität und Überproduktion – der 1970er Jahre, die *andere* eine Verschärfung der Ausbeutung von Arbeitskraft in den Zentren. Die (Über-) Ausbeutung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Peripherie gewährleistete jedoch, zusammen mit steigenden privaten Konsumkrediten, dass in den Zentren das Konsumniveau und eine relative politische Stabilität erhalten werden konnten – trotz Krise, der Zunahme prekärer Beschäftigung und wachsender Ungleichheit (Smith 2012).

Die wieder zunehmende soziale Ungleichheit, die in den jüngsten Dekaden in den Zentrumsländern zu beobachten ist, stärkt Bettelheims (1970) Argument in der Diskussion mit Emmanuel (1970): Höhere Löhne in den Kernländern gehen genauso wenig auf Kosten der ArbeiterInnen in der Peripherie wie niedrigere Löhne in den Kernländern die Lebensbedingungen in der Peripherie verbessern. Damals wie heute gilt es klarzumachen, dass im Kapitalismus die Arbeitenden aus dem Zentrum und der Peripherie gegeneinander ausgespielt werden. Dem kann man nur in einem gemeinsamen Kampf begegnen (Hardy 2013, Smith 2013).

Literatur

- Ali-Yrkkö, Jyrki/Rouvinen, Petri/Seppälä, Timo/Ylä-Anttila, Pekka (2011): Who captures value in global supply chains? Case Nokia N95 Smartphone. In: *Journal of Industry, Competition and Trade* 11, 3, 263-278.
- Amin, Samir (1975): *Die ungleiche Entwicklung*. Hamburg. Französisches Original 1973.
- Amin, Samir (1977): *International Trade and Unequal Development*. In: ders.: *Imperialism and Unequal Development*. New York/London, 117-136.
- Amin, Samir (1980): *Class and Nation, Historically and in the Current Crisis*. London/New York.
- Banga, Rashmi (2014): *Linking into Global Value Chains Is Not Sufficient: Do You Export Domestic Value Added Contents?* In: *jei – Journal of Economic Integration*, 29, 2, 267-297.

- Bettelheim, Charles (1970): Economic Inequalities between Nations and International Solidarity. In: *Monthly Review* 22, 2, 19-24.
- Bettelheim, Charles (1972a): Appendix I. Theoretical Comments. In: Emmanuel, Arghiri (1972): *Unequal Exchange: A Study of the Imperialism of Trade*. London/New York, 271-322.
- Bettelheim, Charles (1972b): Appendix III. Preface to the French edition. In: Emmanuel, Arghiri (1972): *Unequal Exchange: A Study of the Imperialism of Trade*. London/New York: Monthly Review Press, 343-356.
- Braun, Oscar (1974): Wirtschaftliche Abhängigkeit und imperialistische Ausbeutung. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 137-155.
- Braun, Oscar (1984): *International Trade and Imperialism. Atlantic Highlands, New Jersey. Spanisches Original 1973*.
- Brolin, John (2006): *The Bias of the World. Theories of Unequal Exchange in History*. Dissertation, Lund University (= Lund Studies in Human Ecology 9).
- Busch, Klaus (1973): Ungleichher Tausch – zur Diskussion über internationale Durchschnittsprofitrate, Ungleichher Tausch und Komparative Kostentheorie anhand der Thesen von Arghiri Emmanuel. In: *Prokla* 3, 8/9, 47-88.
- Clelland, Donald A. (2014): The Core of the Apple: Degrees of Monopoly and Dark Value in Global Commodity Chains. In: *Journal of World-Systems Research* 20, 1, 82-110.
- Dunaway, Wilma A. (2014): Bringing Commodity Chain Analysis Back to Its World-Systems Roots: Rediscovering Women's Work and Households. In: *Journal of World-Systems Research* 20, 1, 64-81.
- Emmanuel, Arghiri (1970): The Delusions of Internationalism. In: *Monthly Review* 22 (1970), 2, 13-19.
- Emmanuel, Arghiri (1972a): *Unequal Exchange: A Study of the Imperialism of Trade*. London/New York.
- Emmanuel, Arghiri (1972b): Appendix II. Reply to Charles Bettelheim. In: Emmanuel, Arghiri (1972a): *Unequal Exchange*, 323-342.
- Emmanuel, Arghiri (1972c): Appendix IV. Additional Points to my Reply to Charles Bettelheim. In: Emmanuel, Arghiri (1972a): *Unequal Exchange*, 357-386.
- Emmanuel, Arghiri (1975): *Unequal Exchange Revisited*. Brighton, University of Sussex. (= Institute of Development Studies Discussion Paper 77).
- Fischer, Karin/Reiner, Christian (2012): Globale Warenketten: Analysen zur Geographie der Wertschöpfung. In: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 23, 89, 27-44.
- Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Schmidt, Lukas (Hg.) (2016 im Erscheinen): *Umkämpfte Rohstoffe. Aktuelle Entwicklungen im historischen Kontext*. Wien.
- Fischer, Karin/Reiner, Christian/Staritz, Cornelia (2010): Einleitung – Globale Güterketten, weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung. In: dies. (Hg.): *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*, Wien, 7-23.
- Gereffi, Gary (1994): The Organization of Buyer-Driven Global Commodity Chains: How U.S. Retailers Shape Overseas Production Networks. In: Gereffi, Gary/Korzeniewicz, Miguel (eds.): *Commodity Chains and Global Capitalism*. Westport, 95-122.

- Gereffi, Gary/Korzeniewicz, Miguel/Korzeniewicz, Roberto P. (1994): Introduction: Global Commodity Chains. In: Gereffi, Gary/Korzeniewicz, Miguel (eds.): *Commodity Chains and Global Capitalism*. Westport, 1-14.
- Gilbert, Christoph L. (2007): Value chain analysis and market power in commodity processing with application to the cocoa and coffee sectors. In: *Commodity market review 2007-2008*. Rome: FAO, 5-33.
- Gourevitch, Peter/Bohn, Roger/McKendrick, David (2000): Globalization of Production: Insights from the Hard Disk Drive Industry. In: *World Development* 28, 2, 301-317.
- Hardy, Jane (2013): New divisions of labour in the global economy. In: *International Socialism* 137, <http://www.isj.org.uk/index.php4?id=868&issue=137> (29. 4. 2015).
- Heinrich, Michael (2006): *Die Wissenschaft vom Wert*. Münster.
- Heintz, James (2003): *The New Face of Unequal Exchange: Low-Wage Manufacturing, Commodity Chains, and Global Inequality*. PERI Working Paper Series 59, University of Massachusetts, Amherst.
- Hopkins, Terence K./Wallerstein, Immanuel (1977): Patterns of development of the modern world-system. In: *Review* 1, 2, 111-145.
- Köhler, Gernot (2002): Surplus Value and Transfer Value. In: Köhler, Gernot/Tausch, Arno (Hg.): *Global Keynesianism: Unequal Exchange and Global Exploitation*. New York, 159-168.
- Kraemer, Kenneth L./Linden, Greg/Dedrick, Jason (2011): *Capturing Value in Global Networks: Apple's iPad and iPhone*. http://pcic.merage.uci.edu/papers/2011/value_ipad_iphone.pdf (29.4.2015).
- Mandel, Ernest (1974): *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*. Frankfurt a.M..
- Marini, Ruy Mauro (2008 [1973]): *Dialéctica de la dependencia*. In: Martins, Carlos Eduardo (Hg.): *América Latina, dependencia y globalización*. Ruy Mauro Marini Antología. Bogotá/Buenos Aires, 107-149. Deutsche Übersetzung: *Die Dialektik der Abhängigkeit*. In: Senghaas, Dieter (1974) (Hg.): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M., 98-136.
- Menzel, Ulrich (2010): *Entwicklungstheorie. Geschichte und Hauptkontroversen*. Forschungsberichte a. d. Inst. f. Sozialwissenschaften Nr. 94, Univ. Braunschweig.
- Prebisch, Raúl (1986 [1949]): *El desarrollo económico en América Latina y algunos de sus principales problemas*. In: *Desarrollo Económico* 26 (103), 479-502. Original in: *El Trimestre Económico* 16, 3, 63, 1949.
- Prebisch, Raúl (2010 [1964]): *Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer*. In: Fischer, Karin et al. (Hg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien 131-146.
- Raffer, Kunibert (1987): *Unequal Exchange and the Evolution of the World System. Reconsidering the Impact of Trade on North-South-Relations*. Houndmills, Basingstoke/London.
- Singer, Hans (1950): *The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries*. In: *American Economic Review* 40, 2, 473-485.
- Smith, John (2010): *Imperialism and the Globalisation of Production*. Sheffield (=PhD thesis, University of Sheffield).

- Smith, John (2012): Outsourcing, financialisation and the crisis. In: International Journal of Management Concepts and Philosophy 6, 1-2, 19-44.
- Smith, John (2013): Southern labour – “peripheral” no longer: A reply to Jane Hardy. In: International Socialism 140, <http://www.isj.org.uk/index.php?id=922&issue=140> (29.04.2014).
- Starosta, Guido (2010): Global Commodity Chains and the Marxian Law of Value. In: Antipode, 42, 2, 433–465.
- Statistisches Bundesamt (2010): Input-Outputrechnung im Überblick. Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/InputOutputRechnung/InputOutputRechnungUeberblick5815116099004.pdf?__blob=publicationFile (13.01.2016).
- Wallerstein, Immanuel (1974): The Rise and Future Demise of the World Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis. In: Comparative Studies in Society and History, 16, 4, 387-415.
- Wallerstein, Immanuel (1978): World-System Analysis: Theoretical and Interpretative Issues. In: Hockey Kaplan, Barbara (ed.): Social Change in the Capitalist World Economy. Beverly Hills and London, 219-235.
- Wallerstein, Immanuel (2004): World-systems Analysis: An Introduction. Durham.
- Wallerstein, Immanuel (2010 [1983]): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse. In: Beck, Ulrich/Poferl, Angelika (Hg.): Große Armut, großer Reichtum. Berlin, 171-205.

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Diskussionsforum für

- Elemente & **Strategien** einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Texte zu und aus **Theorie & Praxis** der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Perspektiven** jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Berichte** über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und **Kommentare** zur Politik der Ökonomie

Probelesen?! kostenfreies
Probeexemplar anfordern!!!

Harald Werner

Sozialismus ohne Gegenstand und Subjekt

Zur Kritik Axel Honneths

Weil von einer aktuellen Konjunktur der Erneuerung sozialistischer Theorien kaum die Rede sein kann, verdient der „Versuch einer Aktualisierung“ der „Idee des Sozialismus“¹ von Axel Honneth zunächst einmal aufmerksame Anerkennung. Das gilt vor allem für seine umfassende Ideengeschichte des Sozialismus, die von den verschiedenen historischen Interpretationen der Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nach der Großen Französischen ausgeht, aber auch bis in die Anfänge der Aufklärung zurückgeht. Damit hört es denn aber auch auf, denn sein Versuch, „den Sozialismus von den Schlacken seines im 19. Jahrhundert wurzelnden Denkgebäudes zu befreien“², verzichtet fast vollständig auf die Analyse der materiellen gesellschaftlichen Prozesse und Klassenkämpfe, aus denen dieses Denkgebäude entstanden ist, also auf den eigentlichen Gegenstand sozialistischer Praxis und Theoriebildung. Manchmal erweckt der Autor den Eindruck, als wäre es den Sozialisten des 19. Jahrhunderts vor allem um den Versuch gegangen, „den liberalen Begriff der Freiheit so zu erweitern, dass er mit dem anderen Ziel, der ‚Brüderlichkeit‘ irgendwie vereinbar wird.“³ Honneth bleibt selbst auf dieser Diskursebene und konstruiert eine „Idee des Sozialismus“, die sich mit allem beschäftigt, nur nicht mit der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Er will die „Gesellschaft der Zukunft nicht mehr als eine von unten, von den Produktionsverhältnissen“ her bestimmte untersuchen, „sondern als ein organisches Ganzes unabhängiger, aber zweckgerichteter zusammenwirkender Funktionskreise, in denen die Mitglieder jeweils in sozialer Freiheit füreinander tätig sein können.“

Dieser Verzicht auf eine Analyse der aktuellen Produktionsverhältnisse ist angesichts der zunehmenden Ökonomisierung der Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, der Kommodifizierung aller Lebensgüter und der vielen neuen Erscheinungen des Kapitalismus, wie etwa der Finanzialisierung, kaum verständlich. Völlig uninteressant sind für ihn auch die Quellen und die Verteilung des Profits, das Geheimnis kapitalistischer Akkumulation sowie die Ursachen der kapitalistischen Krise. Sie sind bei Honneth ebenso abwesend, wie Lohnarbeit und Privateigentum, die im Sammelbegriff „kapitalistische Marktwirtschaft“ verschwinden. Der Arbeitsprozess interessiert Honneth vor allem als prozessierender Widerspruch zwischen den Ideen von Freiheit und Brüderlichkeit, nicht als Sphäre, in der sich der Grundwiderspruch kapitalistischer Vergesellschaftung enthüllt. Kein Wunder, dass Marx Definition vom

¹ Axel Honneth, *Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015.

² Ebenda, S.163.

³ Ebenda, S.31.

„doppelt freien Lohnarbeiter“ nicht auftaucht, obwohl sie die Uneinlösbarkeit des bürgerlichen Freiheitsversprechens besser enthüllt, als alle philosophischen Spekulationen über die Vereinbarkeit von Freiheit und Brüderlichkeit. Weil nämlich in der kapitalistischen Realität das Freiheitsrecht der Lohnarbeit die Voraussetzung ihrer Unfreiheit ist.

Dass Honneth einen großen Bogen um die „Kritik der Politischen Ökonomie“ macht, begründet er mit seinem Vorwurf an die marxistischen Klassiker, sie verfolgten die „Vision einer ökonomisch verwalteten Gesellschaft“⁴, die ihnen den Blick für die Gesamtheit gesellschaftlicher Prozesse verstellt habe. Unabhängig davon, dass es sich dabei um keine marxistische Vision handelt, haben sowohl Marx als auch Engels immer wieder betont, dass es kompletter Unsinn sei, alle gesellschaftlichen Prozesse aus der Ökonomie abzuleiten, weil die ökonomischen Bedingungen nur die in letzter Instanz entscheidenden seien.⁵

Honneth fällt mit seiner Vorstellung gesellschaftlicher Strukturen sogar hinter den größeren Teil der bürgerlichen Soziologie zurück, indem er die Gesellschaft auf nur drei „Teilsysteme“ mit „selbständiger Funktionslogik“⁶ zusammenschrumpfen lässt: Das „ökonomische Handlungssystem“, die Sphäre der demokratischen Willensbildung und die „Handlungssphäre von Liebe, Ehe und Familie“⁷. Das mag ausreichen, um in diesen „Sphären“ beispielhaft nach „sozialen Freiheitsrechten“ zu suchen, für eine gesellschaftliche Strukturanalyse taugt diese Vereinfachung nicht. Der größte Pferdefuß bei Honneths Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Wandel durch das eigensinnige Handeln der Individuen in den drei gesellschaftlichen Teilbereichen ist jedoch, dass er die Widersprüche innerhalb dieser Teilbereiche und vor allem zwischen ihnen ausklammert. Indem die Individuen ihre Freiheitsrechte nutzen, um individuelle Bedürfnisse zu befriedigen, setzen sie bereits innerhalb ihrer Sphäre, erst recht aber im Verhältnis zu anderen Sphären, partikuläre Interessen durch, die nicht immer, aber häufig im Widerspruch zu den Bedürfnissen anderer Individuen stehen.⁸

⁴ Ebenda, S.163.

⁵ So Engels am 14. Juli 1893 an Franz Mehring: „...wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die *Ableitung* der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und *legen müssen*. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen etc. zustande kommen. Das hat denn den Gegnern willkommenen Anlaß zu Missverständnissen resp. Entstellungen gegeben...“. MEW 39, S. 96. Und an W. Borgius am 25. Januar 1894 schreibt Engels: „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, dass die ökonomische Lage *Ursache, allein aktiv* ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der *in letzter Instanz* stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit.“ MEW 39, S. 206.

⁶ Axel Honneth, a.a.O., S.138.

⁷ Ebenda, S.133.

⁸ Dazu Klaus Holzkamp, Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/New York, S. 180f.

Im Gegensatz zu Honneths illusionärer Vorstellung von einem harmonischen Zusammenwirken werden in der modernen Gesellschaft, auch ohne kapitalistischen Grundwiderspruch, Kämpfe ausgetragen, bei denen jeder Einzelne die Ansprüche Anderer in Frage stellt, so dass am Ende etwas herauskommt, was keiner gewollt hat. Dieser ohne gemeinsames Bewusstsein, nur vom mannigfachen individuellen Willen vorangetriebene Prozess macht das gesellschaftliche Gesamtergebnis zu einem Zufallsprodukt. Ganz anders, wenn sich gesellschaftliche Subjekte eine verallgemeinerbare Vorstellung über die Gestaltung des Gemeinwesens erarbeiten, um die materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion ihres Lebens zu gestalten oder aufzuheben. Der Sozialismus braucht deshalb, mehr noch als alle bisherigen Gesellschaftsformationen, die Entwicklung einer „verallgemeinerten Handlungsfähigkeit“⁹.

Erklärungsversuche für die Schwäche der sozialistischen Idee

Honneth beginnt seine Aktualisierung der sozialistischen Idee folgerichtig mit der Frage nach den Ursachen ihrer nachlassenden Ausstrahlungskraft. Dabei verwirft er als erstes die Annahme, dass dies ein Ergebnis des durch den Mauerfall eingeleiteten Epochenbruchs sei, weil „der Staatssozialismus sowjetischer Prägung“ schon lange vorher seine Akzeptanz verloren habe und auch die sozialistische Bewegung des 19. Jahrhunderts keines realen Vorbilds bedurft hätte. Doch die antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, ob sie dem sowjetischen Vorbild nacheiferten, es kritisch aber solidarisch begleiteten oder sogar ablehnten, waren – trotz aller Gegensätze – von der Oktoberrevolution inspiriert. Diese Inspiration ging wahrscheinlich weniger von der Sowjetunion selbst (bzw. den Vorstellungen, die man sich von ihr machte) aus, sondern eher von der praktisch nachgewiesenen Möglichkeit, den Kapitalismus zu überwinden und den Weg zur Entwicklung einer nichtkapitalistischen Alternative zu öffnen. Natürlich ging dem Epochenbruch eine schleichende Desillusionierung über die realen Möglichkeiten einer antikapitalistischen Alternative voraus, ein Prozess, der noch durch den Sieg des Neoliberalismus über den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat verstärkt wurde. Aber alles zusammengenommen lässt sich mit Hobsbawm sagen, dass der Epochenbruch nach 1989 den Endpunkt des „kurzen 20. Jahrhunderts“ setzte, das mit der Oktoberrevolution begann und mit der Niederlage des sowjetischen Versuchs endete.¹⁰ Nichts beweist dies besser, als die danach einsetzende Schwächeperiode der Linken, unter der bis heute nicht nur die kommunistischen, sondern sämtliche linken Parteien und Bewegungen zu leiden haben. Honneth wäre in seiner Ursachenforschung weiter gekommen, wenn er diese Tatsache mit einem weiteren, von ihm selbst zitierten Umstand ins Verbindung gebrachte hätte, nämlich der Tatsache, dass „der Umfang dessen, was die Menschen jeweils für ‚unvermeidlich‘ und damit für sachnotwendig an ihrer Gesellschaftsordnung

⁹ Harald Werner, *Politische Psychologie des Sozialismus*, Hamburg 2015, S. 130 – 131.

¹⁰ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, München/Wien 1995, S. 7.

halten [...] im hohen Maße von kulturellen Faktoren abhängig [ist] und hier vor allem vom Einfluss politischer Deutungsmuster“.¹¹ Dem kann nur zugestimmt werden, aber der Autor lastet den nachlassenden „Einfluss politischer Deutungsmuster“ vor allem abstrakten „kulturellen Faktoren“ an und nicht den objektiven gesellschaftlichen Gegebenheiten. Worunter erstens die materiellen Widersprüche selbst zählen, und zweitens die Existenz von (sozialen, politischen, intellektuellen) Bewegungen, die diese Widersprüche aufzeigen, die Widerstand organisieren und ihre Deutungsmuster im Alltagsverstand verankern können. Es gehört deshalb zu den größten Schwächen von Honneths Aktualisierungsversuch, dass er den Zusammenhang zwischen der Verankerung sozialistischer Theorien im Alltagsverstand und der Existenz organisierter Bewegungen sowie hegemoniefähiger Massenorganisationen völlig ausblendet. Als typischer Ideenhistoriker macht er die Ausstrahlungskraft des Sozialismus einseitig von seinen aktuellen Theorien abhängig, nicht aber von gesellschaftlichen Subjekten, die sie verbreiten können. Die lange und breite Diskussion marxistischer Theorieentwicklung zur Bedeutung des Subjektiven Faktors¹² wird von Honneth schlicht unterschlagen, weil sie nicht in das von ihm entworfene Zerrbild des historischen Materialismus passt.

Wobei es geradezu kurios ist, wie er einerseits die wirklichen oder angeblichen Fehler der marxistischen Theoriebildung darstellt, aber keine Antwort darauf hat, weshalb sie trotzdem die Massen ergreifen konnte. Immerhin lässt sich nicht leugnen, dass der kanonisierte Marxismus-Leninismus, selbst in seiner verknöcherten Form noch, Hunderte Millionen Menschen für den Sozialismus begeistern konnte. Was aber offensichtlich weniger an der Theorie selbst lag, als einerseits an der Existenz von Bewegungen, die nach politischen Deutungsmustern ihrer Praxis verlangten, und andererseits an Parteien und Gewerkschaften, die dieses Bedürfnis zu befriedigen wussten. Die Implosion des sowjetischen Blocks, verbunden mit einer vorangegangenen schonungslosen Selbstkritik, vernichtete stärker die Hoffnung auf die Machbarkeit von Geschichte, nicht nur bei den Kommunisten, als alle bisherigen Krisen des Sozialismus. Honneth, fixiert auf seine einseitige Theoriegeschichte, hat nicht die geringste Vorstellung von der Tatsache, dass die Massen weniger von Theorien, als denn von hegemoniefähigen Ideologien und inspirierenden Experimenten bewegt werden. Denn anders als der Autor behauptet¹³, begeisterte der Sozialismus des 20. Jahrhunderts nicht wenige durch seine experimentellen Handlungen, in der Wirtschaft wie im sozialen Zusammenleben und der Kultur, aber auch mit seinen technischen und

¹¹ Axel Honneth, a.a.O., S. 19.

¹² Vgl. dazu Boris A. Cagin, *Der subjektive Faktor – Struktur und Gesetzmäßigkeiten*, Köln 1974, und Gottfried Stiehler, *Subjektiver Faktor und Revolution*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 1974, H. 5, S. 554-563.

¹³ So schreibt Honneth: „...ist es dem Sozialismus durch die Unterstellung historischer Gesetzmäßigkeiten nahezu vollständig verwehrt geblieben, sich selbst als eine Bewegung zu begreifen, die erst durch soziale Experimente herauszufinden hat, wie die leitende Idee sozialer Freiheit (...) zu verwirklichen wäre.“ Axel Honneth, a.a.O., S. 78.

wissenschaftlichen Erfolgen. Der real existierende Sozialismus konnte Niederlagen und Irrtümer, sogar seine nicht zu leugnenden Verletzungen der Menschenrechte überleben, nicht aber das blamable Scheitern von Glasnost und Perestroika. Es ist nicht ohne Ironie, dass Gorbatschows Erneuerungsversuch zunächst auf weltweite Begeisterung stieß und dem Sozialismus neue Sympathiewerte einbrachte, sein schmähhliches Scheitern aber Agonie verursachte. Zu spät erkannten viele, dass die Perestroika nicht das berühmte Licht am Ende des Tunnels war, sondern nur der Scheinwerfer eines auf sie zurasenden Zuges.

Honneths Marxismuskritik

Die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus sieht Honneth insgesamt weniger in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung begründet als in den fehlerhaften Grundannahmen des Marxismus. Unumwunden verkündet er deshalb, dass „der Sozialismus heute, soll er eine Zukunft haben, nur in einer post-marxistischen Form wiederbelebt werden“ kann.¹⁴ Der Hauptfehler des Marxismus sei es von Beginn an gewesen, sich an „Geist und Kultur des Industrialismus“ gekettet zu haben. In Folge dieser Behauptung erwartet die Leserschaft eine wahre Geistergeschichte, nach der „alle Protagonisten der sozialistischen Bewegung, von Robert Owen über Proudhon bis hin zu Karl Marx, ... von Anfang an wie selbstverständlich die Vorstellung“ teilten, „dass der Hebel zur Schaffung von solidarischen Sozialverhältnissen die Reform oder revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Marktwirtschaft selbst sein muß“¹⁵. Ohne auch nur am Rande die nichtökonomischen philosophischen, historischen oder politischen Texte der marxistischen Klassiker zu erwähnen, reduziert er den Marxismus auf einen Geschichtsdeterminismus, in dem angeblich weder Platz für die individuellen Freiheitsrechte noch für die politische Demokratie und erst recht nicht für soziale und ökonomische Experimente vorhanden sei. Wörtlich heißt es: „Mit beinahe ausschließlichem Blick auf die wirtschaftliche Sphäre wird davon ausgegangen, dass allein in deren kapitalistischer Verfassung die Ursachen für die Nötigung verankert sind, die neugewonnenen Freiheiten bloß im Sinne der privaten Verfolgung individuell gesetzter Absichten zu verstehen.“¹⁶ Tatsächlich lässt sich nicht bestreiten, dass Honneth damit die Schmerzpunkte des kanonisierten Marxismus-Leninismus und einer realsozialistischen Praxis trifft, soweit sie tatsächlich mit der Ideologie einhergingen, dass allein schon die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sämtliche gesellschaftlichen Momente verändert. Doch Honneth unterschlägt den nichtökonomischen kategorischen Imperativ von Marx, der erstens das Ziel formulierte „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...“¹⁷ und sich

¹⁴ Honneth, a.o.O., S. 87.

¹⁵ Ebenda, S. 55.

¹⁶ Ebenda, S. 56.

¹⁷ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, S. 85.

zweitens im „Kommunistischen Manifest“ mit dem Satz niederschlägt, dass der Sozialismus eine Gesellschaft sein soll, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“¹⁸ Von einem „ausschließlichen Blick auf die wirtschaftliche Sphäre“ ist in beiden programmatischen Aussagen keine Rede. Weshalb man Honneth zu Honneths Marxismusschelte – in Anlehnung an Goethe – erwidern könnte: Du greifst nicht mich, Du greifst den Geist, den Du begreifst.

Das Verschwinden des gesellschaftlichen Subjekts

Unter den vielen Fragen zur sozialistischen Perspektive im 21. Jahrhundert scheint die schwierigste zu sein, wer sie verwirklichen kann. Wobei bei vielen Autoren eine gewisse Einigkeit darüber besteht, dass die traditionelle Arbeiterklasse ihre historische Mission verloren hat. Die Begründungen dafür sind ebenso vielfältig wie die angebotenen Alternativen, beherrschen die linke Debatte seit mindestens einem halben Jahrhundert und schwanken zwischen der Definition einer neuen Arbeiterklasse, wie schon 1963 bei Serge Mallet¹⁹, dem „Abschied vom Proletariat“ bei André Gorz²⁰ und der Definition der Multitude als einem neuen, global agierenden revolutionären Subjekts bei Hardt und Negri.²¹ Honneth geht einen qualitativen Schritt weiter und verabschiedet sich nicht nur von der Arbeiterklasse, sondern überhaupt von der Annahme eines die Gesellschaft verändernden Subjekts. Dies geschieht zunächst dadurch, dass er die von den Klassikern definierte „historische Mission der Arbeiterklasse“ nicht nur in Frage stellt – was längst auch unter Marxistinnen und Marxisten keinen Neuigkeitswert besitzt²² –, sondern dass er die Notwendigkeit zur Formierung eines die Gesellschaft verändernden Subjekts grundsätzlich verneint. Erst am Ende seines Buches erfährt man, warum er darauf auch verzichten kann: Weil nämlich Honneths erneuerter Sozialismus das Ergebnis unverbundener, individuell handelnder Subjekte sein soll. Dagegen gibt es in der Klassendiskussion bei Marx zwei entscheidende Momente, die jenseits aller empirischen Klassendefinition und falschen Erwartungen an die „historische Mission der Arbeiterklasse“, auch heute noch Bestand haben. So kritisiert er 1843 an der Situation Deutschlands, dass es eines „negativen Repräsentanten der Gesellschaft“ mangelt, der „die materielle Macht zur politischen Gewalt begeistert (und) jene revolutionäre Kühnheit (besitzt), welche dem Gegner die trotzige Parole zuschleudert: *Ich bin nichts, und ich müsste alles sein.*“²³

¹⁸ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 482.

¹⁹ Serge Mallet, Die neue Arbeiterklasse, Paris 1963 und 1969, deutsche Ausgabe Berlin und Neuwied 1972.

²⁰ André Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt am Main 1981.

²¹ Michael Hardt/Antonio Negri, Empire – Die neue Weltordnung, Frankfurt/Main 2002.

²² Vgl. dazu Harald Neubert, Die ‚Historische Mission der Arbeiterklasse‘ bei Marx und Engels und die historische Realität, in Z 80 (Dezember 2009), S. 101-118.

²³ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, a.a.O., S. 389.

Bleiben wir beim Begriff des gesellschaftlichen Subjekts, so muss es sich dabei nicht um eine Klasse handeln, sondern es kann auch eine begeisternde, gesellschaftlich anerkannte Bewegung sein, die eine gesamtgesellschaftliche Veränderung anstrebt. Zweitens aber hat Marx bei der Analyse der französischen Parzellenbauern eine interessante Beschreibung dafür hinterlassen, was keine Klasse ist, obwohl sie sozialstatistisch gesehen eine sein könnte: „Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. [...] Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andre Parzelle, ein anderer Bauer und eine andre Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf, und ein Schock Dörfer macht ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet.“²⁴ Umgekehrt lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass die wichtigste Voraussetzung eines handlungsfähigen gesellschaftlichen Subjekts nicht die gleiche ökonomische Stellung in der Gesellschaft ist, sondern soziale und kulturelle Kontakte, eine lebendige Kommunikation und ein gemeinsames Interesse an der Verfügung über die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen.

Dabei spielt es zunächst eine untergeordnete Rolle, was das konkrete Ziel der aktuellen Bewegung ist, wenn sich ihre Aktion nur auf ein grundlegendes Merkmal der Gesellschaft und ihre Herrschaftsstruktur richtet. Es ist auch nicht erforderlich, dass der aktuelle Kampf auf Dauer gestellt ist, und auch das aktuelle Ergebnis ist zweitrangig, so lange die Aktion nur eines erreicht, nämlich das Bedürfnis nach Überwindung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstetigen und die gemeinsame Kommunikation aufrechtzuerhalten. Natürlich ist es nützlich, wenn in der aktuellen Aktion kontinuierlich arbeitende Gewerkschaften und Parteien ihren Platz haben; das Wichtigste aber ist die Bewegung selbst, weil sie niedrigschwellige Zugänge öffnet, bündnisfähiger als Organisationen ist und flexibel auf neue Herausforderungen reagieren kann.²⁵ Das ist letztlich auch der Raum für eine Erneuerung des sozialistischen Projekts, das sowohl organischer Intellektueller als auch wissensdurstiger Praktiker bedarf.

Dies alles spielt bei Honneth keine Rolle, weil er die „Frage nach einem sozialen Träger der sozialistischen Ideale“ grundsätzlich für obsolet hält und überzeugt ist, dass „ein zeitgenössischer Sozialismus überhaupt nicht mehr auf der konkreten Ebene individueller und kollektiver Subjekte suchen“²⁶ darf. Mit dieser ebenso originellen wie radikalen Lösung der Klassenfrage entsorgt der Autor nicht nur den Begriff des gesellschaftlichen Subjekts, sondern des Subjekts

²⁴ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, S. 198.

²⁵ Vgl. Hans-Jürgen Urban, Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2009, H. 5, S. 71.

²⁶ Axel Honneth, Sozialismus reloaded und revidiert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2015, H. 10, S. 94.

überhaupt. Honneth begreift Sozialismus nicht mehr als einen Ausdruck bewussten Handelns, sondern als zwangloses, nicht zielgerichtetes „Zusammenspiel intersubjektiver Freiheitssphären“²⁷. Es handelt sich also um einen Sozialismus, der sich gewissermaßen hinter dem Rücken der leibhaftigen Menschen vollendet. Womit sich natürlich die Frage stellt, was mit dem „Zusammenspiel intersubjektiver Freiheitssphären“ gemeint ist. Wie erwähnt hat Honneth dabei drei Sphären im Blick. Nämlich das „ökonomische Handlungssystem“, die Sphäre der demokratischen Willensbildung und die „Handlungssphäre von Liebe, Ehe und Familie“.²⁸ Jede dieser drei Honnethschen Sphären hat ihre eigene Funktionslogik, die sich auf die Optimierung der in ihr bereits vorhandenen Freiheitsrechte richtet. Sowohl in der Wirtschaft wie auch in der demokratischen Willensbildung und der trauten Sphäre von „Liebe, Ehe und Familie“ existieren nach Honneth bereits institutionelle Freiheitsrechte, deren Erweiterung, ohne dass es die Handelnden beabsichtigen, den Sozialismus voranbringen. Allein dadurch also, dass die Individuen erkennen, dass sie ihre persönlichen Freiheitsrechte nur im Zusammenwirken mit anderen erweitern können, handeln sie im Honnethschen Sinne sozialistisch.

Marktsozialismus

Es ist nicht ohne Ironie, dass die von Honneth erwähnte „Funktionslogik“ an die Metapher von der „unsichtbaren Hand des Marktes“ bei Adam Smith erinnert, wo ebenfalls unterstellt wird, dass das ungehinderte Durchsetzen der individuellen Absichten schließlich allen zugute kommt. Unumwunden schreibt denn auch Honneth, dass dies „am Ende auf Verhältnisse hinausläuft, die sinnvoll nur als ‚marktsozialistisch‘ bezeichnet werden können.“²⁹ Und weiter: „Auf jeden Fall ändert sich für den Sozialismus, werden nicht mehr soziale Kollektive, sondern institutionelle Errungenschaften als Verkörperungen seiner Ansprüche in der Wirklichkeit begriffen, nahezu alles.“³⁰ Wobei der Verzicht auf handlungsfähige Kollektive weder historisch noch sozialpsychologisch begründbar ist. Historisch gesehen sind nämlich die von Honneth genannten „institutionellen Freiheitsrechte“ nicht von sich aus, auf unergründliche Weise entstanden, sondern das Ergebnis ungezählter und langwieriger Klassenkämpfe. Nehmen wir als erstes Honneths „Sphäre des ökonomischen Handlungssystems“, so ist hier kein Freiheitsrecht zu sehen, das nicht durch gesellschaftliche Subjekte formuliert und durchgesetzt wurde. Die Liste reicht vom Kampf um den Acht-Stunden-Tag im 19. Jahrhundert bis zum heutigen gesetzlichen Mindestlohn. Das „ökonomische Handlungssystem“ ist in seiner Struktur überhaupt nicht zu verstehen, wenn man es nicht als historisches Ergebnis der Konflikte zwischen Arbeit und Kapital betrachtet. Gleichzeitig

²⁷ Axel Honneth, *Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015, S. 146.

²⁸ Ebenda, S.133.

²⁹ Axel Honneth, *Sozialismus reloaded und revidiert*, a.a.O., S. 95.

³⁰ Ebenda.

werden alle sich daraus ergebenden Freiheitsrechte permanent von Seiten des Kapitals in Frage gestellt und ausgehöhlt, so dass die von Honneth für überflüssig erklärten „sozialen Kollektive“ langwierige Abwehrstreiks organisieren müssen, um ihre Rechte überhaupt nur zu behalten. Das Gleiche gilt für die „Sphäre der demokratischen Willensbildung“ und die Freiheitsrechte mit ihrem Bezug auf „Liebe, Ehe und Familie“. Honneth kann in keinem Teil seines Sozialismusentwurfs erklären, weshalb zwar jedes neue „Freiheitsrecht“ seit mehr als zwei Jahrhunderten im Konflikt zwischen Arbeit und Kapital beziehungsweise ihren ökonomischen oder politischen Institutionen erkämpft werden musste und weiter umkämpft ist, aber in seinem „marktsozialistischen“ Gesellschaftsmodell keinen Platz mehr findet. Nach Honneth ist die Menschheitsgeschichte wie bei Fukuyama an ihrem Endpunkt angelangt und erschöpft sich in der Optimierung der auf ewig gestellten Gegenwart. „Warum spricht Honneth von Sozialismus“, fragt deshalb auch Reinhard Blomert. „Warum benutzt er nicht gleich den Begriff der Zivilgesellschaft, der doch seit seiner Erfindung alle für Honneth maßgeblichen Elemente in sich trägt?“³¹ Dazu schreibt Honneth: „...so zeigt sich überhaupt erst in voller Breite, wofür der Sozialismus heute mit seinen ureigenen Visionen einzutreten hat. Innerhalb des liberaldemokratisch verfaßten Kapitalismus vertritt er die geschichtliche Tendenz, soziale Abhängigkeiten und Exklusionen schrittweise zu überwinden.“³² Das ist weder besonders originell noch neu, handelt es sich doch bereits seit Godesberg, erst recht aber nach Schröders „Reformen am Arbeitsmarkt“ um Theorie und Praxis der SPD.

³¹ Reinhard Blomert, Zivilgesellschaft statt Sozialismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik“, 2015, H. 12, S. 40.

³² Axel Honneth, Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung, Berlin 2015, S. 164.

| | | |
|---|---|---|
| SOLIDARITÄTSREISE GEGEN SPARDIKTATE UND NATIONALISMUS | CONTRASTE DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION | DAS DREI-HÄUSERPROJEKT |
| <ul style="list-style-type: none"> * Wählen: Wir können uns nur selbst helfen. * Reiseindrücke: Ohne internationale Zusammenarbeit kann der Kampf nicht gewonnen werden. * Sparrückat: No point of return. * Flüchtlinge: Nicht hier, nicht dort, kein Ort nirgends. |  | <p>In Freiburg bauen 120 Menschen gemeinsam drei Mietshäuser und zahlen an sich selbst die Miete.</p> ROTE FLORA: PORTRÄT EINES AKTIVISTEN <p>Hans Martin Kühnel engagiert sich seit 25 Jahren unbezahlt im autonomen Zentrum Rote Flora.</p> |
| <p>Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus - für nur 7,50 €! Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden! Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug. Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Schönefelderstr. 41A, 34121 Kassel www.contraste.org</p> | AUTWORKER EG <p>Den beteiligten Autisten geht es darum, autistische Menschen bei ihrem Weg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.</p> | |

Anmerkungen zu Carl/Oehlke, Innovationsökonomie, in Z 104 (Dezember 2015)

Die Einflüsse technischer Innovationen auf die gesellschaftliche Entwicklung sind vielfältig. Sie reichen vom Nutzen des Röntgengeräts bis zum Schrecken der Atombombe, vom Fließband bis zum Computerarbeitsplatz. Sie haben ebenso Einfluss auf das persönliche Wohlergehen der Arbeitenden wie sie auch zentrale Bedeutung für die Beschäftigungsentwicklung besitzen. In Phasen des Wirtschaftswachstums, in denen der Arbeitsmarkt zur Vollbeschäftigung tendiert, sind die individuellen, betriebsrätlich oder gewerkschaftlich organisierten Aushandlungen einschließlich der Streiks bezüglich Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen einfacher zum Erfolg zu führen. Herrscht keine Tendenz zur Vollbeschäftigung, verstärkt sich die im Kapitalismus immer vorhandene Tendenz zu Ungleichverteilung. Doch folgt nicht aus jeder technischen Innovation Wirtschaftswachstum oder gar eine Tendenz zur Vollbeschäftigung.

In der letzten Z plädieren nun Carl & Oehlke (C&O) für eine Politik der Innovationsförderung, um damit Wege und „Alternativen aus der Krise des gegenwärtigen Kapitalismus (zu) eröffnen“. Als Krisenmomente gelten ihnen vor allem (zu) geringes Wachstum, (steigende bzw. hohe) „Arbeitslosigkeit“, „Polarisierung der Einkommen“ und „Finanzialisierung der Profitvermehrung“ (u.a. 102) sowie die ökologischen Probleme „des fossilen Kapitalismus“ (111).

Abhilfe soll geschaffen werden mit einer „gezielten Förderung der neuen Wachstumsmärkte“ (108), der Staat solle als Innovationspionier nicht nur Rahmenbedingungen für Märkte setzen, sondern diese selbst schaffen (ebd.).

C&Os roter Faden besteht also in der (impliziten) These, dass Innovationen gesamtwirtschaftlich expansive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung haben und auf Grund dessen auch krisenüberwindend wirken (können).

Allerdings: Explizit behauptet wird das von C&O nicht – durchaus zu Recht. Denn „ihre Auswirkungen (der Technologie – O.G.) auf Beschäftigung und Unterbeschäftigung wurden von Ökonomen wie in der Öffentlichkeit heftig diskutiert.“ (Tylecote 1999: 1151)¹ Eine schulen- oder paradigmengreifende Einigkeit konnte dabei allerdings nicht hergestellt werden.

Überraschenderweise wird diese offene Frage auch in den folgenden Ausführungen nicht abschließend geklärt. Das Ziel ist hier auch weniger, C&O zu widersprechen, sondern den Stand der Forschung zu skizzieren und darauf aufbauend eine Forschungsfrage bzw. eine Forschungsperspektive zu formulieren sowie insgesamt für eine stärkere Befassung mit dieser Thematik zu plädieren.

Zunächst: (Gewisse) schulenübergreifende Einigkeit besteht in der – eingangs schon umrissenen – Bedeutung, die dem technischen Fortschritt beigemessen wird. Für Marx(istInnen) stellt die „Steigerung der Produktivität“ den – nicht

¹ Übersetzung aus dem Englischen durch die Redaktion.

unbedingt einzigen, aber doch wichtigen – „Hauptmotor der gesellschaftlichen Entwicklung“ dar (Berger 2003: 115). Für den ‚Rest‘ gilt zumindest Ähnliches: „Makroökonomisch besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Produktivität der wichtigste Bestimmungsfaktor von Wachstum und Nationaleinkommen der einzelnen Länder ist, dass diese Handels- und andere Wirtschaftsbeziehungen bestimmt.“ (Tylecote 1999: 1151)

In der Neoklassik spielt der technische Fortschritt (also Prozessinnovationen) erst ab 1956 im Zuge der Entwicklung der Wachstumstheorie(n) eine gewisse Rolle (Hein 2004: 98-131). Er ist dort (eine mögliche) Voraussetzung für Wachstum; kontraktive Effekte können von ihm grundsätzlich nicht ausgehen.

In Keynes Werk, entstanden vor allem in der Auseinandersetzung mit der Neoklassik vor Beginn des zweiten Weltkriegs, sind technischer Fortschritt und Innovation allenfalls Randphänomene. Das gilt in großen Teilen auch für die Post-Keynesianischen Wachstumsmodelle, in die technischer Fortschritt einschließlich Produktinnovationen allerdings eingebaut werden können (ebd.: 213-19).

In Bezug auf die Beschäftigungseffekte des technischen Fortschritts vertritt die Marxsche Schule bekanntermaßen die gerade entgegengesetzte Position zu (Neo-)Schumpeterianern und VertreterInnen der Langen-Wellen-Theorie (LWT).² Woraus (Neo-)Schumpeterianer und LWT-Anhänger Überzeugungskraft ziehen konnten, war die in den letzten ca. 150 Jahren mehrfache innovationsbedingte Entstehung neuer Branchen, die den rationalisierungsbedingten Beschäftigungsabbau in älteren Branchen (über-)kompensieren konnte. Das bedeutet wohl, dass die – vor allem im ersten Kapital-Band entwickelte – These technologie- und produktivitätsbedingt steigender Arbeitslosigkeit nicht den einzigen Fall darstellt,³ mindestens also Modifikationen erforderlich sind. Andererseits und mit Blick auf die LWT bzw. innovationsoptimistische Sichtweisen stellt sich die Frage: Kann umstandslos davon ausgegangen werden, dass sich die Entwicklung von ca. 1750/1800 bis ca. 1970 zukünftig einfach fortsetzen wird? Antwort: Wohl eindeutig nein.

Beide – (Neo-)Schumpeterianer und MarxistInnen – stehen hier also vor einer ungeklärten Frage. Diese ist keinesfalls ‚nur‘ wissenschaftlicher Art. Aktuell geht es ganz praktisch darum, welche Beschäftigungseffekte von der gerade entstehenden nächsten Generation der Informations- und Kommunikationstechnologie („Industrie 4.0“) zu erwarten ist, und wie die Linke damit umgehen sollte.

Werfen wir einen genaueren Blick auf die von C&O referierten Neo-Schumpeterianer. In früheren Studien von Freeman, Clark und Soete wurde die Frage nach dem Zusammenhang von Innovationen und Beschäftigung bereits im Titel gestellt („Unemployment and Technical Innovation“, 1982;

² Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass es auch unter MarxistInnen Anhänger der Theorie der Langen Wellen gibt, bspw. Thomas Kuczynski, Ernest Mandel, Karl Heinz Roth, Immanuel Wallerstein.

³ Verschiedene Bemerkungen im ersten und dritten Kapital-Band zeigen, dass sich Marx dessen auch bewusst war (Gerlach 2013: 186).

„Technical Change and Full employment“, 1987), ohne allerdings eine belastbare Antwort zu finden. Später haben sie sich von dieser Frage eher wieder abgewandt – in Freemans letztem Werk (Freeman & Louçã, 2003) spielt das Thema Arbeitslosigkeit/Beschäftigung allenfalls eine Nebenrolle.

Diese Entwicklung setzt sich in dem von C&O zuletzt referierten Buch von Mariana Mazzucato fort. Ihre Kernaussage ist: *Wenn Innovationen zu gesamtwirtschaftlichem Aufschwung geführt haben, dann war dabei immer der Staat umfänglich unterstützend tätig.* Sehr vorsichtig ist sie beim Zusammenhang von Innovationen und Wachstum: „Nicht alle Innovationen führen zu gesamtwirtschaftlichem Wachstum“, sondern nur solche „Produkte oder Prozesse, die Auswirkungen auf viele verschiedene Sektoren haben“ (85). Noch vorsichtiger ist sie bei der Beschäftigungswirkung: Zwar lassen „bessere Produkte und/oder Dienstleistungen ... neue Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeitnehmer entstehen“ (225), allerdings haben „jahrzehntelange staatliche Investitionen in die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen die Vereinigten Staaten zwar zu einer erfolgreichen Innovationsnation gemacht, paradoxerweise aber nicht zu einem hohen Beschäftigungsniveau“ etc. geführt (226). Ihre Folgerung: „Deshalb müssen wir uns fragen, ob sie (die Innovationen – O.G.) zu einer Zunahme neuer Arbeitsplätze mit auskömmlichen Löhnen und höheren Staatseinnahmen geführt haben“ (ebd.). – Ihrer Ansicht nach eher nicht. Sie weist auf den eingangs erwähnten „Zusammenhang zwischen Innovationen und (Un-)Gleichheit“ hin und verbindet dies mit der „Forderung, dass Industrie- und Innovationspolitik Instrumente zur Umverteilung beinhalten müssen, wenn die ‚unternehmerischen‘ Investitionen des Staates gerechtfertigt sein sollen“ (214).

Vorsichtig formuliert: Die optimistische Sicht, dass Innovationen generell expansiv auf Gesamtbeschäftigung oder Wachstum wirken, steht auf eher wackligen Beinen. Auch wird nicht der inzwischen etwas ausdifferenziertere Stand der Forschung zur Beschäftigungswirkung von Innovationen berücksichtigt. Dieser geht davon aus, dass Produktinnovationen eher expansive, Prozessinnovationen aber eher kontraktive Effekte haben (können): „... Prozessinnovationen ... Üblicherweise bewirken sie höhere Produktivität und weniger Beschäftigung... Produktinnovationen vergrößern im Allgemeinen Qualität und Vielfalt von Gütern und können so helfen, neue Märkte zu erschließen, was ... zu mehr Produktion und Beschäftigung führt.“ (Pianta 2005: 572)

Allerdings muss bei Produktinnovationen noch einmal zwischen komplementären (es entstehen völlig neuartige Produkte, die keine anderen Produkte verdrängen) und substitutiven Innovationen (die bereits bestehende Produkte verdrängen) unterschieden werden. Dabei zeigt sich, dass nur komplementäre Produktinnovationen beschäftigungsexpansiv wirken (Gerlach 2013: 196).

Unter diesen Voraussetzungen kann von der „Industrie 4.0“, die primär eine Prozessinnovation ist, nur ein negativer (Netto-)Beschäftigungseffekt erwartet werden. Aktuelle Szenario-Rechnungen zu dieser Frage für Deutschland bestätigen diese Vermutung zunächst. Wolter et al. (2014) gehen bis 2025 von

einem (Netto-)Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen aus (63) – und zwar trotz zusätzlicher Nachfrage nach neuen Produkten (ebd.: 50).

Da es jedenfalls unterschiedliche Innovationstypen mit unterschiedlichen Effekten auf Wachstum und Beschäftigung gibt, erfordert eine Theorie über den idealen Durchschnitt der kapitalistischen Produktionsweise eine Theorie der langfristigen Veränderung des Innovationsgeschehens (Gerlach 2013: 196).

Literatur

- Berger, Michael (2003): „Das Kapital“ – Eine Einführung. München.
- Freeman, Chris; Clark, John; Soete, Luc (1982): Unemployment and Technical Innovation. A Study of Long Waves and Economic Development. London.
- Freeman, Chris; Louçã, Francisco (2001): As Time Goes By – From the Industrial Revolutions to the Information Revolution. Oxford/UK.
- Freeman, Chris; Soete, Luc (Hg.) (1987): Technical Change and Full employment. Oxford/UK.
- Gerlach, Olaf (2013): Wohlstandszuwachs, Verelendung und Landnahme – Elemente einer Reformulierung der Theorie der Produktivkraftentwicklung. in: Backhouse, Maria; Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Nowak, Andreas (Hg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster, S. 178 – 203.
- Hein, Eckhard (2004): Verteilung und Wachstum – Eine paradigmensorientierte Einführung. Marburg.
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates – Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München.
- Pianta, Mario (2005): Innovation and Employment. in: Fagerberg, Jan; Mowery, David C.; Nelson, Richard R. (Hg.)(2005): The Oxford Handbook of Innovation. Oxford/NY, S. 568 – 598.
- Tylecote, Andrew (1999): technology. in: Phillip Anthony O'Hara (Hg.): Encyclopedia of Political Economy. London, S. 1151 – 54.
- Wolter, Marc Ingo, u.a. (2015): Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft – Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. Nürnberg. <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2015/fb0815.pdf>, Zugriff am 25.10.2015.

Olaf Gerlach

Marxismus-Kongress in Peking

Beijing, 10. bis 11. Oktober 2015

An der Pekinger Universität fand am 10. und 11. Oktober 2015 der „World Congress on Marxism“ unter dem Thema „Marxism and the Development of the Human Race“ statt (der Kongress war zweisprachig chinesisch/englisch; ich werde die englischen Titel/Themen verwenden). Daran nahmen rund 500 chinesische Wissenschaftler, Professoren, Dozenten der großen Universitäten der Volksrepublik China und Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler der Pekinger Universitäten teil. Eingeladen waren rund 40 Wissenschaftler aus allen Kontinenten, die in den letzten Jahrzehnten wichtige Beiträge zum Marxismus und zur internationalen Debatte geliefert haben. Tagungsgebäude war das Overseas Exchange Center der Universität, ein moderner Bau gleich an einem der Eingänge zum riesigen Campus der führenden Universität Chinas.

Der Kongress war langfristig durch ein Organisationskomitee der Pekinger Universität unter Leitung ihres Präsidenten *Lin Jianhua* und des Parteisekretärs *Zhu Shanlu* vorbereitet worden. Federführend war die School of Marxism (gegründet 1992) mit ihrem Dekan *Yu Hongjun*, der zugleich stellvertretender Universitätspartei sekretär ist. Die Einladung der internationalen Gäste und deren Betreuung lagen in den Händen von *Yuwen Li* und seinen studentischen Volunteers. Dass der Kongress nicht nur eine Universitätsangelegenheit war, zeigte sich in der Eröffnungssitzung, auf der ein stellvertretender Minister aus der Propagandaabteilung des ZK der KP China sprach, ebenso der Minister für Bildung der VR China, der Vizepräsident der Zentralen Parteischule und nicht zuletzt ein General aus der Nationalen Universität der Volksbefreiungsarmee.

Die Einberufung eines solchen Kongresses, der auch eine entsprechende Resonanz in der Presse und dem Zentralen chinesischen Fernsehen fand, ist auf die ideologische Offensive zurückzuführen, die mit dem 18. Parteikongress der KP Chinas 2013 eingeleitet wurde. Die Schulen des Marxismus an den Universitäten sind angehalten, die Qualität der Ausbildung der Studierenden zu verbessern und die marxistische Theorie in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Herausgabe einer neuen vollständigen Ausgabe der Werke von Marx und Engels wird höchste Priorität eingeräumt. Von den geplanten 70 Bänden, darunter sind 10 für Exzerpte reserviert, sind bereits 25 Bände erschienen. Die Edition erfolgt auf der Grundlage der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) auf vertraglicher Basis mit der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES). Dabei werden erstmals alle Texte aus dem Original ins Chinesische übersetzt (die erste chinesische Werkausgabe folgte nicht nur in der Auswahl und Kommentierung, sondern auch in der Übersetzung der russischen Sočinenija). Herausgeber ist das Zentrale Sammlungs- und Übersetzungsbüro beim ZK der KP Chinas (CCTB), das in seinen Räumlichkeiten eine Ausstellung über die Übersetzungs- und Verbreitungsgeschichte der Werke von Marx und Engels in China eingerichtet hat. Allerdings konnte ich feststellen, dass das CCTB

nicht mehr über das Übersetzungsmonopol der Marx-Engels-Werke verfügt: Zunehmend erscheinen Einzelausgaben von Schriften mit neuen Übersetzungen und es gibt auch universitäre Debatten über die Übersetzung von philosophischen und ökonomischen Fachbegriffen; erinnert sei nur an das klassische Beispiel von „Aufhebung“. Auch das sowjetische Monopol des Marxismus-Leninismus ist längst gebrochen: In den Auslagen der Buchgeschäfte finden sich Übersetzungen aller bekannten europäischen und US-amerikanischen Wissenschaftler zum Marxismus und auch chinesische Wissenschaftler veröffentlichten neue Interpretationen der marxistischen Theorie.

Die ausländischen TeilnehmerInnen des Kongresses waren gebeten worden, über den Einfluss des Marxismus in ihren Ländern, über neue Tendenzen der marxistischen Theorie und über neue Editionen zu berichten. Auf der Eröffnungssitzung sprachen der legendäre *Samir Amin* aus Kairo (er wird zur nächsten Jahrestagung des Instituts für Kritische Theorie vom 19.-22. Mai 2016 in Berlin erwartet) und der Politikwissenschaftler *Roderick MacFarquhar* („Ein Marxist bin ich nicht.“) von der Harvard University, der natürlich anders als Amin die Perspektiven des Marxismus kritisch beurteilte. Damit wurde aber auch deutlich, dass die Organisatoren Diskussionen nicht ausweichen wollten, sondern sie nachdrücklich einforderten, wenn dies jedoch in den folgenden Panels nicht immer erreicht werden konnte. Weiterhin waren u.a. angereist: aus Deutschland *Wolfgang F. Haug* und *Michael Brie*; aus Russland *Vladilen Burov*, *Alexander Buzgalin* und *Andrej Kolganov*; aus Belgien *Maria McGavigan* und *Eric Vanhaute*; aus Frankreich *Isabell Garo*, *Michel Maso* und *Tony Andreani*; aus Großbritannien *Sean Sayers* und *Alex Callinicos*; aus Vietnam *Nguyen Bang Tuong*; aus Japan *Tomonaga Tairako*; aus Tansania *Isa Gulamhussein Shivji*; von Australien *Lynne Chester* und *Roland Boer*; aus Brasilien *Jorge Grespan*, aus den USA *David Kotz*, *Michael A. Lebowitz* und *Rodney Peffer*. Dass es bei dieser illustren Zusammensetzung der Diskutanten kein einheitliches Abschlusskommuniqué, wie es sich die Organisatoren erhofft hatten, geben würde, war aber vorhersehbar.

Nach der gemeinsamen Eröffnungssitzung waren die Teilnehmer in acht Panels/Arbeitsgruppen und eine Spezialgruppe eingeteilt worden, in denen insgesamt sieben Vortrags- und Diskussionsstunden vorgesehen waren. Die Themen der Panels: „The Origin and Development on Marxism“, „Text Studies and Compilation of Classical Marxists Works“, „The Chinese Path and Chinese Discourse System“, „Xi Jinping’s Theory of Governing the Country“, „Marxism and the future trends of the World“, „Science and Culture in the View of Marxism“, „Marxism and Economic Globalization“, „Marxism and Community of Common Destiny for All Mankind“. Die Spezialgruppe behandelte drei Themen: „The Chinese Path and Market Socialism“ (hier traten drei weitere US-Amerikaner auf: *John Roemer*, *Michael Hudson* und *Bertell Ollman*), „The Path of Development for Underdeveloped Countries and Marxism“ (mit *Samir Amin*), „Marxism and the History of Modern China“ (hier mit *Roderick MacFarquhar*).

Der Autor war eingeladen worden, gemeinsam mit *Yang Jinhai* (CCTB) die zweite Arbeitsgruppe zu leiten. Erwartungsgemäß war der Kreis nicht sehr groß (ca. 30 Teilnehmer), die die Gelegenheit nutzten, sich über die Herausgabe der MEGA² (*Carl-Erich Vollgraf* aus Berlin, *Tomonaga Tairako* aus Tokio), der französischen digitalen Version der Werkausgabe (*Isabell Garo*, Paris) und natürlich über die chinesischen Forschungsergebnisse auszutauschen (u.a. *Han Lixin* vom Philosophie-Institut der Tsinghua Universität in Peking über die „Deutsche Ideologie“). Hier forderte insbesondere *Wang Dong* (Institut für Philosophie der Peking Universität) eine stärkere Hinwendung zu den originären Marx-Texten und Manuskripten und deren Quellen sowie die Veröffentlichung von eigenständigen Forschungsergebnissen. *Michael Brie* und *Wolf Haug* waren in der ersten Arbeitsgruppe. In der ersten Gruppe beteiligte sich u.a. *Wei Xiaoping* (Institut für Philosophie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften), die die europäischen Debatten aus vielen Aufenthalten, auch in Deutschland, gut kennt.

Der Kongress war vor allem geprägt durch die Diskussion des Marxismus chinesischer Prägung, der die marxistische Theorie in Beziehung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der VR China stellt. Für die chinesischen Wissenschaftler ist es selbstverständlich, die Kluft zwischen Arm und Reich zu thematisieren und Wege zur sozialen Gerechtigkeit zu suchen. Natürlich beschäftigen sie sich mit der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im Spannungsfeld von zentraler Planung und Leitung und kapitalistischen Marktmechanismen. Und nicht zuletzt werden stets Fragen nach dem Verhältnis von Parteiensystem und Demokratie, Rechtssystem und Kampf gegen die Korruption diskutiert. Alle diese Probleme befinden sich in einem Prozess, der durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird, wie das allgemeine Entwicklungsniveau, die internationale Einbindung und die nationalen natürlichen, historischen und kulturellen Bedingungen Chinas. In mehreren Vorträgen wurde daher auf Xi Jinpings ideologisches System der Governance als einer neue Entwicklungsstufe des chinesischen Marxismus eingegangen.

Die Organisatoren hatten den ausländischen Teilnehmern ein Papier „Scholars Consensus of World Congress on Marxism“ zur Diskussion gestellt. Darin waren solche Thesen enthalten, wie dass der Marxismus eine der einflussreichsten intellektuellen Strömungen in der Welt sei, der die sozialhistorische Entwicklung bestimmen würde; dass der Marxismus praktischen und Zeitgeist habe, der die Probleme der menschlichen Gesellschaft vorhergesehen habe; dass der Marxismus sich mit der Zeit erneuern und ein kreativer chinesischer Marxismus (mehrfach fiel der Begriff des Sinicized Marxism) entwickelt werden müsse; dass bei den gegenwärtigen globalen Weltproblemen der Marxismus das Licht für die Führung der Menschheit sei usw. Auf dem abschließenden Empfang durch den UniversitätsparteiSekretär wurden diese Thesen durch eine modifizierte Erklärung ersetzt, die von den ausländischen Teilnehmer lediglich zur Kenntnis genommen wurde. Die Organisatoren teilten auf der Abschlussitzung mit, dass der nächste Kongress im Marx-Jahr 2018 stattfinden wird und die überarbeiteten Beiträge in einer Publikation zusammengefasst werden.

In der folgenden Woche waren die ausländischen Wissenschaftler eingeladen, verschiedene große Universitäten des Landes zu besuchen und dort Vorträge zu halten. Der Autor hatte gemeinsam mit Kollegen aus Frankreich, Großbritannien, Belgien, Russland und Australien die Möglichkeit, an die Nanjing Normal Universität zu reisen, um an der Konferenz „Marx & Engels and Contemporary Socialism – The 120th Anniversary of the Death of Friedrich Engels“ teilzunehmen. Hier waren „The Marx & Engels Research Association of China“ – eine Art Leiteinrichtung – und das Forschungsinstitut für Marxismus federführend. Die internationale Gruppe wurde von rund 200 Lehrer-StudentInnen begrüßt. Auf der zweitägigen Konferenz kamen vielfältige Themen zur Sprache, wobei der Schwerpunkt auf der Anwendung des Marxismus in China lag, etwa dieser Thematik: „The Chinese Dream and Core Values in the Theory and Practice of Socialism with Chinese Characteristics“. Es wurden auch unterschiedliche Sichtweisen geäußert und immer wieder daraufhin gewiesen, dass es noch großer Anstrengungen bedarf, um den Marxismus allseitig zu erschließen und zu vermitteln.

Rolf Hecker

Mehr als nur die zweite Geige

Tagung der Marx-Engels-Stiftung zum 195. Geburtstag von Friedrich Engels, Wuppertal, 28. November 2015

Am 28. November 1820 wurde Friedrich Engels in Barmen (heute ein Stadtteil von Wuppertal) geboren. Unmittelbar neben dem heute noch erhaltenen Geburtshaus – dem so genannten Engels-Haus – fand genau 195 Jahre später eine Tagung und Feier anlässlich seines Geburtstages statt.

In mehreren Vorträgen und Diskussionsrunden, die von *Andreas Wehr* (Berlin) moderiert wurden, ging es vor allem um die Rolle von Friedrich Engels bei der Formierung des Marxismus und der Herausbildung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Arbeiten von Engels, der seinen selbstständigen Anteil an der Ausarbeitung der marxistischen Theorie zwar nicht leugnete, aber stets das „Genie“ von Marx in den Vordergrund rückte (vgl. MEW 21: 291f), wurden in der Vergangenheit vielfach unterschätzt. Oder ihm wurde z. B. von der Neuen Marx-Lektüre eine Verfälschung der Lehren von Marx vorgeworfen. Ziel der Tagung war es, das Verdienst von Friedrich Engels zu würdigen und seine eigenständigen Arbeiten in den Fokus zu rücken.

Zu Beginn der Tagung betonte *Dr. Eberhard Illner* (Wuppertal), der Leiter des Historischen Zentrums, zu dem auch das Engels-Haus gehört, dass das Verhältnis zwischen Marx und Engels in der Frühphase ihres Wirkens genau analysiert werden müsse. Zu Beginn sei es vor allem Engels gewesen, der Marx inspiriert habe, sich mit Ökonomie und der Lage der Arbeiterklasse aus-

einanderzusetzen. Illner warnte aber auch davor, die Arbeiten von Friedrich Engels aus ihrem historischen Kontext herauszureißen und in ihnen ewige Wahrheiten zu suchen.

Danach referierte *Andreas Hüllinghorst* (Berlin) zu Engels' Beitrag zum dialektischen Materialismus. Dabei unterstrich er die Rolle von Engels in der Entwicklung einer wissenschaftlichen Weltanschauung. In seiner Philosophie habe der Marxismus als Negation der Negation den Schritt von dem dialektischen, aber geschlossenen und kreisförmigen System Hegels, das immer auf die absolute Idee bezogen bleibe, zu einem dialektischen und dabei offenen und materialistischen Wissenschaftssystem vollzogen. Dabei bestehe aber immer der Widerspruch zwischen Empirie und Theorie, der sich auch in dessen ideeller Widerspiegelung, in dem Widerspruch zwischen dem Denken der Realität und dem Denken der Denkgesetze, formiere. Hier sei es Engels gewesen, der die Dialektik als die „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ hervorhob (MEW 20: 307). Zwar bleibe auch dabei der Gesamtzusammenhang weiterhin ideell konstruiert, aber – im Gegensatz zu dem System Hegels – beruhe er auf der Grundlage der empirischen Naturwissenschaften und habe somit einen wissenschaftlichen Charakter.

In der Mittagspause gab es Gelegenheit unter der Führung von Dr. Illner die Ausstellung „Zensur und Pressefreiheit in Preußen von 1830 bis 1848/49“ zu besichtigen, in deren Räumlichkeiten die Tagung stattfand. Hier ließen sich auch einige Raritäten finden, wie z. B. eine Originalausgabe der roten Abschluss-Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung vom 19. Mai 1849.

Nach der Mittagspause referierte *Prof. Dr. Elmar Altvater* (Berlin) zum Thema „Engels neu entdecken“. Er betonte dabei die in den letzten Jahren besonders akut gewordene Frage des Verhältnisses von Mensch und Natur, welches bereits von Engels in seiner Dialektik der Natur anvisiert wurde. Entscheidender Motor der Klimaveränderung und der ökologischen Probleme der Erde sei der globalisierte Kapitalismus, dessen innere Dynamik nicht nur von zyklischen Krisen, sondern auch von kumulativen Prozessen bestimmt werde: z. B. von der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, aber auch von der zunehmenden Transformation von Naturstoffen, die sich beispielsweise im steigenden Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre niederschlägt. Der Kern des Widerspruches liege dabei schon in dem Doppelcharakter der Arbeit, die einerseits die Beziehungen zwischen Mensch und Mensch, andererseits zwischen Mensch und Natur determiniere. Innerhalb des Kapitalismus könne der Klimawandel nicht aufgehalten werden und der Planet Erde nähere sich einem „planetaren Kippunkt“, an dem das Ökosystem irreparabel umgewälzt werde. Nach dem Vortrag wurde vor allem die Frage diskutiert, ob wirtschaftliche Wachstumsprozesse eine rein kapitalistische Erscheinung seien, die, laut Altvater, erst mit der industriellen Revolution einsetzt, und somit mit Überwindung des Kapitalismus auch verschwinden werde.

Im Anschluss kritisierte *Holger Wendt* (Bochum) das hartnäckig von Kreisen der Neuen Marx-Lektüre verbreitete Gerücht, Engels habe Marx verfälscht. Er

zeigte auf, welche philologischen und argumentativen Fehlannahmen dieser Argumentationslinie zu Grunde liegen und betonte, im Gegensatz zu diesen Behauptungen die nachweisbar einvernehmliche Zusammenarbeit von Marx und Engels. Das zeige sich vor allem an Rezensionen und Vorworten zu Werken des jeweils anderen – anhand derer sich zwar eigene Betrachtungsweisen erkennen lassen, die aber von einer gemeinsamen Weltanschauung zeugen. Die Unhaltbarkeit ihrer Argumentation würden, so Wendt, in letzter Zeit auch immer mehr Anhänger der Neuen Marx-Lektüre erkennen, weswegen sie – statt wie bisher Engels gegen Marx auszuspielen – dazu übergingen, vornehmlich mit den frühen Texten von Marx gegen die späteren zu argumentieren, um daran inhaltliche Inkonsistenzen nachzuweisen. Letztlich gehe es der Neuen Marx-Lektüre vor allem darum, die revolutionäre Seite der Marschen Lehre über Bord zu werfen. Wendt machte deutlich, dass der Marxismus zu Recht den Namen von Marx trage, er aber mit gleichem Recht und zu unser aller Gewinn auch ein „Engelsismus“ sei.

Zum Abschluss erinnerte *Georg Polikeit* (Wuppertal) an den historischen Kontext des 150. Geburtstags von Friedrich Engels im Jahr 1970, welcher die Vorgeschichte bildete zu der am 28. April 1979 erfolgten Gründung der Marx-Engels-Stiftung. Er verwies dabei auch auf das Jahr 2020, in dem der 200. Geburtstag von Friedrich Engels anstehe, und stellte die Frage, wie dieser würdig zu feiern und ehren sei.

Mark Hadyniak

25 Jahre isw

Tagung in München, 28. November 2015

Das 1990 von marxistischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern und Gewerkschaftsaktiven in München gegründete „Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.“ blickte Ende 2015 auf 25 Jahre intensiver wissenschaftlicher und publizistischer Tätigkeit zurück. Wer die Tagung aus Anlass dieses Jubiläums in München besuchte, konnte bei der Diskussion vor den Vorträgen und am – gut bestückten – Buffett feststellen, dass die Gründerinnen und Gründer des isw – was nicht überraschte – zwar nicht jünger geworden sind, aber umtriebiger wie in alten Zeiten einen großen, lebendigen Kreis an Mitsreitern und auch jüngeren Autor/innen um sich geschart haben und mit ihnen in die aktuellen Diskussion der Linken eingreifen. Davon zeugen u.a. die beiden letzten in 2015 erschienenen isw-reports – inzwischen dreistellig in der Heftnummerierung –, die den „Umbruch im globalen Kapitalismus“ und „Wege aus dem Kapitalismus“ zum Gegenstand haben.¹

¹ Umbruch im globalen Kapitalismus. Abstieg der G7-Metropolen – Aufstieg der Schwellenländer. isw-report Nr. 100/101, München 2015, 76 S., 6,- Euro; Wege aus dem Kapitalismus. Die Alternativen entfalten sich nur in sozialen Kämpfen, isw-report Nr. 103, München 2015, 56 S., 4,50 Euro.

Beide Fragestellungen waren auch Gegenstand der Eröffnung der Tagung durch *Conrad Schuhler*. In seiner Bilanz der Entwicklung seit 1990 konstatierte er: Aus dem vermeintlichen „immerwährenden Triumphlauf des Kapitalismus“ ist ein „heftig durchgeschüttelter Krisenkapitalismus“ hervorgegangen, der durch eine ganze Kette globaler Finanzkrisen, durch wachsende Spaltung zwischen Reich und Arm, große ungleiche Entwicklungen im internationalen Kapitalismus mit dem ökonomischen Gewichtsverlust des „Westens“ bei gleichzeitigem Aufstieg der Schwellenländer und zunehmendem Einsatz militärischer Macht gegenüber den „peripheren“ Ländern des Südens wie gegenüber Russland gekennzeichnet ist. Im Inneren der kapitalistischen Metropolen sieht Schuhler ein „Bröckeln der Zustimmung der Subalternen“ und eine Desillusionierung sozialdemokratischer Vorstellungen über eine neue Versöhnung von Demokratie, Sozialstaat und kapitalistischer Wirtschaft. Für die Linke konstatierte er nach 1990 eine „Hinwendung zum Privaten“. Dies zu politisieren – also die Fragen des Lebensstils mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen in Verbindung zu setzen – sei „fundamental“, aber bisher nur in wenigen Bewegungen wie z.B. bei TTIP gelungen. Wenn er konstatierte: „Ein besseres Leben, soziale Gerechtigkeit, demokratische Gestaltung der Gesellschaft ist nur herzustellen im Kampf gegen die Eliten und Profiteure des jetzigen neoliberalen Systems der ‚Postdemokratie‘ und der bizarren sozialen und materiellen Ungleichheit“, so kommt dieser „Politisierung des Lebensstils“ in den Vorstellungen des isw eine zentrale Bedeutung bei. *Frank Deppe* (Marburg), der an die Ausgangsbedingungen des isw – DKP-Zusammenhang, linkes gewerkschaftliches Umfeld, marxistische „Stützpunkte“ an den Hochschulen erinnerte – betonte die Wichtigkeit von marxistischer Fundamentalkritik des Kapitalismus und deren Verbindung mit den sozialen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene – nach wie vor strukturelle Kernzone der gesellschaftlichen Klassenkonflikte. Zugleich sei die Erfassung der weitreichenden Veränderungen im internationalen Kapitalismus (EU-Ebene, Globalisierung und neuer Imperialismus) entscheidend für das Verständnis auch der innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. *Huberth Thiermeyer* (ver.di Bayern) attestierte dem isw u.a. mit Bezug auf die früheren Auseinandersetzungen des isw mit dem Siemens-Konzern, am Puls solcher betrieblichen Auseinandersetzungen dran zu sein. Er wandte sich gegen Stellvertreter-Strategien in der gewerkschaftlichen Arbeit und plädierte dafür, die abhängig Beschäftigten konfliktorisch „zu Handelnden in den eigenen Konfliktfeldern zu machen“. Zugleich müssten die Gewerkschaften in zentralen gesellschaftlichen Fragen – „in welcher Gesellschaft wollen wir leben, welches Wirtschaftssystem brauchen wir“ – Teil gesellschaftlicher Kampagnen sein. Insofern steht eine Re-Politisierung der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit auf der Tagesordnung – hierzu beizutragen hätte das isw also reichlich zu tun. *Konstatin Wecker* schickte eine Video-Botschaft, in der er sich als isw-Fan outete, kein Nachlassen in Sachen „gesellschaftlicher Aufklärung“ verlangte und das isw zu weiteren Aktivitäten ermunterte. Dies traf die Stimmung der an die 150 Tagungsteilnehmenden ziemlich gut.

André Leisewitz

Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus

Tagung, organisiert vom Sprecherausschuss der Vertrauensdozent/innen der Hans-Böckler-Stiftung, der HBS und den Universitäten Wuppertal und Bochum, Wuppertal 4. bis 5. Dezember 2015

Die Konferenz wollte eine Bestandsaufnahme der historischen Forschung zu „Verfolgung, Widerstand und Anpassung“ der Arbeiterbewegung zur Zeit des NS leisten. Gleichzeitig sollte danach gefragt werden, welche Bedeutung dieser Themenkomplex für das Selbstverständnis der Gewerkschaften nach 1945 hatte. Nicht geplant, aber naheliegend: Das Verhalten der Gewerkschaften in der ersten Hälfte des Jahres 1933 war ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der Debatten. Obwohl das Thema sich für Polemiken durchaus eignen würde, prägten differenzierte Vorträge die Tagung.

Der Eröffnungsvortrag von *Michael Schneider* (Bonn) betonte unter dem Titel „Integriert? Arbeiter und Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus“ zunächst die Angebote, die der NS-Staat dem gewerkschaftlichen Milieu machte, zum Beispiel symbolische Anerkennung durch staatliche 1. Mai-Feiern oder die Rede von „Volksgenossen“; brutale Repression war die Kehrseite dieser Integrationsversuche. Schneider stellte fest, dass demgegenüber großes Beharrungsvermögen bewiesen wurde – ablesbar etwa in den fortlaufenden Wahlsiegen freigewerkschaftlicher KandidatInnen bei den Wahlen zu Betriebsräten und Vertrauensleuten. Aber entschiedener Widerstand, zumal bewaffneter (wie es ihn in anderen Ländern durchaus gegeben hat) sei trotz des bald allgegenwärtigen Staatsterrors marginal gewesen. Aus dem Publikum wurde anschließend darauf hingewiesen, dass es vor allem zu Beginn der NS-Zeit durchaus Angriffe auf NS-Verbände gegeben hatte – die daran beteiligten Antifaschisten aber als erste exekutiert wurden bzw. am längsten in den Lagern blieben. Trotz dieser Einwände ist festzuhalten, dass sich Widerstand oft im Verborgenen abspielte und eine entsprechend geringe Reichweite hatte. Die These von Schneider, für weiteren Widerstand hätte es „organisatorische Kerne mit Öffentlichkeitsfunktion“ gebraucht, kann dies allerdings nur eingeschränkt erklären.

Die folgende von *Dieter Nelles* (Wuppertal/Bochum) moderierte „Podiumsdiskussion zum gewerkschaftlichen Widerstand“ kann hinsichtlich der Monate bis zum 2. Mai 1933 als informativ und aufschlussreich bezeichnet werden. Zu diesen so wichtigen Monaten scheint es keinen Forschungsüberblick oder gemeinsamen Diskussionsstand zu geben, doch einiges wurde an dieser Stelle zusammengetragen. *Willy Buschak* (Dresden) berichtete von einem Generalstreiksplan für den 5. März 1933 und nachweisbaren Vorbereitungen. *Siegfried Mielke* (Berlin) ergänzte dies mit dem Hinweis auf ein Netzwerk von Eisenbahnern, die ebenfalls auf einen Generalstreik hingearbeitet hätten. Und *Stephan Stracke* (Wuppertal) wies auf etliche für eine Konfrontation vorbereitete (bewaffnete) Belegenschaften im Wuppertaler Raum hin. In Berlin hätten sich einige Tausend auf

Aufruf der RGO nach der Machtübergabe zu Protestaktionen versammelt, was von *Stefan Heinz* (Berlin) als geringe Beteiligung eingeschätzt wurde. Hinsichtlich der welthistorischen Bedeutung der Machtübergabe ist das sicher zutreffend, aber im innerdeutschen Vergleich möglicherweise herausragend, denn dominant war der Anpassungskurs der Gewerkschaftsleitungen. Warum das so war, das erschien hier als eine noch nicht richtig begonnene Diskussion.

In einer öffentlichen Abendveranstaltung äußerte sich der DGB-Vorsitzende *Reiner Hoffmann* zu „Erinnerungspolitik und Nationalsozialismus aus Sicht der Gewerkschaften“. Letztere wollten die Arbeit der Geschichtswissenschaft nicht ersetzen, sondern ihre Ergebnisse – wie etwa die Arbeit von *Stephan Stracke* zu den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen – als Anregungen und Ermutigung zur Differenzierung begreifen, so Hoffmann. Dass einem Vorsitzenden des DGB qua Funktion Geschichtspolitik näher ist als wissenschaftliche Differenzierung, bewies der weitere Verlauf der Rede, in der Wilhelm Leuschner als leuchtender Märtyrer erschien, der im Angesicht seiner Hinrichtung offensichtlich die Schaffung des DGBs in seiner heutigen Form als Vermächtnis hinterlassen hat.

Detlev Brunner (Leipzig) nahm das Fragezeichen in seinem Titel „Überläufer? ‚Nationale Sozialisten‘ in den Gewerkschaften“ durchaus ernst und konnte so die von ihm untersuchten Funktionäre (darunter Lothar Erdmann, Franz Josef Furtwängler und viele weitere) auch in ihren Widersprüchlichkeiten beleuchten – und selten war die Diagnose „Überläufer und Opportunist“ so einfach wie im Fall von Hermann Seelbach (Gewerkschaftsschule Bernau). Bedenkenswert ist die These Brunners, dass eine hohe Staatsaffirmation und Ideen von „Hingabe an das Ganze“ (Leipart, 1932) in den Gewerkschaften schon vor 1933 angelegt waren.

Kristina Meyer (Jena) veranschaulichte entlang der Biografie von Ludwig Linsert (DMV, ISK, Haft, Strafbataillon 999, später SPD) die gesellschaftlichen Dynamiken, die die Vergangenheitsbearbeitung der Gewerkschaften beeinflussten. Menschen wie Linsert beschwiegen nach 1945, so Meyer, sowohl die NS-Begeisterung großer Teile der Bevölkerung als auch ihre eigenen Verfolgungserfahrungen, um den Aufbau einer sozialen Demokratie nicht durch Konflikte zu gefährden. Erst Anfang der 1970er Jahre initiierte Linsert ein breit rezipiertes Forschungsprojekt zu „Verfolgung und Widerstand in Bayern 1933-1945“.

Vom sogenannten Zehnerkreis, der sich um Otto Brenner gruppiert hatte und von *Gregor Kritisidis* (Hannover) als „oppositionelle Kraft“ innerhalb von SPD und DGB charakterisiert wurde, wurde auf informellem Weg versucht, Opportunisten des Jahres 1933 von Einfluss in den Gewerkschaften fernzuhalten. Diese Praxis stand durchaus im Gegensatz zum Eindruck des „Beschweigens“, der im vorigen Beitrag beschrieben worden war, scheint aber die Ausnahme geblieben zu sein.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion, die von *Wolfgang Uellenberg-van Dawen* (ver.di), *Chaja Boebel* (IG Metall Bildungszentrum Berlin) und *Egbert Biermann* (IG BCE) bestritten wurde, stand im Mittelpunkt, wie „vergangenheitsbewusst“ die Gewerkschaften heute sind und welche Bedeutung Erinnerung für sie hat. Dabei zeigte sich das breite Spektrum, in dem Geschichte gewerkschaftlicherseits verhandelt wird: von Büchern und Broschüren über Seminare,

Gedenktafeln und Jubilarehrungen bis hin zu Zeitzeugenarbeit und Diskussionen auf Gewerkschaftskongressen. Allerdings, so der allgemeine Eindruck, fast ausschließlich auf Eigeninitiative von Einzelpersonen und ohne große institutionelle Rückendeckung.

So wurden in Wuppertal sowohl Desiderate offenkundig als auch Ansätze einer neu aufgenommenen Diskussion erkennbar. Gerade zum hier zentralen Zeitraum zwischen Januar und Mai 1933 scheint es zwar keinen Forschungsüberblick oder synthetisierende Texte zu geben und auch der Widerstandsbegriff blieb schwammig, aber auch das kann durchaus als die angekündigte „Bestandsaufnahme“ gelten.

Uwe Fuhrmann

Ökonomie des Sozialismus

Seminar des Marx-Engels-Zentrums Berlin in Kooperation mit der Marx-Engels-Stiftung, Berlin, 12. Dezember 2015

Der vorherrschenden Meinung, der zufolge uns die Geschichte gelehrt hat, dass Sozialismus sowieso nicht funktioniert, sollte etwas entgegen gesetzt werden. So wurde in der Ankündigung des Seminars auf „die Dringlichkeit von Erkenntnisgewinnen über eine künftige Produktionsweise, die in ihrer Konkretheit über die allgemein gehaltenen Bestimmungen, etwa in Parteiprogrammen von kommunistischen Parteien, hinausgehen“, hingewiesen. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse, der Raum im MEZ war über den letzten Sitzplatz hinaus gefüllt.²

Den Auftakt machte *Holger Wendt* (Bochum) mit seinem Beitrag „Sozialismus klassisch – Nachkapitalistische Gesellschaften bei Marx & Co.“ Er skizzierte die Geschichte utopischer Ideen vor Marx und kennzeichnete diese als oft scharfe Gegenwartsanalysen. Marx wollte über die bürgerliche Gesellschaft hinaus denken, sei aber mitnichten ein Utopist gewesen, was der Referent an Problemen wie den objektiven Bedingungen, dem subjektiven Faktor und den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte belegte. Dem wissenschaftlichen Kommunismus folgend sei der „Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ (MEW 3/35) Wendt thematisierte die zentralen hegelischen Begriffe „der Aufhebung“ und der „bestimmten Negation“, um auf die Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion einzugehen. Die Kategorien Arbeit, Arbeitsquanten und Arbeitszeit „blieben im Sozialismus zentrale ökonomische Kategorien.“ Er betonte, dass die Aufgabe für SozialistInnen sei, den Sozialismus als Negation der Warenproduktion zu sehen.

² Siehe auch den Seminarbericht in der „jungen Welt“: <http://mez-berlin.de/publikationen-reader/items/eigentumsfrage-stellen.html>.

Thomas Kuczynski (Berlin) referierte zum DDR-Ökonomen „Fritz Behrens und seiner Kritik des Neuen Ökonomischen Systems“. Nachdem er kurz die vier wichtigsten Lebensstadien skizziert hatte, wandte er sich der dritten Phase zu (1957-1968), in der sich Behrens vordergründig mit der Messung der Arbeitsproduktivität auseinandersetzte, aber immer noch an die Veränderbarkeit des ökonomischen Systems glaubte. Behrens habe die Auffassung vertreten, dass der Plan in einer sozialistischen Ökonomie elastisch sein und die Staatsführung ein Minimum an administrativen Zwang ermöglichen müsse. Er stellte die Bedeutung der Leitung der sozialistischen Ökonomie gegenüber ihrer Planung heraus. Nach Behrens ist „die Verstaatlichung der Produktionsmittel ein Dekret (Lenin/sozialistische Revolution), aber deren Vergesellschaftung die Aufgabe einer ganzen Periode.“ Eine Reduzierung der Administration in der DDR sei nie erfolgt, etwa in der Form einer „Arbeiter selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten auf der Grundlage delegierten Gruppeneigentums“, wie es Fritz Behrens vorschwebte.³

Im Anschluss nahm sich Georg Fülberth (Marburg) der „Eigentumsfrage“ an. Er verwies auf den doppelten Sinn dieser „Grundfrage der kommunistischen Bewegung“: Die Aufhebung des bürgerlichen Privateigentums als Ziel der kommunistischen Bewegung und die Analyse desselben und seiner Geschichte. Behandelt wurde die Eigentumsfrage in der Geschichte des Marxismus und der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Ende der Industriellen Revolution,⁴ abschließend aus heutiger sozialistischer Perspektive. Dabei attestierte Fülberth Marx und Engels, dass ihre Überlegungen zum künftigen nicht-bürgerlichen Eigentum nur vergleichsweise schwach entwickelt waren. Den Historischen Materialismus in seiner Analyse der Geschichte des bürgerlichen Privateigentums hingegen stellte er als Stärke der beiden heraus. Für eine die Eigentumsfrage aufgreifende Linke stellte er dem „kommunistischen Konzept von der kooperativen Produktions-Assoziation“ die sog. Mischwirtschaft als „sozialdemokratische Eigentums-Utopie“ zur Seite.

Zum Schluss wandte sich Helmut Dunkhase (Berlin) der „Bedeutung der Arbeitszeitrechnung für einen künftigen Sozialismus“ zu. Ausgehend von Planungsproblemen im „alten“ Sozialismus stütze er sich auf die Input-Output-Rechnung des russischen Nobelpreisträgers Wassili Leontjew, deren späte und zögerliche Nutzung er als „eine der Tragödien der Sowjetunion“ benannte. Zwei Meilensteine in den 1980er Jahren brachten Bewegung in die Debatten „über die Validität der Marxschen Arbeitswerttheorie“. Die beiden israelischen Mathematiker Farjoun/Machover fassten in „Laws of Chaos“ Preise, Werte und Profitraten als Zufallsgrößen auf und sahen im Zusammenhang von

³ Als unbestreitbaren Nachteil Behrens' im Blick auf Jugoslawien stellte Kuczynski heraus: Ihm war es nicht möglich, die wirklichen Verhältnisse zu betrachten, er musste sich allein auf Publikationen stützen.

⁴ Den zeitlichen Ansatzpunkt begründete er damit, dass „erst nach dem Ende der industriellen Revolution das wissenschaftliche Nachdenken über Einschränkung oder gar Ende des bürgerlichen Privateigentums einsetzt“.

Preisen und Arbeitswerten ein statistisches Problem. Gleichzeitig ermöglichte die entwickelte Rechentechnik die entstehenden riesigen Datenmengen zu verarbeiten und so die Arbeitswerttheorie empirisch zu überprüfen. So zeigte sich, dass es tatsächlich zu einem Austausch der Waren zu ihren Arbeitswerten komme. Auf dieser Basis ließe sich – in Verbindung mit der Computertechnologie – das große Problem lösen, „wie man in der kommunistischen Produktionsweise die Produkte in rationale Verhältnisse setzen“ könne.

Die Diskussionen drehten sich viel um die realen Produktionsverhältnisse im Sozialismus, wobei die ehemalige DDR oft die Bezugsgröße bildete. Hier wurden Arbeitskraft und Güter als Ware, die Funktion des Geldes im Vergleich zum Kapitalismus und die Staatliche Plankommission der DDR debattiert. In der Eigentumsfrage wurde sich u.a. darüber verständigt, warum den Kapitalisten eine Identifikation des Arbeiters mit seiner Fabrik ohne Eigentum gelingt, es hingegen im Sozialismus nicht klappte, obwohl Eigentum vorhanden war. Inwiefern verhält sich delegiertes Gruppeneigentum als Einzeleigentum? Was unterscheidet den Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus als „Kampfmaschine“ (Fülberth)?

Wünschenswert wäre eine weitere Veranstaltung zur Vertiefung vieler angereicherter Probleme und Fragen. Hier könnte unter anderem eine Aufarbeitung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien in den Fokus rücken.

Patrick Ölkrug

Streack – Wagenknecht: Kapitalismus am Ende?

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW in Zusammenarbeit mit der Hochschulgruppe Sozialwissenschaften und dem Sozialistischen Forum Rheinland, Köln, 27. Januar 2016

Wie oft wurde dem Kapitalismus sein bevorstehendes Ende vorhergesagt, von Marx, von Lenin, von Varga und vielen anderen. Immer wieder wurden diese Prognosen widerlegt. Unter den gegenwärtigen Krisenprozessen gewinnt das Thema jedoch eine neue Aktualität. Zur Veranstaltung in Köln kamen weitaus mehr Interessenten als die Veranstalter erwartet hatten. Die gut 500 Plätze im großen Hörsaal der Universität Köln reichten bei weitem nicht aus, so dass mehrere Hundert abgewiesen werden mussten.¹

Was als Streitgespräch angekündigt war, erwies sich unter der zurückhaltenden Moderation von *Karl-Heinz Heinemann* (RLS NRW) als fruchtbare wechselseitige Ergänzung, ganz im Sinne Gramscis, der immer wieder betont hatte, gegen die Hegemonie des Kapitals gelte es den kritischen ‚Pessimismus des Verstandes‘ mit dem unermüdlichen ‚Optimismus des Willens‘ zu verbinden.

¹ Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=6GVScF1nz3Y&feature=youtu.be> und <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-01/kapitalismus-kritik-wagenknecht-streack>.

Einleitend skizzierte *Wolfgang Streeck* die Hauptlinien seiner Argumentation aus dem kontrovers diskutierten Aufsatz „Wie wird der Kapitalismus enden?“². Er konstatierte nüchtern: „Alles was einen Anfang hat, hat auch ein Ende.“ In der industriellen Revolution vor etwa 250 Jahren gestartet, werde der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen einer maßlosen Ausdehnung weniger zusammenbrechen als vielmehr sich zersetzen in gegenseitig verstärkenden Langzeittrends: den drei „apokalyptischen Reitern“ sinkendes Wachstum, steigende Ungleichheit und Verschuldung. Weder gingen erkennbare Steuerungsfähigkeiten von den „Systemklempnern“ in Davos, noch realistische Handlungsmöglichkeiten von den „Systemgegnern“ in Porto Alegre aus.

Mit dem widerstandslosen Ausbruch aus den einst reformerisch und revolutionär erkämpften sozialen Regelungssystemen und dem Eindringen in alle gesellschaftlichen Bereiche „entbette“ der Kapitalismus sich aus jenen bisher als nicht kommerzialisierbar geltenden Reproduktionsgrundlagen, die seine eigene Entwicklungsfähigkeit (etwa durch Investitionen in gesunde und qualifizierte Arbeitskräfte durch öffentliche Gesundheits- und Bildungssysteme) garantieren. Streeck erinnerte an Margret Thatchers Diktum, es gebe keine Gesellschaft mehr, die Erwartungssicherheit garantieren könne, nur noch Individuen und Familien. Der Einzelne müsse versuchen, sich durch Improvisation und soziale Glücksproduktion durchzufinden.

Mit der sozialen Desintegration gehe aber ein Orientierungsverlust mit anomischen Verhaltensweisen einher, die Streeck mit den Stichworten eines amerikanischen Kollegen charakterisierte: coping, doping, hoping, shopping (anpassen, aufputzen, hoffen, kaufen – letzteres freilich vor allem auf Pump). Der scheinbare Ausweg in die ‚Finanzialisierung‘ des Kapitals erwies sich spätestens in der großen Finanzkrise seit 2008 als Sackgasse, aus der bisher keinerlei Umkehr erkennbar ist. All dies führe schließlich – mit einem alten chinesischen Sprichwort – zu einem ‚death of thousand cuts‘ (Tod durch tausend kleine Schnitte), und zu einem ‚Interregnum, in dem die alte Welt schon gestorben, aber die neue Welt noch nicht geboren ist‘ (Gramsci).

In diesem Zusammenhang waren die beiden Protagonisten sich über die fatale Rolle der EU für demokratische und soziale Aktionsmöglichkeiten einig. So stellte *Sahra Wagenknecht* an Streeck anknüpfend heraus, dass mindestens seit Maastricht ursprüngliche soziale Zielsetzungen strukturell ausgehebelt würden. Dies erinnere sie an Hayeks Überlegungen, durch einen europäischen Bundesstaat demokratische Einflussnahme ins Leere laufen zu lassen. Entsprechend würde die Harmonisierung von Unternehmens- und Vermögenssteuern gar nicht erst in Angriff genommen. (Nebenbei: Das Kölner MPI für Gesellschaftsforschung mit seinem langjährigen Direktor Streeck habe mit seinen Analysen durchaus zur Entzauberung von Euro und EU beigetragen.).

² Wolfgang Streeck, *Wie wird der Kapitalismus enden?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 3/4, 2015. Vgl. auch ders., *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.

Streeck ätzte: Jean-Claude Juncker aus der Steueroase Luxemburg sei als oberster „Steuerhinterziehungsbeihelfer“ in Europa zum Kommissionspräsidenten inthronisiert worden, was Habermas in einem FAZ-Interview quasi zum demokratischen Essential der Union erklärt habe.

Streeck warnt vor einer nächsten Welle des Sozialabbaus, nachdem der Wirtschaftsgipfel 2016 in Davos die Überlegungen zu einem einheitlichen Grundeinkommen aufgegriffen habe, die schließlich auf EU-weite Hartz IV-Regelsätze hinauslaufen könnten. Ein Beitrag aus dem Auditorium ergänzte, dass hierbei einzelne Nationalstaaten in der EU über Bande spielten, um über den Rat eine „neoliberale Reformpolitik“ in ihren eigenen Ländern besser durchzusetzen zu können. In diesem Zusammenhang verwehrt sich Wagenknecht dagegen, dass die notwendige Kritik an der EU eine Rückkehr zu Nationalstaaten bedeuten müsse; deren soziale Errungenschaften sollten freilich bewahrt werden. Vielmehr erzeuge gerade die EU mit ihrer Abschottung gegen demokratische Einflussnahme nationalistische Tendenzen, wenn es nicht gelinge, demokratische Regulationsformen und soziale Zielsetzungen auf möglichst allen politischen Ebenen durchzusetzen. Es gelte, so Streeck, die Strukturen in ihrer transnationalen Verankerung so zu verändern, dass ein von außen erzwungener „Syriza-Tsipras-Turn“ verhindert werden könne.

An diesem Punkt erwies sich der Hinweis des Moderators auf die Namensgeberin des Veranstalters als nützlich: Rosa Luxemburg hatte Mitte des ersten Weltkriegs darauf hingewiesen, dass die Welt vor der Alternative stünde: Sozialismus oder Barbarei! Streeck wollte sich der Diagnose des gegenwärtigen kapitalistischen Weltzustands als Barbarei oder doch zumindest auf dem Weg dahin keineswegs verschließen. Der Alternative ‚Sozialismus‘ gegenüber verhielt er sich dagegen skeptisch. Als Wissenschaftler interessiere er sich für das, was ist oder was passiert, weniger jedoch für das, was sein sollte. Und im Übrigen sehe er derzeit nicht das mögliche soziale Subjekt einer sozialistischen Transformation. Streeck bot dennoch Anknüpfungspunkte für Handlungsmöglichkeiten, als er auf die inneren Widersprüche einer „marktkonformen Gesellschaft“ verwies und in der systemischen Steuerungsunfähigkeit des neoliberalen Kapitalismus „knirschende Bruchstellen“ identifizierte, an denen sich linke Gegenkräfte in Formen demokratischer Souveränität zunächst in kleineren Einheiten organisieren müssten.

Sahra Wagenknecht betonte, dass sie mit den analytischen Krisendiagnosen Streecks weitgehend übereinstimme, nicht jedoch mit seiner in mancher Hinsicht vagen These vom ‚Ende des Kapitalismus‘. Der werde nicht von allein sterben, sondern das bedürfe einer breiten, sich organisierenden Massenbewegung. Bei der Aufdeckung kapitalistischer Bruchstellen müssten die unmittelbaren Bedürfnisse der Ärmsten der Gesellschaft mit den längerfristig notwendigen Strukturveränderungen vermittelt werden. So dürften nicht nur die Abschaffung von Hartz IV, ein menschenwürdiger Mindestlohn, gleiche Bildungschancen gefordert, sondern es müsste auch deren Zusammenhang mit der nach wie vor zentralen Eigentumsfrage angesprochen werden.

Wagenknecht merkte an, dass die Eigentumsfrage häufig auf Vorbehalte stoße, da viele Menschen sich an die DDR oder die Sowjetunion und deren letztlich gescheitertes Wirtschaftssystem erinnert fühlten. Dabei ließen sich demokratisch legitimierte und verwaltete, z. B. kommunale oder öffentlich-rechtliche, aber auch genossenschaftliche Eigentumsformen entwickeln, die dem verhängnisvollen Imperativ der Profitmaximierung nicht unterworfen, sondern den gesellschaftlichen Bedürfnissen verpflichtet seien. Dies gelte insbesondere für die Bereiche der sozialen Daseinsfürsorge (Bildung, Gesundheit, Wohnung), aber auch für industrielle und sonstige Großunternehmen sowie Großbanken, deren Aktivitäten den Wohlstand ganzer Gesellschaften betreffen. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die dringend notwendige gesellschaftliche Kontrolle über die modernen elektronischen Netzwerke.

So leuchtete am Ende dieses bemerkenswerten Abends – selbst bei dem skeptischen Streeck – ein Funken demokratischer Hoffnung auf, dass sich im langen und zähen Ringen zwischen ‚Davos‘ und ‚Porto Alegre‘ die Bedürfnisse der 99 Prozent gegen die Gier von 1 Prozent schließlich doch noch durchsetzen könnten. Die politischen Phänomene Jeremy Corbyn in der britischen Labour Party und Bernie Sanders in der demokratischen Partei der USA, ganz zu schweigen von Griechenland, Spanien und Portugal zeigten, dass gesellschaftliche Gärungsprozesse vor dem Hintergrund der ungelösten sozialen Problemstellungen stattfinden, die freilich auch massive Rechtstendenzen hervorbringen.

Werner Goldschmidt/Paul Oehlke

Krieg – Terror – **Flucht**

Ingar Solty **Die »Flüchtlingskrise« und der globale Kapitalismus** * Lothar Elsner **Marx, Engels und Lenin über Arbeiterwanderung im Kapitalismus** * Tom Vickers **Geflüchtete, Kapitalismus und der Staat** * Sabine Lösing **Afrika im Visier deutscher und europäischer Militär- und Interessenpolitik** * Claus Schreier **Alternativen zur Festung Europa** * Cornelia Kerth **Flüchtlinge Willkommen! Eine Herausforderung auch für Antifaschist_innen und Friedensbewegung** * EVG Berlin **Wer gegen Flüchtlinge hetzt, hat in der Gewerkschaft nichts verloren**

Weitere Themen u. a.:

Uri Avnery **»Internationalen Terrorismus« gibt es nicht** | Hans Christoph Stoodt **Die Solidarität mit dem Kampf Palästinas ist nicht verhandelbar** | Klaus Wagener **Krieg in Syrien »Neuordnung« des Nahen/Mittleren Ostens** | Peter Mertens **Den IS finanziell trockenlegen** | Anne Rieger **Zum Gewerkschaftstag der IG Metall** | Bernd Müller **Weltklimavertrag kaum in Sicht** | Domenico Moro **Die Tendenz des Westens zum Krieg und der islamische Radikalismus** | Herwig Lerouge **Gramsci und die griechische Krise** | Kurt Baumann **Die Faschismusanalyse der KPD(O)** | Robert Steigerwald **Zum 90. Geburtstag von Hermann Kttenner** | Melke Bohn **Hacks und die Frauen**

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen · Tel.: 0201-23 67 57



Einzelpreis 9,50 €
 Jahresabo 48,00 €
 ermäßigtes Abo 32,00 €

Kapitalismus oder Marktwirtschaft?

Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus, Verlag C. H. Beck-Wissen, München 2013, 144 S., 8,95 Euro/ Ellen Meiksins Wood, Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche, LAIKA Verlag, Hamburg 2015, 231 S., 28 Euro/ Georg Fülberth, Kapitalismus. PapyRossa Verlag-Basiswissen, Köln 2015, 126 S., 9,90 Euro

Lange Zeit war zumindest im deutschen Sprachraum „Kapitalismus“ ein Schimpfwort, galt als ideologisch aufgeladener Versuch, die freie (wahlweise: soziale) Marktwirtschaft zu verunglimpfen. Damit ist spätestens seit 2008 Schluss, der Begriff Kapitalismus „ist...voll in den wissenschaftlichen Diskurs zurückgekehrt“ (6), wie der renommierte Historiker Kocka in seiner historischen Einführung einräumt. Als Nichtmarxist macht er deutlich, dass der Begriff hierzulande nicht nur marxistisch geprägt ist, dass das Bild der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowohl von Marx als auch von Max Weber und Joseph Schumpeter geprägt ist.

Am Anfang (Teil I) steht eine Definition. Demnach ist Kapitalismus durch drei Merkmale gekennzeichnet: individuelle Eigentumsrechte, Märkte als Koordinierungsinstanz und Kapital als Grundlage von Akkumulation (20/21). Außerdem gehört zum modernen Kapitalismus die Institution des privaten Unternehmens, das „Selbständigkeit gegenüber dem Staat“ (21) besitzt. Kocka hält diese Definition, die aus der nordwesteuropäischen Form des Kapitalismus abgeleitet ist, nicht überall durch: Impli-

zit wird deutlich, dass diese Momente in außereuropäischen Formen des Kapitalismus, die Kocka dankenswerterweise einbezieht, nicht immer gegeben sind.

In den folgenden Teilen befasst sich der Autor mit der Herausbildung des Kapitalismus in Form des Kaufmannskapitalismus (II), der Rolle der europäischen Expansion in koloniale Räume (III) und dem industriellen Kapitalismus (IV), d.h. dem „Kapitalismus in seiner Epoche“ (77). Erst diese etwa seit 1800 datierende Produktionsweise besitzt die eingangs aufgeführten Merkmale, erst jetzt werden diese „zum dominierenden wirtschaftlichen Regulierungsmechanismus“, der die „fortwährende Umwälzung der Produktion“ bewirkt (83), wie Kocka unter Bezug auf Marx ausführt. Dazu gehört notwendig die Lohnarbeit, die in seiner Definition aber keine Rolle spielt. Kapitalismus gibt es in diesem Sinne erst als Industriekapitalismus, vorher habe dieser lediglich ein „Inseldasein“ geführt (84). Bezeichnungen wie Handelskapitalismus oder Finanzkapitalismus für Erscheinungen vor dem Industriekapitalismus sind also eigentlich inkonsequent.

In Teil IV behandelt der Verf. innere Strukturveränderungen der kapitalistischen Gesellschaft, wobei er zwei Elemente hervorhebt: den Wandel vom Eigentümer- zum Managerkapitalismus einerseits und Veränderungen der Lohnarbeit andererseits. Außerdem beschreibt er Verschiebungen im Verhältnis Staat/Wirtschaft und untersucht die Tendenz zur Finanzialisierung, die er als Niedergangphänomen charakterisiert, aber letzten Endes nicht erklären kann:

Denn der Übergang vom „Sparkapitalismus“ zum „Pumpkapitalismus“, den er als Moment der „Destabilisierung des Kapitalismus“ begreift (95/96), ist eine Beschreibung der Finanzialisierung, keine Erklärung.

In seinem Ausblick (Teil V) ist Kocka bezüglich der Lebensfähigkeit des Kapitalismus optimistischer als im vierten Teil: Beeindruckt „von den immensen Fortschritten“, die der Kapitalismus hervorgebracht hat (124), kann er doch nicht umhin, das Verhältnis Kapitalismus und Demokratie als zutiefst problematisch zu kennzeichnen: „Auf grundsätzlicher Ebene bleibt die Diskrepanz zwischen dem an universalisierbaren Werten orientierten Verständigungs- und Gestaltungsanspruch demokratischer Politik einerseits und der sich demokratischer Politik und moralischer Gestaltung entziehenden Dynamik des Kapitalismus andererseits ein Dauerproblem.“ (127) Dieser Satz ist eigentlich eine vernichtende Kritik am Kapitalismus: Ein System, dessen Dynamik sich dauerhaft demokratischer Gestaltung entzieht, ist angesichts der Entwicklung der Produktivkräfte lebensgefährlich. Woher er seinen historischen Optimismus hinsichtlich der Zivilisierbarkeit dieses Systems bezieht, bleibt unklar: „Gegenwärtig sind überlegene Alternativen zum Kapitalismus nicht erkennbar. Aber innerhalb des Kapitalismus sind sehr unterschiedliche Varianten und Alternativen denkbar und zum Teil auch beobachtbar. Um ihre Entwicklung geht es. Die Reform des Kapitalismus ist eine Daueraufgabe. Dabei spielt Kapitalismuskritik eine zentrale Rolle.“ (128) Es fragt sich allerdings, wer die ‚Zivilisierung‘

des Kapitalismus durchsetzen soll – im Rahmen einer Theorie des Kapitalismus, die den Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital nicht kennt, eine kaum zu beantwortende Frage

Das Buch von Ellen Meiksins Wood (eine Übersetzung ihres im englischen Sprachraum als Klassiker geltenden Werks von 2002), der leider unlängst verstorbenen renommierten britischen Marxistin, langjährige Redakteurin von ‚New Left Review‘ und Mitherausgeberin der Zeitschrift ‚Monthly Review‘, beschäftigt sich speziell mit der Entstehung des Kapitalismus, d.h. mit der Thematik, die Kocka in den Teilen I bis III behandelt. Ihre Position ist, gelinde gesagt, ungewöhnlich: Die klassische Analyse, die den Kapitalismus als eine aus dem westeuropäischen Feudalismus, vermittelt vor allem über das Kaufmannskapital, herausgewachsene Produktionsweise definiert, verwirft sie in Bausch und Bogen als „Kommerzialisierungsmodell“ (21). Sowohl bürgerlichen wie marxistischen Historikern, die die Ursprünge des Kapitalismus in Handel und städtischer Wirtschaft sehen, hält sie entgegen: „Tendenziell ist diese Konzeption mit einer Geschichtstheorie verbunden, in der der moderne Kapitalismus das Ergebnis eines natürlichen und beinahe unausweichlichen Prozesses ist, der bestimmten, universellen, transhistorischen und unveränderlichen Gesetzen folgt.“ (27) Sie unterstellt damit (fast) allen marxistischen Historikern die Position von Adam Smith und seinen Anhängern, die den Kapitalismus als Entfaltung des dem Menschen angeborenen Triebs zum Tausch betrachten (48). Indem sie das tut, gibt sie aber

einen guten Überblick über einige bis heute wichtige innermarxistische Debatten, so die Auseinandersetzung zwischen Sweezy und Dobb („Übergangsdebatte“ – 51), die Kritik Robert Brenners an André Gunder Frank und Immanuel Wallerstein und – last but not least – die Arbeiten von Perry Anderson über den europäischen Feudalismus und Absolutismus. Auch wenn man Woods rigide Kritik nicht teilt, so macht sie – wie ich meine – doch einen wichtigen Punkt, wenn sie hervorhebt, dass Handelsprofit – „billig kaufen, teuer verkaufen“ – nichts mit kapitalistischer Akkumulation durch die Aneignung von Mehrwert zu tun hat (23). Das richtet sich gegen die verschiedenen Varianten der Weltsystemtheorie, die Kapitalismus mit ungleichem Tausch verwechseln, aber auch gegen verbreitete Formeln, die Handelskapitalismus und Industriekapitalismus nur als Entwicklungsstapen eines Systems sehen: Wood zufolge hat Handel nicht unbedingt etwas mit Kapitalismus zu tun; die sich im Feudalismus herausbildenden Formen von Handelskapital und städtischer Wirtschaft hätten nicht notwendig zum Kapitalismus führen müssen: „...der Kapitalismus war nur eines der möglichen Ergebnisse des Übergangs vom Feudalismus.“ (194)

Auch wenn man bereit ist, ihr über den Teil I hinweg („Geschichten des Übergangs“) zu folgen, so wird das in Teil II („Der Ursprung des Kapitalismus“) und Teil III („Der Agrarkapitalismus und darüber hinaus“) zunehmend schwerer. Gewendet gegen das „Kommerzialisierungsmodell“ argumentiert sie: „Der entscheidende

Faktor bei der Unterscheidung des Kapitalismus von allen anderen Formen der ‚kommerziellen Gesellschaft‘ war die Herausbildung bestimmter gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse, die Marktimperative hervorbrachten, und kapitalistische ‚Bewegungsgesetze‘, die der Produktion auferlegt wurden.“ (92) Das ist sicher richtig, auch wenn nicht klar wird, warum diese Feststellung im Gegensatz zu Analysen stehen soll, die die Ursprünge des Kapitalismus in Handel und städtischer Wirtschaft sehen. Wie man weiter sehen wird, ist sie aber mit ihrer Betonung der Eigentumsverhältnisse selbst nicht konsequent: Denn die besagten Eigentumsverhältnisse bestehen – mit Marx – in der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, d.h. in der Eigentumslosigkeit der Arbeitenden. Das im Hinterkopf habend liest man später, in Teil III, mit Verwunderung: „Die spezifische Dynamik, die wir mit dem Kapitalismus assoziieren, war also in der englischen Landwirtschaft bereits vor der Proletarisierung der Arbeiterschaft vorhanden.“ Und weiter: „Tatsächlich war diese Dynamik ein wesentlicher Faktor, der in England die Proletarisierung der Arbeiter hervorgebracht hat.“ (151) Für Wood sind Lohnabhängigkeit, d.h. kapitalistische Eigentumsverhältnisse, also Folge, nicht Triebkraft des Kapitalismus. In Wirklichkeit sind für sie nicht die Eigentumsverhältnisse, sondern die Konkurrenz, der „Marktimperativ“ (94), Hauptmerkmal des Kapitalismus. Von Kapitalismus kann demnach erst die Rede sein, wenn außerökonomische Formen der Mehrproduktaneig-

nung verschwunden sind, wenn die Steigerung von Ausbeutung und Profit – wegen der ökonomischen Konkurrenz – nur noch durch Umwälzung der Produktivkräfte, durch erhöhte Produktivität, möglich ist.

Dies aber sei, und damit sind wir beim Kern von Woods historischer Analyse, nur aufgrund ganz besonderer Konstellationen in England der Fall gewesen. In englischer Wirtschaftsgeschichte kennt sie sich gut aus: Die starke Konzentration des Grundeigentums und die relative politische Machtlosigkeit der englischen Grundaristokratie versperrten dieser den Weg der außerökonomischen Mehrproduktabpressung und verwiesen sie auf „rein ökonomische Formen der Ausbeutung“ (136). Während Wood zufolge die Grundherren in allen anderen europäischen Ländern auf politische Gewalt gegen die landwirtschaftlichen Produzenten setzen konnten, blieb den englischen Grundherren nur der Weg über die Steigerung der Produktivität, was zur Herrschaft des „Marktimperativs“ führte. Das war nur in England der Fall: „Die englische Situation war also in vielerlei Hinsicht speziell.“ (162) „Ohne einen produktiven Landwirtschaftssektor ... wäre die Entstehung des ersten industriellen Kapitalismus der Welt unwahrscheinlich gewesen.“ (163) Weiterhin: „Schließlich (dies ist zweifellos der Punkt, der umstrittener ist) gäbe es ohne den englischen Kapitalismus wahrscheinlich kein irgendwie geartetes kapitalistisches System. Es war in erster Linie der von England, insbesondere vom industrialisierten England, ausgehende Konkurrenzdruck, der andere Länder dazu

zwang, ihre eigene ökonomische Entwicklung in eine kapitalistische Richtung voranzutreiben.“ (163) Es ist vor allem diese Behauptung, bei der sie sich in Widersprüche verwickelt: Warum sollten Gesellschaften, die wegen ihrer inneren Strukturen vorwiegend auf außerökonomische Gewalt zur Steigerung des Mehrprodukts setzten, auf einmal moderne kapitalistische Methoden anwenden, um der englischen Konkurrenz Paroli zu bieten? Wood kann das letzten Endes im Rahmen ihres eigenen Ansatzes, der vom strikten Gegensatz zwischen politischer Gewalt und Marktkonkurrenz ausgeht, nicht erklären und behauptet: „Der Staat selbst wurde ein wichtiger Akteur.“ (201) Wieso die feudalen, auf außerökonomischer Gewalt beruhenden Staaten Deutschlands und Frankreichs auf einmal, unter dem Druck englischer Konkurrenz, zu kapitalistischen Ausbeutungsformen übergehen sollten, bleibt im Rahmen des Wood'schen Ansatzes unklar. Innere kapitalistische Triebkräfte sieht sie in Kontinentaleuropa jedenfalls nicht am Werk. Für sie ist der durch ökonomische Kräfte regulierte Markt die Quintessenz des Kapitalismus: Wo „immer Marktimperative die Ökonomie regulieren ... [wird es] keinen Ausweg aus der Ausbeutung geben...“ (223) Dass im modernen Monopolkapitalismus allein „Marktimperative“ die gesellschaftliche Reproduktion regeln, ist aber zu bezweifeln. Den von ihr unterstellten Gegensatz zwischen ökonomischen und außerökonomischen Formen der Ausbeutung hat es auch historisch so nie gegeben; angesichts der Verflechtung ökonomischer und politi-

scher Macht im modernen Kapitalismus aber macht diese Unterscheidung heute kaum noch Sinn.

Wahrscheinlich würde auch Georg Fülberths Buch, zumindest der definitorische und historische Teil, dem Woodschen Verdikt ‚Kommerzialisierungsmodell‘ verfallen. Allerdings liegt Fülberths Schwerpunkt, anders als bei Wood und auch bei Kocka, auf der Analyse der heutigen Form des Kapitalismus. Auch er beginnt mit Definitionen, wobei er – und das ist wichtig – zwischen Wirtschaft und Gesellschaft unterscheidet. Das wird heute oft nicht getan, wenn von Kapitalismus die Rede ist – Marx selbst hat bekanntlich nicht von Kapitalismus, sondern von ‚kapitalistischer Produktionsweise‘ gesprochen und damit deutlich gemacht, dass Produktionsweise und Gesellschaft nicht umstandslos zusammenfallen. Kapitalismus beschreibt Fülberth zufolge eine „Funktionsweise“ von Gesellschaften, „die auf dem Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, der Erzielung von Gewinn und der Vermehrung der hierfür eingesetzten Mittel durch den Kauf und Verkauf von Waren ... beruhen.“ (6) Diese Definition, die wie Kocka und Wood Mehrwert und Lohnarbeit nicht zu unabdingbaren Merkmalen des Kapitalismus zählt, wird bei Fülberth aber konsequenter angewandt. Denn: „Gewinn ... ist der in Geld ... ausgedrückte Überschuss des Verkaufspreises einer Ware entweder über ihren Einkaufspreis oder über die Summe der Löhne und der Preise der Waren, die als Produktionsvoraussetzung für die Herstellung dieser Ware gekauft wurden.“ (8) In diesem Sinne sind

auch – anders als bei Wood – Handelsprofite kapitalistisch, so dass Fülberths Bezeichnung der vorindustriellen Zeit – von 1500 bis ca. 1780 – als „Handelskapitalismus“ (27) begrifflich konsequent ist. Der Autor legt den Schwerpunkt der Analyse auf die Etappenfrage, wobei er den Gewinntyp zur Abgrenzung kapitalistischer Entwicklungsperioden zugrunde legt: Dementsprechend definiert er fünf Kapitalarten, die in jeweils unterschiedlichem Ausmaß die kapitalistischen Perioden bestimmen: Warenhandlungskapital (Handelsspanne) – Geldhandlungskapital (Zins) – Industriekapital (Mehrwert) – Börsenspekulationskapital (Kursdifferenzen = Spekulationsgewinn). Die Unterscheidung einer fünften Kapitalart, Dienstleistungskapital, ist eher inkonsequent, da die entsprechende Gewinnart, wie er selber sagt, ebenfalls der Mehrwert ist (19). Dieser Ansatz, der in dem kurzen Einführungsbändchen nicht entwickelt werden kann, ist vor allem deshalb innovativ, weil mit der Unterscheidung zwischen Zins und Spekulationsgewinn deutlich wird, dass die gegenwärtige Phase des Kapitalismus, in der Spekulationsgewinne dominieren, eine qualitativ neue Etappe ist.

Der Teil II, der Hauptteil, folgt – nach der klassischen Darstellung der Herausbildung des Kapitalismus aus dem (westeuropäischen) Feudalismus – der im theoretischen Teil I skizzierten Phasenlogik. Den industriellen Revolutionen (gekennzeichnet durch den breiten Einsatz von Maschinen und den Ersatz von Muskelkraft durch Wasser- und Dampfantrieb) folgt die Periode des Organisierten Kapitalismus (inkl. Imperialismus) und etwa

ab 1945 die Periode des Wohlfahrtsstaats. Dieser wurde Mitte der 1970er Jahre abgelöst durch den Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Bei der Darstellung der unterschiedlichen Perioden analysiert der Autor jeweils verschiedene Ebenen, darunter die stofflichen Grundlagen, die dominierende Gewinnform, die räumlichen Bedingungen, Staat und Politik, die Organisation von Arbeit und Kapital. Den ‚gelernten‘ Marxisten irritiert, dass der Industriekapitalismus nicht als besonderer historischer Einschnitt hervorgehoben wird – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit wird als ein Punkt unter vielen nicht besonders gewichtet (48). Die besondere Qualität dieses Prozesses fällt in der Darstellung ein bisschen der das Buch bestimmenden Periodisierungslogik zum Opfer.

Dieser besondere Akzent ist trotzdem eine Stärke des Buchs: Es wird deutlich, dass der Kapitalismus ein sehr flexibles und anpassungsfähiges System ist, das aus großen Krisen und Umbrüchen immer wieder in neuer Gestalt hervorgehen kann (nicht muss). Wer auf dessen Ende hofft findet in Fülberths denkbar knappem Kapitelchen „Kein Ende abzusehen“ wenig Trost: Antikapitalistische Stimmungen und Bewegungen deuten heute weniger auf dessen Ende als auf seine „neue Vitalisierung“, außerhalb der bisherigen Kerngebiete, hin.

Fragt man, welches der drei kapitalhistorisch angelegten Bücher vorzuziehen sei, dann fällt eine Antwort schwer: Jedes setzt spezifische Akzente und hat besondere Stärken. Eine relativ runde historische Einführung in die Entstehung des Kapitalismus findet sich am besten bei Kocka. Bei

Meiksins Wood lernt man viel über die Geschichte des britischen Kapitalismus und dessen Besonderheiten; außerdem bietet sie einen guten Überblick über einschlägige innermarxistische Debatten. Fülberth gelingt es, die inneren Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise und deren Triebkräfte herauszuarbeiten. Er trägt am meisten zum Verständnis des zeitgenössischen Kapitalismus bei.

Jörg Goldberg

Akkumulationsstärke und -schwäche in der westeurasischen Zivilisation

Karl Georg Zinn, Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. VSA-Verlag, Hamburg 2015, 157 S., 16,80 Euro

I Zum neuen Buch von Karl Georg Zinn zunächst ein Auszug aus einem Lehrgespräch: „Warum hat Marx sein theoretisches Hauptwerk nicht ‚Der Kapitalismus‘ genannt? – Weil ‚Kapitalismus‘ ein unklarer bzw. falscher Begriff ist. – Wieso denn das? – Erstens weil es in unserer Zivilisation verschiedene Arten profitorientierter Ausbeutung gegeben hat und gibt; zweitens, weil es der Wirtschafts- und Sozialforschung nicht um das Beleuchten irgendwelcher Ismen, sondern um das Begreifen realer Kapitalbewegungen gehen muss; drittens, weil hierbei Gesetzmäßigkeiten der Kapitalanhäufung und der Profitratenbewegung im Mittelpunkt stehen sollten; und schließlich, weil eine praktische Überwindung kapitalistischen Wirtschaftens durch vernünftige Wirtschaftsweisen eine theoretische

sche Prüfung unterschiedlicher diesbezüglicher Entwürfe (anstelle des Hantierens mit Leerformeln) voraussetzt, die der Titel ‚Kapitalismus‘ nicht erwarten läßt.“

II Mit diesen Stichworten sind das Anliegen und die Inhaltsgliederung des vier Kapitel umfassenden Buchs von Karl Georg Zinn (in dem übrigens der Autor Marx, im Unterschied zu einigen anderen Wirtschaftstheoretikern, nur gelegentlich vorkommt) meines Erachtens schon einigermaßen beschrieben: „Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ ist der Titel seines kenntnisreich ausgedehnten Wegweisers, der aus der gesellschaftlichen Sackgasse des sich todlaufenden Industriekapitalismus hin zu aktuellen Weggabelungen führt, welche die Wahl lassen zwischen verschiedenartigen Wirtschaftsverfassungen *ohne Kapitalakkumulation*, darunter sozialistischen Volkswirtschaften mit demokratischer und marktwirtschaftlicher Steuerung. Das außerordentlich ideen- und faktenreiche Buch kann hier nur bruchstückhaft gewürdigt werden. Dessen erstes Kapitel bietet sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Betrachtungen der „Ausbeutung der Menschheit und der Natur“ (13) seit den Anfängen herrschaftlich-gewalttätigen Wirtschaftens im Ausgang der Jungsteinzeit, also seit den Übergängen zur westeurasischen Zivilisation. Bemerkenswert erscheint mir unter anderem, dass diese Ausbeutungsgeschichte als (demographisch und ressourcen bedingte) „Steigerung des [gesellschaftlichen] Aggressionspotenzials“ (17) begriffen wird. Das zweite Kapitel befasst sich mit „Bewegungsgesetzen“, insbeson-

dere der schließlichen Entstehung einer Wachstumsschwäche „des Industriekapitalismus“. Abgesehen von der Klärung begrifflicher Fragen ist hier besonders wichtig, dass als die Spezifik „industriekapitalistischer“ Reproduktion der zunächst profitable Prozess der Akkumulation von Mehrprodukt und dessen kontraproduktive „Langfristwirkungen“ hervorgehoben werden. (52ff) Im dritten Kapitel geht es um das Problem der hieraus resultierenden Aktualität eines „Kapitalismus ohne Wachstum“ aufgrund zuvor „auslaufender industriekapitalistischer Akkumulation“. (85ff) Nützlich erscheint mir hier die klare Absage an die Scheinlösung einer „Rückkehr zur alten Wachstumsdynamik“ (87; dies soll auch für den „staatsregulierten Kapitalismus Chinas“ gelten) sowie die Verdeutlichung von Grenzen und Widersprüchen verschiedener Strategien eines „grünen Wachstums“. (98-105) Kapitel vier schließlich behandelt theoretische Modelle einer („sozialistischen“) „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ und von hierfür nützlichen theoretischen Instrumenten, wobei Theorien von Joseph A. Schumpeter und John Maynard Keynes eine besondere Rolle spielen. Es wird davon ausgegangen, dass „gesamtwirtschaftliche Planung und marktwirtschaftliche Allokation [...] keine prinzipiellen Gegensätze sind, sondern [sich] gegenseitig [optimieren].“ (113) Interessant die Bemerkung, dass in den vergangenen Zeiten der sog. Systemkonkurrenz dieses von beiden Seiten jeweils heftig bestritten wurde. Die Erfahrungen des Versagens sowohl des bereits untergegangenen staatssozialistischen Systems als auch des heftig angeschlagenen industrie-

kapitalistischen Systems ohne reales Wachstum der Gegenwart, gemessen jeweils an den eigenen Zielsetzungen, werden die diesbezüglichen Mentalitäten verändern. Sie werden, so die Hypothese, die Kombination von Marktwirtschaft ohne Kapitalakkumulation und gesamtwirtschaftlicher Rahmenplanung als sinnvoll erscheinen lassen. (113ff) Die Seriosität dieser Idee steht nicht in Zweifel, und so auch nicht die folgende Überschrift und der Inhalt eines Textteils, der sich auf Überlegungen Schumpeters aus dem Jahre 1942 bezieht: „Was übernimmt der Sozialismus vom Kapitalismus und was ist anders?“ (124-127) Und man kann schwerlich etwas dagegen sagen, wenn Karl Georg Zinn in diesem Kapitel dem Karl Heinrich Marx eine gewisse „Undeutlichkeit bezüglich der Frage“ bescheinigt, „wie eine funktionierende sozialistische Wirtschaft gestaltet sein muss“. (115)

III Karl Georg Zinn hat die in diesem Buch vorgetragenen Gedanken um die – auch in seinen Schlussbemerkungen formulierte – These zentriert, dass die „hochentwickelten Volkswirtschaften“, in denen wir leben, wie schon erwähnt, als „Industriekapitalismus“ zu begreifen sind. Nach etwa zwei Jahrhunderten erfolgreicher Reproduktion, gekennzeichnet durch (abgesehen von katastrophalischen Unterbrechungen) kontinuierliche Investition von Surplusprodukt in Produktionskapital, entwickelte jedoch dieser Industriekapitalismus eine unheimliche, wenngleich gesetzmäßige Akkumulationsschwäche, die ihn schließlich als Kapitalismus ohne Wachstum präsentiert und agieren lässt. Ein fortwährender Rückgang der profitablen Akkumulation in den

letzten drei Jahrzehnten führt in diesen Volkswirtschaften sehr wahrscheinlich, in „äußerst plausibel erscheinender Zukunftsnähe“, zu „einer kapitalistischen Formation ohne Akkumulation“ (86), aber mit leerlaufendem „Wachstumsvoluntarismus“, so Zinn. Es gibt also einen Kapitalismus ohne (realökonomische) Kapitalakkumulation, den nachindustriellen Kapitalismus. *Und weiter:* „die Transformation eines nachindustriellen Kapitalismus in ein nicht-kapitalistisches System [...] stellt jedenfalls eine Zukunftsoption dar. Vielleicht bringt Kuba eine solche Formation zustande [...]“. (114) – Marxisten verschiedener Couleur werden eine solche Perspektive nicht unbedingt befürworten, etwa dann, wenn es ihnen mehr auf die Vermehrung als auf die Umnutzung von Kapital ankommt oder mehr um die Beherrschung als um die Verwendung des „gesellschaftlichen Produkts“. Dieses Problem ist hier nicht zu diskutieren, es wird aber erwähnt, um die Radikalität des Reformkonzepts zu verdeutlichen, das in diesem Buch vorliegt: die doppelte Transformation: von der Formierung des Industriekapitalismus zum nicht-akkumulierenden/nach-industriellen Kapitalismus und von diesem Nachindustriellen Kapitalismus zur – hoffentlich – Nicht-kapitalistischen Volkswirtschaft.

IV Gegen diese Strategie gibt es einen ernst zu nehmenden Einwand. Er lautet: einen nicht-akkumulierenden Kapitalismus (und dessen eventuelle Transformationen) wird es nicht geben, weil es zum Wesen des Kapitalismus (zumindest des Industriekapitalismus) gehört, Mehrwert in möglichst hohem Maße innovativ zu ak-

kumulieren; schlichter: das Sozialprodukt zum Wachsen zu bringen. „Kapitalismus“ heißt: „Wachstumszwang“, „Wachstumszwang“ beinhaltet „Akkumulationszwang“. Hätte denn die neuzeitliche „Industrielle Revolution“ im 18. Jh. in Großbritannien jemals begonnen, wenn nicht kleine Geschäftsleute und Handwerker dazu „geneigt“ gewesen wären, in großem Umfang ihre Produktionsanlagen auszubauen und zu entwickeln? Die Antwort müsste lauten: es kam hierbei vor allen auf die Nachfrage durch Staatsaufträge und Überseehandel an, denn die „Privatwirtschaft“ an sich hatte „eine Neigung lediglich zum Profit.“ (Eric Hobsbawm, *Industrie und Empire I*, Frankfurt-M. 1969, 39) Gleichwohl ist die Meinung sehr verbreitet, dass „a cession of accumulation“ der „internal logic“ des „regime of capital“ widerspricht, so dass soziale und ökologische Reformen zwingend dessen Abschaffung voraussetzen. (z. B. John B. Foster u. a., *The Ecological Rift* New York 2010, 396) Man wäre geneigt, das Wort „Akkumulationszwang“ als Denkverbot einzustufen, gäbe es nicht den berühmten Ausruf von Marx im Ersten Band seines „Das Kapital“ von 1867: „Accumulirt, accumulirt! Das ist Moses und die Propheten!“ (Marx, *Das Kapital* 1867, MEGA II/5, 479) Wenn ich das (als Nicht-Marxologe) richtig sehe, hat Marx Erscheinungen wie „Akkumulationstrieb“, „Akkumulationsbedürfnis“ in den frühen Schriften zum und im Ersten Band eher phänomenologisch wahrgenommen, als „charakteristisches Phänomen“ der kapitalistischen Produktionsweise. Erst später, so scheint es, wird die

Entwicklung der Konkurrenz in der kapitalistischen Produktionsweise zur nicht ganz überzeugenden Erklärung eines „Akkumulationszwangs“ herangezogen (vgl. u. a. Marx, *Ökonomische Manuskripte 1863-1867*, MEGA II/4.2, 313; Marx, *Das Kapital* 1883, MEGA II/8, 556). So oder so hilft uns sein Wortgebrauch beim Versuch der Klärung gegenwärtiger kapitalistischer Zwangsverhältnisse nur begrenzt weiter.

V Hilfreich ist Marx (zusammen mit Engels) allerdings zweifellos dadurch, dass er die Geschichte der Ausbeutung von Mensch und Umwelt grundsätzlich bis in die Anfänge altorientalischer Gesellschaften und damit der Gesellschaftsgeschichte der west-eurasischen Zivilisation verfolgt. Zinn folgt ihm insoweit, als er grundsätzlich „kapitalistische Wirtschaftsenklaven [, die] seit der Frühzeit der Zivilisationsgeschichte in sehr unterschiedlichen Gesellschaftsformationen [existierten]“, anlässlich der Betrachtung des von ihm so genannten „nachindustriellen ‚Neofeudalismus‘“ mit bedenkt. Die „vorindustrielle Epoche“ West-Eurasiens, die so ins Blickfeld gerät, hat uns bezüglich der Verfassung menschlicher Gesellschaften einiges zu sagen. Selbst die scheinbar so verständliche Dichotomie „vorindustrielle“ versus „industrielle“ Gesellschaften verunklart sich. Wenn man etwa bei der Betrachtung der Ruinen riesiger Tempel- und Palastbauten mit angeschlossenen manufakturrellen Großwerkstätten im frühen Babylonien wahrnimmt, dass es hier Großbetriebe mit tausenden arbeitender Menschen zur Herstellung von Exportgütern gab, gegen deren

Erzeugnisse unter anderem sowohl Luxusgüter als auch Baumaterialien auf dem Wasserwege importiert wurden, dann fragt man sich, welche Bedeutung die scheinbar einfache Differenz von Konsumtion und Produktion hier hat und wie es mit der Trennschärfe der Kategorien „gesamtwirtschaftliche Produktion“ „Reproduktion“ und „Akkumulation“ bestellt ist. Wird nicht da, wo es massenhafte „Produktion“ sowie (vielfach durch Außenhandel vermittelt) auch „Reproduktion“ in Gestalt der Errichtung und Nutzung von Verwaltungs- und Werkstattbauten, Speicheranlagen, Bewässerungsanlagen, Schiffen, Tongefäßen und landwirtschaftlichen Geräten gab, auch schon ein bisschen Nettoinvestition (also Akkumulation) dabei gewesen sein? (Vgl. zur südmesopotamischen Ökonomie im 3./2. Jt. v. u. Z: J. Nicholas Postgate, *Early Mesopotamia*, 1992, 155-222.)

Wie dem auch sei: Die Geschichte der Ausbeutungsbeziehungen von Mensch und Umwelt sowie dessen, was Karl Georg Zinn mit einer trefenden Formulierung die langfristige Entwicklung eines Aggressionspotenzials nennt, bietet über die Betrachtung früherer Zustände hinaus an, auch Geschichte von Ausbeutungshilfen zu sein: Geschichte der technischen Instrumente, mit denen Menschen und andere Tiere in der Agrarwirtschaft ausgebeutet werden; der Mess-, Rechen- und Schreibkünste, die für die Aneignung und Verteilung der Böden und Güter benötigt wurden; und schließlich der familialen und staatlichen Verfügungsgewalten und Zwangsmittel, mit denen Menschen in unterschied-

lichen Gewaltverhältnissen dazu gebracht wurden und werden, ihre gesellschaftlichen Pflichten gegenüber Vätern und Gatten, ihre Aufgaben und Rollen als Untertanen oder Ausländer etc. pp. zu erfüllen

Karl Hermann Tjaden

Migrationsgeschichte als Menschheitsgeschichte

Jochen Oltmer, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, C.H. Beck-Verlag, München 2012, 128 Seiten, 8,95 Euro

Migration und Flucht bilden in Form der Flüchtlingskrise seit 2015 über weite Strecken das beherrschende Thema in Medien, Politik und Bevölkerung und haben zu einer Polarisierung der deutschen Gesellschaft geführt. In Deutschland hat derweil etwa jeder fünfte Mensch einen Migrationshintergrund. Beides regt zu der Frage an, wie es sich eigentlich generell mit Migration innerhalb der historischen Entwicklung in einem globalen Maßstab verhält.

Jochen Oltmer, Professor für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, stellt fest, dass Migration „immer normal in der Geschichte der Menschheit“ gewesen ist und weltweit keine Epoche erkennbar ist, „in der Sesshaftigkeit Normalität gewesen wäre.“¹ In seinem Einführungsbüchlein arbeitet er diese zentrale These auf. Neben globalen, also trans- und interkontinentalen Fern-

¹ „Jeder muss sich ständig irgendwo integrieren“ - Migration ist so alt wie die Menschheit; ein Gespräch mit Jochen Oltmer (URL: <http://zeitzeichen.net/archiv/interview/jochen-oltmer-normalfall-migration/>).

wanderungen, liegen seinen Ausführungen auch von der Globalisierungsdynamik beeinflusste lokale und regionale Migrationen zugrunde.

Unter der Überschrift „Migrationsgeschichte als Menschheitsgeschichte“ führt der Autor einleitend an, dass der anatomisch moderne Mensch der Gattung *Homo sapiens* ohne Bewegung im Raum nicht überlebt hätte (9). Die umfänglichen und nachhaltigen Wanderungsbewegungen der folgenden Jahrtausende waren zwar insgesamt von großem Umfang, aber „erstreckten sich [...] nur selten über sehr weite Distanzen oder prägten sich gar als interkontinentale Bewegungen aus.“ (13f.) Von Migrationen in globalen Maßstab (auch als interkontinentale Wanderungen) kann somit erst im 15. Jahrhundert im Zuge der globalen Expansion Europas gesprochen werden.

Im zweiten Kapitel folgt eine kleine theoretische Aufbereitung. Oltmer stellt hier überblickshaft und kenntnisreich zentrale Hintergründe und verschiedene Formen und Folgen weltweiter Wanderungen differenziert vor und verweist auch auf einige Abgrenzungsprobleme (21/31). Bedeutende Begriffe im Themenfeld Migration werden definiert (18). Kommunikation und Netzwerken misst der Autor bei der Entstehung räumlicher Bevölkerungsbewegungen großen Wert bei, da diese durch Kommunikationsprozesse motiviert und strukturiert werden (22), was er im Verlaufe des Buches mehrfach belegt – z.B. anhand von Pioniermigranten (42/71). Neben individuell oder gruppenspezifisch wirksamen Faktoren spielt der Staat – als Migrationsregime – eine

große Rolle, vor allem im Hinblick auf Zwangswanderungen (30).²

Anschließend kehrt Oltmer im dritten Kapitel zur Historie zurück und beschreibt Migration vom 16. bis zum 19. Jahrhundert unter dem Leitgedanken der Erschließung und Verdichtung des globalen Raums. Die damaligen Großmächte Spanien und Portugal verfolgten in den Expansionsgebieten ihres Territorialreiches keine dezidierte Siedlungspolitik. Sie sahen in den Kolonien die Möglichkeit wirtschaftlicher Ausbeutung. Zur „Inwertsetzung“ der überseeischen Besitzungen (32f.) benötigten sie Arbeitskräfte – Sklaven aus Afrika (34ff.), aber auch Sträflinge und Kontraktknechte aus Europa. Eine wegweisende Rolle im Rahmen globaler Migrationsströme spielten die Entwicklungen im 19. Jahrhundert, denn in dieser Zeit „nahm die europäische Abwanderung in verschiedene Teile der Welt erheblich zu und dominierte die interkontinentalen Bevölkerungsbewegungen für mehr als ein Jahrhundert.“ (41) Ein entstandenes „Missverhältnis von Bevölkerungswachstum und Erwerbsangebot“ (Klaus J. Bade) bildete den Ausgangspunkt für die Abwanderungen. Eine sich verbreitende Modernisierung im Agrarsektor und die Industrialisierung waren nicht in der Lage das Bevölkerungswachstum auszugleichen (41).

In Kapitel vier behandelt Oltmer unter anderem die Länder und Regionen Australien, Argentinien, Sibi-

² Daneben erfolgten auch Beschränkungen der Aufnahmequoten (1921 in den USA; 93) oder gar ein Aufnahmeverbot bestimmter Migrations-Gruppen durch staatliche Stellen (1901 in Australien; 50).

rien, Mandchurei und das südliche Afrika vor dem Hintergrund kolonialer Expansion vor allem europäischer Staaten, aber auch der USA und Japans (44-78). Flucht, Vertreibung und Deportation sind die kennzeichnenden Phänomene im Verhältnis von Migration und weltweiten Kriegen im 20. Jahrhundert. Zum Beispiel zeigten sich auch in Stellvertreterkriegen (105ff.; Korea, Vietnam, Afghanistan) die migratorischen Wirkungen des Kalten Krieges, da es de facto auch in diesem Feld zu einer Zerteilung der Welt kam: Arbeitsmigration fand zwischen Ost und West nicht mehr statt (105). Im abschließenden Kapitel wirft der Migrationsforscher schlaglichtartig, leider sehr verkürzt, einen Blick auf Migrationsbewegungen und -verhältnisse im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert.

Jochen Oltmer liefert eine gelungene historische Übersicht, mit verständlichen selektiven Zügen aufgrund der Masse an Migrationsbewegungen. Obwohl der Autor vielfältig Migrationsprozesse im Zuge der Dynamik der Globalisierung erörtert, geht er nicht auf Migration als Kehr- bzw. Schattenseite der (vor allem neoliberalen) kapitalistischen Globalisierung ein. Das Buch trägt keine globalisierungskritischen Züge, allerdings regen die vielfältigen beschriebenen Formen von Migration zum Nachdenken darüber an. Oltmer entwickelt auch keine gesellschaftspolitische Perspektive und beschränkt sich auf eine historische Betrachtung. Das Buch erschien 2012 und eine Erweiterung um die folgenden Jahre wäre aufgrund der aktuellen globalen Flüchtlings- und Migrationsströme wünschenswert.

Patrick Ölkrug

Marx und seine postmarxistische Relevanz

Harald Klimenta, Andreas Fisahn u. a., Die Freihandelsfalle. Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP, VSA, Hamburg 2014, 126 S., 9,- Euro

Michael Brie, Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Frazer & Karl Polanyi, VSA, Hamburg 2015, 174 S., 10,- Euro

Joachim Bischoff und Bernd Müller, Piketty Kurz & Kritisch. Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert, VSA, Hamburg 2014, 93 S., 9,- Euro

Drei Bücher zu verschiedenen, gleichwohl vernetzten Themen: Zu TTIP als dernier cri der Globalisierung, zu Piketty als Befürworter eines dynamischen Kapitalismus, zu Polanyi und Nancy Frazer als Analytiker der Emanzipation.

Jede Beschäftigung mit Marx sollte sich drei Fragen stellen: Was wird wie beschrieben? Was wird wodurch erklärt? Was wird wie begründet vorausgesetzt?

Die erste Frage lässt sich so beantworten: Marx konstatiert die Auflösung der Familie, der kleinen und mittleren Unternehmen und des Staates infolge der Marktdynamik. Er beantwortet sie ebenso durch die Entfremdung des Menschen von sich selbst, der genötigt wird, als Mittel für andere zu arbeiten. Kritisiert wird daran, dass kleine und mittlere Betriebe durchaus weiter existieren trotz Kapitalakkumulation und absoluter Mehrwerterzeugung. Zur Entfremdung gilt: Marx ging von einer Disziplinarge-

sellschaft aus, die seit langem entfiel. Mit der Freiheit von Arbeitszwängen werde jedoch nicht die Entfremdungsbeschreibung hinfällig.

Die *zweite Frage* (Erklärung) beantwortet Marx mit einer ursprünglichen Akkumulation in Großbritannien, mit Hilfe dialektischer Prozesse, mit einem Tausch gleicher Werte und einer Theorie von gegeneinander kämpfenden Klassen. Kritisiert wird daran: Die Akkumulation habe nur lokal an verschiedenen Orten stattgefunden. Zudem gehe sie weiter, während Marx sie für abgeschlossen hielt. In der Dialektik von Marx bleibe die Arbeitskraft eine unveränderte Größe. Wert werde von Marx objektivistisch konzipiert, indem behauptet wird, dass stets gleiche Werte getauscht werden. Die Börse sei jedoch extrem psychologisiert mit der Folge, dass Tauschvorgänge nach oft irrational subjektiven Einschätzungen erfolgen. Außerdem bestimmen sich Wertbestimmungen inzwischen auch nach Gesichtspunkten der ökologischen Nachhaltigkeit. Marx sei von einem naiven Realismus bestimmt und wisse nichts von der Beobachtungsabhängigkeit von Wahrnehmungen und Urteilen. Zudem sei er fälschlich der Ansicht gewesen, dass sich Machtbezüge ausschließlich hinsichtlich der Klassengegensätze aussagen lassen. Macht würde es aber auch nach Abschaffung der Klassengegensätze geben.

Die *dritte Frage* (Voraussage) beantwortet Marx mit einer Tendenz zum Fall der Profitrate infolge Überproduktion und Konkurrenz mit Absatzminderung, Handelskrisen und menschlicher Emanzipation. Kritisiert wird daran, dass Marx über kei-

ne Techniktheorie verfügt, dass Technik und Macht den Kapitalismus überleben können und dass der Kapitalismus die Klassenkonflikte verrechtlicht, Krisen abfedert, zum Beispiel durch staatsbürgerlichen Privatismus: Der Staat nimmt den Bürgern einen Teil ihres Lebensrisikos ab und verlangt von den Arbeitern gleichzeitig, dass sie sich lediglich als Bürger engagieren, nicht aber als Mitglieder einer gesellschaftlichen Klasse.

Insgesamt folgt aus der ausdifferenzierten Kritik an Marx, dass Marx falsifiziert ist, solange er als unveränderlicher Bestand von Lehrsätzen gelesen wird. Ebenso folgt: Marx begleitet genau dann die weitere Entwicklung des Kapitalismus, wenn seine Beobachtungen, Erklärungen und Voraussagen als etwas Elastisches gelesen werden, das sich zwischen falsch und wahr erstreckt und das prinzipiell helfen kann, in verschiedener Hinsicht zutreffend, wenngleich nicht unfehlbar zu werden. Diese zweifache Konsequenz ergibt sich aus so verschiedenen Monografien und Einführungen des beginnenden 21. Jahrhunderts wie Gérard Bensussan (*Marx le sortant/Marx, Aussteiger aus der Philosophie*, 2007), Bernd Ternes (*Karl Marx*, 2008), Robert Misik (*Marx verstehen*, 2010), Terry Eagleton (*Why Marx was Right*, 2011), Pierre Dardot/Christian Laval (*Marx, prénom: Karl*, 2012) und last not least Domenico Losurdo, zuletzt mit: *La sinistra assente (Die abwesende Linke)*, 2014. Auch jene Studie von Axel Honneth (*Die Idee des Sozialismus*, 2015) schließt sich an, den Sozialismus als verstetigte Harmonie

zwischen familiärer Intimität, politischer Willensbildung und dem Abbau von Einkommensungleichheiten mittelbar im Sinn von Marx zu befürworten.

Die drei hier besprochenen Bücher demonstrieren in verschiedener Hinsicht eine postmarxistische Gültigkeit der Marx'schen Beobachtungen, Erklärungen und Voraussagen. Beginnen wir mit *Die Freihandelsfalle*, dem Sammelband zum TTIP-Abkommen. Auf der Berliner Anti-TTIP-Demonstration vom 10.10. 2015 mit etwa 250.000 Demonstranten wurde öffentlich, dass das CETA-Abkommen zwischen Kanada und den USA auf beiden Seiten bereits hunderttausende bis eine Million Arbeitsplätze kostete. Die große Koalition, die Unternehmer oder Beiträge auf „Spiegel-Online“ reden die TTIP-Risiken noch immer gering. Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, findet: „Wir Europäer müssen die Globalisierung gestalten wollen. Wer nur blockiert, verliert.“ Mit „wir“ sind hier die europäischen Unternehmer gemeint. Die Formulierung „gestalten wollen“ bezeichnet die Entmachtung der Staaten zugunsten der Privatunternehmen. Das „verliert“ ist Wasser auf die Mühlen des Vergessens. Denn Ende der 1990er Jahre verschwand das Vorgänger-Projekt namens MAI in dem Augenblick, als Globalisierungskritiker es an die Öffentlichkeit brachten (74). Wikileaks enthüllt im Oktober 2015 unter Verschluss gehaltene Papiere: Mit dem geplanten Abkommen werden preiswerte Medikamente (Generika) teurer und für bedürftige Patienten unerschwinglich. Die Analysen

des hervorragenden Bändchens bleiben trotz dieser neuen Ereignisse aktuell.

Die Globalisierung – verstanden als Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln und Benennungen – sollte dem Wort nach allen nützen und begünstigte der Sache nach wenige. Die Krise von 2008 stärkte die Reichen. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bewiese, dass die „Regierungen in Europa und den USA [...] selbst aus der Finanzkrise nichts gelernt haben“ (80). Dies stehe im Kontrast zu Asien und Südamerika, die beide „aus ihren regionalen Krisen in der Vergangenheit längst Schlüsse gezogen und sich für eine stärkere Regelung der Finanzmärkte entschieden“ haben. Das TTIP scheint unausweichlich, alle Sachzwänge sind wieder selbstgemacht und das Lamento derer, die nicht wissen konnten, welche Zwangsregeln installiert werden, damit die Märkte definitiv regulierungsimmun agieren, wird wie üblich seitens derer hörbar werden, die ein Buch wie dieses nicht lassen. Daher sei es mit Nachdruck empfohlen. Es bietet eine Mischung aus geordneten Informationen, verbunden mit kritischen Warnungen und einer Liste der längst formulierten Alternativen des „Alternative Trade Mandate.“ Alles, was die Investoren wollen, ist Schutz vor der Diskriminierung durch die Gastländer. Sie verlangen somit Garantieerwartungen für private Güter. Die Verfasserinnen und Verfasser setzen diesem Wunsch den Gedanken einer Bewahrung der öffentlichen Güter entgegen. Dazu gehören ein Schutz der regionalen Produktion, Schutz

der Umwelt, Schutz der Arbeitsmärkte, der staatlich garantierten Öffentlichkeit, der öffentlichen Dienstleistungen bezüglich Nahrung, Wasser, Gesundheit und Bildung.

Man erkennt: Schutz wird sowohl von den Investoren als auch von den Verbrauchern verlangt. Schutz scheint das mit dem Kapitalismus derzeit am meisten verbundene Gut zu bilden. Neu erscheint dabei allerdings, dass der Schutz vor dem Kapitalismus ergänzt werden soll durch den Kapitalismus als schutzwürdiges Gut. Ist eine solche Ergänzung möglich? Die Frage hatte sich bisher nicht gestellt. Mit dem TTIP ist sie auf dem Tisch. Mit diesem Abkommen soll es in der Tat möglich sein, dass Konzerne für entgangene Gewinne entschädigt werden können und zwar vor dem Richterstuhl privater Einrichtungen, die jeder staatlichen Kontrolle entzogen sind. Auf diese Weise wird zweierlei eingeführt, ein Recht auf Belohnung für Verluste und eine Staatsentmachtung. Innerhalb einer staatlichen Ordnung kann es kein Recht auf nicht erzielte Gewinne geben, ebenso wenig wie es ein Recht gibt, nicht bestandene Examina als bestanden zu buchen. Der Schutz des Kapitalismus führt zu einer Beendigung des Schutzes vor dem Kapitalismus.

Mit dem Thema des Schutzes vor dem Kapitalismus beschäftigt sich das Buch von Michael Brie. Es ist drei Phänomenen gewidmet, der Dynamik des Kapitalismus, dem Schutz vor Kapitalismus und der Emanzipation. Wenn Kapitalismus geschieht, dann muss der Staat oder die Gesellschaft Formen des Schutzes finden und erfinden, welche in der Lage

sind, die Mehrheit vor der Minderheit des Unternehmerhandelns zu schützen. Doch ein Denken des Kapitalismus in Kategorien des Schutzes vor dem Kapitalismus bleibt dem Kapitalismus verhaftet und enthält keinerlei über ihn hinausweisende Dimension. In einer darstellenden Auseinandersetzung mit dem seit einigen Jahren erneut aktuell gewordenen Karl Polanyi und mit Nancy Fraser legt Brie dar, dass die den Kapitalismus überschreitende Dimension nichts anderes als politische Emanzipation bedeuten kann. Politische Emanzipation: Bedeutet das nicht jenen Utopierest des 19. Jahrhunderts, der mehr als eine Reminiszenz nicht zu bieten hat? Wie aber, wenn der kapitalistische Staat, der lediglich über eine Output-Demokratie verfügt, seine Bürger vor einer politischen Emanzipation deshalb schützt, weil er sie als revolutionäre Bedrohung der „liberalen Oligarchie“ (Danilo Zolo für: „Demokratie“) wahrnimmt? Bereits 1881 hatte Bismarck seine Sozialgesetzgebung als Prävention gegen Revolution verstanden, worauf Brie passend verweist (26). Polanyis „Große Transformation“ ist 2001, versehen mit einem Vorwort von Joseph E. Stiglitz, bei Beacon Press in Boston neu erschienen (*The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*). Polanyis Diagnosen enthielten die Einschätzung, dass Arbeit, Land und Geld lediglich fiktive Waren darstellen und dass ihre Vermarktung eingestellt werden müsse. Stiglitz weist in seinem Vorwort darauf hin, der von Polanyi als Täuschung verstandene selbstregulative Markt könne zu einem „Mafia capitalism“ und zu ei-

nem „Mafia political system“ führen. Das Beispiel Russlands nach der Auflösung der Sowjetunion zeige: Der Markt richtete es nicht. Denn dafür fehlten „the necessary legal and institutional infrastructures.“

Unschätzbar sind die von Brie übersetzten und abgedruckten Texte von Nancy Frazer und Polanyi. Frazers Überlegungen laufen auf den Schlüsselsatz hinaus: „Von jetzt ab gibt es keinen sozialen Schutz mehr ohne Emanzipation.“ (114) Die abgedruckten Texte von Polanyi – darunter ein Hamlet-Essay, der das düstere Zeitalter Polanyis als dennoch hoffnungsgeladene deutet – und die Berliner Rosa-Luxemburg-Lecture von Karin Polanyi-Levitt sind wertvolle Dokumente, welche den „common sense“ der Staatsbürger als „Basis von Politik in einer Demokratie“ (128) auszeichnet.

Das Büchlein zu Piketty ist leicht zu lesen und leicht zusammengefasst. Piketty konstatiert einen Zustand $r > g$ (der Vermögensreichtum ist größer als das Wirtschaftswachstum) und verlangt eine Umkehrung: $g > r$ (das Wachstum habe größer zu sein als der Vermögensreichtum). Als Mittel zu dieser Umkehrung schlägt Piketty eine globale Vermögenssteuer vor, die bei einer bestimmten Vermögenshöhe einsetzt. Konservative verdächtigen Piketty eines verborgenen Marxismus. Linke Kritiker erblicken in seinen Analysen lediglich Systembeschreibungen, welche die Frage des Privatbesitzes der Produktionsmittel nicht stellt. Das Büchlein verdeutlicht all diese Aspekte.

Ergänzend sei zweierlei festgestellt. *Erstens*, die Tendenz eines sich auf

Vermögen ausruhenden Kapitalismus, ein Genießen von Luxus, eine Erstarrung des Innovationsgeistes hatte bereits 1913 Werner Sombart in seiner Studie *Der Bourgeois. Zur Geschichte des modernen Wirtschaftsmenschen* für Italien, Holland, Spanien, Frankreich und Großbritannien im Unterschied zu Deutschland und den USA beobachtet. Marx hatte diese Tendenz nicht wahrgenommen. *Zweitens*: Piketty entdeckt jene progressive Besteuerung wieder, welche die Autoren des *Manifests der kommunistischen Partei* 1848 forderten und welche seither ein kapitalistisches Gemeinwesen überhaupt erst lebensfähig werden ließ. Das Büchlein zu Piketty leitet uns zu einem Dilemma: Geschieht Wachstum, dann scheinen ein ökologischer Kollaps und soziale Ungleichheiten unvermeidlich. Ein Luxus- und Vermögenskapitalismus dagegen führt zu unausgleichbaren Ungleichheiten und politischer Exklusion der Mehrheiten. Eine Diskussion und Bearbeitung dieses Dilemmas steht noch aus.

Die Studien zu TTIP und Piketty sind ökonomischen Disproportionen gewidmet. Es scheint sich Rathenaus Wort zu bestätigen, dass die Wirtschaft unser Schicksal sei. Die Bemühungen von Polanyi und Nancy Frazer laufen jedoch darauf hinaus, dass die Ökonomie nicht unser Schicksal wird und nicht werden darf. Axel Honneth möchte derzeit unter Sozialismus verstehen, dass Intimität, politische Willensbildung und ein institutionalisierter Abbau von Einkommensungleichheit miteinander harmonieren. Auf diese Weise wird Marx nicht historisiert. Vielmehr möchte der Postmarxismus

die marxschen Quellen einer zumindest methodisch konzipierten post-anthropozentrischen Harmonie zwischen Natürlichkeit und Kultur fließen lassen, an deren Vergiftung der Kapitalismus mit immer neuen Einfällen arbeitet.

Bernhard H. F. Taureck

„Wettbewerbsbündnisse“ und Betriebsräte

Daniel Behruzi, Wettbewerbspakte und linke Betriebsopposition. Fallstudien in der Automobilindustrie. VSA Verlag, Hamburg 2015, 421 Seiten, 29,80 Euro.

Daniel Behruzi hat ein wissenschaftlich und politisch nützliches Buch geschrieben. Beides zusammen ist für eine Doktorarbeit in der heutigen Zeit kaum selbstverständlich. Gegenstand seiner empirischen Untersuchung sind sog. Wettbewerbspakte, die in der Automobilindustrie auf Ebene der Unternehmen zwischen Management und Belegschaftsvertretungen abgeschlossen werden, und die damit verbundenen Legitimationsprobleme für die mitverantwortlichen Betriebsratsmehrheiten. Besondere Aufmerksamkeit schenkt Behruzi dabei der Herausbildung (15) und der Rolle linker oppositioneller Betriebsratsgruppen. Unter Wettbewerbspakten werden Vereinbarungen verstanden, in denen das Management Investitionen, Standort- oder Beschäftigungsgarantien für einen begrenzten Zeitraum zustimmt, um im Gegenzug Konzessionen von Belegschaften zu erhalten. In diesen ungleichen Tauschgeschäften sind Interessenvertreter etwa bereit, fle-

xibleren oder längeren Arbeitszeiten sowie Lohnverzicht in der Hoffnung zuzustimmen, Arbeitsplätze zu sichern. Entwickelt und erprobt wurde dieses Vorgehen Mitte der 1980er Jahre in den USA. Nach der großen Krise der Autoindustrie Anfang der 1990er Jahre kamen sie auch in Deutschland auf und gehören mittlerweile insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie zum festen Bestandteil unternehmerischer Wettbewerbs- und betriebsrätlicher Interessenpolitik (61-62).

Ausgangspunkt ist für Behruzi die These, dass derartige Wettbewerbsbündnisse zu einer Erschöpfung der Legitimitätsressourcen der verantwortlichen InteressenvertreterInnen führen (13). Mit anderen Worten: Den Betriebsräten droht der Verlust an Rückhalt in den Belegschaften. Behruzi verknüpft diese Fragestellung mit der Untersuchung der Rolle unterschiedlicher politischer Strömungen innerhalb der Belegschaft bzw. innerhalb der Betriebsratsgremien: Da Legitimationsprobleme nicht überall in gleichem Maße zu beobachten seien, wo es Wettbewerbsbündnisse gibt, müssen andere Faktoren den Ausschlag geben. Hier schlägt die Stunde linksoppositioneller Gruppen, „die in der Lage sind, kritische Deutungen der Betriebsratspolitik in wichtigen Belegschaftsteilen zu verbreiten und Alternativen zu formulieren. Die zentrale Ausgangsthese dieser Arbeit ist, dass die Legitimitätsverluste der Betriebsratsmehrheiten dadurch deutlich verstärkt werden.“ (14) Die empirische Basis der Studie sind jeweils zwei Betriebsfallstudien in den Konzernen Opel und Daimler, die auf 28 Expertenin-

terviews, Dokumentenanalysen und gelegentlichen teilnehmenden Beobachtungen beruhen (15). Als Ausweis für Legitimationsprobleme der Betriebsratsmehrheit nimmt Behruzi zum einen Arbeitskämpfe, die nicht von der Betriebsratsmehrheit „kontrolliert“ wurden, und zum anderen die Wahl linker Oppositionsgruppen in den Betriebsrat. Dies ist die zentrale Fragestellung seiner Studie; darüber hinaus widmet sich Behruzi außerdem ausführlich der Überprüfung von prominenten Annahmen über die Auswirkungen von Wettbewerbsbündnissen, die in der soziologischen Fachdiskussion eine Rolle spielen: Welche Folgen haben die Pakte etwa für Löhne und Tarife, wie wirken sie sich auf die spezifischen Einflusschancen von Betriebsräten aus? In welchen Situationen entstehen Wettbewerbspakte – lediglich in Krisenzeiten, oder werden sie auch in normalen Zeiten genutzt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu verbessern? Oder: Ist auf die Gegenleistungen der Konzerne, die diese den Belegschaften für Flexibilitätserbereitschaft und/oder Lohnzurückhaltung versprechen, Verlass? Das alles sind wichtige Fragen, nicht zuletzt für aktive GewerkschafterInnen. Daher liest sich Behruzis Arbeit auch nicht wie eine Detailstudie über Legitimationsprobleme, sondern hat den Charakter einer soliden Einführung in das Thema. Gleichzeitig führt das breite Erkenntnisinteresse aber dazu, dass die Arbeit durch immerhin 17 Thesen strukturiert wird – ein nicht nur für qualitative Studien außergewöhnliches Vorgehen. Der Nachteil dieser Thesenwucht: Bereits in der Einleitung, spätestens aber in

den Passagen, in denen die Thesen vorgestellt werden (115-127), ist nicht immer ganz klar, welche Problemstellung und welche der Thesen nun im Zentrum der Arbeit stehen. Diese Unklarheit wird gleichwohl für den Leser teilweise kompensiert, denn die Annahmen strukturieren nicht nur die Betriebsfallstudien (127-298) in übersichtlicher Weise, sondern ermöglichen es Behruzi auch, im Schlussteil kompakt die wesentlichen Befunde seiner Untersuchung zu präsentieren (311ff.).

Einige Ergebnisse der Arbeit sind zunächst überraschend. Das gilt z.B. für den Befund, dass die Spaltung der Betriebsratsgremien nicht notwendigerweise zu einer Schwächung, sondern dass die Existenz von linken Oppositionsgruppen auch zu einer Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationsmacht führen kann (336ff.); oder dass eine linke Opposition die Betriebsratsmehrheiten in ihren Verhandlungen mit dem Management sogar stärken kann, da letztere regelmäßig auf die fordernden Kritiker verweisen können und so über ein Druckmittel mehr verfügen. Mit Blick auf die Kernfragestellung ist interessant, dass Legitimationsprobleme sich keineswegs umstandslos auf die Wettbewerbsbündnisse zurückführen lassen. Diese stellen lediglich eine Bedingung dar. Im Vergleich zwischen den vier Standorten wird vielmehr deutlich, dass linke Oppositionsgruppen bei Daimler/Untertürkheim (mit Wurzeln in der Plakat-Gruppe um Willi Hoss) und Opel/Bochum (Gegenwehr ohne Grenzen) auf lange Traditionen blicken können, die bis in die 1970er Jahre zurückreichen. Das scheint zunächst einmal kaum über-

raschend – verweist allerdings auf die große Bedeutung, die der Herausbildung von Aktivistenkernen in der Betriebspolitik zukommt. Von Spontaneität kann zumindest in diesen Fällen keine Rede sein. Als kompliziert stellt sich, so Behruzi, zudem die Verarbeitung von Legitimationsproblemen durch die Belegschaften dar. Zur Erinnerung: Arbeitskämpfe, die von den Betriebsratsmehrheiten nicht kontrolliert wurden, werden von Behruzi als Ausweis von Legitimationsproblemen genommen. Derartige Arbeitskämpfe führten bei Daimler und Opel aber nicht zum Machtverlust der Betriebsratsmehrheiten. Behruzi arbeitet eine Vielzahl von Faktoren heraus, die dies verhindern (334ff., 350ff.). In diesem Zusammenhang ist es gleichwohl schade, dass aus pragmatischen Gründen keine Interviews mit Beschäftigten geführt wurden. Über die Gerechtigkeitswahrnehmungen und die Bearbeitungsweisen der ArbeiterInnen erfährt man dementsprechend kaum etwas.

Thomas E. Goes

Kapitalismus oder Demokratie

Conrad Schuhler, Widerstand. Kapitalismus oder Demokratie, isw-Report Nr. 96, München März 2014, 39 S., 3,50 Euro.

Dass Kapitalismus und Demokratie keineswegs in symbiotischer Beziehung miteinander verbunden sind, sondern (vorsichtig formuliert) in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, hat sich spätestens seit der Großen Krise von 2008ff. im

Mainstream der Sozialwissenschaften als Ansicht zunehmend verbreitet. Conrad Schuhler nimmt neuere Diskussionen um den Zustand bürgerlicher Demokratie zum Anlass einer marxistischen Bestandsaufnahme. Im Anfang seiner Überlegung steht die (zutreffende) theoretische Grundannahme, dass bürgerliche Demokratie seit ihren Anfängen „ein System der Klassenherrschaft des Kapitals“ (4) war und jenes bis weit ins 19. – teilweise gar bis ins 20. – Jahrhundert bemüht war, subalterne Klassen von jeder Einflussnahme auf politische Willensbildung und Entscheidungsfindung formal auszuschließen. Gleichwohl geht es Schuhler nicht zuvörderst darum, die wechselhafte Geschichte der Demokratie und die sie prägenden Dynamiken von Inklusion und Exklusion nachzuzeichnen. Im Zentrum seiner Analyse steht vielmehr – zeitdiagnostisch – die Bedrohung der Demokratie durch einen zunehmend offen autoritären Gegenwartskapitalismus. Schuhler arbeitet zum einen – historisch und theoriegeschichtlich – heraus, dass neoliberale Denker wie Friedrich August von Hayek oder Walter Lippmann seit je Demokratie als potentielle Gefährderin dessen charakterisieren, was sie Freiheit nannten. Er erinnert in diesem Kontext auch daran, dass noch vor dem Durchbruch neoliberal inspirierter Wirtschaftspolitik in Großbritannien und den USA unter Thatcher und Reagan, der erste Modellversuch einer neoliberalen Wirtschaftsordnung in Chile mit dem Putsch Augusto Pinochets und der Zerschlagung der Demokratie verbunden war. Zum anderen zeichnet er materialreich nach, wie gerade die Krisenprozesse der

letzten Jahre das un- und antidemokratische Programm des Neoliberalismus weit eher beschleunigt als gebremst haben. Der in eine Akzeptanzkrise geratene Neoliberalismus wirkt nun im Zeichen von Austerität und „Sicherheitspolitik“ noch stärker als Motor einer grassierenden Entdemokratisierung, die nur durch konsequenten Widerstand aufgehalten werden kann: „Je mehr die Resthegemonie an- und abgenagt wird, umso mehr wächst die Gefahr, dass die in Bedrängnis geratenen Eliten auf die Unterstützung rechtsradikaler Kräfte und auf die Gewalt von ‚Sicherheitskräften‘ setzen.“ (33)

Schuhlers Broschüre ist fraglos ein lesenswerter Beitrag zur Debatte, zumal er viele Einzelaspekte behandelt und zusammendenkt: monopolisierte Medienmacht und Privatisierungspolitik, die Probleme sozialpartnerschaftlich konditionierter Mitbestimmung und die Bedeutung transnationaler Wertschöpfungsketten. Auch zahlreiche empirische Studien zieht Schuler heran: die Ergebnisse der Jenaer Forschungen zum Bewusstsein von Lohnabhängigen, die Mitgliederstudie der IG Metall, aber auch neuere Untersuchungen sozialer Bewegungen. Stark ist Schuhlers Analyse dabei überall dort, wo sie sich auf konkrete Krisentendenzen des Demokratischen bezieht. Schwächer wird seine Argumentation in den normativen Passagen. Schuhler kritisiert zu Recht eine Unterschätzung sozialer Protestbewegungen in der bürgerlichen Politikwissenschaft. Gleichwohl erscheint die Feststellung, dass insbesondere Proteste so genannter „Wutbürger“ letztlich ein auch soziologisch bürgerliches Phänomen (Franz Walter) blei-

ben, keineswegs dem Versuch geschuldet, Protestpotentiale kleinzuhalten, sondern verweist auf ein wirkliches Problem. Nicht erst PEGIDA zeigt, dass keineswegs alle Proteste der letzten Jahre Ausdruck einer nach links tendierenden Politisierung der sozialen Frage waren. Die Forderung, die Protestbewegungen (denken könnte man hier an ein Spektrum von Stuttgart 21 bis Blockupy) müssten zur „Erkenntnis vorstoßen [...], dass sie zusammengehören“ (36) bleibt eher ein gutgemeinter Appell als eine im realen Bewegungsgeschehen fundierte Strategie. Solche eher unbestimmten und appellatorischen Politikempfehlungen finden sich zahlreiche. So rät Schuhler den Gewerkschaften – ganz im Kontrast zu den ambivalenten Stimmungslagen der Mitglieder, die er selbst gerade noch referierte – sich durch politische Streiks „endlich den nötigen Einfluss auf die politische Konfliktebene [zu] verschaffen“ (35). Auch seine Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie, unter der er letztlich eine mit dem parlamentarischen Vertretungsprinzip brechende, aktualisierte Räte Demokratie auf allen Ebenen (einschließlich der Globalen) versteht, geht denn doch an zu vielen konkreten Fragen vorbei: etwa dem Umgang mit tatsächlichen Repräsentations- und Partizipationskrisen oder auch schlicht der Organisationsfrage, die beantwortet werden muss, wenn politische Mobilisierung auf Dauer gestellt werden soll. Dies erscheint nicht zuletzt daher problematisch, als Schuhler sein Konzept durchaus nicht als Erweiterung, sondern im Gegensatz zu pragmatischeren (aber eben auch realistischeren) Ansätzen der Etablierung

wirtschaftsdemokratischer Steuerungsprinzipien – etwa den Überlegungen Hans Jürgen Urbans, denen er vorwirft, „Markt und Plan“ versöhnen zu wollen (29) – formuliert. Neben richtigen und wichtigen Überlegungen – etwa zur Rolle der demokratischen Frage beim Scheitern bisheriger Sozialismusversuche – und äußerst bedenkenswerten Einschätzungen – etwa zur Notwendigkeit zivilen Ungehorsams angesichts wachsender Repression –, stehen Passagen, die den Problemen gegenwärtiger Entdemokratisierung eher ausweichen, als sich ihnen wirklich zu stellen: so bei der von Schuhler etwas vorschnell beiseite gewischten Spannung zwischen national verfassten demokratischen Systemen und supranationalen Wirtschaftsregimen, zu deren Auflösung die Forderung nach einer „umfassende[n] demokratische[n] Ausgestaltung der EU“ (31) nur wenig konkretes beiträgt. So bleibt der Eindruck, dass der Text zu viel sein will: Politisches Strategiepapier, Zeitdiagnose und utopischer Entwurf. Weniger wäre (noch) mehr gewesen.

David Salomon

Noch einmal zu Richard Müller

Ralf Hoffrogge, Working-Class Politics in the German Revolution. Richard Müller, the Revolutionary Shop Stewards and the Origins of the Council Movement, Haymarket Books, Chicago 2015, 253 S., 28 \$.

Hoffrogges 2008 erschienene politische Biografie des unter Linken weit hin unbekanntem Richard Müller (1880-1943), Vorsitzender des Voll-

zugsrats der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte¹, war in „Z“ von Gerhard Engel unmittelbar nach Erscheinen ausführlich besprochen worden.² Hoffrogges Studie ist inzwischen in einer erweiterten und überarbeiteten Fassung auf Englisch erschienen; neu sind u.a. die Kapitelzusammenfassungen und die Einarbeitung der einschlägigen Literatur der Jahre 2008-2014. Da die Neuauflage eine bemerkenswerte Ergänzung enthält, soll sie hier kurz angezeigt werden.

Zur Erinnerung: Richard Müller war zu Beginn des Ersten Weltkrieges Branchenleiter der Berliner Dreher im Deutschen Metallarbeiterverband. Er spielte eine führende Rolle bei der Herausbildung einer selbständigen linken Strömung im DMV, die sich gegen die Burgfriedenspolitik der Führungen von Gewerkschaft und SPD stellte. Aus ihr gingen die weitgehend konspirativ agierenden „revolutionären Obleute“ hervor, die die großen Berliner Arbeiterstreiks der Jahre 1916, 1917 und 1918 sowie die Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand in Berlin im November 1918 organisierten. Müller gehörte der USPD an, blieb aber in erster Linie Gewerkschafter, der sich von der politischen Führung nichts sagen ließ. Dabei blieben in seinem Denken sozialistisches Ziel und gewerkschaftliche Organisationspraxis „recht unverbunden“, wie Hoffrogge anmerkt. Dass der Kontakt zur Spartakus-Gruppe während des Krieges nur lose war, hing aber auch mit deren nur schwacher Verankerung in der Arbei-

¹ Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

² Gerhard Engel, Richard Müller – Obmann der Revolution, in: Z 77 (März 2009), S. 202-204.

terschaft und im Milieu der gewerkschaftlichen Obleute zusammen. So gehörten Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck und Ernst Meyer erst seit Ende Oktober 1918 zur Leitung der revolutionären Obleute.³ In den entscheidenden Phasen der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands, in denen strategisches Denken gefragt war, kam es zwischen den auf Massenaktionen und deren weitertreibende Dynamik setzenden Spartakisten, insbesondere Liebknecht, und den mit der betrieblichen Basis verbundenen, im gewerkschaftlichen Organisationsdenken geschulten und eher vorsichtigen Obleuten, deren Repräsentant Müller war, zu massiven Konflikten und wechselseitigen Vorwürfen, wie man u.a. den Aufzeichnungen Liebknechts entnehmen kann. Diese politischen Differenzen blieben auch noch in den nächsten Jahren virulent. Nach den Wahlen von Arbeiter- und Soldatenräten in den Berliner Betrieben am 10. November 1918 wurde Müller zum Vorsitzenden des Vollzugsrats gewählt, in dem die Auseinandersetzungen zwischen (wiedererstarkter) Mehrheitssozialdemokratie und Linken bis zur Beseitigung der Rätestrukturen im Herbst 1919 sich fortsetzten. Unter dem Eindruck des Scheiterns der Revolution und der zweideutigen Haltung der USPD beim Kapp-Putsch wandte sich Müller Ende 1920 mit der Mehrheit der USPD der KPD zu. Er orientierte sich als Anhänger einer auf Ar-

beit in den Gewerkschaften setzenden Einheitsfrontpolitik an Lenin, leitete zeitweilig die Betriebsrätezentrale der KPD, geriet dann aber nach dem Übergang des Parteivorsitzes von Levi an Brandler 1921 in Widerspruch zur „linken“ Offensivstrategie der KPD und der „März-Aktion“, die er unter Hinweis auf die Stimmung in den Betrieben scharf ablehnte. Das trug ihm ein Parteiausschlussverfahren ein, das aber nicht durchgesetzt wurde. Als Kritiker der Zentrale nahm er u.a. mit Clara Zetkin am III. Kongress der KI teil; sie fanden dort in den strittigen Fragen die Unterstützung Lenins.

Bisher war angenommen worden – so auch in Hoffrogges Biographie von 2008 –, dass Müller im Rahmen der in der KPD eskalierenden Konflikte nach Ausschluss Levis und der von Levi initiierten Gründung der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ (KAG), mit der die meisten Obleute und auch Müller sympathisierten, im Januar 1922 aus der KPD ausgeschlossen worden sei. Dies trifft jedoch nicht zu. Hoffrogge fand im Moskauer RGASPI-Archiv (ehemaliges zentrales Parteiarchiv des IML) eine unter dem Namen Richard Müller geführte Kaderakte der KI, die sich als ein *mixtum compositum* der Dokumente von drei oder vier verschiedenen Richard Müllers erwies. Einige Dokumente sind eindeutig dem hier in Rede stehenden Richard Müller zuzuordnen, darunter ein ausführliches Schreiben Müllers vom Oktober 1924, das Angaben zu seiner Tätigkeit seit 1922 enthält. (174-183) Aus diesen in Auszügen dokumentierten Unterlagen ergibt sich folgendes:

(1.) Müller blieb mindestens bis Oktober 1924 KPD-Mitglied (174). Für ihn kam aus politischen wie persönli-

³ Vgl. Gerhard Engel, Bärbel Holtz, Ingo Martina (Hrsg.), *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19*. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. XII.

chen Gründen (Differenzen zu Levi) eine Mitgliedschaft weder in der USPD noch in der KAG in Frage (175).

(2.) Müller reklamiert in seinem Schreiben, er sei seit 1921 wegen seiner kritischen Haltung zur Parteiführung de facto kalt gestellt worden und habe keine Funktionen ausüben können – weder im Rahmen der Roten Gewerkschaftsinternationale noch als auf dem Jenaer Parteitag 1921 gewählter Sprecher der kommunistischen Metallarbeiter noch als Autor der „Roten Fahne“. (176)

(3.) Im November 1923, nach dem Scheitern des „deutschen Oktober“, erhielt er das Angebot, die Gewerkschaftsarbeit der KPD in Berlin zu leiten. Müller machte seine Einverständnis von folgenden Konditionen abhängig: Zustimmung der Berliner Betriebsräte zu seiner Partei-Funktion; Bereitschaft der KPD, ein Aktions- und Organisationsprogramm für die Betriebsrätebewegung auszuarbeiten und das Verhältnis zwischen KPD, Gewerkschaften und Betriebsrätebewegung zu klären. Die KPD-Führung lehnte diese Bedingungen mit dem Hinweis auf „Größenwahn“ ab. (180f.) In der Tat, meint Hoffrogge, hatte Müller überzogen. Er war nicht mehr, wie in der Vergangenheit, der Repräsentant der revolutionären Obleute und er repräsentierte 1923 keine relevante Gruppe der Berliner Arbeiter. (181)

(4.) Müller trägt in seinem Schreiben an die KI eine scharfe Kritik an der Vorbereitung der KPD-Führung auf den Oktober 1923 vor. In der „akut revolutionären“ Situation sei die Vorbereitung dilettantisch und „kriminell gegenüber der Partei“ gewesen. Auch

hier zeigt sich eher seine Isolation. Er stützt sich allein auf die Vorgänge bei einer großen öffentlichen Parteiversammlung in Berlin. Die ein Jahr nach den Ereignissen eigentlich zentrale Frage, ob die Gesamteinschätzung im Herbst 1923 als „akut revolutionär“ realistisch war, warum nicht einmal ein Generalstreik zustande kam und warum die Arbeiterschaft mehrheitlich passiv blieb, wird – wie auch Hoffrogge konstatiert – nicht aufgeworfen. Gerade das wäre aber das „Terrain“ gewesen, auf dem Müller immer sich auszukennen reklamierte. Denkbar ist allerdings, dass Müller sich zu dieser Frage in dem Schreiben an die KI, mit dem er seine Parteimitgliedschaft retten wollte, schon deshalb nicht äußerte, weil die KI in der Auseinandersetzung um den „deutschen Oktober“ zunehmend auf den linksradikalen Flügel in der KPD setzte.⁴

Hoffrogges Fund unterstreicht den Eindruck, dass Richard Müller seit 1922 in zunehmender Isolation den Kontakt zur politischen Praxis verloren hatte. Aber er hat diese Zeit auf andere Weise produktiv genutzt: 1923/1924 erschienen die drei Bände seiner eindrucksvollen, auf eigenem Erleben und Handeln und einem exquisiten Fundus an Dokumenten beruhenden „Geschichte der deutschen Revolution“ über die Jahre 1914 bis 1919. Und das ist nach wie vor ein linkes „Standardwerk“, dem in den nächsten Jahren der „Revolutionsjubiläen“ viele neue Leserinnen und Leser zu wünschen sind.

André Leisewitz

⁴ Detailliert dokumentiert bei Harald Jentsch, Die KPD und der „deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005, S. 271-492.

Ein Kriegsverbrecher, getarnt in der DDR

Siegfried Grundmann, Georg Frentzel. PG und Angehöriger der SS-Einsatzgruppe B in der UdSSR. Genosse und Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. NORA Verlagsgemeinschaft, Berlin 2015, 161 Seiten, 14,90 Euro

Die allermeisten deutschen Kriegsverbrecher zogen es nach der militärischen Niederlage und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vor, schleunigst das retten-de westdeutsche Ufer zu erreichen. Dies gilt insbesondere für die höheren Chargen aus Wehrmacht und SS, Gestapo und SS-Einsatzgruppen, aus dem leitenden Personal der Konzentrations- und Vernichtungslager, aus den Geheimdiensten, der Justiz, der NSDAP und der Ministerialbürokratie des Nazistaates und seinen Besatzungsverwaltungen im okkupierten Europa. Sie hatten sich nicht getäuscht und blieben dort in der Regel straffrei, eine juristische Ahndung ihrer Verbrechen wurde sabotiert, blockiert, verhindert. Die meisten von ihnen konnten ihre Berufskarrieren im bundesdeutschen Staat fortsetzen. Es gab allerdings auch einige wenige Naziverbrecher, die ein unauffälliges Weiterleben in der Sowjetischen Besatzungszone und später der DDR für die bessere Tarnung hielten, so der Arzt an der Rampe von Auschwitz, Dr. Horst Fischer, der in Spreenhagen nahe Berlin praktizierte, so Rudolf Zischka, einer der Mörder von Theodor Lessing 1933, der bis zu seinem Tode 1978 unbehelligt in Wernigerode am Harz lebte, und so auch Georg Frentzel, um dessen

Verbrechen und deren Aufdeckung es im vorliegenden Buch geht. Der Autor widmet seine Publikation den Opfern des Einsatzkommandos 8.

Frentzel, 1914 im Saarland geboren, wurde 1934 dort Mitglied des Ordnungsdienstes der Deutschen Front, die die Saarabstimmung vom Januar 1935 und den Anschluss an Nazi-deutschland terroristisch vorbereitete. Nach vier Jahren in der Wehrmacht trat er 1939 in die SS ein und wurde Kraftfahrer bei der Gestapoleitstelle Dresden. Diese schickte ihn alsbald nach Oppeln, wo ein Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD aufgestellt wurde, das unmittelbar nach der Wehrmacht in Polen einrückte, dort Polen und Juden verhaftete, quälte und mordete. 1941 wurde Frentzel der persönliche Fahrer von SS-Brigadeführer Karl Eberhard Schöngarth, des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) im „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ (der Zusatz entfiel 1940). Schöngarth war 1941-1943 BdS im GG.

Als in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion im Frühjahr 1941 erneut SS-Einsatzgruppen aufgestellt wurden, wurde Frentzel nach Bad Schmiedeberg versetzt und als Kraftfahrer in das Einsatzkommando 8 der Einsatzgruppe B befohlen, das bis März 1943 von SS-Sturmbannführer Otto Bradfisch kommandiert wurde. Die Einsatzgruppe B war der Heeresgruppe Mitte zugeordnet; ihr Einsatzkommando 8 umfasste 60 bis 80 Mann und rückte über Białystok und Baranowicze nach Minsk vor. Es erreichte am 9. September 1941 Mogiljew, wo es für den Winter stationiert wurde. Ent-

sprechend bildet Mogiljew den territorialen Schwerpunkt seiner Verbrechen. Nachdem das Kommando bereits auf seinem Weg mindestens 1100 Juden und sowjetische Parteifunktionäre in Bialystok sowie weitere 2400 Juden in Baranowicze und Minsk erschossen hatte, folgten in Mogiljew mindestens acht Massenerschießungen von Juden aller Altersstufen und sowjetischer Kriegsgefangener mit mindestens 4100 Opfern, sodann bei einer Großaktion in Bobruisk, nördlich von Mogiljew, eine Massenerschießung von mindestens 5000 Juden beider Geschlechter und aller Altersstufen.

Als Kraftfahrer hätte sich Frentzel zurückhalten können, er war zur Teilnahme an solchen Einsätzen nicht kommandiert worden. Er fühlte sich als Kraftfahrer nicht ausgelastet, vor allem drängte er sich zur Mitwirkung an den Aktionen des EK 8 und beging oft aus eigenem Antrieb Verbrechen, um sich hervorzutun und die Anerkennung seiner Mordkumpane zu erhalten. Frentzel trieb mit ihnen die Opfer zur Erschießungsstelle, er erschoss sie persönlich, er trampelte auf den Leichen herum und misshandelte Gefangene. Im Oktober 1941 und Januar 1942 war Frentzel an der Tötung von 600 „Geisteskranken“ von Mogiljew beteiligt, die durch Abgase eines umgebauten LKW, den auch er fuhr, vergiftet wurden. Außerdem erschoss er 200 psychisch Kranke persönlich und warf anschließend noch Handgranaten auf die Opfer. Darüber hinaus wirkte Frentzel an der Vernichtung mehrerer sog. Partisanendörfer mit. Deren Einwohner wurden zusammengetrieben und erschossen, die

Dörfer niedergebrannt, wobei Frentzel mit einer Panzerabwehrkanone Splittergranaten auf bewohnte Häuser abschoss, um seinen Einfallsreichtum bei den Mordtaten zu demonstrieren. Die bekanntesten größeren Aktionen waren die Vernichtung des Dorfes Borki, bei der 1741 Bewohner ermordet wurden, und von sieben Dörfern bei Studenka, wo das gleiche Schicksal 836 Bewohner traf. Frentzel erschoss bzw. erhängte hierbei Geiseln und als Partisanen verdächtige Gefangene. Er beschränkte sich nicht auf die Dienste als Kraftfahrer, trat vielmehr durch eigene zusätzliche Aktivitäten bei den Verbrechen hervor. Auch war er ein leidenschaftlicher Fotograf, der die Untaten im Bild festhielt und Photographien davon auch zu Hause aufbewahrte. Im März 1943 wurde Frentzel wieder zur Gestapo in Krakau zurückversetzt und nahm in deren Zweigstellen in Mielec, Stalowa Wola und Rzeszów an Vernehmungen und Erschießungen teil.

Nach der Kriegsniederlage war Frentzels Hauptsoße, seine Tätigkeit als SS-Oberscharführer im Einsatzkommando 8 zu verbergen. Von der SS mit einem Soldbuch der Wehrmacht ausgestattet, kam er als Obergefreiter der Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Hier nahm er an Antifa-Schulungen teil, trat alsbald als aktiver und überzeugter Antifaschist auf und schulte selbst andere Gefangene. Als er 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, ging er, um mehr zu verdienen und seine Familie besser ernähren zu können, zur Wismut, wo er sich rasch zum Steiger qualifizierte. Allein viermal wurde er als Aktivist

ausgezeichnet. Er trat in die SED ein und wurde 1963 als „Verdienter Bergmann“ von der SED-Parteiorganisation der Wismut zum VI. Parteitag delegiert.

In Schneeberg, wo die Familie eine Wohnung erhalten hatte, arbeitete er in einem Rechtssicherheitsaktiv mit, das öffentlich gewürdigt wurde. Bis 1968 war Frentzel ein öffentlich gefeierter Wismut-Kumpel und fungierte als Inbegriff eines klassenbewussten, aktivistischen Arbeiters. In der Wismut war er von der sowjetischen Abwehr als inoffizieller Mitarbeiter angeworben worden. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tat das gleiche. Beide Organisationen in der Wismut hatten von seiner früheren Tätigkeit bei der Gestapo Dresden und von seiner Zugehörigkeit zum EK 8 nicht die geringste Ahnung. Frentzel hatte von seinem Geltungsdrang nichts eingebüßt. Er war wirklich ein Aktivist der Arbeit in der Wismut, er wollte Beachtung und Anerkennung finden und dabei alle materiellen Vorteile wahrnehmen.

Als Kraftfahrer mit niederem SS-Rang war Frentzel zweifellos ein kleines Licht bei der Gestapo. Nach 1945 hoffte er, dies käme nie heraus. In den Fragebögen hatte er nach 1949 zwar seine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP zugegeben, nie aber jene in der Sicherheitspolizei. Zwar musste er stets befürchten, dass die Aufdeckung und Verfolgung der Verbrechen der Einsatzgruppe B, für die es vor allem in der Ukraine und in Israel überlebende Zeugen gab, auch ihn erreichen würde. Doch glaubte er, sich durch das Vertrauen zweier Sicherheitsorgane ausreichend geschützt. In der Tat wollten

deren Mitarbeiter bei der Wismut nach Frentzels Verhaftung auch nicht glauben, dass dieser klassenbewusste Arbeiter und vorbildliche Genosse ein Massenmörder sein sollte.

Die Untersuchungsorgane des MfS in Berlin kamen durch einen Zufall und auf einem Umweg auf seine Spur, nämlich durch die Ermittlungen gegen Rudolf Zimmermann, ebenfalls Bergarbeiter bei der Wismut. Aufgrund von israelischen Ermittlungen gegen Angehörige der Einsatzgruppe B wurde über Anfragen der Staatsanwaltschaft Freiburg gegen Zimmermann wegen seiner Verbrechen im polnischen Mielec ermittelt, wo jener in der dortigen Gestapodienststelle tätig war. Zimmermann war wie Frentzel beim SD in Kraków gewesen. 1944 selbst in Mielec, war er Zeuge der Verbrechen Zimmermanns gegen Hunderte jüdischer Zwangsarbeiter gewesen. Gegen Zimmermann, der 1966 verhaftet worden war, ermittelte das MfS bis 1968, im gleichen Jahr wurde er zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Die israelischen Hinweise an die Staatsanwaltschaft Freiburg enthielten auch einen Verweis auf einen Kraftfahrer Frentzel. Zimmermann räumte ein, dass dieser zu den Dienststellen in Rzeszów, Mielec und Stalowa-Wola der Gestapo gehörte, vermied aber, ihn zu belasten. Frentzel wurde 1969 verhaftet. Die schwierigen und langwierigen Ermittlungen gegen ihn führte der Mitarbeiter des MfS der Wismut Helmut Hörll. Die Ermittlungen waren nicht einfach und kamen bis zum Herbst 1969 über einen toten Punkt nicht hinaus, weil Frentzel seine konkreten Handlungen und die Tatorte nicht

nennen wollte und sich dabei stets auf sein angebliches Vertrauensverhältnis zum MfS berief. Doch dieses Hindernis konnte überwunden werden, erstens durch neue, belastende Aussagen Zimmermanns, zweitens durch Zeugenaussagen sowjetischer Bürger und durch sowjetische Beweisdokumente aus Mogiljew. Schließlich konnte Frentzel seine Tatbeteiligung an konkreten Orten nachgewiesen werden. Zu Frentzels Verbrechen in Polen lagen eigene Aussagen von ihm vor, doch wurden sie für das Urteil – lebenslange Haft – nicht herangezogen, denn sie hätten ein weiteres Verfahren erfordert.

Grundmann gliedert sein Buch in drei, dem Umfang nach sehr ungleiche Teile. In der Einleitung beschreibt er, wie Frentzels Tätigkeit zum Gegenstand der Ermittlungen des MfS wurde, wie die Klippen dieser Ermittlung überwunden werden konnten und wie er selbst auf diesen Gegenstand stieß. Der Hauptteil unter dem Titel „Ich, Georg Frentzel“ ist ein literarischer Kunstgriff Grundmanns: Er schildert ein Geständnis Frentzels, in das lange wörtliche Zitate aus den Vernehmungsprotokollen aufgenommen sind, während andere Passagen vom Autor formuliert wurden. Ausführlich werden Dokumente zu den Verbrechen abgedruckt: Diese literarische Konstruktion hat Vor- und Nachteile. Sie lehnt sich an Aufzeichnungen von Höß an, überzeugt aber nicht durchgängig als Geständnis Frentzels, weil sie in hohem Maße in einer vom Ermittler formulierten Sprache gehalten ist. Dies mag angehen, wo Fragen und Vorhaltungen des Ermittlers aufgegriffen werden, wirkt aber wenig originär, wenn

der Autor Frentzel im Erzählfluss Begriffe, Sprachmuster und Wertungen des Ermittlers benutzen lässt. Diese literarische Fiktion dient vor allem dazu, dem Leser Denken und Fühlen des Verbrechers verständlicher zu machen, doch sind ihre Ambivalenzen nicht zu überlesen.

Die Konstruktion wird verständlicher, wenn der Autor im Nachwort den Fragen nachgeht, was das Besondere am Fall Frentzel war und ob dessen Antworten glaubwürdig seien. Grundmann hält dessen Angaben im Großen und Ganzen für glaubwürdig, und er bescheinigt den Ermittlern des MfS, eine solide Arbeit geleistet zu haben. Im Unterschied zu Höß, dem Kommandanten von Auschwitz, gab Frentzel keine Befehle, es sei denn sich selbst; er führte sie aus. Im Unterschied zu Höß, der nie persönlich einen Häftling tötete oder misshandelte, mordete und folterte Frentzel mit eigener Hand. Als Oberscharführer der SS blieb Frentzel auf der untersten Ebene der Mörder und Schinder. Da kann von industriemäßiger Tötung keine Rede sein.

Doch ob Höß oder Frentzel, keines ihrer Opfer hatte ihnen jemals etwas angetan, sie beraubt oder beleidigt, sie mordeten nicht aus Haß oder Rachedurst, sie beglichen keine persönlichen Rechnungen, sie bereicherten sich nicht persönlich. In welchem Sinne kann von „niedrigen Motiven“ gesprochen werden, wenn die Mörder die für sie anonymen Opfer nicht als gleichwertige Menschen ansahen? Gegenüber den als minderwertig stigmatisierten Opfern gab es weder Haß noch Mitgefühl, es interessierte Frentzel nicht, warum sie, ob Jude, Kommunist oder Geisteskran-

ker, erschossen wurden. Grundmann: „Kein ‚Unmensch, kein Sadist, kein Tier, nur eine Maschine, eine Tötungsmaschine ist er gewesen.“ (128) Abschließend prüft der Autor die Frage, ob Frenzel nach dem Krieg ein „anderer Mensch“ geworden sei. „So er denn tatsächlich geglaubt haben sollte, was er später öffentlich verkündete, ist schwer zu begreifen, wie er sich den neuen Umständen seines Daseins entsprechend gewandelt und wie sich dem neuen Sein entsprechend ein neues Bewußtsein entwickelt hätte.“ (138) Reue zeigte er weder vor noch nach seiner Festnahme. Er setzte seine Lügen und Verdrehungen der eigenen Taten während der Ermittlungen fort. „Weniger seiner Schuld als vielmehr drohender aber vielleicht noch vermeidbarer Strafe bewusst, hat er sich getarnt.“ (139). Nicht Reue, Tarnung blieb sein Ziel. Frenzel kam zu der Überzeugung, durch sein politisches Auftreten für die DDR und seine berufliche Stellung nicht mehr erkannt und zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dank der israelischen Hinweise und der erfolgreichen Ermittlungsarbeit des MfS trog diese Hoffnung.

Werner Röhr

Staatsmänner Ost und West

Günter Benser, Ulbricht vs. Adenauer im Vergleich. Spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2015, 128 S. 12,99 Euro

Erstmals wird ein Vergleich der so verschieden geprägten deutschen Politiker Ulbricht und Adenauer in einer Studie gewagt. Zu Recht fragt Benser gleich zu Beginn danach, ob solch ein

Vergleich überhaupt möglich ist. Während dem viermal hintereinander zum Bundeskanzler gewählten Adenauer heute niemand den Status eines Staatsmanns versagt, haben die tonangebenden Medien von Ulbricht nur noch den Satz übrig gelassen, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu bauen. Im Zuge einer Rezeption der Arbeiten von Peter Bender, Sebastian Haffner und Bruno Mahlow stimmt Benser schließlich Alfred Kossing zu, der Ulbricht für den *bedeutendsten Staatsmann* der DDR hält. Schon frühzeitig demonstrierten Adenauer und Ulbricht ihre eigene Handschrift. So etwa Adenauer in seiner Gegnerschaft zum sowjetischen Friedensvertragsvorschlag von 1952, dessen Ausloten er nicht zuließ. Zur gleichen Zeit überraschte Ulbricht mit seiner Initiative, auf der 2. Parteikonferenz der SED den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu verkünden, womit er die Sowjetunion an die DDR zu binden beabsichtigte.

Benser fragt auch nach ähnlichen Charakterzügen der beiden, die unter diametral entgegengesetzten gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Konstellationen zum Tragen kamen. Beide seien nicht konflikt-scheu gewesen. Probleme wurden von beiden nicht eingeebelt, sondern auf den Punkt gebracht, und zwar mit dem Ziel, sie einer Lösung zuzuführen oder sie nach Prüfung als im konkreten zeitlichen Zusammenhang nicht lösbar anzuerkennen.

Adenauer und Ulbricht verfügten über die Fähigkeit, verwirrende Ereignisse auf einen einfachen Nenner zu bringen. Biografen heben Ulbrichts herausragendes Vermögen hervor, strate-

gisch zu denken und zu handeln. Während Adenauer sich gefordert fühlte, die Außen- und Deutschlandpolitik zu gestalten, konnte er der sozialen Marktwirtschaft die Lösung konkreter ökonomischer und sozialer Probleme überlassen. Er musste allenfalls eine Anhäufung von sozialem Sprengstoff zu verhindern versuchen.

Ulbricht war demgegenüber auf ganz andere Art mit einem Vorstoß in Neuland konfrontiert. Er bediente sich dabei einer Reihe von Mitstreitern und Vertretern aus Wissenschaft und Kultur. Solcherart Beratung bei der Lösung seiner Aufgaben ist von Adenauer nicht überliefert. Der amerikanische Publizist Walter Lippmann fragte deshalb, ob man Adenauer ankreiden solle, dass die Deutschen unter ihm das geistesfeindlichste, das geistesunempfindlichste Regiment seit dem Soldatenkönig hatten.

Weder Adenauer noch Ulbricht waren in ihren strategischen Konzeptionen unverrückbar festgefahren. Golo Mann nannte Adenauer einen „graue(n), fromme(n) Fuchs.“ Für Rudolf Augstein war Ulbricht „ein wendiger Fuchs“, „ein sehr energischer und geschickter Mann und den meisten Führern des Ostblocks überlegen.“

Im Unterschied zu den Vollstreckern des DDR-Anschlusses hatte Adenauer in einen Memorandum vom September 1956 für den Fall der deutschen Einheit demokratische Prinzipien beschworen: „Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausgehen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regie-

runssystemes darf daher in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen.“ Benser fragt, ob sich Adenauer wohl an diese Zusicherungen gehalten hätte? Auch Ulbricht berief sich auf demokratische Prinzipien. Wolfgang Leonhard erinnerte an eine Weisung Ulbrichts beim Neustart 1945, alles solle demokratisch aussehen, aber die Kommunisten müssten alles fest in der Hand haben. Ob das wirklich so gesagt worden ist, sei dahingestellt, meint Benser, gedacht habe Ulbricht gewiss so.

Ausführlich beleuchtet Benser die Bewertung historischer Prozesse durch Adenauer und Ulbricht – von der Gründung des Deutschen Reichs 1871 über den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg und dem antifaschistischen Widerstand. Beide waren sich bewusst, dass sie auf einem weit in die Vergangenheit zurückreichenden historischen Boden standen und agierten. Bensers Studie ist spannend und regt zu weiterem Nachdenken an. So würde z.B. eine Betrachtung zur Haltung der beiden zum Tag des 17. Juni 1953, zur Idee einer deutschen Konföderation und dazu, wie ernst beide es mit der Wahrheit nahmen, vermutlich zu weiteren überraschenden Erkenntnissen führen. Die Ulbricht unterstellte „Jahrhundertlüge“ in Bezug auf den eingangs zitierten Satz über die „Mauer“ würde sich vermutlich selbst als Lüge herausstellen. Wie unseriös Adenauer mit der Wahrheit umzugehen pflegte, offenbaren vor allem seine Bundestags-Reden zu den sowjetischen Deutschlandnoten im Jahre 1952. In einer hoffentlich

baldigen zweiten Auflage könnte auch darauf eingegangen werden.

Siegfried Prokop

Kulturbund 1945-1948

Siegfried Prokop / Dieter Zänker [Hrsg.], Einheit im Geistigen? Protokolle des Präsidialrates des Kulturbundes 1945-1948, Kai Homilius Verlag, Berlin 2015, 519 S., 22,95 Euro

Die Befreiung im Mai 1945 bedeutete das Ende der Nazibarbarei. Doch wie sollte es weitergehen? Wie konnte man mit der Last dieser zwölf Jahre im Rücken überhaupt noch nach vorn blicken? Was sollte man mit einer Bevölkerung anfangen, die sich nun zwar gern ahnungslos gab, letzten Endes aber aus Tätern, Mitläufern oder Angepassten auf der einen Seite und Gepeinigten und befreiten Opfern auf der anderen Seite bestand? „Die Mörder sind unter uns“ – so brachte es 1946 der Titel des ersten Nachkriegsfilms auf den Punkt. Was tun also mit diesem Erbe?

Über den Umgang mit Altnazis in der Bundesrepublik zwischen Adenauer und Achtundsechzig ist viel gesagt worden. Auch über den Umgang mit ihnen in der DDR wird spätestens seit 1989 diskutiert und geforscht. Der Streit verläuft hier zwischen jenen, die im „staatlich verordneten Antifaschismus“ einen Gewinn sehen und jenen, die ihn als Schimpfwort im Munde führen.

Diese Debatten sind hinlänglich bekannt und bis heute vom Kalten Krieg geprägt. Dessen Beginn wird häufig auf den 5. März 1946 datiert, den Tag, an dem Churchill in einer Rede den „Eisernen Vorhang“ erst-

mals öffentlich erwähnte. Weniger bekannt sind die Debatten zwischen Mai 1945 und der merklichen Spaltung zwischen Ost und West wenige Jahre später. Hier war gerade kurz nach Ende des Krieges mehr offen, als man heute gängigen Geschichtsbildern zufolge vermuten kann. Andererseits waren durch die Abkommen der Alliierten die Handlungsspielräume für den Aufbau eines neuen Deutschland nicht unbegrenzt.

Viele innen- und (vor allem) außenpolitische Faktoren bedingten das Handeln der damaligen Akteure. Einer davon war der am 3. Juli 1945 gegründete Kulturbund. Dessen Führung oblag einem Präsidialrat bzw. dem dort angegliederten Arbeitsausschuss. Die Protokolle der damaligen Zusammenkünfte haben nun Siegfried Prokop und Dieter Zänker editiert. Der dabei zustande gekommene Band setzt sich aus einer ausführlichen Einleitung und einer chronologischen Zusammenstellung der Präsidialratsprotokolle zusammen.

Zu Beginn wird das Selbstverständnis der Gründerväter (es waren fast ausschließlich Männer) dargestellt: „Der frühe Kulturbund war das beidseitig gewollte und in der deutschen Geschichte bisher einmalig dastehende Dialogforum von sozialistischen, christlichen, bürgerlichen und atheistischen Intellektuellen.“ (6) Der Präsidialrat konstituierte sich am 8. August 1945, zum Vorsitzenden wurde Johannes R. Becher gewählt. Bei der ersten Sitzung ging es um die zu schaffenden Strukturen für den Kulturbund, seine zu gründende Zeitschrift und den angegliederten neuen Aufbau-Verlag. Weitere Themen waren der Umgang mit Alt-

Nazis, der Aufbau des Kulturbundes in Gesamtdeutschland und die Frage von Lizenzen für Exilliteratur. Als Arbeitsschwerpunkte setzte man sich selbst die Deutsche Einheit, die Einbindung der Öffentlichkeit in die Nürnberger Prozesse und eine Schulreform. Diskutiert wurde im Präsidialrat über vieles. Beispielsweise ging es um Formen von Demokratie, den Aufbau des neuen Deutschland (soll es föderalistisch sein oder nicht?) und die Frage, ob man „Reich“ oder besser „Deutschland“ sagen sollte.

Etwa ein Jahr nach der Gründung war aufgrund des starken Anwachsens der Organisation eine Neustrukturierung nötig geworden. Dem Präsidialrat wurde nun ein ständiger Arbeitsausschuss zur Seite gestellt. Zugleich wurde der Kulturbund in der SBZ wählbar – und somit im beginnenden Kalten Krieg im Westen argwöhnischer beäugt. Bereits im Mai 1947 beklagte man sich in den Protokollen über Behinderungen der eigenen Arbeit im Amerikanischen Sektor Berlins. Im Sommer 1948 zeichnete sich schließlich eine endgültige Orientierung des Kulturbundes hin zu „den Völkern, die den Krieg [...] nicht“ wünschen, ab. Zur ersten großen Zäsur kam es im September 1948, als in Abwesenheit der Vizepräsident und das Gründungsmitglied Ferdinand Friedensburg rausgeworfen wurde, da er Westberliner Politik mitverantwortete. Er bekam keine Möglichkeit einer Rechtfertigung oder Verteidigung. Friedensburgs Präsidiumskollege Robert Havemann bedauerte die Art und Weise des Rauswurfes (S. 496). Andere Mitglieder verließen aus Protest den Kulturbund.

Apropos Havemann: Im umfangreichen, aber dennoch lückenhaften Personenverzeichnis wurde nicht nur Stalin vergessen, es fehlt leider auch der Name Havemanns, obwohl er im Buch häufiger genannt und auch bei den biographischen Angaben zu den wichtigsten Personen aufgeführt wird. Bekanntlich war er nicht nur im Kulturbund aktiv, sondern fungierte bis Anfang der 60er Jahre als Mehrfachfunktionär in etlichen Leitungspositionen von Wissenschaft, Staat und Partei. Nach seinem Bruch mit der SED-Führung und der Entlassung aus allen Ämtern avancierte er ab Ende der 60er Jahre zum bekanntesten „Dissidenten“ der DDR. Seine Forderungen, die er über die Westmedien zu verbreiten sich gezwungen sah, zielten auf einen demokratischen Sozialismus mit verwirklichten Bürger- und Menschenrechten. Seine frühen Äußerungen aus den Kulturbundprotokollen sind vor dem Hintergrund dieser späteren Entwicklung sehr interessant – allerdings weniger verlässlich, als man vermuten könnte.

Wo taucht Havemann also im Buch auf? Zunächst wird er bei der Auflistung der am 12. Februar 1946 in den Präsidialrat Gewählten genannt. Auch findet Erwähnung, dass ihn Becher erfolgreich für die Wahl in den Präsidialausschuss vorschlug. (174 ff.) Im Juli 1946 wurde über die Frage diskutiert, ob der Kulturbund bei Wahlen antreten soll. Im Protokoll heißt es: „Prof. Havemann äußert, es könnte von vielen Personen begrüßt werden, wenn ein überparteilicher Bund Kandidaten aufstellt, von denen sie wissen, dass sie überparteilich sind. Das sei durchaus vertretbar, und in einigen Jahren würde der

Verdacht, zu einer bestimmten Partei zu gehören, nicht mehr auf den Kulturbund fallen.“ (185) Er konnte sich mit diesem Standpunkt nicht durchsetzen, und es fiel einstimmig der Beschluss, nicht anzutreten. Ob aus politischem Kalkül oder aus Überzeugung: Havemann forderte schon 1946 eine überparteiliche Wahlalternative zur frisch gegründeten SED.

In einer Diskussion über die Lage der Jugend meinte Havemann, dass diese keine Ideologie, sondern lieber Wissen erwerben wolle. Hier müsse der Kulturbund agieren und eine Demokratisierung unterstützen. Als Problem sah er hierbei die Besatzungsmächte, gegen die sich „national revolutionäre Gedanken“ entwickeln würden. Die Bekämpfung der NS-Ideologie jedoch, die vielen Jugendlichen in den zwölf Jahren indoktriniert wurde, sah er als wichtige Aufgabe. Es müsse alles getan werden, „um den Schutt der reaktionären Ideologie“ zu beseitigen und über Demokratie zum Sozialismus zu kommen. Dazu sei auch die inhaltliche Abarbeitung an reaktionären Theoretikern nötig: „Man müsse sich auch mit solchen Menschen wie Jünger auseinandersetzen, öffentlich mit ihnen diskutieren und sie nicht totschießen. Die wenigen wirklichen Demokraten müssten sich ganz klar von der Besatzungsmacht distanzieren, ohne damit natürlich in eine Angriffsstellung zu gehen.“ (203)

Die öffentliche Abgrenzung von den Besatzungsmächten zum Zwecke des Loyalitätsgewinns in der Bevölkerung hielt Havemann auch zwei Jahre später noch für wichtig. Vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges forderte er am 12. November 1948, dass der Kulturbund seine Überpartei-

lichkeit verdeutlichen müsse. Es solle die Unabhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht öffentlich gezeigt und für Freiheit und Unabhängigkeit eingetreten werden. (494 f.)

Havemann zählte also schon kurz nach dem Krieg nicht zu den Hardlinern, auch wenn er sich selbst rückblickend auf diese Zeit als Stalinisten bezeichnete. Dass sich ein solch eigenwilliger Kopf später nicht der Führung Ulbrichts dauerhaft unterordnen konnte oder wollte, erscheint in der Rückschau fast schon unvermeidlich.

Die Protokolle zeigen auf, dass die Intellektuellen im Präsidialrat bemüht, aber in ihrem Handeln durch externe politische Interessen zunehmend eingeschränkt waren. Inwieweit der Kulturbund anfangs tatsächlich völlig neutral und unabhängig war, wird wohl umstritten bleiben. Exemplarisch hierfür sind sicherlich die Überlegungen des Kommunisten Havemann zur strategischen Überparteilichkeit der Organisation. Allerdings handelte es sich mit ziemlicher Sicherheit in den Anfangsjahren beim Kulturbund nicht um eine von Moskau fremdgesteuerte Institution zur „Rotlichtbestrahlung“ oder politischen Instrumentalisierung von Intellektuellen – das geht aus den sehr lesenswerten Protokollen eindeutig hervor.

Alexander Amberger

Unvernunft im Überbau

Detlef Kannapin, Vernunft im Abseits. Aufsätze zum Studium des Klassenkampfes, Aurora Verlag, Berlin 2015, 350 S., 20 Euro.

Klassenkämpfe gibt es auf der Ebene der Betriebe wie auch auf der des Überbaus. Mit letzteren befasst sich

der Berliner Filmhistoriker, Politiktheoretiker und Philosoph Detlef Kannapin. Schon der Titel, „Vernunft im Abseits“, deutet dabei an, dass auch im Überbau der Klassenkampf zurzeit vor allem von oben geführt wird. Infolgedessen räumt Kannapin der ideologiekritischen Auseinandersetzung mit Agenten der Unvernunft breiten Raum ein.

Dies geschieht auf sehr unterschiedliche Weise. Der umfangreichste Text des Bandes ist Hans-Dieter Schütt gewidmet. Vor 1989 Chefredakteur der „jungen Welt“, gehörte Schütt zu denjenigen, die die DDR so platt verteidigten, dass dies eher einer Rufschädigung gleichkam. Danach gelang ihm eine öffentlichkeitswirksame Reuebekundung, die ihm eine Fortexistenz als Feuilletonchef des „Neuen Deutschland“ sicherte. Andere Leute hätten es damit gut sein lassen und ihre Arbeit gemacht. Das Besondere an Schütt ist dagegen, dass er gar nicht mehr anders kann als jedes neue Buch und jede neue Theaterinszenierung zum Anlass zu nehmen, den Sozialismus ein weiteres Mal zu verfluchen. Kannapins Technik besteht nun darin, im Anschluss an die Sprachkritik von Karl Kraus die verschwurbelten Formulierungen Schütts auf ihren gesellschaftlichen Gehalt zurückzuführen und auf diese Weise das Ideal eines opportunistischen Feuilletonisten im Spätimperialismus vorzustellen.

Zur Polemik, die Spaß bereitet, tritt bei Kannapin die eingehende philosophische Auseinandersetzung. Den ersten Teil des Buches, „philosophische Grundlagen“, eröffnet der Essay „Die Vernunft spielt im Garten“, der auf 35 Seiten einen so substanziellen wie vernichtenden Überblick über die ge-

genwärtige Philosophie gibt. Leitbegriffe sind hier „Krise und Verfall“; sie zeigen sich insbesondere in der Philosophie der Postmoderne, die keine Wahrheit mehr wissen will und deren Konjunktur Kannapin überzeugend mit dem Abschied vom fordistischen Wohlstandsmodell verbindet. Doch auch die Systemtheorie wie der amerikanische Pragmatismus, mögen sich deren Vertreter auch fortschrittlich wähnen, blenden ein Anderes jenseits der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft systematisch aus. Hier ergeben sich Bezüge zu Kannapins Essay „Die Gegenwärtigen“, einer Typologie von Verhaltensweisen in der gegenwärtigen Gesellschaft, in der zynisch, privatisierend oder hilflos reparierend die Verhältnisse im Grundsatz akzeptiert werden.

In der Einleitung gibt es allerdings auch Denker, denen Kannapin Relevanz zubilligt. Das gilt für Giorgio Agamben, wenn dieser in der Konsequenz Carl Schmitts den Ausnahmezustand als Leitbegriff des modernen Staatswesens erfasst und damit eine Tendenz, die mit der zunehmenden Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte besonders nach 2001 mit dem Begriff der Postdemokratie bezeichnet wurde. Neben Boris Groys als Interpret des sozialistischen Realismus nennt Kannapin hier wie auch sonst Slawoj Žižek, der Lenin weiterzudenken versucht. Doch findet er auch dort eine postmodern geprägte Anti-Systematik, die der Überführung des Gedachten ins Praktische entgegensteht, und eine theologische Überhöhung der Philosophie, die letztlich antipolitisch ist. Andernorts stellt Kannapin heraus, dass sich Žižek auf kein Parteimodell festlegen mag.

In mehreren kurzen Beiträgen erledigt Kannapin kleinere Denker oder Nicht-Denker wie Peter Sloterdijk; das liest man vergnügt. Instrukтив sind die mediengeschichtlichen Aufsätze. In „Zur politischen Ästhetik des Films“ lernt man, was man irgendwie schon wusste, aber nicht so genau formulieren konnte: weshalb, wie und mit welchem Ertrag Spielfilme als historische Dokumente interpretiert werden können. Beiträge zum traurigen Stand von Filmkritik und medienwissenschaftlicher Theorie ergänzen diesen Teil des Buches. Wie Kannapin im philosophischen Abschnitt das Uneingelöste der Philosophie von Hegel und Marx hervorhebt und damit einen Wissenstand, an den anzuknüpfen die imperialistische Philosophie sich weigert, so benennt er medientheoretisch das in der DDR Erreichte, von dem man heute nichts mehr wissen mag. Dafür stehen wissenschaftlich die Namen Georg Klaus, Lothar Bisky und Peter Hoff. Sie unternahmen, wie jetzt Kannapin, etwas, was aus Sicht der meisten heute gängigen Theoretiker als *Inhaltismus* abgewertet wird: Den Gehalt von Filmen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang zu begreifen.

Als Sammlung von zwischen 1995 und 2015 entstandenen Beiträgen, von denen besonders die früheren nur noch schwer greifbar sind, überzeugt also das Buch. Die Frage ist aber, ob sich übergreifende Gedanken finden lassen, die das Ganze zu einer produktiven Einheit machen. Darauf gibt es zwei Antworten.

Zum einen greift Kannapin immer wieder auf das zurück, was vor 1989 in sozialistischen Gesellschaften erreicht war – nicht im Sinne nostalgischer Verklärung, sondern um einen

einmal erreichten Stand von Vernunft zurückzugewinnen und das Instrumentarium für heute zu nutzen. Dabei gelingt ihm eine originelle Rekonstruktion des heute auch unter Linken verpönten sozialistischen Realismus. In dem Artikel „Warum hat André Breton Alexander Fadejew nicht verstanden?“ wird die Titelfrage bewusst nicht beantwortet (es ist nicht einmal geklärt, ob der französische Surrealist den sowjetischen Vertreter des sozialistischen Realismus jemals gelesen hat). Vielmehr stehen beide für gegensätzliche Typen einer sich als revolutionär verstehenden Kunst.

Dabei blieben westliche Künstler – auch wenn sie den Anspruch hatten, die Grenzen zur Politik und zum Alltagsleben zu überschreiten – doch immer im wesentlichen Künstler. Der sozialistische Realismus dagegen war untrennbar mit dem staatlich gelenkten Aufbau einer neuen Ordnung verbunden, kann also nicht nach bloß ästhetischen Maßstäben be- und gegebenenfalls abgeurteilt werden.

Damit verbunden ist die Sicht auf die Stalinzeit. Hier wendet sich Kannapin dagegen, wie die bürgerliche Geschichtsschreibung ausschließlich „Massenterror, irrationale Gewalt und politische Hysterisierung“ zu sehen. Es geht ihm dabei nicht darum, all dies zu verleugnen oder kleinzureden. Vielmehr geht es ihm um ein historisches Verständnis, denn nur ein solches verhindert die Wiederholung von Fehlern. 1947 entschied Stalin, dass Sergej Eisenstein auch einen dritten Film zu „Iwan dem Schrecklichen“, der unter dem Motto „Nicht reinwaschen, sondern erklären“ gestanden hätte, drehen sollte. Der Tod des Regisseurs Anfang 1948 verhinderte das

Projekt, das Kannapin als Hinweis darauf sieht, dass bereits die damalige sowjetische Führung die Notwendigkeit verstanden hatte, die Ereignisse aufzuarbeiten. Dazu aber ist statt moralischen Abscheus Kontextualisierung notwendig und damit auf die mehrfachen Versuche der sowjetischen Führung – hier folgt Kannapin Domenico Losurdo – innenpolitisch Normalität herzustellen, die mehrfach durch innere wie äußere Krisen vereitelt wurden. Der terroristische Eingriff war, so Kannapin, nicht angemessen, muss allerdings vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Westmächte lange Zeit einem Bündnis mit dem Faschismus zuneigten und die staatliche Souveränität der Sowjetunion unter diesen Bedingungen zu sichern war.

Dies führt zur zweiten Antwort, der Rolle des Staats, der bis heute und auf absehbare Zeit unter sozialistischen wie kapitalistischen Bedingungen von zentraler Bedeutung ist. Die modernen Massenmedien sind im Buch stets an den Staat rückgekoppelt, dessen „wichtigste Ausführungs- und Anrufungsorgane“ sie sind. Das vorgestellte ideologische Personal wird unter dem Gesichtspunkt beurteilt, für welchen Staat es taugt.

Relativ unumstritten dürfte in diesem Zusammenhang sein, dass der bestehende Staat der herrschenden Klasse ist. Daran, dass dieser Staat immer noch handlungsfähig ist, lässt Kannapin in seiner Abfertigung der illusionistisch-postmodernen Vorstellungen von Michael Hardt und Antonio Negri keinen Zweifel. Kontroverser dürften Kannapins Thesen sein, nach denen das Verhältnis von Staat und Revolution immer noch den „Hauptkonflikt der gesellschaftlichen Entwicklung um-

schreibt“ und der Staat im Sozialismus und möglicherweise darüber hinaus notwendig bleibt, das Verhältnis der Einzelner zur Gesellschaft zu regeln.

Diese Gedanken bleiben, wie Kannapin selbst eingesteht, skizzenhaft. Er verspricht dazu eine Monographie, die hoffentlich bald entsteht.

Kai Köhler

Was tun gegen den Treibhauseffekt?

Hans-Joachim Schellnhuber, Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. C. Bertelsmann, München 2015, 784 S., 29,99 Euro.

Schellnhuber ist Physiker, Klimaforscher, Direktor des von ihm gegründeten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung PIK und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU, Mitwirkender an zentraler Stelle bei den jährlichen globalen Klimakonferenzen, Träger einer Vielzahl von Auszeichnungen.

„Dieses Buch handelt von der größten Geschichte aller bisherigen Zeiten“ (3), der Geschichte der drohenden Katastrophe für die menschliche Zivilisation durch eine unbeherrschbar werdende Klimaänderung. Das Verbrennen fossiler Energieträger vergleicht Schellnhuber mit dem Freisetzen eines Flaschengeistes, der von den unvorsichtigen Zauberlehrlingen, der menschlichen Zivilisation, kaum mehr gebannt werden kann. Durchaus pathetisch („in diesem Augenblick offenbarte sich mir die Erde in einer geradezu beängstigenden Schönheit“; 15) und durch-

aus sehr von sich selbst überzeugt („an einem Spätsommervormittag im Jahr 1993 schrieb ich – möglicherweise – Weltgeschichte“; 446; „damit war [durch Schellnhuber] eine Begrifflichkeit geboren, die rasch Weltkarriere machte“; 501) verfasst Schellnhuber auf über 700 Seiten eine eindringliche Streitschrift gegen die weitere Zerstörung des bisher gewohnten Klimaverhältnisse. Das Buch ist ein episches Werk: Es ist gleichzeitig ein Sachbuch und eine Autobiographie, die Ausbreitung reichhaltiger Argumente und von Anekdoten aus der oft bizarren Welt der Klimadiplomatie, es erzählt die Genese der Klimawissenschaft und die PIK-Anfangstage in Baracken, die Klimaentwicklung der Welt in Jahr-millionsen und seit der Industrialisierung, es schildert die Zusammenarbeit mit berühmten Forschern und die Auseinandersetzung mit Autoren, die den Treibhauseffekt leugnen.

Schellnhubers Motiv für Klimaschutz ist, „dass es in der +4-Grad-Zukunft ungemein schwer werden würde, 10 oder 11 Milliarden Menschen ein lebenswürdiges Dasein zu sichern“ (130). Und ohne Klimaschutz ist sogar ein Anstieg des Temperaturniveaus nach 2100 um 6, 8 oder sogar 10 Grad möglich. Die Folgen wären verheerend, wie Schellnhuber ausführlich darstellt: von den dramatischen Verwerfungen bei der Bodenfruchtbarkeit und der Wasserverfügbarkeit bis hin zu den Kippunkten: Ereignissen, die durch die Erwärmung ausgelöst werden und die kaum oder gar nicht mehr rückgängig gemacht werden können, etwa der Zusammenbruch der großen ozeanischen Meeresströmungen im Pazi-

fik und Atlantik (Golfstrom), das Abschmelzen des arktischen Meereises und der Eismassen in Grönland und in der Antarktis, das Auftauen der Permafrostgebiete und der Methanhydrate im Ozean, das Verdorren des Amazonas-Regenwaldes, der Zusammenbruch der tropischen Korallenwelt.

Schellnhuber hält drei Antworten auf diese Bedrohung der menschlichen Entwicklung für prinzipiell denkbar. Zum einen Anpassung: Sie scheint die billigste Antwort zu sein. Deiche neu errichten, Dämme höher bauen, ein paar Tausend Südseeinsulaner umsiedeln. Schellnhuber zeigt, dass Anpassung auf Dauer extrem teuer ist: Milliarden Menschen müssen aus Küstengebieten umgesiedelt, die Städte voll klimatisiert, das Nahrungsmittelsystem komplett umgebaut werden; ein Riesenausmaß an transnationaler Kooperation und an grenzüberschreitender Solidarität wäre nötig (Stichwort Klimaflüchtlinge, Klimakriege). Die zweite Antwort ist Geoengineering, Klimamanipulation. Darunter versteht man etwa das Ausbringen von Schwefelaerosolen in der oberen Atmosphäre, um die Sonneneinstrahlung in den Weltraum zurück zu reflektieren, oder ein großflächiges Düngen der Ozeane, um das Algenwachstum anzureizen und dadurch die Kohlendioxid-Absorption im Meer zu steigern. Für Schellnhuber sind das höchst unsichere (und teilweise extrem teure) Methoden hinsichtlich ihrer Wirkungen und Nebenwirkungen. Womöglich tauscht man nur die Großrisiken aus oder verdoppelt sie sogar.

Bleibt als dritte Antwort die Vermeidung. „Aus physikalischer, technischer und ökonomischer Sicht ist es durchaus noch möglich, die Erder-

wärmung unter 2 Grad zu halten.“ (473) Die schlimmsten Auswirkungen könnten so noch vermieden werden. Allerdings ist dazu einiges Glück und vor allem ein hohes Maß an Tatkraft nötig. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die effizient zur Vermeidung beitragen können. Die Umstellung auf regenerative Energieträger, das Ausnutzen der vielfältigen und in der Summe riesigen Energieeinsparmöglichkeiten, ein neues Mobilitätskonzept, das Prinzip der Wiederverwendung und Abstriche beim Luxuskonsum stehen im Zentrum dieser Anstrengungen. Vermeidung hat allerdings leider den Nachteil, dass sie anfangs teuer ist, dass sie hohe Investitionen erfordert in die neuen, alternativen, klimaschonenden Systeme, dass noch viel Forschung nötig, aber auch viel Wissensgewinn möglich ist für einen besseren Übergang zur Nachhaltigkeit. Das passt grundsätzlich nicht in ein marktwirtschaftliches System mit seiner individuellen Gewinn- und Umsatzmaximierung. Schellnhuber drückt das als die Diktatur des Jetzt aus: Aufgrund der jeweils aktuellen Marktzwänge, der internationalen Konkurrenz der Konzerne und Staaten, der Vielzahl von Bedürfnissen und Notwendigkeiten könne man es sich heute nicht leisten – so die Argumente, mit denen er konfrontiert wird –, in Nachhaltigkeit zu investieren und dadurch die momentanen wirtschaftlichen Belastungen noch weiter zu erhöhen. Aber morgen, morgen wird das findige und pfliffige Marktsystem alle unsere Probleme im Selbstlauf lösen. Das ist gut beobachtet, und man kann den Ärger des Physikers gut nachvollziehen über die Ökonomen, mit denen er konfrontiert

ist, und die seine Klimadringlichkeit mit, aus seiner Sicht, unwissenschaftlichen Einwänden belasten.

An dieser simplen Profitgier und Nutzenmaximierung kommt Schellnhuber nicht vorbei. So bleibt ihm nur der Appell an die individuelle Moral: „Ganz normale, aber wertgeleitete Menschen passen nicht in die Vorstellungswelt der Kosten-Nutzen-Analysen des Klimawandels. Das ist meine Hoffnung.“ (645) Beginnen müssten die Reichen, die Topmilliarde der Weltbevölkerung. Der Kernpunkt und eigentlich das einzige herausgearbeitete Instrument ist die Divestment-Bewegung: der Aufruf, alle Kapitalanlagen aus der Fossilindustrie, speziell aus den 200 kapitalstärksten Konzernen, zurück zu ziehen. Schellnhuber konstatiert einen „atemberaubenden Erfolg“ (662), bereits 1000 Investoren hätten sich schon angeschlossen (Kommunen, reiche US-Universitäten, kirchliche Stellen). Und diese Kapitalflucht aus der Fossilwirtschaft werde gelingen, weil „inzwischen bessere Anlagemöglichkeiten existieren“ (665).

Das ist nun leider ein wirklich winziger Sprung nach einem so riesigen und langen Anlauf durch die Geschichte der Menschheit und der Klimawissenschaft. Es gibt keinerlei Diskussion darüber, wie denjenigen Reichen, die der Appell an die Moral kalt lässt, die Macht weggenommen werden kann, Regeln zu setzen und ihren Weg zu gehen zur weiteren Forcierung der Klimazerstörung. Stattdessen kommt die Mahnung, angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes bleibe für Klassenkampf derzeit keine Zeit (704).

Schellnhuber diskutiert nicht einmal eine ordentliche Besteuerung von

Kohle, Öl und Gas, um mit diesem wohlherprobten marktwirtschaftlichen Instrument die Fossilnachfrage zu senken. Und er diskutiert auch nicht den notwendigen Umbau der Energiewirtschaft in Richtung Dezentralisierung und Demokratisierung. Mit den öffentlichen Unternehmen Stadtwerke haben wir prinzipiell die Instrumente, um demokratisch gesteuert und ohne den unmittelbaren Zwang zur Profitmaximierung Pflöcke zu setzen in die Energiewirtschafts-Landschaft, die Erneuerbaren zu fördern und zu forcieren, Kompetenzzentren aufzubauen für alle Arten

rationeller Energienutzung und Dämmung, im Stadtwerkeverbund Forschung zu fördern und durchzuführen nicht für Konzernzwecke, sondern für Klimaschutz, und diese Techniken auch international armen Ländern ohne prohibitive Lizenzzahlungen zur Verfügung zu stellen. Schellhuber sollte sich ein paar kreative Ökonomen jenseits des neoliberalen Mainstreamlagers ans PIK holen. Dann könnte sein herausragendes Werk die dringend notwendige kongeniale Ergänzung finden.

Franz Garnreiter



**POSITION!
BEZIEHEN!**

DIE NÄCHSTE AUSGABE NR. 02-2016 ERSCHEINT ENDE MÄRZ
UNTER ANDEREM MIT FOLGENDEN THEMEN:

- Inklusion - reale Schritte oder Sparmaßnahme?*
- Industrie 4.0 und Arbeitszeitverkürzung*
- Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr*
- Als Frau der Altherren-Domäne Medizin*

DIE POSITION GIBT ES FÜR 10€ IM JAHR (6 AUSGABEN) ODER
BEI DER SDAJ GRUPPE IM DEINER-STADT. MEHR INFOS:

SDAJ.org

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Prof. Dr. Elmar Altvater – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Alexander Amberger – Berlin, Historiker, wiss. Mitarb. bei Helle Panke e.V.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge – Köln, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Karin Fischer – Linz, Historische Sozialwissenschaftlerin, Institut für Soziologie, Politik und Entwicklungsforschung, Kepler Universität Linz

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler

Uwe Fuhrmann – Berlin, Historiker

Franz Garnreiter – Rosenheim, Dipl. Volkswirt, Energiewirtschaftler

Olaf Gerlach – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag

Dr. Thomas E. Goes – Göttingen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M. Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Werner Goldschmidt – Hamburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Mark Hadyniak – Bochum, Student der Archäologie

Prof. Jane Hardy – Hatfield, Herefordshire/UK, Hochschullehrerin für Politische Ökonomie

Prof. Dr. Rolf Hecker – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Thomas Hohlfeld – Berlin, Referent für Migration und Integration der Linksfraktion im Bundestag

Romin Khan – Berlin, Gewerkschaftssekretär Ver.di

Dr. Kai Köhler – Berlin, Literaturwissenschaftler

Jörg Kronauer – Berlin, Journalist

Dr. André Leisewitz – Weilrod/Ts., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Dr. Boniface Mabanza Bambu, Heidelberg, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika

Dr. Paul Oehlke – Köln, Sozialwissenschaftler

Patrick Ölkrug – Marburg, Student der Politikwissenschaft

Dr. Alexander von Pechmann – München, Philosoph, Herausgeber von „widerspruch“

Prof. Dr. sc. Siegfried Prokop – Bernau, Historiker

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Prof. Dr. David Salomon – Hildesheim, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer, Z-Redakteur

Prof. Dr. Bernhard H. F. Taureck – Braunschweig, Hochschullehrer i. R. TU Braunschweig

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Kassel, Sozialwissenschaftler

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaften, Z-Redakteur

Peter Wahl – Berlin/Worms, Vorsitzender von WEED, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Dr. Rudy Weissenbacher – Politökonom und historischer Sozialwissenschaftler, Wirtschaftsuniversität Wien, Hochschullehrer

Dr. Harald Werner – Berlin, Soziologe, Z-Beirat

VSA: Kapitalismus & Nebenwirkungen



Karl Georg Zinn
Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
 160 Seiten | € 16,80
 ISBN 978-3-89965-651-0
 Über Wachstumsillusionen, Stagnationsrealität und Entwürfe alternativer Zukunftsformationen.



Stephan Krüger
Wirtschaftspolitik und Sozialismus
 Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus: Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 3 | 568 Seiten | Hardcover | € 34,80
 ISBN 978-3-89965-674-9

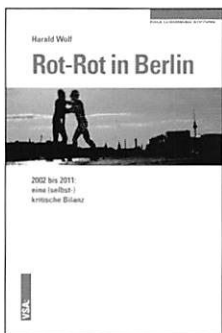


Michael Brie (Hrsg.)
Lasst uns über Alternativen reden
 Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3
 264 Seiten | € 16,80
 ISBN 978-3-89965-677-0
 Transformatorische Debatten zu Postwachstum, Care-Arbeit und Commons/Gemeingütern.

Der Sozialismus kommt



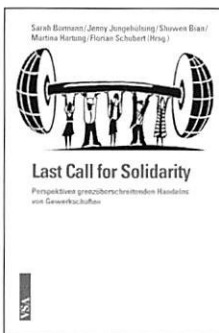
kritisch links
 Analysen
 Positionen
 Berichte
 monatlich gedruckt
 Jahresabo € 70,-
 (€ 50,- ermäßigt)
 täglich im Netz
www.sozialismus.de



Harald Wolf
Rot-Rot in Berlin
 2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz
 292 Seiten | € 19,80
 ISBN 978-3-89965-671-8
 Ein Beitrag zur rationalen Diskussion über linke Regierungsbeteiligungen: mit Risiken, Nebenwirkungen und Chancen.



Sebastian Chwala/Frank Deppe/Rainer Rilling/Jan Schalauske (Hrsg.)
Die gekaufte Stadt?
 Der Fall Marburg: Auf dem Weg zur »Pohl-City«?
 240 Seiten | € 16,80
 ISBN 978-3-89965-683-1
 Marburg als Beispiel für die Folgen der Polarisierung von Regionen in Reichtum und Armut.



Sarah Bormann/Jenny Jungehülsing/Shuwen Bian/Martina Hartung/Florian Schubert (Hrsg.)
Last Call for Solidarity
 Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften
 224 Seiten | € 19,80
 ISBN 978-3-89965-630-5
 Transnationale Solidarität & Globalisierung.



Theodor Bergmann
Im Jahrhundert der Katastrophen
 Autobiografie eines kritischen Kommunisten
 304 Seiten | Aktualisierte und ergänzte 3. Auflage anlässlich des 100. Geburtstag des Autors | € 22,80
 ISBN 978-3-89965-688-6

Mehr Infos unter
www.vsa-verlag.de

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„...hat die englische Bourgeoisie das irische Elend nicht nur ausgenutzt, um durch die *erzwungene Einwanderung der armen Iren* die Lage der Arbeiterklasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zwei feindliche Lager gespalten. ... Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den *standard of life* herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien. Er betrachtet ihn fast mit denselben Augen, wie die *poor whites* der Südstaaten Nordamerikas die schwarzen Sklaven betrachteten. Dieser Antagonismus zwischen den Proletariern in England selbst wird von der Bourgeoisie künstlich geschürt und wachgehalten. Sie weiß, daß diese Spaltung das wahre Geheimnis der Erhaltung ihrer Macht ist.“

Karl Marx, [Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz] [1869], in: MEW 16, S. 388-389.

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648